

9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz Imposition du tabac. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 10. Januar 1967
(BBl I, 117)

Message et projet de loi du 10 janvier 1967 (FF I, 113)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten.

Minderheit

(Vontobel)

Nicht eintreten.

Proposition de la commission

Majorité

Passer à la discussion des articles.

Minorité

(Vontobel)

Ne pas entrer en matière.

Berichterstattung – Rapports généraux

Haller-Windisch, Berichterstatter der Mehrheit: Ich bin Aargauer und damit auch Schweizer, ich bin Wynentaler, habe aber dort nie gewohnt; ich bin Raucher und rauche Stumpfen und Tessiner Produkte, ich habe keine Tabakaktien und bin in keinem Verwaltungsrat der Tabakindustrie. Trotz all dieser Nachteile möchte ich mich bemühen, objektiv zu bleiben.

Laut Bundesverfassung werden zur Finanzierung der AHV die Genussmittel herangezogen. Es sind dies die gesamte fiskalische Belastung des Tabaks und der Anteil des Bundes aus der Besteuerung gebrannter Wasser. Es mag als paradox erscheinen, dass man einerseits die Genussmittel wie Tabak und Schnäpse bekämpfen will und andererseits insgeheim hofft, dass möglichst viel davon verbraucht werde, um die Einnahmen zu steigern und damit die Leistungen der AHV zu verbessern. Aber das liegt in der menschlichen Natur, dass man aus der Not eine Tugend macht.

Sie sehen auf Seite 3 der Botschaft die jährlichen Einnahmen aus den Tabakerträgen, die von 76 Millionen im Jahr 1946 auf 256 Millionen im Jahr 1964 anstiegen. 1965 wurden so viel Rauchwolken in die Luft ausgestossen, dass die Nettoeinnahmen rund 304 Millionen ausmachten, nämlich 6 Millionen vom Import, 3 Millionen von Zigarren, 3 Millionen vom Pfeifentabak und sage und schreibe 292 Millionen von der Zigarettenbelastung. Sie sehen die enorme Bedeutung der Zigaretten, deren Produktion die astronomische Zahl von 19 Milliarden Stück erkletterte. 1966 (diese Zahlen sind noch nicht in der Botschaft) betragen die Nettoeinnahmen zugunsten unseres sozialen Versicherungswerkes 332½ Millionen Franken, also nochmals eine beachtenswerte Steigerung.

In den letzten Jahren konnten Rückstellungen gemacht werden, die 1965 total rund 1223 Millionen Franken betragen. Diese Rückstellungen konnten Ende 1966 noch auf 1265 Millionen Franken gesteigert werden. Die Ergänzungsleistungen zur AHV rufen aber nach vermehrten Mitteln, die erst in diesem Jahr voll zur Geltung kommen, weil nun alle Kantone ihre Einführungssetze dazu unter Dach haben. Dass die Rückstellungen noch nicht angezapft werden mussten, ist der 40prozentigen Erhöhung der Abgaben zu verdanken, zu der der Bundesrat 1963 ermächtigt

wurde. Diese sogenannten Rückstellungen sind eine reine Buchungsangelegenheit. Sie sind in Wirklichkeit nicht vorhanden, wurden laut Beschluss des Bundesrates auch nicht verzinst und sind einfach eine Forderung der AHV dem Bund gegenüber. Dieses für Laien etwas seltsame Finanzgebaren des Bundes stand bei den Beratungen unserer Kommission auch zur Diskussion.

Wir sehen also, dass die Tabakindustrie für den Fiskus eine nicht unwichtige Bedeutung hat. Sie hat aber auch eine gewisse Bedeutung für die darin beschäftigten Leute. Wir finden sie im Pflanzenbau, in der Fabrikation, im Handel und Verkauf. Die Zahl fällt nicht allzu sehr ins Gewicht gegenüber der Gesamtzahl Beschäftigter in der Schweiz. Aber durch die Konzentration der Tabakindustrie in bestimmten Landesteilen und Talschaften ist sie doch wieder von grosser Bedeutung. Die schweizerische Tabakindustrie beschäftigt, laut Angaben auf Seite 6 der Botschaft, etwas über 8000 Personen, im Tabakbau sind beteiligt rund 2500 Personen. Beim Handel finden wir etwas über 100 Grossisten, dazu das Personal von rund 1500–2000 Tabakläden. Weiter werden in zirka 100 000 weiteren Verkaufsstellen und Kiosken Tabakwaren verkauft, so dass man sagen kann, dass ein ganz ordentlicher Prozentsatz unseres Volkes mit der Tabakindustrie verquickt ist. Nehmen wir noch die ganze Welt der Tabakraucher, die AHV-Rentner, so dürfen wir ruhig behaupten: das Tabaksteuergesetz, über das wir heute zu befinden haben, ist für die Schweiz von grosser Bedeutung.

Wie war die Regelung zur Finanzierung der AHV bis jetzt? Die Botschaft ist im Hinblick darauf, dass es sich um ein neues Bundesgesetz handelt, so detailliert gehalten, dass von grossen Kommentaren abgesehen werden kann. Auf Seite 2 der Botschaft sehen Sie die drei Arten Abgaben, die heute noch Rechtskraft haben: Eingangszölle auf Roh-tabak und importierten Tabakfabrikaten, Fabrikationsabgabe auf im Inland hergestellten Tabakfabrikaten und Ergänzungsabgabe auf Zigarettenpapier. Letztere hat gegenwärtig keine grosse Bedeutung, könnte aber wichtig werden, wenn die Mode des Zigarettdrehens wieder Oberhand gewinnen sollte. Dabei konnte der Bundesrat laut Artikel 127 des Bundesgesetzes über die AHV vermehrte Massnahmen treffen zur Sicherung einer bäuerlichen Tabak-kultur, zur Erhaltung kleinerer und mittlerer Betriebe, zur Erhaltung der Handarbeit und zur Regelung des Kleinhandels mit Tabakwaren. Eine bedeutende Rolle spielten dabei die Ermässigungen auf der Fabrikationsabgabe, um es kleineren Betrieben zu ermöglichen, einigermaßen konkurrenzfähig zu bleiben. Darüber werden wir noch zu sprechen haben. Ebenfalls besteht ein relativer Preisschutz, der aber durch das berühmte Bundesgerichtsurteil «Konsum Denner contra Oberzoldirektion» etwas ins Wanken geraten ist. Auch über diesen Punkt wird sich unsere Kommission noch speziell äussern.

Hauptgrund, dass der Bundesrat uns ein neues Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung vorschlägt, ist der EFTA-Vertrag. Dabei wollen wir ganz offen reden und vor allzu grossen Illusionen warnen. Wenn der Bund, dessen finanzielles Rückgrat jahrzehntelang die Zolleinnahmen waren, diese verliert, so werden die Einnahmen anderswo gesucht werden müssen. Den Fortfall der Zölle wird am wenigsten der Konsument zu spüren bekommen. Es wird zu Erleichterungen kommen im internationalen Handelsverkehr und zu gewissen Erschwerungen im eigenen Land, wenn Massnahmen getroffen werden müssen, um die Ausfälle zu kompensieren. Dass ich als Laie mich im Gestrüpp dieser internationalen Verträge nicht aufs Glatteis begeben möchte, werden Sie mir zubilligen. Ich will also nicht den

Versuch unternehmen, meinen rechtskundigen Kollegen im Ratssaal mit juristischen Argumenten beikommen zu wollen. Beim EFTA-Vertrag hat die Schweiz die Tabakzölle als Fiskalzölle bezeichnet. Sie sind vom allgemeinen Abbau ausgenommen und unterliegen nur der Bestimmung in Artikel 6 des EFTA-Vertrages, dass auf gleichen eingeführten Waren keine höheren fiskalischen Abgaben erhoben werden, als auf gleichen inländischen Waren. Bestand bei Inkraftsetzung des Übereinkommens noch eine Differenz zugunsten der Schweiz, so musste dieses sogenannte «Schutzelement» noch abgebaut werden. Das geschah in zwei Etappen, zuletzt auf den 1. Januar 1965. Um alle diese Massnahmen durchführen und die bisherigen Erträge sicherstellen zu können, hat man sich mit einer Übergangslösung beholfen. Diese ist aber in bezug auf Behandlung der von unserer Tabakindustrie mit inländischem Tabak hergestellten Fabrikate nicht EFTA-konform. Oder, wie es die Botschaft sagt, bei Gleichstellung für unsere Tabakindustrie, die mit Inlandtabak arbeitet, nicht tragbar. Man hat sich auch gefragt, ob überhaupt eine Neuordnung einzuführen sei oder ob man sich mit Übergangslösungen, wie das jetzt geschieht, weiter behelfen soll. Man weiss ja nicht, wie lange die EFTA noch Bestand hat, man weiss noch nicht, wieweit die Bestrebungen im GATT Einfluss auf die übrigen schweizerischen Zölle haben. Neuerdings dürfen wir den erfolgreichen Abschluss der sogenannten Kennedy-Runde zur Kenntnis nehmen. Kommt es in diesem Zusammenhang etwa zu einem Näherrücken von EFTA und EWG? Da sich aber scheinbar alle zuständigen Instanzen für eine Neukonzipierung ausgesprochen haben, hat dies unsere Kommission eigentlich diskussionslos zur Kenntnis genommen. Hauptziel dieses neuen Bundesgesetzes sind:

1. Die Sicherung der finanziellen Erträge aus der Tabakbesteuerung für die AHV. Die Regelung soll ungefähr gleichviel abwerfen wie die bisherigen Massnahmen. Für den Konsumenten soll weder eine Neubelastung noch eine Entlastung resultieren.

2. Die Regelung soll so gestaltet sein, dass mit geringfügigen Änderungen zukünftigen internationalen Vereinbarungen Rechnung getragen werden soll.

3. Das Gesetz soll in administrativer Hinsicht keine grossen Änderungen bringen. Es wird bei den Zigarrenfabrikanten eine Umstellung in der Buchhaltung erfordern; bei der Oberzolldirektion nach Aussage derselben höchstens ein bis zwei zusätzliche Arbeitskräfte.

Wie sieht nun dieses Bundesgesetz aus? Ganz einfach ausgedrückt, wird die Belastung des Tabaks von der Grenze weg ins Innere verlegt, von den Zöllen auf Rohtabak weg zu einer Besteuerung von Fertigfabrikaten und zwar werden alle Zölle auf Rohtabak aufgehoben, auch die aus Nicht-EFTA-Ländern. Bestehen bleibt einzig die Zollbelastung zur Einfuhr von Fertigfabrikaten aus Nicht-EFTA-Ländern. Als Bemessungsgrundlage für die Besteuerung dienen für Zigarren und Zigaretten je 1000 Stück, für Schnitt-Kautabak usw. das Kilo Eigengewicht, für Zigarettenpapier das Blättchen oder die Hülse, dazu kommt als Bemessungsgrundlage auch der Detailpreis für Zigaretten, die keine entrippten oder weiterbearbeiteten Rohtabak einführen. Die Ansätze für diese Neubesteuerung finden Sie in den Tabellen auf Seite 73–77, die wir im Zusammenhang mit Paragraph 11 zu behandeln haben.

Man mag unserer Kommission vorwerfen, sie sei einseitig zusammengesetzt; sogar in einer gewissen Presse, im Fernsehen und Radio wurden massive Angriffe gegen diese Kommission gestartet. Aber kein einziges Mal wurde ein Mitglied der Kommission zur Diskussion eingeladen. Diese unfaire Art der Apostrophierung muss ich doch im Namen

unserer Kommission mit aller Schärfe zurückweisen. Wohl sind wir 5 Aargauer in der Kommission vertreten. Ich möchte Sie bitten, in der Kommissionsliste nachzuschauen. Sie werden dann eine ganze Reihe Kommissionen finden, wo andere Kantone das Schwergewicht haben. Natürlich ist diese Tabakvorlage für den Aargau – auch für andere Kantone, aber auch für den Aargau – von grösster Bedeutung, weil fast 90% der Zigarren- und Stumpfenproduktion im Aargau beheimatet sind, wie in bestimmten Landschaften, dem Wynental, dem Seetal und der Gegend von Rheinfelden. Es mag bezeichnend sein, dass die aargauische Regierung mit all ihren eidgenössischen Parlamentariern, mit den Gewerkschaften und Fabrikanten zusammengesessen ist und die Lage im Hinblick auf die Entwicklung der Beschäftigung ernsthaft diskutiert hat. Mit Absicht hat auch unsere Kommission im Herzen der aargauischen Tabakmetropole getagt, um wirklich einen Einblick zu erhalten, wie es dort aussieht, wo eine ganze Landschaft mit der Tabakindustrie ausserordentlich stark verbunden ist. Auf Schritt und Tritt mussten wir feststellen, wie die Bevölkerung wegen des neuen Tabakgesetzes gewisse Sorgen hat und in diesen Tagen gespannt nach Bern schaut. Unsere Kommission ist dreimal zusammengetreten, erstmals im Januar in Rheinach, kurz vor der Frühjahrssession, zu einer zweiten Lesung in Bern und zuletzt am 22./23. Mai wieder in Bern. Man wird erstaunt sein, dass eigentlich nicht viel Abänderungsanträge gestellt werden, aber die Diskussion bewegte sich doch um folgende Punkte: 1. Die Nichtverzinsung der AHV-Rückstellungen, 2. die Beiträge an die Tabakpflanzler aus den Einnahmen der Tabakbesteuerung, 3. die Ermässigungen und 4. der relative Preisschutz.

Nur einige Bemerkungen im Eintretensreferat zu allen vier Punkten. Einmal zur Nichtverzinsung der AHV-Rückstellungen. Diese Rückstellungen haben nichts zu tun mit dem AHV-Fonds, der, mit den gesetzlichen Beiträgen geöffnet, zur Zeit der grosse Geldgeber vieler Gemeinden und Institutionen ist. Es sind Mehreinnahmen, die über die gesetzlich gebundenen Beiträge zusätzlich einkassiert werden konnten und als Rückstellungen oder Nebenfonds bezeichnet werden. Vor allem die Einnahmen aus den Tabakzöllen sind ein solcher Segenspender. Unter dem Titel «Die Nichtverzinsung der AHV-Nebenfonds» hat der «Schweizerische Beobachter» im Januar 1967 eine 14seitige Anklageschrift über die sogenannte Finanzmanipulation des Bundes herausgegeben. Auch wenn unsere Kommission sich mit dieser Sache nicht direkt zu befassen hatte, macht doch die Summe der Rückstellungen einen gewissen Eindruck, der zu Diskussionen führen könnte. Diese Rückstellungen (ich habe das eingangs des Referates schon gesagt) betragen 1265 Millionen, aus den, nach den heutigen Zinsfüssen verzinst, ein erkleckliches Sümmchen resultieren könnte. Nun sind aber laut Beschluss des Bundesrates vom 6. September 1949 diese Rückstellungen nicht verzinst worden. Das Parlament hat diese Praxis in Verbindung mit andern gleichwertigen Posten sanktioniert. Wir müssen feststellen, dass diese Praxis auch von Kantonen geübt wird, ohne dass es jeweils zu Debatten oder revolutionären Wandlungen gekommen wäre. Diese Gelder sind in Wirklichkeit gar nicht vorhanden; sie stellen einfach einen Rechtsanspruch dar, der vielleicht schon morgen oder übermorgen aus dem Finanzhaushalt des Bundes heraus geltend gemacht werden muss. Diese Rückstellungen brauchen also nicht Gegenstand unserer Debatte zu bilden. Die entsprechenden Begehren müssten in einem andern Zusammenhang ausserhalb des Tabakgesetzes gestellt werden.

Nun zu den Beiträgen an die Tabakpflanzler aus den Einnahmen der Tabakbesteuerung. Der Tabakpflanzenbau ist in der Schweiz ja älter als man glaubt. Als man mit Sittenmandaten dem erregenden Gefühl des Tabakrauchens nicht mehr beizukommen wusste, kehrte man den Spiess um und förderte aus fiskalischen und wirtschaftlichen Gründen den Anbau. So blickt nun der Tabakbau bei uns auf eine über 200jährige Geschichte zurück. Aus dem vielgeschnöderten Kraut des «Murtener Kabis» ist mit der Zeit ein richtiger Qualitätstabak geworden. Dazu trugen bei Forschung, Auslese, strenge Qualitätsbewertung, die von den in der Botschaft erwähnten Organisationen gepflegt wurden. Flächenmässig nicht ins Gewicht fallend, gibt der Anbau doch einigen Gegenden doch das Gepräge, so im Brojetal, im Rhonetal, im Tessin und im kleineren Ausmasse in einigen andern Talschaften. Diesem Tabakbau wurden gewisse Vorteile eingeräumt, die nun durch den EFTA-Vertrag dahinfallen mussten. Immerhin war trotz des Zollschatzes der Inlandtabak mit einer Fabrikationsabgabe belastet, die der AHV seit ihrer Einführung runde, schöne 250 Millionen eingebracht hat. Mit dem neuen Steuergesetz, das eben EFTA-konform sein soll, wird der Inlandtabak für die Verarbeitung zu teuer, so dass er wie andere landwirtschaftliche Produkte nicht mehr wettbewerbsfähig gewesen wäre. Das wollte niemand, und so wird in Artikel 26 festgelegt, dass der Bund Beiträge an die Pflanzler gewähren soll, damit sie zu kostendeckenden Preisen kommen. Der Bund gibt also mit der einen Hand, was er mit der andern Hand nimmt. Einig war man sich in der Kommission, dass den Pflanzern geholfen werden muss. Diskutiert wurde aber darüber, ob man die ganze Geschichte ausserhalb der Tabakordnung lösen soll. Schliesslich fand man sich darin, der Meinung des Bundesrates zuzustimmen. Tabakbau, Tabakimport, Fabrikation und Verkauf bilden eine Einheit, die nicht ohne Gefahr der Härte zerstört werden sollte. Das neue Tabakgesetz will ja nicht Mehreinnahmen bringen, sondern ungefähr die gleichen Beträge sichern. Das ist als Versprechen gegenüber der Raucherwelt aufzufassen. Mit der vorgeschlagenen Lösung ist das auch der Fall, auch wenn die Beiträge an die Pflanzler aus dieser Einheit der Tabakbesteuerung stammen. Die Pflanzler können auf lange Sicht disponieren, was nicht der Fall wäre, wenn die Beiträge Jahr für Jahr ausserhalb der Tabakgesetzgebung neu festgelegt werden müssten. Da namhafte Juristen diese Interpretation unterstützen, lag es nicht an uns, über unsern eigenen Schatten springen zu wollen.

Zu den Ermässigungen für kleine und mittlere Betriebe auch einige Bemerkungen: Nebst dem Preisschutz waren diese bisherigen Ermässigungen auf der Fabrikationsabgabe für kleine und mittlere Betriebe ein Hauptpunkt der Diskussion innerhalb unserer Kommission. Aber hier sind wir wenigstens zu einer Einigung gelangt und unterbreiten im Einverständnis mit dem Bundesrat statt Artikel 47, Absatz 1, einen neuen Artikel 11 bis. Eingehendere Ausführungen werde ich in der Detailberatung bei der Begründung dieses Artikels machen. Im Eintretensreferat nur einige Bemerkungen in Schlagzeilen:

Seit 20 Jahren erhalten die oben erwähnten Betriebe zu ihrer Erhaltung nach Gesetz Steuerermässigungen. Fiskalisch spielen sie keine grosse Rolle; sie erreichen kaum 1% der Nettoeinnahmen aus der Tabakbelastung. Wirtschaftlich sind sie aber von grosser Bedeutung, vor allem für die Talschaften mit Stumpfen- und Pfeifentabakproduktion. In der Botschaft glaubt der Bundesrat die Aufhebung der Ermässigungen aus zwei Gründen vorschlagen zu müssen. 1. Vorstoss gegen das EFTA-Abkommen wegen unterschiedlicher Behandlung; 2. der Eingriff in die

Handels- und Gewerbefreiheit sei nicht mehr begründet; man könne höchstens eine Gnadenfrist bis 1972 gewähren, dann aber Schluss. Dieser Ansicht konnte sich die Kommission nicht anschliessen, vor allem wenn recht dezidiert verkündet wird, es hätten dann x Betriebe über die Klinge zu springen.

Einmal konnte die Mehrheit der Kommission nicht einsehen, dass, wenn EFTA-Mitglieder, wie etwa Österreich, ihre Tabakfabriken ganz anders schützen als wir in der Schweiz, wir päpstlicher sein sollten als der Papst. Dann konnten wir uns der Meinung der Kartellkommission nicht anschliessen, dass, was 20 Jahre Gültigkeit hatte, jetzt plötzlich nicht mehr wahr sein soll.

Aber immerhin, wir konnten uns schliesslich alle in Minne finden. Wir glauben, wenigstens in diesem Punkte den Stein der Weisen gefunden zu haben. Der Bundesrat wird nicht verpflichtet, die Ermässigungen aufzuheben, sondern er erhält die Befugnis, dies zu tun. Weiter erhält die Zigarren- und Pfeifentabakindustrie die Möglichkeit, mit einer Art Ausgleichskasse an Stelle von Ermässigungen Beiträge auszurichten. Beim Zustandekommen einer solchen Regelung könnte der Bundesrat den Steuersatz um höchstens 20% senken. Aber wie gesagt, in der Detailberatung werde ich beim neuen Artikel 11 bis die Auffassung von Bundesrat und Kommission näher umschreiben.

Und nun doch noch etwas zum Preisschutz: Die teilweise zustimmenden, teilweise bissig ablehnenden Kommentare in den Zeitungen lassen erwarten, dass schon in der Eintretensdebatte die ersten Scharmützel um den Preisschutz sich entwickeln werden. Wenn auch die grosse Mehrheit der Kommission von Anfang her dem Preisschutz sympathisch gegenüberstand, hat sie sich nicht etwa leichtfertig in ein Abenteuer gestürzt, sondern sich erst in der dritten Sitzung der zweiten Maihälfte ein abschliessendes Urteil gebildet. Leider konnte in diesem Punkte keine Angleichung an die Auffassung des Bundesrates erzielt werden. Die Kommission hat sich mit ihrem neuen Artikel 15 bis in Gegensatz zu ihm gestellt. Den Artikel werde ich in der Detailberatung näher erläutern.

Wir müssen feststellen, dass der Preisschutz im Tabaksektor trotz jahrzehntelanger Erfahrungen immer noch ein schwieriges Problem darstellt. 1938 als Notmassnahme gegen den drohenden Zusammenbruch im Tabakhandel eingeführt, erhielt er 1946 in der AHV-Gesetzgebung ordentliches und häusliches Recht. Der Bundesrat hat laut Artikel 127 die Befugnis, den Kleinhandel mit Tabakwaren zu regeln. Durch die Verordnung geschah das in Form des relativen Preisschutzes, also unter Zulassung gewisser Rabatte und Rückvergütungen.

Weshalb nun dieses Rechtsumkehr des Bundesrates? Vorweg gesagt, steht in dieser Frage das Stockholmer Abkommen der EFTA nicht zur Diskussion. Es ist also eine rein innerschweizerische Angelegenheit. Der Haupteinwand kam von der Kartellkommission. Sie macht geltend, Mindestpreisvorschriften im Kleinhandel seien mit der Bundesverfassung nicht vereinbar. Der Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit sei nicht im Gesamtinteresse, und der zu schützende Wirtschaftszweig sei in seiner Existenzgrundlage nicht bedroht; im Gegenteil, die Zahl der Verkaufsstellen (über 100 000) sei zum Beispiel übersetzt und abbauwürdig; der Fiskalertrag für die AHV sei nicht gefährdet.

Im Gegensatz dazu vertritt alt Bundesrichter Abrecht die Auffassung, dass die Aufhebung des Preisschutzes den Detailhandel und auch den Grosshandel schwer schädigen würde, dass die kleinen Fabriken die Auswirkungen

empfindlich zu spüren bekämen. Ein Entscheid liege im Ermessen des Gesetzgebers.

Unsere Kommission vertritt einheitlich, mit einer Ausnahme, folgende Meinung: Nur durch die bestehende Ordnung konnte 30 Jahre lang im Sektor Tabak vernünftig gewirtschaftet werden. Soll eine gute Ordnung nun partout aufgegeben werden, nur um wieder einmal feststellen zu können, dass sie vielleicht schleunigst wieder eingeführt werden sollte? Die Preise im Tabakhandel sind erträglich, sogar niedriger als in den meisten ausländischen Staaten. Natürlich ist die Zahl der Verkaufsstellen gestiegen. Aber die Bevölkerung ist in dieser Zeit auch um 2 Millionen gewachsen, und die Zigarettenproduktion ist um mehr als das Achtfache gestiegen. Viele Inhaber von Kiosken, die nun nach Meinung der Kartellkommission zu verschwinden hätten, sind vielfach alte Leute, Invalide. Sie erhalten mit dem Tabakhandel nicht einen riesigen, aber doch einen fühlbaren Zustupf. Dann hat die Schweiz ein Sortiment von Tabakwaren anzubieten, wie das in keinem Land sonst der Fall ist. Dank des Preisschutzes spielte sich der eigentliche Konkurrenzkampf der Tabakfabriken mehr um den empfindlichen Rauchergaumen, also über die Qualität ab. Der Fall des Preisschutzes wird dann aber zum nackten Kampf um den Detailpreis werden. Ob das der Qualität zuträglich ist, können sogar Nichtraucher ahnen. Dann bilden auch die Detailpreise eine vorläufig – zugegeben – bescheidene Rolle für den Steuersatz. Sollte man aber bei mangelnden Mitteln für die AHV die Wertprogression einmal verschärfen, dann könnte es ernsthafte Folgen zeitigen.

Dass der Bundesgerichtsentscheid in Sachen Denner/Oberzolldirektion den Ruf nach Abbau des Preisschutzes Auftrieb verlieh, mag begreiflich sein. Wer aber die Begründung des Urteils liest, muss feststellen, dass es um etwas ganz anderes geht, nämlich um die Gleichbehandlung der Rabatte. Dass extra erwähnt wird, es könne sich auch um einzelne Tage handeln, wo der private Rabatt dem Genossenschaftsrabatt gleichgestellt werden könne, zeigt doch die Problematik dieser Preisunterbietungen.

Man spricht beim neuen Tabakgesetz im Zusammenhang mit dem Preisschutz von einem Testfall. Das will meinem Laienverstand nicht eingehen. Ausgerechnet auf dem Buckel der AHV-Finanzierung, ausgerechnet bei einem Genussmittel, das zu Süchtigkeit führen kann, statt bei Lebensmitteln und Waren des täglichen Gebrauchs, will man wie in der Arena zur Ausmarchung antreten. Andere Staaten haben das Tabakmonopol: Frankreich, Österreich, Italien. Sogar die liberale, kartellfeindliche Bundesrepublik Deutschland hält am Preisschutz für Tabakwaren fest.

Als Laie will ich nicht mit spezifisch juristischen Kampfpapieren in den Ring steigen. Diesen Hosenlupf werden meine rechtsgelehrten Ratskollegen besser zu bestehen wissen. Aber ich muss nochmals feststellen, dass es nicht nur um juristische Probleme geht, sondern auch um menschliche Schicksale, die uns näher stehen. In diesem Sinne votiert unsere Kommission für Beibehaltung des relativen Preisschutzes.

Das waren im grossen ganzen die vier gewichtigen Brocken unserer Diskussionen. Das Dafür und Dagegen wurde sachlich erörtert. Es wurde nicht nur in den Kommissionssitzungen gearbeitet, sondern auch in der Zwischenzeit. Kollege Widmer beispielsweise brütete fast nächtelang über einer Lösung bei den Ermässigungen. Die Kollegen Binder und Schütz rangen um Formulierungen beim Preisschutz. Und Kollege Leuenberger, der heute

leider in Rom ist und nicht anwesend sein kann, liess es sich nicht nehmen, die Tabakpflanze an Ort und Stelle aufzusuchen. Kollege Glasson als Tabakfachmann – Sie wissen genau, dass es auch solche Leute in einer Kommission braucht – konnte doch manchen wertvollen Hinweis geben. Kollege Vontobel, in der Opposition, hat scharf, aber fair seine kritische Einstellung bekundet, usw. Ich danke allen andern Votanten in der Kommission für ihre wertvolle Mitarbeit, aber auch dem Bundesrat und der Verwaltung für die Vorbereitungen und sachgemässe Mitwirkung. Leider konnten wir in einem wesentlichen Punkt die Sache nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wir hoffen aber gerne, dass die Debatte im Rate klärend wirken möge. Wir möchten Sie namens der fast einstimmigen Kommission ersuchen, auf die Vorlage einzutreten.

M. Thévoz, rapporteur de la majorité: Les répercussions de l'intégration du continent européen sur la structure politique, économique et financière de notre pays ont, à maintes reprises déjà, retenu l'attention de notre Conseil. Cependant, à part nos débats sur la participation de la Suisse à la Convention de Stockholm du 4 janvier 1960 instituant l'Association européenne de libre-échange (AEE), nos discussions nous ont rarement conduits à prendre des décisions formelles sur des points concrets. Le message qui nous est soumis par le Conseil fédéral nous permettra de déroger à cette habitude. Depuis nos délibérations sur le Traité de Stockholm, c'est en effet la première fois que notre Conseil est appelé à s'occuper, dans un secteur déterminé et important – celui de l'industrie et de l'imposition du tabac –, des répercussions directes de l'appartenance de notre pays à la zone de libre-échange sur notre droit national. La révision du système actuel d'imposition du tabac – qui, dans l'ensemble, donne satisfaction – ne remonte pas à une initiative autonome du Conseil fédéral, mais résulte des engagements que notre pays a contractés lors de la création de l'AEE.

Cette constatation importante étant faite (et qui doit demeurer présente à notre esprit tout au long des débats), il me paraît utile, avant d'aborder le côté technique du projet, de faire ressortir en quelques traits d'une part, l'importance du tabac dans l'économie du pays et, d'autre part, le rendement de la fiscalité sur le tabac. Le message très détaillé du Conseil fédéral me dispense de citer beaucoup de chiffres. Voyons tout d'abord l'importance de la main-d'œuvre travaillant dans la branche:

Environ 2500 planteurs et leurs familles s'adonnent à la culture du tabac dans notre pays. L'industrie du tabac (qui comprend les fabriques de cigares, de tabac à pipe et de cigarettes) occupe au total près de 8000 personnes. Le commerce du tabac englobe environ 130 grossistes, 1500 magasins spécialisés (qui ne vendent que des tabacs manufacturés) et plus de 100 000 détaillants les plus divers (dont le chiffre d'affaires ne provient pas exclusivement de la vente de tabacs). En y ajoutant les fumeurs et les bénéficiaires présents ou futurs de l'AVS, nous pouvons dire que l'ensemble du peuple suisse est intéressé à ce problème.

Du point de vue de la production, la culture indigène, pratiquée sur une surface totale ne dépassant pas 1000 ha (808 ha en 1965), produit environ 2000 tonnes de tabac par an. Cela représente à peu près le dixième des besoins de l'industrie en tabacs bruts.

Notons en passant que le mildiou du tabac, qui fit son apparition vers 1960, a provoqué une diminution sensible de la production indigène. Cette maladie a été heureusement vaincue grâce à la collaboration active des stations

fédérales d'essais agricoles, de l'industrie du tabac, et, naturellement, des cultivateurs.

En 1966, la production suisse a atteint (ces chiffres ne figurent pas dans le message): 695 millions de pièces de cigares, 1,3 millions kg de tabac pour la pipe, 15,6 milliards de pièces de cigarettes.

En 1965, la production en cigarettes s'élevait à plus de 19 milliards. Elle a reculé, probablement momentanément, à la suite de l'augmentation des taxes décrétées par l'arrêté fédéral du 21 décembre 1965.

Du point de vue du rendement fiscal, l'année dernière, les recettes nettes fournies par l'imposition du tabac atteignaient 332,6 millions. Sur ce montant, 321,7 millions provenaient de la fabrication nationale des cigarettes, 3,6 millions des cigares et 2,8 millions du tabac pour la pipe. Les droits perçus sur l'importation de produits manufacturés s'élevaient à 4,5 millions.

Voyons pour quels motifs plus précis notre appartenance à la zone de libre-échange nous oblige à réviser le régime actuel d'imposition, et en quoi consiste la nouveauté du système proposé:

Le régime actuel repose sur les trois redevances suivantes:

1. les droits de douane, perçus à l'importation des tabacs bruts et des produits terminés (cigarettes, cigares, etc.);

2. la taxe de fabrication, perçue sur la production nationale d'après le nombre de pièces et le poids en ce qui concerne les cigarettes, et d'après le poids du tabac utilisé en ce qui concerne les autres produits;

3. la taxe sur le papier à cigarettes qui complète le système, mais dont je peux faire abstraction – vu son rendement minime – dans cette partie de mon exposé.

En outre, les petites et moyennes entreprises, dont la production ne dépasse pas un certain volume, bénéficient d'une taxe de fabrication réduite. De même, l'utilisation, à partir de 50%, de tabac indigène pour les cigarettes bon marché, entraîne également une diminution de la taxe de fabrication. D'ailleurs, j'aurai l'occasion de reparler de ces deux dernières mesures.

Voici pour quelles raisons le régime actuel n'est pas conforme à la Convention instituant l'Association européenne de libre-échange:

A l'exception des droits de douane sur les produits agricoles et des droits fiscaux, les droits de douane ne sont plus, depuis le début de cette année, applicables à l'importation des marchandises originaires des pays faisant partie de la zone de libre-échange. En ce qui concerne les droits fiscaux, les Etats membres doivent s'abstenir d'appliquer directement ou indirectement aux marchandises importées des charges supérieures à celles qui frappent directement ou indirectement des marchandises nationales similaires. Si l'imposition des marchandises importées est plus élevée que celle des produits indigènes similaires, les Etats membres sont tenus d'éliminer la différence, parce qu'elle représente une marge de protection.

En juin 1960, la Suisse notifia aux organes institutionnels de la zone de libre-échange sa liste de droits fiscaux, qui comprenait, entre autres, les droits de douane sur les tabacs, et s'engageait à éliminer l'élément protecteur que ces derniers droits comprenaient, jusqu'au 1^{er} janvier 1965, délai qui n'a pas pu être tenu. L'adoption de ce projet de loi nous permettra précisément d'honorer nos engagements.

En préparant le projet de révision, le Conseil fédéral a également tenu compte de l'évolution que peut prendre, à plus ou moins longue échéance, l'intégration économique

de l'Europe. On sait, d'une part, que cette intégration entraîne une érosion graduelle des droits de douane et des taxes perçues à la frontière et que, d'autre part, les recettes nettes, provenant de l'imposition du tabac, sont affectées à la couverture des obligations financières de la Confédération à l'égard de l'AVS.

En conséquence, le Conseil fédéral propose d'abolir les droits de douane perçus à l'importation sur les tabacs bruts, et cela sans égard à leur provenance. Ces droits de douane sont remplacés par un nouvel impôt sur le tabac manufacturé. Cet impôt est perçu aux mêmes conditions aussi bien sur la production nationale que sur les produits importés. De cette manière, les tabacs manufacturés en provenance de la zone de libre-échange ne sont plus soumis à des charges fiscales supérieures à celles supportées par les produits fabriqués en Suisse. Toute marge de protection disparaît. Par contre, à l'égard des tabacs manufacturés en provenance d'autres pays, cette protection subsiste sous forme de droits de douane qui sont mentionnés à l'annexe V au projet de loi. Pour être complet, j'ajoute que la taxe sur le papier à cigarettes est maintenue.

Pour opérer la transposition du régime présent dans le système qu'il nous propose, le Conseil fédéral a tenu compte de la structure de l'industrie et s'est efforcé d'éviter de bouleverser les conditions de concurrence entre les différentes entreprises. Une solution ignorant complètement la situation présente aurait risqué de compromettre l'équilibre actuel ou la répartition des forces à l'intérieure de la branche.

Avant de clore cette partie de mon rapport, à la technicité parfois rébarbative, il faut encore souligner que le nouveau système ne devrait entraîner aucune augmentation des recettes. Seule la taxe sur le papier à cigarettes sera augmentée de 50% afin d'être alignée sur l'augmentation des droits sur les cigarettes entrée en vigueur au début de 1966.

Je passe maintenant à l'étude des trois points qui ont premièrement retenu l'attention de votre commission.

Premier point: réductions d'impôt pour petites et moyennes entreprises. L'article 127, alinéa 1, lettre b, de la loi sur l'AVS accorde au Conseil fédéral le droit de prendre des mesures en faveur des petites et moyennes entreprises de l'industrie du tabac. Selon cette compétence, le Conseil fédéral réduit, depuis 20 ans, la taxe de fabrication que doivent payer les entreprises dont la consommation en tabac brut ou la production ne dépasse pas un certain volume. De cette manière, il a été possible de sauvegarder l'existence des petites et moyennes entreprises et de les mettre à l'abri, du moins partiellement, des tentacules des grandes entreprises. Ainsi, dans la branche du cigare et du tabac à pipe, sur 50 entreprises qui fabriquent soit l'un ou l'autre genre de produits, soit les deux, 25 exploitations sont classées parmi les petites et 22 parmi les moyennes entreprises. Parmi ces 47 petites et moyennes entreprises, 26 sont situées dans le canton d'Argovie. Payerne est aussi intéressé par cette activité. Dans le secteur de la cigarette, la mécanisation très poussée de la fabrication, la recherche de l'article de masse – et non de la petite série – les frais élevés de publicité pour le lancement de nouvelles marques, etc., ont poussé les petites et moyennes entreprises à se rapprocher des grandes. Une concentration de plus en plus prononcée a marqué ces dix dernières années.

Au point de vue financier, les réductions d'impôts se chiffraient en 1965 à 2,8 millions de francs et en 1966 à 2,2 millions au total. Elles n'atteignent donc même pas 1% des recettes nettes sur le tabac. A peu près la moitié

de ces ristournes vont à la branche du cigare et du tabac à pipe.

Dans son projet, le Conseil fédéral envisage d'abolir les réductions en faveur des petites et moyennes entreprises. Pour justifier ses intentions, il évoque tout d'abord le Traité de Stockholm sur la zone de libre-échange, qui prévoit l'abolition de toute discrimination fiscale au détriment des produits importés. Cependant, le Conseil fédéral n'entend pas supprimer brutalement les réductions et vous propose d'aménager une période de transition jusqu'en 1972 au plus tard, en prorogeant jusqu'à cette échéance l'article 127, alinéa 1, lettre b, de la loi de l'AVS.

Votre commission s'est longuement penchée sur le problème des réductions d'impôts en faveur des petites et moyennes entreprises. Cette forme d'exploitation est due au genre de fabrication qui exige une grande part de travail manuel pouvant être accompli par une main-d'œuvre féminine difficilement reclassable ailleurs. Pour celle-ci, l'occupation dans une fabrique de cigares fournit un appoint permettant d'améliorer le revenu familial.

Après des discussions approfondies, votre commission est arrivée à la conviction unanime que les réductions d'impôts devaient être maintenues en faveur de ces entreprises. Tout en demeurant acquise au principe traditionnel du respect des traités, elle a estimé que les allègements fiscaux n'étaient pas de nature à entraîner une discrimination dangereuse et injuste des produits importés. Par ailleurs, l'accès des articles suisses aux autres marchés nationaux réunis dans la zone de libre-échange rencontre parfois de grosses difficultés dues à des réglementations aux effets également discriminatoires. Nous n'avons donc aucune raison de faire de l'excès de zèle. Enfin, l'évolution incertaine de l'intégration économique de notre continent exige une certaine prudence.

Sur le plan du droit national, elle a admis que les allègements ne représentaient pas forcément une atteinte aux articles économiques de la constitution en ce sens qu'ils sont davantage dictés par le souci d'adapter équitablement les charges aux possibilités des exploitations que par des considérations de politique économique. Tout en admettant le bien-fondé de l'avis consultatif exprimé par la commission des cartels, votre commission a estimé qu'il fallait procéder avec prudence lorsqu'il s'agissait de proroger ou de supprimer une réglementation qui, restée en vigueur durant de nombreuses années, avait contribué à modeler, d'une manière particulière, la structure d'une industrie.

En vous proposant de maintenir les réductions d'impôts en faveur des petites et moyennes entreprises, votre commission ne s'est pas contentée de reprendre à son compte les textes appliqués actuellement.

D'une part, elle a estimé que les allègements fiscaux n'étaient pas destinés à récompenser l'immobilisme, mais devaient au contraire contribuer à favoriser l'amélioration de la rentabilité de ces fabriques. En conséquence, elle a même accordé au Conseil fédéral la compétence de réduire de 20% au maximum le taux d'impôt lorsque l'industrie prend, sur une base inter-professionnelle, des mesures destinées à augmenter la rentabilité des petites et moyennes entreprises.

D'autre part, votre commission a également estimé qu'en raison de nos obligations issues de la zone européenne de libre-échange et en prévision de l'évolution possible du problème de l'intégration, il ne pouvait être question de proroger les réductions d'impôts d'une manière indéterminée. Aussi a-t-elle proposé d'autoriser le Conseil fédéral à supprimer les réductions d'impôts, en ce qui

concerne les cigarettes, à partir du 31 décembre 1968 et, en ce qui concerne les cigares et le tabac à pipe, à partir du 31 décembre 1972.

Les propositions de la commission font l'objet de l'article 11 bis.

Deuxième point: protection des prix. Un des points les plus discutés a été celui de la protection des prix. La presse en a déjà parlé, et le bruit court qu'un referendum serait lancé contre le projet de loi si la clause de la protection des prix dans la branche du tabac devait être maintenue. Aussi vaut-il la peine de s'arrêter plus longuement sur cette question d'autant plus qu'elle formera probablement la pièce de résistance de nos propres discussions.

Tout d'abord, je tiens à préciser que la décision de votre commission de présenter, sur ce point, une proposition dépassant le projet du Conseil fédéral a été prise après mûres réflexions. Ce n'est qu'à la troisième séance qu'il a été possible de s'entendre sur le texte qui vous est proposé.

La question du maintien de la protection des prix a été étudiée de manière approfondie au cours des travaux préparatoires concernant la nouvelle réglementation de l'imposition du tabac. Au cours de la phase consultative, la direction de l'Union suisse du commerce et de l'industrie, l'Union des arts et métiers ainsi que les associations de l'industrie du tabac se prononcèrent en faveur du maintien de la protection des prix. Par la suite, le Conseil fédéral soumit son avant-projet à la commission des cartels qui s'exprima de manière détaillée sur le problème de la garantie des prix. Votre commission a pris connaissance du rapport de la commission des cartels. Par ailleurs, les conclusions de celle-ci sont résumées fidèlement aux pages 41 à 43 du message du Conseil fédéral.

Dans son projet, le Conseil fédéral s'est rallié aux conclusions de la commission des cartels et envisage la suppression de la protection des prix après une période transitoire s'étendant jusqu'à fin 1970.

Votre commission n'a pas accepté sur ce point le projet du Conseil fédéral. Elle propose le maintien de la protection des prix, mais reconnaît en même temps le caractère licite des rabais. Elle délègue au Conseil fédéral la compétence de préciser les détails, en particulier de fixer le taux maximum des rabais, étant entendu que la réglementation envisagée devrait être aussi simple que possible. Des voix se sont élevées au sein de la commission contre la complexité du régime actuel.

Quels ont été les arguments et les réflexions des membres de votre commission? Il me semble qu'on peut les résumer de la manière suivante:

La protection des prix dans le commerce de détail du tabac existe depuis 1938. Elle n'a pas nui à la qualité des produits mis sur le marché. Elle n'a pas conduit à des abus de la part des fabricants puisque les prix pratiqués sur le marché suisse sont parmi les plus bas en Europe. Certes, la politique raisonnable suivie par la Confédération en matière d'imposition du tabac y a contribué également. Sur la base de cette politique et de cette situation de droit, le commerce de détail s'est développé dans le sens d'une décentralisation très forte des points de vente.

Il paraît que, comparativement au chiffre total de la population, cette décentralisation est la plus forte en Europe. Doit-on s'en plaindre? Le consommateur y trouve très certainement aussi son compte puisqu'il peut acheter son tabac ou ses cigarettes pratiquement n'importe où et surtout au même prix, même dans les régions les plus défavorisées du point de vue des transports. Cette décentralisation très poussée des points de vente a, par ailleurs,

permis à un très grand nombre de personnes de s'établir ou de trouver leur gagne-pain dans le commerce de détail. Ces personnes, généralement d'origine modeste, souvent de santé déficiente, forment un apport non négligeable à la conservation d'une certaine classe moyenne utile à l'équilibre sociologique du pays. Le reclassement de ces personnes dans d'autres professions serait assez problématique. La garantie des prix a également facilité la création de magasins spécialisés, dont l'assortiment très complet comprend presque toute la production suisse. Or, la suppression de la garantie des prix détruirait en partie ou, pour le moins, ébranlerait très fortement la structure de ce commerce de détail. On assisterait sans aucun doute à la disparition d'un certain nombre de points de vente et à une concentration que certains pourraient rechercher avec d'autant plus de vigueur et d'âpreté que la suppression de la garantie permettrait le gâchage des prix. Finalement, l'emporteraient ceux qui seraient économiquement les plus forts ou qui disposeraient de moyens leur permettant de récupérer le sacrifice consenti pour le tabac sur d'autres marchandises. Personne ne croira que les rabais presque astronomiques pratiqués par certains le sont uniquement par amour envers le consommateur. Dans de tels cas, le tabac est tout simplement utilisé comme appât destiné à attirer le plus grand nombre possible d'acheteurs, et dans l'espoir d'augmenter le chiffre d'affaires sur d'autres marchandises.

On peut aussi se demander s'il est indiqué de libérer entièrement les prix, et de rendre ainsi possible leur gâchage, pour un article dont les effets sur la santé humaine sont contestés. Le tabac est un article de très grande consommation. Le gâchage, pratiqué sur une grande échelle, peut conduire à une baisse de la qualité. En effet, pour compenser leurs pertes, certains pourraient avoir tendance à se retrouver sur la qualité, ce qui ne serait certainement pas dans l'intérêt de la santé des fumeurs.

D'autres répondront que les abus du tabac pourraient être réprimés par une augmentation des impôts sur le tabac. Il ne faut pas oublier qu'une partie non négligeable de la production suisse est exportée sans aucune restitution de droits. Il en résulte une recette de presque 100 millions pour l'AVS. Une augmentation des impôts entraînerait immédiatement un recul de cette exportation et, par voie de conséquence, une diminution des recettes de l'AVS. On assisterait au même phénomène que pour l'essence où l'augmentation de la surtaxe a fait reculer les achats pratiqués par l'étranger.

Voilà, grosso modo, les arguments et réflexions dont a tenu compte votre commission pour vous proposer un texte différent de celui du Conseil fédéral. Tous ne sont pas d'ordre juridique; cependant, il me semble que, malgré cela, ils ne peuvent laisser indifférent le législateur. Nous vous demandons donc de suivre la majorité de la commission.

Le troisième point concerne la culture du tabac indigène. Ce point a particulièrement retenu l'attention de la commission. Permettez-moi de m'y arrêter un instant:

Le tabac indigène consolide l'existence de 2500 exploitations agricoles familiales de plusieurs régions du pays. Il est cultivé depuis plus de deux siècles dans la vallée de la Broye et dans le Mendrisiotto.

Sa production annuelle est de l'ordre de 1,5 million de kg de tabac fermenté d'une valeur de 12 millions de francs. Ces dernières années, 22 millions de francs ont été investis dans la modernisation de la production (mécanisation, séchage, manutention et fermentation). La commercialisation du tabac indigène est rationnelle en Suisse;

elle supporte très aisément toutes comparaisons tant au niveau européen qu'au niveau américain des USA.

Actuellement, le tabac indigène bénéficie d'une protection douanière qui s'élève, en ce qui concerne le tabac à cigarettes, à 9 fr. 45 par kg et, en ce qui concerne le tabac à pipe, à 3 fr. par kg. La taxe de fabrication pour les cigarettes se monte à 15 fr. 90 pour 1000 pièces. Cette taxe est légèrement réduite pour les cigarettes bon marché qui contiennent au minimum 50% de tabac indigène. La taxe de fabrication sur le tabac à pipe s'élève à 1 fr. 53 par kg de tabac brut utilisé.

Le tabac indigène – et c'est logique sur le plan de l'économie nationale – n'est soumis à aucun droit de douane.

Par contre, lorsqu'il entre dans la composition des produits manufacturés, le tabac indigène est frappé d'une taxe fiscale, prélevée à l'intérieur du pays, dite «de fabrication». C'est cette taxe qui rapporte à la Confédération depuis le 1^{er} janvier 1966 environ 20 millions de francs par an ou, si l'on préfère, 25 000 fr. par ha de culture, soit environ le double de la somme touchée par le producteur pour la vente de son tabac, c'est-à-dire le produit de son travail!

Depuis l'entrée en vigueur de la loi sur l'AVS, le tabac indigène a fourni environ 250 millions de francs à la Confédération pour le financement de l'AVS.

Soulignons aussi que la culture du tabac est, de toute l'agriculture, la seule branche à devoir supporter une imposition fiscale.

En principe, les droits tabacoles de douane, bien que supprimés à la frontière, seraient transférés sur les taxes internes dites de «fabrication»; le tabac indigène se verrait ainsi très fortement pénalisé par cette opération de politique économique et chargé d'une nouvelle imposition de l'ordre de 12 à 14 millions de francs soit 15 000 à 20 000 fr. de plus par ha cultivé; on arriverait donc au total de 40 000 fr. environ par ha.

Ce serait illogique sur le plan fiscal et injuste sur le plan social. Le tabac indigène serait la seule branche de l'industrie du tabac à être écrasée par un supplément de fiscalité. Il en mourrait et disparaîtrait rapidement de la géographie agricole de la Suisse, ce qui serait un précédent très dangereux.

C'est pourquoi le projet de loi prévoit la rétrocession aux milieux intéressés par la culture du tabac indigène de ce supplément de fiscalité dont devront s'acquitter les industriels utilisant du tabac suisse.

Précisons d'emblée qu'il s'agit d'une rétrocession ou, si l'on préfère, d'une ristourne, d'une compensation ou encore d'un rétablissement d'une balance d'équilibre n'entraînant pas de modification de la charge fiscale par rapport à la situation actuelle, mais qu'en aucun cas il ne saurait être question d'une subvention.

Une telle conception de l'opération parle en faveur de la solution préconisée par le projet de loi: prendre l'argent à rétrocéder là où le supplément de fiscalité va s'accumuler, c'est-à-dire auprès du département des finances et ceci avant qu'il ne soit affecté à l'AVS. C'est logique, simple, fonctionnel et de plus, juridiquement défendable. La commission s'est convaincue que cette solution devait être adoptée. Relevons enfin en faveur du tabac indigène le fait que la collaboration qui existe entre la Fédération suisse des associations de planteurs de tabac (FAPTA) et les fabricants de tabac groupés dans la Société coopérative pour l'achat du tabac indigène (SOTA) est un modèle du genre, qui pourrait faire école dans de nombreux domaines.

Je passe à un dernier point: Jusqu'à présent, les dispositions sur l'imposition du tabac constituaient le chapitre IV de la II^e partie de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'AVS.

Le Conseil fédéral a estimé judicieux – et votre commission l'a suivi – de détacher ces dispositions fiscales et d'en faire l'objet d'une loi distincte.

Le projet de loi qui nous est soumis, issu de longues délibérations auxquelles tous les milieux intéressés à la production, à l'industrie et au commerce du tabac ont participé, revêt une grande importance par les multiples conséquences qu'il entraîne dans de nombreux secteurs de notre économie.

La commission l'a examiné avec une grande attention et, au cours de longues délibérations, lui a apporté les modifications qu'elle estimait judicieuses. Nous sommes certains qu'il répond ainsi à l'intérêt général. Le refus d'entrer en matière ne résoudrait rien et ne ferait que reporter à plus tard la solution d'un problème que nous pouvons et devons résoudre maintenant.

Nous vous proposons donc de passer à l'examen de la loi sur l'imposition du tabac.

Hier wird die Beratung abgebrochen

Ici, le débat est interrompu

Vormittagsitzung vom 20. Juni 1967

Séance du 20 juin 1967, matin

Vorsitz – Présidence: Herr Schaller

9700. Exportförderung auf dem Gebiete der Waldwirtschaft. Befristete Massnahmen
Encouragement des exportations dans le domaine de l'économie forestière.
Mesures temporaires

Botschaft und Beschlussentwurf vom 26. Mai 1967
 (BBl I, 941)

Message et projet d'arrêté du 26 mai 1967 (FF I, 949)

Beschluss des Ständerates vom 13. Juni 1967
 Décision du Conseil des Etats du 13 juin 1967

9624. Interpellation Diethelm.
Schweizerische Waldwirtschaft
Economie forestière suisse

Text der Interpellation siehe Seite 211 hiernach
 Texte de l'interpellation voir page 211 ci-après

9647. Motion Tschumi.
Linderung der Waldschäden
Aide aux propriétaires de forêts ravagées

Text der Motion siehe Seite 212 hiernach
 Texte de la motion voir page 212 ci-après

Antrag der Kommission

Eintreten auf den Beschlussentwurf.

Proposition de la commission

Passer à la discussion du projet d'arrêté

Berichterstattung – Rapports généraux

Leber, Berichterstatter: Im Auftrage der von Ihnen bestellten Kommission habe ich Sie über den dringlichen Bundesbeschluss betreffend befristete Massnahmen zur Milderung der infolge der Sturmschäden in der Waldwirtschaft entstandenen Verluste zu orientieren.

Die verheerenden Frühjahrsstürme haben in den Tagen vom 23. Februar bis zum 28. Februar und am 13. März über 2,3 Millionen Kubikmeter Holz, vorab im schweizerischen Mittelland, zu Fall gebracht, was zwei Drittel einer Jahresernte und einer Waldfläche von 7000 ha entspricht. Im Anschluss an diese Katastrophe sind durch die Kantonsregierungen, durch die Konferenz der kantonalen Forstdirektoren, durch die schweizerischen Verbände der Waldwirtschaft und der Holzindustrie und nicht zuletzt durch parlamentarische Vorstösse während der letzten Session beim Bundesrat Begehren gestellt worden, er möchte dringlich geeignete Massnahmen in die Wege leiten und sie dem Parlament unterbreiten. Diese Vorlage liegt vor; sie ist Ihnen rechtzeitig zugestellt worden.

Im Namen der Kommission möchte ich Herrn Bundesrat Tschudi und seinen Mitarbeitern herzlich danken für die

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.06.1967
Date	
Data	
Seite	201-208
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 647

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

*Art. 213***Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.
(La modification ne concerne que le texte allemand.)

Angenommen – Adopté

*Abschnitt II***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Chapitre II***Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

*Abschnitt III***Antrag der Kommission**

Abs. 1, Ingress, Lit. a–d

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Lit. e

Landesverteidigungskommission durch Kommission für militärische Landesverteidigung.

Abs. 2 bis 6

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Chapitre III***Proposition de la commission**

Al. 1, préambule, lettre a–d

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Lettre e

La commission de défense nationale par la commission de défense militaire.

Al. 2 à 6

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

*Abschnitte IV, V***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Chapitres IV, V***Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Präsident: Ich benütze die Gelegenheit, um der Kommission den herzlichsten Dank für die grosse Arbeit auszusprechen, die sie mit der Vorbereitung und der Beratung dieses Reorganisationsgesetzes geleistet hat und möchte auch Herrn Bundesrat Celio und seinen Mitarbeitern herzlich für den Geist der Verständigung danken, den sie in die Beratung mitgebracht haben.

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes 126 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Nachmittagssitzung vom 26. Juni 1967

Séance du 26 juin 1967, après-midi

Vorsitz – Présidence: Herr Schaller

9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz Imposition du tabac. Loi

Siehe Seite 201 hiervor – Voir page 201 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Vontobel, Berichterstatter der Minderheit: Unser Kommissionspräsident hat Ihnen bereits mitgeteilt, dass die Kommission in drei Sitzungen zu diesem Geschäft Stellung bezogen hat. Anfänglich war auch ich für Eintreten. Ich hatte immer noch den Glauben, dass die Mehrheit der Kommission schlussendlich den Anträgen des Bundesrates zustimmen würde. Diese Erwartung hat sich leider nicht erfüllt. In drei Abstimmungen – 2 konsultativen und einer definitiven – hat sich die Kommission mit grosser Mehrheit, das heisst mit allen gegen eine Stimme, bei den konsultativen Abstimmungen mit ein bis zwei Enthaltungen und in der Schlussabstimmung mit 14 gegen 1 Stimme und einer Enthaltung für dieses Gesetz mit der definitiven Verankerung des Preisschutzes ausgesprochen.

Die definitive Verankerung des Preisschutzes im Gesetz ist der Schicksalsartikel dieses Gesetzes, weil damit nach meinem Dafürhalten das Gesetz steht oder fällt, und deshalb habe ich mich verpflichtet gefühlt, den Nichteintretensantrag zu stellen. Neben diesem Preisschutz gibt es noch andere Momente, die gegen das Eintreten sprechen; denn inzwischen haben sich die Verhältnisse im europäischen Raum, wenn man so sagen kann, einigermassen verändert. Das Gesetz wurde uns im Januar 1967 unterbreitet. Die Kommission trat am 25./26. Januar und 24./25. Februar zusammen. Der Bundesrat stützt sich bei der neuen Veranlagung der Tabakabgabe, der Umwandlung in eine Tabaksteuer auf die Bestimmungen der EFTA ab. Ich verweise Sie auf die Botschaft Seiten 9 bis 13. Dort sind die hauptsächlichsten Gründe umschrieben, weshalb die bisherige Erhebung der Zollabgabe in eine Steuer umgewandelt werden soll. Damit ist auch gesagt, dass keine neuen, zusätzlichen Einnahmen beabsichtigt sind, sondern dass es sich lediglich um eine Verlagerung des Systems handelt. Seit dem Februar ist das Beitrittsgesuch Englands an die EWG erfolgt; Irland ist gefolgt, ebenso Schweden und vor 14 Tagen Norwegen und noch früher Österreich. Obwohl der Abschluss der Verhandlungen meines Erachtens noch lange auf sich warten lässt, fragt sich doch, ob die Vorlage unter Abstützung auf die EFTA-Bestimmungen im gegenwärtigen Augenblick so dringlich ist, wie dies in der Botschaft des Bundesrates dargestellt wird. Wir rechnen, dass zum Teil innerhalb der EWG ganz andere Verhältnisse vorherrschen als in jenen Ländern innerhalb der EFTA, die über eine eigene Rohtabakfabrikation verfügen. Sie haben den Aussenzoll, etwas, das wir bei uns nicht kennen, so dass es sehr fraglich ist, ob, wenn wir – in welcher Form auch immer – der EWG beitreten oder in ein Verhältnis zu ihr treten, wir unter Umständen dann die Tabakvorlage wiederum umbauen müssen. Dazu kommt, dass es sehr fraglich ist, ob dann der gesetzlich verankerte Preisschutz weiterhin aufrechterhalten werden kann.

Die Vorlage ist, wenn man auf die EFTA abstützt, in die Zukunft gerichtet, und die Frage ist berechtigt, ob heute

schon das System geändert werden soll. Die gleichen Bedenken haben in der Kommission auch die Herren Leuenberger, Binder und auch Herr Widmer geäußert. Ja, es wurde sogar gefragt, ob nun die Schweiz als Mitglied der EFTA unbedingt der Musterknabe sein soll, der in dieser Frage vorausgeht, wie Anno dazumal Winkelried. Meines Erachtens ist die Vorlage nicht dringlich und könnte zurückgestellt werden, bis unser Verhältnis innerhalb der EFTA, die einigermaßen in der Luft liegt, oder das Verhältnis zur EWG näher abgeklärt ist.

Es sind noch weitere Gründe, die mir das Eintreten vorerst erschwerten. Sie wissen, dass in der Vorlage vorgesehen ist, dass kleine und mittlere Betriebe unterstützt werden sollen, wie das bisher schon der Fall war. Der Bundesrat hat eine Übergangsbestimmung vorgeschlagen, mit Befristung bis zum 31. Dezember 1972. Die Kommission hat einem neuen Antrag, Artikel 11 bis, zugestimmt, wonach der Bundesrat ab 1972 ermächtigt ist, diese Ermäßigungen aufzuheben. Ich hatte hier einige verfassungsrechtliche Bedenken. Ich habe diese dann, mit Rücksicht auf die besondere Situation in der Tabakindustrie, die regional verankert ist und bei der ich glaube, dass die kleinen und mittleren Betriebe sich eines besonderen Einsatzes befleißigen, zurückgestellt und diesem Antrag zugestimmt. Wenn Sie Nichteintreten beschliessen, ändert sich für diese kleinen und mittleren Betriebe nichts. Im Gegenteil: sie und die übrigen Fabrikanten sind von allen durch die neue Tabaksteuer zu erwartenden administrativen Belastungen befreit. Heute beschäftigt die Oberzolldirektion 12 Mann für die Erhebung dieses Tabakzolles. Es ist mir gesagt worden, dass in den Betrieben für die Erhebung der Tabaksteuer mindestens ein zusätzlicher Mann notwendig werde, was bisher nicht der Fall war. Die mittleren, kleinen und grossen Betriebe werden also bei Nichteintreten eher entlastet; es entgeht ihnen nichts.

Das zweite Bedenken, ebenfalls verfassungsrechtlicher Natur, war die Unterstützung der Tabakpflanzer aus dem Steuerertrag aus der Tabakabgabe. Ich hatte ursprünglich den Antrag gestellt, dass hier Bundesmittel vorzusehen seien, weil nach Artikel 34 quater sämtliche Einnahmen aus den Tabakabgaben für die AHV zu reservieren sind. Ich habe auch hier diesen Antrag zurückgestellt, weil ich mich davon überzeugen konnte, dass hier eine Verlagerung stattfindet. Der Zollschatz, den die Tabakpflanzer bisher genossen, fällt natürlich mit der Verlagerung dahin. Die zusätzliche Belastung würde je Hektare Fr. 17 350.— betragen. Diese zusätzliche Belastung kann man den Tabakpflanzern nicht zumuten. Hier wird nun der Ausgleich über die Beiträge gesucht, so dass also das, was bisher an der Grenze erhoben wurde, zugunsten der Tabakpflanzer verlagert wird auf die Tabaksteuer. Und im Zweifelsfalle, sagt man ja, soll man zugunsten des Betroffenen entscheiden. Diesem salomonischen Wahrspruch habe ich mich unterzogen und meinen Streichungsantrag zurückgezogen.

Wenn Sie Nichteintreten beschliessen, nützt auch dies wieder den Tabakpflanzern; denn alles bleibt beim alten. Sie geniessen weiterhin den Schutz an der Grenze.

Der entscheidende Punkt, weshalb ich Nichteintreten beantrage, ist die Verankerung des Preisschutzes (Art. 15 bis der Vorlage). Gestatten Sie mir dazu einige Bemerkungen.

Die Grundlage dazu besteht heute im AHV-Gesetz. Der relative Preisschutz ist seit 1947 in einer bundesrätlichen Verordnung enthalten. Ebenso sind die gestaffelten Rabatte in einer Verordnung vom Jahre 1962 umschrieben. Ein erster Vorentwurf des Bundesrates vom Jahre 1964 sah vor, dass der Preisschutz in der Tabakvorlage zu verankern sei. Im Vernehmlassungsverfahren ist diese Frage

dann im besondern behandelt und wie folgt beantwortet worden: Mit Ja, also Verankerung des Preisschutzes, antworteten der Vorort, der Gewerbeverband, der VHTL, Verbände der Tabakindustrie sowie des Import-Gross- und Kleinhandels mit Tabakwaren und der Verband der Tabak-Grossisten. Mit Nein antworteten der Gewerkschaftsbund, der Christlich-Nationale Gewerkschaftsbund, die Vereinigung schweizerischer Angestellten-Verbände und der Verband Schweizerischer Lebensmittel-Filialbetriebe. Dieses Gesetz ist auch der Kartellkommission zur Vernehmlassung unterbreitet worden, und in dieser fand die gesetzliche Verankerung des Preisschutzes eine eindeutige Ablehnung, allerdings mit dem Zusatz, dass eine dreijährige Übergangsfrist im neuen Gesetz vorzusehen sei. Inzwischen ist auch der Entscheid des Bundesgerichtes gefallen, nicht der Verfassungsmässigkeit wegen – das möchte ich beifügen –, sondern weil es von der ungleichen Behandlung der Betroffenen ausging. Der Entscheid des Bundesgerichtes war möglich, weil nicht der Gesetzgeber diese Massnahmen festgelegt hat, sondern der Bundesrat auf dem Verordnungswege. Nun soll der Preisschutz auf Grund von Artikel 31 bis der Verfassung in das Gesetz aufgenommen werden. Damit würde erreicht, dass das Bundesgericht einen ähnlichen Entscheid nicht mehr treffen könnte; denn der Gesetzgeber hätte mangels einer ausgebauten Verfassungsgerichtsbarkeit die Auslegung der Bundesverfassung besorgt. Und über einen solchen Entscheid dürfte sich das Bundesgericht nicht hinwegsetzen.

Also haben wir jetzt als Ausleger der Verfassung über die Verfassungsmässigkeit zu entscheiden. Mit meiner Fraktion und andern verneine ich diese. Ich teile die Auffassung der Kartellkommission nicht nur, weil ich ihr angehöre, sondern weil ich nach Studium der Unterlagen zu dieser Überzeugung gekommen bin. Es wäre eine offensichtliche Verletzung der Verfassung, wenn wir diesen Preisschutz gesetzlich verankern würden. Es wird auf Artikel 31 bis abgestellt, wonach je nach den Verhältnissen von der Handels- und Gewerbefreiheit abgegangen werden kann. Dazu ist die Gefährdung eines Betriebszweiges, eines Landesteiles usw. Voraussetzung. Nun kann aber Artikel 31 bis im vorliegenden Fall für den Preisschutz nicht angeufen werden. Die Zahlen über die heutige Struktur der Verteiler-Organisationen, denn um diese geht es beim Preisschutz in erster Linie, sind die folgenden: 1913 existierten 42 000 Verteilerstellen, 1935 50 000, 1945 90 000 und 1964 100 000 bis 120 000. Dank dem schon heute verfassungswidrigen Preisschutz – wobei es erstaunlich ist, dass man dessen Verfassungsmässigkeit nicht schon bisher angezweifelt hat (hier müssen wir uns selbst einen Vorwurf machen, dass wir dies bisher nicht getan haben) – konnten sich diese Verteilerstellen in diesem Masse entwickeln. Da stellt sich nun die Frage: Darf die Struktur vom Gesetzgeber gestützt werden, indem entgegen der Verfassung der Preisschutz in ein Gesetz eingebaut wird? Sicher ist das Eingehen von Fabrikbetrieben für die Betroffenen viel härter als der Wegfall von Detailverkaufsstellen. Es ist auch nicht gesagt, dass die Branche an sich gefährdet ist, wenn sich seine Struktur verändert. Wenn – sagen wir – einige dieser Verteilerstellen eingehen oder wegfallen, sich diese Branche umorganisiert, dann ist nicht gesagt, dass diese Branche an sich gefährdet ist.

Nun wird gesagt, dass der Bund die Verpflichtung habe, seinen Anteil an die finanziellen Mittel für die AHV zu beschaffen. Dazu sind die Einnahmen aus der Tabaksteuer bestimmt; sie reichen aus. Der Bundesrat respektive der Bund hat seine festen Beiträge nach dem Gesetz an die AHV zu entrichten. Die Tabaksteuer und dazu die Steuern

aus Spirituosen sind für die Finanzierung dieser Bundesleistungen bestimmt, und bisher haben diese Abgaben aus dem Tabak immer ausgereicht. Ja, es geht sogar so weit, dass der Bund bisher aus diesen Leistungen einen Reservefonds von 1,3 Milliarden Franken äufnen konnte, den er im übrigen gar nicht verzinst! (Aber darüber sprechen wir dann vielleicht ein andermal.) Nun ist gar nicht gesagt, dass dieser Spezialfonds unter Umständen nicht auch angegriffen werden dürfe. Aber nach aller Voraussicht werden die Abgaben aus Tabak und Spirituosen auch weiterhin für die Leistungen des Bundes ausreichen.

Ich möchte grundsätzlich sagen: Wenn wir gegen den Preisschutz eintreten, dann wollen wir nicht, dass die Tabakwaren möglichst billig an den Mann kommen, sondern es geht uns um die grundsätzliche Frage: Ist es verfassungsmässig, oder ist es nicht verfassungsmässig? Ich bin der Auffassung, dass der Tabak, genauso wie der Alkohol, als Genussmittel ruhig höher besteuert werden dürfte, als das bisher der Fall ist. Es geht uns also nicht um die Tiefhaltung der Preise, sondern um das Prinzip. Hätte allenfalls der Antrag des Bundesrates, die dreijährige Übergangsfrist, mit Rücksicht auf die Betroffenen einige Aussicht gehabt, dann hätte ich diesem Antrag zustimmen können. Ich sage hier frei und offen: Wenn ein solcher Antrag im Verlaufe der Beratungen gestellt werden sollte, würde ich ihm mit Rücksicht auf die Betroffenen zustimmen. Angesichts der starken Mehrheit in der Kommission und der damit zusammenhängenden Auseinandersetzungen blieb mir nur noch die Ablehnung und konsequenterweise der Antrag auf Nichteintreten.

Es haben sich in der bisherigen Gesetzgebung meines Erachtens – abgesehen von der Verfassungswidrigkeit des Preisschutzes – keine Mängel gezeigt, die eine sofortige Änderung rechtfertigen. Der Ertrag bleibt gleich hoch wie bisher, der AHV wird nicht geschadet. Mit dem heutigen System konnten die Erträge von 76 Millionen im Jahre 1946 auf 350 Millionen im Jahre 1966 gesteigert werden. Das ist eine sehr schöne Leistung. Die nach den EFTA-Bestimmungen angeblich erforderliche Anpassung an die einheimische Tabakproduktion betrifft lediglich 8 bis 9% des gesamten Tabakbedarfes. Wir sind der Auffassung, dass die Anpassung an Aussen-Verhältnisse erst dann erfolgen soll, wenn wir wirklich wissen, wo und in welcher Weise die Schweiz in einer europäischen Gemeinschaft mitarbeitet, welcher Art die dann zumaligen Verpflichtungen sind und was auf der Verfassungs- oder Gesetzesebene beim Tabak und den Tabakprodukten angepasst werden muss.

Das sind – kurz zusammengefasst – die Gründe, die mich persönlich und meine Fraktion den Antrag stellen lassen, heute auf diese Vorlage nicht einzutreten.

Widmer: Tabak wird in fast allen Ländern in irgendeiner Form für den Fiskus nutzbar gemacht. Die Steuersysteme sowie die Höhe der fiskalischen Belastung sind aber sehr verschieden. Einige europäische Länder besitzen für Tabak ein absolutes Monopol, beispielsweise Österreich, Frankreich und Italien. In der Schweiz finden wir die Grundlage für die Tabakbesteuerung in Artikel 41 bis, Absatz 1c, der Bundesverfassung. Alle Bestimmungen über die Tabakbesteuerung sind ferner zu finden im zweiten Teil des AHV-Gesetzes. Die Erträge aus der fiskalischen Belastung des Tabakes sind als Beitrag der öffentlichen Hand an die AHV bestimmt.

Nun soll das bestehende System der Tabakbesteuerung von Grund auf geändert werden. Wir sollten – ich sage absichtlich nicht: wir müssen – uns EFTA-konform ver-

halten. Aus landesinternen Gründen allerdings müsste nicht unbedingt ein bestehendes Gesetz geändert werden, das in seiner Handhabung einfach und klar ist und mit einem relativ kleinen Stab von Mitarbeitern eine Steuereinnahme von rund 350 Millionen erbrachte, welcher Ertrag, wie erwähnt, für die AHV bestimmt ist. Durch die Zugehörigkeit der Schweiz zur EFTA werden wir verhalten, die Besteuerung der inländischen und ausländischen Fabrikate auf der gleichen Bemessungsgrundlage vorzunehmen. An die Stelle des Rohtabakzolles und der Fabrikationsabgabe soll nun die Belastung des Fertigfabrikates treten. Im Anhang zum Entwurf ist der neue, von der Oberzolldirektion und vom Bundesrat vorgeschlagene Steuertarif für Zigarrenfabrikate, (Stumpfen, Zigarillos, Kiels und Kopfzigarren) ersichtlich. Es handelt sich um eine Stücksteuer, und die Ansätze richten sich nach dem Gewicht der Fabrikate und dem von der Fabrik festgesetzten Kleinhandelspreis. Die sich daraus ergebende Belastung entspricht im Durchschnitt dem bisherigen Steuerertrag. Kommissionspräsident Haller hat in seinem Einleitungsreferat besonders darauf hingewiesen, dass das vorliegende Gesetz nicht die Aufgabe habe, den Tabak stärker als bisher zur Besteuerung heranzuziehen.

Nun wird aber geltend gemacht, dass die Durchführung und die Kontrolle des neuen Steuersystems sowohl für die Zollorgane als auch für die Fabriken einen wesentlich grösseren Arbeitsaufwand bedingen, dies ausgerechnet in einer Zeit, in der man viel eher vom Abbau des Verwaltungsaufwandes sprechen müsste. Auch über die praktische Durchführung besteht noch sehr viel Unklarheit.

Daraus ergibt sich, dass eine Notwendigkeit der Änderung im Steuersystem für den Tabak sich allein wegen der Zugehörigkeit der Schweiz zur EFTA nicht aufdrängt. Es ist auch nicht nötig und nicht wünschbar, dass die Schweiz unbedingt als erstes Land die Tabakbesteuerung den EFTA-Bestimmungen anpasst, auch dies ausgerechnet in einem Zeitpunkt, in der die EFTA um ihre Daseinsberechtigung bangen muss. Wenn EFTA-Länder in die EWG eintreten, dann wäre ein Gesetz, das man nun bewusst auf die EFTA-Zugehörigkeit ausgerichtet hat, nur von kurzer Lebensdauer. Die EWG verlangt wegen der bedeutungsvollen Rohtabakanbaugebiete in Deutschland, Italien und dem assoziierten Griechenland Aussenzölle auf dem Rohtabak. Ausgerechnet diese im jetzigen Gesetz geltenden Rohtabakzölle, wie wir sie anwenden, sollen nun mit dem neuen Gesetz radikal abgeschafft werden.

Es wird oft die Tatsache übersehen, dass bereits mit Wirkung ab 1. Januar 1965 die Schweiz gegenüber den EFTA-Ländern alle Schutzzölle bei Tabakfabrikaten abgebaut hat. Die aus der EFTA eingeführten Tabakfabrikate werden an der Schweizergrenze nur mit der Fiskalabgabe belastet, die das gleiche, im Inland hergestellte Fabrikat zugunsten der AHV auch zu tragen hat.

Über die Auswirkungen, welche das neue Besteuerungssystem mit sich bringt, sind in der Botschaft auf Seite 35 gewisse Hinweise vermerkt. Diese zeigen herzlos und kalt, ja fast brutal, die Auswirkungen auf, welche sich aus dem neuen Steuergesetz ergeben. Es wird festgehalten, dass gewisse Konzentrationsbestrebungen auch in der Tabakindustrie einzuleiten seien. Mit andern Worten: es wird befürchtet, dass dann die Schliessung von 15 bis 20 Betrieben der Zigarren- und Stumpfenfabriken mit rund 600 Arbeitnehmern nötig wird, dass von den Fabriken für die Herstellung von Pfeifentabak 10 bis 12 Betriebe überflüssig werden und dass von den eigentlichen Fabrikationsbetrieben der Zigaretten-Industrie deren 3 bis 5 gefährdet wären. Diese Massnahmen wirken sich um so einschnei-

dender aus, als die überwiegende Zahl der bedrohten Unternehmungen räumlich im Aargau beheimatet sind, in Rheinfelden, dann vor allem aber im See- und Wynental. Aber nicht nur würden viele Firmen eingehen, sondern viele ortsverbundene Leute, worunter viele ältere, würden ihre Existenz verlieren.

Man mag sich zu den sich immer mehr aufzeichnenden Konzentrationsbestrebungen in unserer Industrie, auf allen Gebieten und Sektoren, dann auch im Versorgungsgewerbe, stellen wie man will. Die einen begrüssen dies, andere wieder haben Bedenken betreffend die allzu starken Konzentrationsbestrebungen zu Mammutbetrieben, die wirtschaftlich gesehen wahrscheinlich zweckmässig sind. Aber wir alle müssen uns darüber klar werden – und ich möchte dies ganz besonders hervorheben –, dass diese Konzentrationsbestrebungen auch gewisse Gefahren in sich bergen. Die selbständige und unselbständige Mittelschicht unserer Bevölkerung, wohl die tragende Säule unseres Wirtschaftslebens, wird kleiner und bedeutungsloser. Gegen diese Strukturänderung müssen wir dort ankämpfen, wo wir dazu noch Gelegenheit haben, und dies ist nun bei der neuen Tabakbesteuervorlage möglich, indem wir die Ermässigungen nach Artikel 11 und den relativen Preisschutz bei Artikel 15 anerkennen.

Und nun wird, bevor die Gesetzesvorlage im Rat behandelt ist, bereits gegen das neue Tabaksteuergesetz Sturm gelaufen. Man kritisiert einmal die Zusammensetzung unserer Kommission, sie sei einseitig und bewusst interessiert zusammengesetzt. Diese Töne hört man sonst sehr selten, und doch vermag ich als Mitglied des Büros zu ermessen, wie wichtig es ist, dass in den Kommissionen auch Leute Einsitz erhalten, die von der Materie etwas verstehen. Dass vielleicht auch da oder dort ein Übergewicht aus bestimmten Landesgegenden vorherrscht, erachte ich nicht als so schlimm. Ich erinnere an die Vorlagen für die Sanierung der Hotellerie, an die Vorlagen betreffend die Regelung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse für das eidgenössische Personal, und an die vielen Landwirtschaftsvorlagen. Als es sich bei der Initiative des Landesrings betreffend die Alkoholbesteuerung aufzeigte, dass allzuvielen Abstinente in der Kommission Einsitz nehmen wollten, bat man mich, dass wenigstens ich dafür Sorge, einige trinkfeste Männer in die Kommission zu delegieren. Es hält schwer, die Kommissionen immer nach Regionen, nach Sachgebieten usw. zusammenzusetzen. Aber ist es nun durchaus abwegig, wenn in dieser Kommission gleich fünf Aargauer Einsitz genommen haben? Wohl kaum; denn man wird es einem Aargauer Nationalrat kaum verwehren, sich für eine typisch aargauische Industrie einzusetzen. Ich war erfreut, dass unsere Aargauer Regierung die Aargauer Nationalräte zusammengenommen hat, um auf die Bedeutung der Tabakbesteuervorlage hinzuweisen.

Die Kollegen, welche schon länger im Rat sind, werden die seinerzeitigen Verhandlungen über den Schutz der Tabakindustrie noch in sehr guter Erinnerung haben. Auch damals musste man die kleinen und mittleren Betriebe mit ihren rund 5000 Arbeitnehmern im Aargau schützen. Die denkwürdige Abstimmung im Oktober 1952 war erfreulich, weil das Schweizer Volk damals ganz eindeutig zum Ausdruck brachte, dass auch eine kleine Industrie mit einem relativ kleinen Arbeiterstab schutzwürdig sei.

Und nun wird bereits wieder seitens der Firma Denner mit einem Referendumskampf gedroht. Ich möchte fragen, ob seitens dieser Firma nicht auch bestimmte Interessen massgebend sind für ihre Drohung? Ich möchte sagen: ja. Ich wage zu behaupten, dass auch in einem erneuten Abstimmungskampf das soziale Moment, welches den

Schutz der kleinen und mittleren Betriebe, die Erhaltung der Arbeitsplätze vieler älterer Arbeitnehmer unserer Zigarrenindustrie gewährleistet, siegen wird, wenn wie damals alle Arbeitnehmergruppen geschlossen den sozialen Charakter der Vorlage in den Vordergrund stellen. Es geht ja nicht allein um die Erhaltung der kleinen und mittleren Tabakfabriken und die Sicherung der Arbeitsplätze der betreffenden Arbeitnehmer, es geht auch um die vielen Tausende von Ablagestellen, die von Witfrauen, alten Leuten, Invaliden usw. betreut werden. Wichtig ist auch die Sicherstellung und Finanzierung der AHV. Deshalb möchte ich in der Vorlage vor allen Dingen auch das soziale Moment in den Vordergrund stellen; was damals – also Ende 1952 und in den späteren Jahren – rechtens war, sollte auch heute Gültigkeit besitzen. Der kleine und mittlere Betrieb hat seine Existenzberechtigung. Es ist nicht notwendig, dass überall diese Konzentrationsbestrebungen überhand nehmen.

Nach meiner Meinung hat das Gesetz durch die Kommissionsberatung an Gewicht gewonnen. Es ist richtig, dass man von befristeten Übergangsbestimmungen Umgang nimmt, wie solche in Artikel 47, Absatz 1, betreffend die Steuerermässigungen und in Artikel 47, Absatz 2, betreffend den Preisschutz vorgesehen waren. Die Kommission hat die Preiseremässigungen in Artikel 11 und den Preisschutz in Artikel 15 sinngemäss eingebaut.

Es sind drei wichtige Entscheidungen, welche mit dem vorliegenden Steuergesetz getroffen werden müssen: Erstens die Beibehaltung der Preiseremässigungen, zweitens den relativen Preisschutz und drittens die Beitragsleistung an den inländischen Tabakanbau. Wir werden ja Gelegenheit erhalten, bei Artikel 11 betreffend die Ermässigungen und bei Artikel 15 betreffend den Preisschutz eingehender Stellung zu beziehen. Im Eintreten möchte ich lediglich festhalten, dass die Kommission Gelegenheit hatte, einen mittleren Betrieb in Beinwil zu besichtigen, der dank dieser Ermässigungen in der Lage war, sich zu modernisieren, um auf diese Weise die Existenzgrundlage zu sichern. Ich hatte diesen Betrieb schon früher besichtigt und war erfreut festzustellen und zu sehen, wie zeitgemäss sich dieser Betrieb auf Grund der jährlich ausgerichteten Ermässigungen, die ja nur für die technischen Verbesserungen verwendet werden dürfen, einrichten konnte. Diese Ermässigungen haben ja vor allen Dingen besondere Bedeutung für die Zigarrenindustrie, die vornehmlich im Wynental, im Seetal und in Rheinfelden beheimatet ist. Gerade diese Ermässigungen sind es, welche es ermöglichen werden, die kleinen und mittleren Betriebe der Zigarrenindustrie zu erhalten, so dass die in der Botschaft so brutal aufgezeichneten Auswirkungen durch die Stilllegung von so und so vielen Betrieben und der Brotlosmachung von vielen Hunderten von Arbeitskräften nicht eintreten muss.

In diesem Sinne habe ich in der Kommission auch Antrag gestellt, von einer befristeten Weiterführung der Ermässigungen Umgang zu nehmen. Eine Aufhebung der Ermässigungen hätte nur dann einen Sinn, wenn die andern EFTA-Länder sich diesen Bestimmungen ebenfalls anschliessen würden, was aber kaum der Fall sein dürfte. Entsprechende Äusserungen bestimmter Staaten liegen ja bereits vor.

Was den Preisschutz anbetrifft, möchte ich meine Darlegungen bei der Detailberatung machen. Ich stelle vorweg ganz einfach fest, dass wir alles daran setzen müssen, die Finanzierung der AHV durch die Tabakbesteuerung mit den rund 350 Millionen unbedingt sicherzustellen. Der Bund findet dazu die Grundlage in Artikel 41,

Absatz 1c, der Bundesverfassung. Der Tabak darf nicht Spielball werden in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung.

Denken wir daran, dass der Tabak eine grosse Aufgabe eben in sozialpolitischer Hinsicht erfüllt, indem er den vielen kleinen und mittleren Betrieben die Existenz gewährleistet und die Arbeitsplätze für die Arbeiter und Angestellten sicherstellt, dass viele alten Leute, Witfrauen, Invalide, ihre Existenz dank dem Verkauf von Tabak in den vielen Verkaufsstellen finden.

Ich betone nochmals, dass ich daran glaube, dass die Mehrheit des Schweizervolkes bei entsprechender Aufklärung auch diesmal wieder, wenn es zu einer Abstimmung kommen sollte, dem sozialpolitischen Aspekt, der in der Vorlage liegt, den Vorzug geben würde vor einer einseitigen, vielleicht allzusehr vom Gelddenken beeinflussten Stellungnahme.

Ich habe die Ehre, Ihnen bekanntgeben zu dürfen, dass die Radikal-demokratische Fraktion für Eintreten stimmt. Zu den drei Hauptpunkten:

1. unbefristete Belassung der Ermässigungen entsprechend Artikel 11 bis,
2. relativer Preisschutz, wie er in Artikel 15 bis enthalten ist, und
3. Besteuerung des Inlandtabaks gemäss Artikel 26, wird sie sich den Entscheidungen der vorberatenden Kommission starkmehrheitlich anschliessen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Radikal-demokratischen Partei, auf die Gesetzesvorlage betreffend die Tabakbesteuerung einzutreten.

Schib: Im Namen und Auftrag der konservativ-christlichsozialen Fraktion beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage. Sie folgt also den Anträgen Ihrer Kommission, der auch Herr Kollege Vontobel angehört hat. Er hat Ihnen ja das Resultat bekanntgegeben, wie die Kommission der Vorlage zugestimmt hat, und ich war eigentlich etwas erstaunt, dass er nun mit so grosser Überzeugung auf Nichteintreten stimmt. Die grosse Mehrheit der Kommission ist also für Eintreten; sie folgt dem Bundesrat, der, es wurde angetönt, sehr EFTA-konform sein will, aber wir wollten ihm diesbezüglich nicht in den Arm fallen.

Unsere Fraktion stimmt den Anträgen Ihrer Kommission in allen Teilen zu. Insbesondere stimmen wir dem von der Kommission neu vorgeschlagenen Artikel 11 bis betreffend Steuerermässigung für kleinere und mittlere Betriebe zu. Der Bundesrat soll die Kompetenz erhalten, diese Steuerermässigungen auch nach 1968 noch zu gewähren, wenn die Tabakindustrie geeignete Massnahmen trifft zur Förderung der Produktivität.

Auch in Artikel 15 bis stimmen wir grossmehrheitlich Ihrer Kommission zu. Darin wird die Verbindlichkeit der Kleinhandelspreise, also der relative Preisschutz, festgelegt. Die Herren Referenten haben sich eingehend mit der Frage befasst; ich kann sie also übergehen. Der Bundesrat will hier auf Antrag der Kartellkommission den Preisschutz auf Kleinhandelspreisen aufheben. Es ist begreiflich, dass in unserer Kommission diese Frage sehr eingehend diskutiert worden ist. Dass der Präsident der Kartellkommission sich zum Wort gemeldet hat, ist ebenso selbstverständlich. Aber wir hatten doch grossmehrheitlich die Meinung in unserer Fraktion, dass wir den Anträgen und rechtlichen Überlegungen nicht folgen können. Sie ist der Ansicht, dass das, was sich seit 30 Jahren bewährt hat, beibehalten und im Gesetz verankert werden soll und kann. Sie findet es nicht für richtig, wenn Tabak-

waren in grossen Warenhäusern als Lockvögel unterpreisig abgegeben werden und der Ausgleich auf notwendigen Bedarfsartikeln gesucht und gefunden wird.

Wir fürchten auch um die Existenz vieler kleiner Verkaufsstellen, der vielen ausschliesslichen Tabakverkaufsstellen, die doch ganz sicher auch eine gewisse Existenzberechtigung haben.

Mit Recht wurde auch der Standpunkt vertreten, dass der Preisdruck sich mit der Zeit auf die Qualität und damit auch auf die Beiträge an den AHV-Fonds nachteilig auswirken könnte.

Unsere Fraktion stimmt den Beiträgen zugunsten der Inlandproduktion, den Inlandpflanzern, zu, wie sie in den Artikeln 26 bis 28 umschrieben sind, und wir müssten jede andere Lösung ablehnen. Hier geht es um ein Stück Landesversorgung auch auf diesem Gebiet und um die Sicherung der Existenz der vielen Pflanzler. Wir haben die bestimmte Meinung, dass ein Gesetz, das die Abgaben erheben kann, auch gewisse existenzsichernde Beiträge wieder an eine Berufsgruppe abgeben kann.

Degen: Die Fraktion der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei hat einstimmig Eintreten auf die Vorlage beschlossen. Wir sind uns bewusst, dass die notwendigen Mittel für die AHV auf diesem neuen Wege beschafft werden müssen.

Wir haben uns natürlich mit den beiden kritischen Problemen des Preisschutzes und des Schutzes der einheimischen Tabakpflanzler auseinandergesetzt. Wir sind der Meinung, dass der Preisschutz in der vorgeschlagenen Form beibehalten werden müsse, und zwar einfach, um einmal die Einnahmen für das grosse Sozialwerk der AHV unter allen Umständen sicherzustellen, und dann auch um den Grundsatz von «leben und leben lassen» hochzuhalten. Wir sind uns bewusst, dass mit dem Fallen des Preisschutzes auch auf diesem wirtschaftlichen Sektor ein harter Konkurrenzkampf einsetzen wird, wobei dann viele kleine Existenzen, welche im Handel mit Raucherwaren ihr Auskommen finden, ihre sichere Grundlage verlieren und damit Opfer des Wirtschaftskampfes würden. Auch hier sollen aber bescheidene Gruppen des Handels nicht einfach den Grossen, zum Teil auch den Arroganten geopfert werden. Es besteht doch die Gewissheit, dass beim Fallen des Preisschutzes auf sehr gangbaren Marken ein harter Kampf um den Massenverkauf einsetzen wird, während sich der sogenannte kleine Mann dann mit dem Rest im Verkauf begnügen muss. Damit würde zweifellos die Existenz einer beträchtlichen Zahl von Spezialgeschäften der Branche in Frage gestellt. Wir bekämpfen diese rücksichtslose Unterdrückung und Ausschaltung der Kleinen. Im Gegenteil, es scheint uns unsere Pflicht, auch diesen Existenzen ihre Grundlage nicht zu entziehen.

Bei den Tabakpflanzern soll der Zuschuss nicht aus allgemeinen Bundesmitteln erbracht, sondern der Tabaksteuer entnommen werden, das heisst also nicht als eine eigentliche Subvention an die Landwirtschaft betrachtet werden, sondern als eine Stützung der einheimischen, so notwendigen Produktion.

M. Deonna: Notre groupe votera l'entrée en matière de ce projet qui, comme l'ont souligné les rapporteurs, de même que le Conseil fédéral dans son message découle des obligations qui nous sont imposées par la convention de Stockholm.

Ce projet nous paraît raisonnable. Il est aussi intéressant, du fait qu'il est la première conséquence pratique,

sur le plan douanier, de l'intégration européenne, et le premier cas de transformation de taxes externes en taxes internes.

Ce projet pose cependant une question de principe que je voudrais examiner ici, bien qu'il eût été préférable d'attendre pour le faire, en bonne technique parlementaire, que les articles 15 bis et 47, alinéa 2, soient mis en discussion. Cependant, comme il s'agit d'un problème d'ordre général, je me permets de vous exposer d'ores et déjà le point de vue de mon groupe à son égard. Il s'agit du problème de la garantie des prix du commerce de détail. Notre groupe, dans sa très grande majorité, ne peut se rallier aux propositions de la commission sur ce point, pour des raisons d'ordre juridique et des raisons d'ordre économique. A ses yeux, la proposition du Conseil fédéral, qui prévoit la suppression de cette garantie à l'échéance d'un délai de grâce de 3 ans se justifie parfaitement et représente déjà une concession importante. Cependant, si des propositions étaient faites visant à modifier quelque peu la durée de la garantie et à la porter à 5 ans, par exemple, nous n'en ferions pas une maladie. Il s'agit en l'occurrence, je le répète, d'une question de principe et ce qui importe, c'est que ce principe soit introduit dans la loi.

Les raisons d'ordre constitutionnel ont été déjà suffisamment développées dans le message pour que je puisse me dispenser de m'y arrêter longuement. Il apparaît nettement que la garantie des prix, plus exactement la fixation des prix par l'Etat, constitue une atteinte à la liberté du commerce et de l'industrie et est en contradiction avec l'article 31 bis de la constitution. Dans le cas particulier, les conditions nécessaires à cette dérogation ne sont pas toutes remplies. Il suffit de lire attentivement les articles économiques de la constitution pour s'en convaincre. L'existence de la branche n'est pas menacée; l'égalité de droit vis-à-vis des catégories semblables de personnes ou groupes économiques n'est pas respectée, si bien que ces conditions justifiant une dérogation à la liberté du commerce et de l'industrie ne sont pas remplies. On ne peut pas non plus se fonder, et la commission des cartels l'a justement souligné, sur l'article 41 bis, alinéa 1, de la constitution, car on ne peut honnêtement prétendre que la garantie ou la fixation des prix par l'Etat soit une condition indispensable à l'application de l'impôt sur le tabac. Et pour ces motifs-là déjà, cette disposition est contestable. S'il existait – mais ce n'est malheureusement pas le cas – une cour constitutionnelle et si elle était saisie du problème, je suis persuadé qu'elle exécuterait sans phrase cette disposition.

On ne manquera pas de nous faire observer que cette situation anticonstitutionnelle dure depuis 1938 et l'on s'étonnera que nous l'ayons supportée si longtemps sans réagir. Nous répondrons à cette objection que les articles économiques 31 bis et suivants de la constitution n'existaient pas en 1938 et que la situation était alors toute différente. Du moment qu'une nouvelle base constitutionnelle a été adoptée, le projet de révision doit en tenir compte. C'est pourquoi cet argument ne tient pas, à mon avis.

Toutefois, je crois que les raisons de politique économique pèsent encore plus lourd dans la balance que les motifs d'ordre juridique, bien que le droit soit là pour être respecté et non pour être interprété ou oublié au gré des circonstances.

Voyons quels sont ces motifs économiques. Tout d'abord, il paraît curieux qu'au moment où ce qu'on appelle les accords de prix de seconde main – c'est là une appellation discutable du point de vue de la langue –,

c'est-à-dire les prix imposés sur la base d'accords de droit privé pour les articles de marque, disparaissent pour être remplacés par de simples prix indicatifs, où la concurrence recommence à jouer, l'Etat – la main publique, comme dirait le président de la Confédération – propose de fixer les prix dans un secteur déterminé. Au moment où les détaillants et les consommateurs recommencent à jouir d'une certaine liberté, ce dont on ne peut que se féliciter, on nous propose de supprimer cette liberté pour une catégorie de produits. Soit dit en passant, l'abrogation des prix imposés dans le commerce de détail n'a nullement provoqué les bouleversements et le gâchage des prix qu'on avait prédits comme inévitables. L'économie a montré une fois encore qu'elle peut s'adapter au vent de la liberté au profit du consommateur, et c'est très heureux. Nous nous trouvons aujourd'hui dans une situation un peu analogue à celle dans laquelle se sont trouvées les Chambres lors de la discussion du projet tendant à l'assouplissement, puis à l'abrogation des mesures de protection prises en faveur de l'horlogerie. Certains, habitués aux bienfaits de la protection, avaient prédit de grandes secousses dans la branche. En réalité, grâce à l'esprit d'initiative et à l'intelligence de ses responsables, l'horlogerie a parfaitement bien pu s'adapter. J'en veux pour preuve les chiffres de sa production et de ses exportations, qui sont en constante augmentation. On pourrait citer d'autres cas, en particulier celui de l'usine d'Ems, à propos de laquelle on a peint les mêmes diables sur les mêmes murailles. Les faits ont démontré que les craintes exprimées à l'époque étaient vaines.

Un des arguments majeurs invoqués par un des orateurs précédents et par ceux qui veulent maintenir *ad aeternum* la garantie des prix – argument que l'on retrouve dans plusieurs des requêtes qui nous ont été adressées par la Fédération romande des commerces de tabac, l'Union des négociants de cigares, etc. –, consiste à dire qu'en supprimant la garantie des prix, nous prononcerions l'arrêt de mort du commerce de détail des tabacs. Je souligne tout d'abord que la garantie des prix n'a pas pour but la protection, voire la multiplication des commerces de tabac, dont le nombre dépasse 100 000 en Suisse contre 50 000 en France, si je ne fais erreur. Notre pays détient le record mondial dans ce domaine. L'Etat n'a pas à se porter garant d'un appareil de distribution enflé – à supposer que la garantie des prix permette d'atteindre ce but – ou à se porter garant de celui-ci ... pourquoi celui-ci et non celui-là. D'autre part, il n'est pas du tout certain que la suppression des prix garantis porterait préjudice aux magasins spécialisés dans la vente de tabac, car ce sont ceux-là qui entrent en considération. Pour les autres, qui vendent du tabac à titre accessoire, le problème est beaucoup moins important, je dirais périphérique. Comme le relève à juste titre la commission des cartels dans son mémoire, ces magasins pratiquent aujourd'hui déjà, comme les kiosques, des prix plus élevés que ceux qui accordent des rabais, et ils subsistent néanmoins parce qu'ils sont à même d'offrir au client des spécialités et un éventail de produits que ne possèdent pas les magasins qui ne vendent les articles de tabac qu'à titre accessoire. Cette catégorie de magasins continuera, j'en suis persuadé, à jouir de la faveur du public. Si toutefois un certain nombre d'entre eux venaient à disparaître, cela prouverait simplement qu'ils ne sont pas aptes à soutenir une concurrence normale. Cette concentration constitue un phénomène normal, au même titre – et personne ne le conteste – que celle que l'on constate dans l'agriculture, par exemple. On ne cesse de souligner la nécessité d'une concentration, d'une adaptation et d'une modification des

structures dans tous les domaines de l'activité économique. Pourquoi admettre cette nécessité dans un domaine et la nier dans un autre ?

Un autre argument invoqué par les adversaires de la suppression de la garantie des prix consiste à dire qu'elle entraînerait une diminution des ressources de l'assurance-vieillesse et survivants. Ils touchent ainsi une corde sensible, qui vibre facilement. La suppression des prix garantis, nous dit-on, va provoquer une chute de prix (cela n'est nullement prouvé; elle n'entraînera sans doute que des différenciations de prix, qui existent d'ailleurs déjà maintenant) et vous ferez ainsi perdre à l'assurance-vieillesse une partie de ses recettes provenant de l'imposition du tabac.

Ce raisonnement me semble spécieux à deux titres.

Premièrement, il est pour le moins singulier que l'on justifie le maintien d'un prix par l'Etat pour des raisons fiscales. A ce taux-là on devrait, par exemple, être partisan d'une hausse aussi importante que possible de toutes les denrées assujetties à l'impôt sur le chiffre d'affaires pour que celui-ci rapporte davantage! Deuxièmement et surtout, si j'ai bien compris, l'impôt continuerait à être perçu sur les prix indicatifs marqués sur les paquets, prix fixés non par le détaillant mais par le fabricant, qui paie l'impôt. C'est ce prix qui est déterminant pour l'impôt. Peu importe au fisc que le détaillant vende en-dessus ou en-dessous du prix indicatif. Du point de vue fiscal, c'est le prélèvement chez le fabricant qui est déterminant. Ce ne serait que si vraiment intervenait une différence considérable entre le prix indicatif et le prix effectif que le fabricant serait évidemment obligé de rectifier son prix. Mais étant donné qu'aujourd'hui déjà, par le jeu des rabais, les prix garantis subiront de sensibles fluctuations ce risque est infiniment plus théorique que réel. Il ne faut donc pas prétendre que ce nouveau régime de liberté entraînerait une dégringolade des recettes de l'assurance-vieillesse au titre de l'impôt sur le tabac. On pourrait même dire au contraire que si les prix diminuaient légèrement, la consommation pourrait augmenter, de sorte que l'«Umsatz» étant plus grand, le produit de l'impôt augmenterait également.

Ces arguments sont deux très discutables et on pourrait longuement épiloguer sur ce problème. En réalité, nous constatons que certains semblent vouloir recommander la liberté chez les autres, mais la craignent pour eux-mêmes...

Nous sommes, quant à nous, persuadés de la supériorité du régime du marché libre et que le Conseil fédéral formule une proposition parfaitement raisonnable, qui va dans la ligne de l'intérêt général, dans celle du respect de la Constitution et aussi dans celle de la lutte contre le renchérissement.

Dans ces conditions, lors du vote sur l'article 15 *bis*, nous soutiendrons la proposition de M. Vontobel, puis celle de M. Schürmann qui reprend la proposition du Conseil fédéral, soit l'article 47 *bis*, alinéa 2, introduisant un régime transitoire jusqu'en 1970.

M. Borella: Je ne voudrais pas prolonger la discussion sur cet objet très important mais dois exposer non seulement mon opinion personnelle – j'ai fait partie de la commission qui a examiné ce projet – mais aussi le point de vue de mon canton, dans lequel l'industrie du tabac date de plus de 100 ans. La production du tabac indigène et le commerce du tabac sont des éléments vitaux de l'économie de mon pays, lequel est ainsi directement intéressé à cette loi. Je dirai d'emblée que tous les secteurs de la branche du tabac, industrie, commerce et production, approuvent le projet tel qu'il est proposé par la majorité de la commission, en particulier ses 4 points principaux.

1. En ce qui concerne tout d'abord le nouveau système d'imposition, il ne s'agissait pas seulement de procéder aux modifications imposées par l'article 3 de la convention de l'AELE. Celle-ci n'a fait que donner l'élan à une révision des dispositions actuelles. Le département fédéral des finances, en particulier la section du tabac de la direction des douanes, projetait déjà une révision fondamentale et complète du système essentiellement pour mieux l'ordonner du point de vue législatif. Le moment était bien choisi pour supprimer de la loi sur l'AVS les dispositions touchant au tabac et en faire une loi distincte, sans naturellement modifier la destination des recettes nettes (je souligne le mot nettes) de l'imposition du tabac. Je ne crois pas que l'on puisse dire que sans l'obligation de s'adapter à la convention de l'AELE rien ne serait changé. Quoi qu'il en soit, la modification du système d'imposition – on passe du droit d'entrée sur le tabac à l'impôt sur les produits du tabac – est favorable à toute la matière. Ce système aurait dû être introduit dans un proche avenir, car il ne fait pas de doute que les droits d'entrée seront peu à peu supprimés et qu'il faudra nécessairement les remplacer par des impôts. Le nouveau système représente donc une amélioration du système actuel et nous l'approuvons.

2. Je passe au problème des réductions de taxe. La loi actuelle dit que le Conseil fédéral prend des mesures pour sauvegarder l'existence des petites et moyennes entreprises de l'industrie du tabac en accordant des réductions sur la taxe de fabrication. Je puis vous dire, en connaissance de cause, que cette aide a permis d'éviter la disparition de toutes nos petites et moyennes industries de cigares. Il y a quelques années elles étaient encore nombreuses, particulièrement dans le Mendrisiotto. Aujourd'hui on n'en compte plus que 3 ou 4. Si la réduction de la taxe de fabrication était supprimée ces industries ne pourraient sans doute plus vivre car les charges de production – vous savez que chez nous le travail est fait entièrement à la main – augmentent continuellement. Le projet prévoit la suppression de ces réductions dès le 31 décembre 1972 pour les cigares et le tabac à pipe et dès la fin de 1968 pour les cigarettes.

L'article 47 prévoit une période d'adaptation, dès l'entrée en vigueur de la nouvelle loi jusqu'aux dates indiquées, pendant laquelle ces entreprises devront se plier aux nouvelles circonstances, ce qui signifie qu'elles devront se grouper ou disparaître. Vous admettez que ce n'est pas une belle perspective! Ces petites entreprises, qui correspondent chez nous à une vieille tradition de famille, occupent un bon nombre d'ouvrières de la région, fidèles à une industrie caractéristique qui doit se battre pour survivre et maintenir un produit typique au Tessin, les cigares «Virginia» et «Toscano».

La commission propose à une forte majorité de maintenir ces réductions en biffant l'article 47, lequel est remplacé par l'article 15 *bis*, qui laisse à l'ordonnance d'exécution de la loi le soin de régler la matière des réductions et des ristournes. Je vous propose d'accepter cette disposition qui ne modifie pas une situation reconnue bonne et favorable aux intérêts non seulement de la petite et moyenne industrie des cigares mais de l'économie générale du pays.

3. Le troisième point concerne la garantie des prix. Ce problème a déjà soulevé une vive et intéressante discussion en commission puis dans la presse. Je ne veux pas répéter ce qu'ont déjà dit les rapporteurs et les orateurs qui m'ont précédé. Mais connaissant le commerce des produits du tabac dans mon canton je vous conseille très franchement de ne pas supprimer ce qui a été obtenu avec beaucoup de

peine il y a quelques années, à savoir l'ordre et une certaine discipline dans la vente au détail. Celui qui vous parle vit dans une région où le commerce du tabac est particulièrement répandu et il se souvient du temps où le chaos des prix régnait dans le secteur des produits du tabac et où la concurrence était sans retenue et incontrôlée. A un certain moment même, les négociants furent obligés de demander qu'on y mette de l'ordre et ils furent les premiers à reconnaître les avantages de la fixation des prix de détail. Aujourd'hui ces mêmes négociants, comme d'ailleurs toutes les organisations de la branche, nous invitent à maintenir la garantie, toute relative, des prix.

Le projet en revanche – pour des raisons d'ordre juridique, d'après le message, et surtout pour suivre une recommandation de la commission des cartels – voudrait supprimer cette garantie, après une période transitoire s'étendant jusqu'à la fin de 1970.

Nous approuvons au contraire la proposition de la majorité de la commission tendant au maintien de la garantie parce que nous sommes convaincus qu'une telle mesure n'est pas incompatible avec la libre concurrence; elle est même nécessaire si l'on veut promouvoir un commerce bien ordonné, éviter le gâchage des prix et assurer une perception régulière de l'impôt qu'on vient d'introduire.

4. Le quatrième et dernier point que je désire souligner est celui du tabac indigène.

C'est un chapitre qui intéresse tout particulièrement mon canton, avant tout l'agriculture de mon pays, où la production du tabac est encore très répandue, surtout dans le Mendrisiotto, dans le Luganese et dans la plaine de Magadino.

Pour les paysans de la région où j'habite, il ne reste plus que la production de la vigne et la culture du tabac. La production de tabac indigène, qui est comme vous le savez groupée au sein de la SOTA, organisme *ad hoc*, rapporte en moyenne chez nous 1,6 million de francs par an. C'est bien là une preuve de l'importance économique de cette production qui s'est révélée aussi, comme le relève le message, très précieuse pour la Suisse durant les derniers conflits. La suppression des droits de douane sur le tabac brut privant le tabac indigène de la protection douanière, il nous semble parfaitement équitable et juste que la Confédération maintienne l'aide prévue pour une branche de l'agriculture indispensable à l'industrie du tabac. C'est pourquoi aussi nous sommes entièrement d'accord que ces contributions allouées au tabac indigène soient prélevées sur les recettes provenant de l'imposition du tabac.

C'est du reste absolument logique: je disais au début que ce sont les recettes nettes de l'imposition du tabac qui sont affectées à l'AVS et si, avant de fixer le revenu net, on rétrocède – c'est le mot – une certaine somme pour aider la production de tabac indigène, le procédé est correct et ne saurait être critiqué.

En conclusion, je souhaite que vous acceptiez les propositions de la majorité de la commission, de telle sorte que toute la matière de l'imposition du tabac soit réglée par une seule loi moderne et conforme aux nécessités du moment.

Schmid Arthur: Die Sozialdemokratische Fraktion hat oppositionslos Eintreten auf die Vorlage beschlossen. Hingegen ist sie in bezug auf den Preisschutz nicht zu einer einheitlichen Betrachtungsweise gelangt. Ich möchte mich nicht mit der Frage auseinandersetzen, ob in Nachachtung der EFTA-Verpflichtungen dieses neue Gesetz unbedingt notwendig sei oder nicht. Ich pflichte hier den Argumenten des Bundesrates bei.

Hingegen möchte ich mich, obschon ich nicht Mitglied der Kommission war, ganz betont dahin äussern, dass zum Schutze der Tabakindustrie die beiden von der Kommission beschlossenen Änderungen und Ergänzungen unbedingt notwendig sind, und zwar sowohl die steuerliche Begünstigung der Klein- und Mittelbetriebe, wie auch der relative Preisschutz.

Für den Kanton Aargau und für ganz bestimmte Gebiete dieses Kantons ist die Tabakindustrie von ganz eminenter Bedeutung. Ich erwähne das Wynen- und Seetal und die Region Rheinfelden, in denen 85% der gesamten Stumpfen- und Zigarrenindustrie beheimatet sind. Für die Schweiz bedeutet die Zigarren- und Stumpfenindustrie einen typisch mittelständischen Industriezweig, ein Industriezweig, in dem die schweizerischen Unternehmungen noch einigermaßen vorhanden sind, im Gegensatz beispielsweise zur Zigarettenindustrie, die schon weitgehend von ausländischem Kapital beherrscht ist. Ich glaube, dass, wenn wir nicht alles tun, um einen relativen Schutz dieser Industrie sicherzustellen, dann die Konzentration der Tabakindustrie auch auf diesem Sektor in ausländischen Händen verstärkt wird.

Man macht vor allem dem Preisschutz Opposition. Ich habe für diese grundsätzlichen Überlegungen an sich Verständnis, und ich habe auch ein gewisses Verständnis dafür, dass man der Kartellkommission nicht so ohne weiteres in den Arm fallen will, nachdem sie sich nun einmal dazu aufgegriffen hat, zu sagen, hier sollten bestimmte Schutzmassnahmen nicht gewährt werden. Meines Erachtens – und das möchte ich unterstreichen – scheint dieses Beispiel, das die Kartellkommission gewählt hat, um ihren Anti-Kartellwillen zu dokumentieren, jedoch recht falsch ausgewählt zu sein, nämlich gerade bei der Erhaltung einer bescheidenen Industrie und bei Schutzmassnahmen zugunsten dieser Mittel- und Kleinbetriebe, zugunsten einer bescheidenen Tabakarbeiterschaft einerseits, zugunsten kleiner Kiosk-inhaber, Invaliden, pensionierter Leute usw., und überdies gerade bei einem Genussmittel. Es ist an sich meines Erachtens schon problematisch, den Preisschutz ausgerechnet bei einem Genussmittel testen zu wollen. Ob das im Interesse der Volksgesundheit liegen mag, das überlasse ich Ihrer werten Beurteilung.

Ich möchte ein paar Bemerkungen anfügen zur Verfassungsmässigkeit des relativen Preisschutzes. Das ist ja das Hauptargument, das hier ins Feld geführt wird, und das der Bundesrat von der Kartellkommission übernommen hat. Ich bedaure, dass der Bundesrat nur die Stellungnahme der Kartellkommission zitiert und dass er nicht auch auf das sehr interessante Gutachten von Herrn alt Bundesrichter Abrecht verweist, der in meines Erachtens gültiger und schlüssiger Weise den Nachweis erbracht hat, dass man einen relativen Preisschutz auf die bestehende Verfassung abstützen kann.

Ein Abweichen von der Handels- und Gewerbefreiheit ist schon aus fiskalischen Gründen möglich. Es gibt ja keine Steuer, die, soweit sie mit der wirtschaftlichen Tätigkeit in irgendeinem Zusammenhang steht, die Handels- und Gewerbefreiheit nicht einschränkt. Der Gesetzgeber trifft regelmässig gewisse Sicherungsmassnahmen für die Abgabenerhebung, und insofern scheint eben der Preisschutz schon fiskalisch gerechtfertigt zu sein. Man wendet nun ein, diese Betrachtungsweise gelte nur insofern, als die Höchstpreise in Frage stehen. Bei näherem Zusehen muss man aber erkennen, dass das auch für die Mindestpreise eine bedingte Geltung beanspruchen muss, und zwar deshalb, weil jede Beseitigung des Preisschutzes notgedrungen zu einer Beeinträchtigung der Steuersubstanz

führen wird. Ich erlaube mir die weitere Bemerkung, dass auf die vollständige Aufhebung des Preisschutzes der Tatbestand eintritt, dass im Grunde genommen die steuerliche Belastung prozentual höher eingestuft wird, als der Gesetzgeber selber vorgesehen hat, eben dadurch, dass auf kleineren Preisen die Steuer der höheren Preise entrichtet werden muss. Die Korrektur des Steuersatzes wird also durch die faktische Wirklichkeit festgesetzt.

Meines Erachtens lässt sich der relative Preisschutz aber auch wirtschaftspolitisch begründen. Artikel 31 bis, Absatz 3, der Bundesverfassung lässt ein Abweichen von der Handels- und Gewerbefreiheit «zur Erhaltung wichtiger, in ihrer Existenzgrundlage gefährdeter Industriezweige» zu. Ich glaube, die Tabakindustrie muss in ihrer Gesamtheit betrachtet werden, und als solche scheint sie ein wichtiger Industriezweig zu sein. Sowohl Giacometti wie Professor Huber weisen in ihren Betrachtungen zur Bundesverfassung nach, dass die durch die Bundesverfassung gewählten Begriffe sehr weitmaschig, sehr vielgestaltig sind und dass ihre Konkretisierung jedesmal durch den Gesetzgeber zu erfolgen hat. Nun scheint mir klar zu sein, dass, wenn man die Wichtigkeit eines Industriezweiges untersucht und feststellen will, ob die Voraussetzungen von Artikel 31 bis, Absatz 3 BV, vorliegen, man das nicht nach einem einzigen Kriterium beurteilen kann, beispielsweise nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter oder nach der Zahl der exportierten Produkte; man kann die Industrie als wichtig taxieren, wenn sie sich in ganz bestimmten Regionen sehr stark konzentriert. Das trifft nun ganz ausgesprochen für die Stumpfen- und Zigarrenindustrie zu; denn im Wynental sind von 6000 insgesamt beschäftigten Personen 3000 in der Tabakindustrie beschäftigt.

Durch den Wegfall des Preisschutzes ist eine Existenzgefährdung gegeben. Die Tabakwaren werden als Lockvögel in den Grossverteilerorganisationen benutzt. Der Detailhandel wird durch die verfolgte Dumpingpreispolitik in seiner Existenzgrundlage bedroht. Es folgt ein Monopol der Grossbetriebe, und es ist Ihnen doch absolut klar, dass ein Monopol der Grossbetriebe das heutige breite Sortiment der Zigarrenwaren nicht mehr führen wird, dass dadurch vor allem die kleinen und mittleren Fabriken ebenfalls in ihrer Existenz bedroht sind und dass sich die Konzentration der gesamten Tabakindustrie in ausländischen Händen beschleunigen wird. Insofern, glaube ich, ist der Nachweis erbracht, dass es sich um einen Tatbestand von Artikel 31 bis, Absatz 3, der Bundesverfassung handelt und dass dieser relative Preisschutz vor der Bundesverfassung Bestand hat. Und da es – ich betone es nochmals – um die Existenz kleiner Industriebetriebe und ihrer Arbeiterschaft in einem relativ kleinen Raum, in unserem Kanton Aargau geht, glaube ich, dass man diesen relativen Preisschutz verantworten darf und auch durchsetzen muss, wenn man nicht eben diese Leute einer unsicheren Existenz oder gar dem Ruin preisgeben will.

Stich: Grundsätzlich ist die Schaffung eines besondern Gesetzes über die Besteuerung des Tabakes notwendig, wenn die Belastung des Tabakes zur Finanzierung der AHV erhalten bleiben soll und wir andererseits unsere internationalen Verpflichtungen in der EFTA und bei allfälligen weiteren Zollabbaubeschlüssen erfüllen wollen. Deshalb lehne ich den Nichteintretensantrag unseres verehrten Herrn Kollegen Vontobel ab, obwohl zum Gesetzesentwurf beziehungsweise zu den Vorschlägen der Kommission selber tatsächlich verschiedene Bedenken anzubringen sind. Bis heute ist die Tabakbesteuerung im AHV-Gesetz ge-

regelt. Der Bundesrat begründet die Schaffung eines besonderen Gesetzes unter anderem mit der Erklärung, diese Bestimmungen der Tabakbesteuerung seien systematisch gesehen ein Fremdkörper im AHV-Gesetz. Das ist sicher richtig. Doch schafft der Bundesrat mit seinem Vorschlag im vierten Abschnitt dieses Gesetzes wieder einen Fremdkörper; denn die Förderung und Rationalisierung des Tabakanbaues steht zwar einem Landwirtschaftsgesetz gut an, hat jedoch in einem Gesetz über die Besteuerung des Tabakes nichts zu suchen. Hinzu kommt die schwerwiegende Tatsache, dass Artikel 26 eindeutig verfassungswidrig ist. Hier heisst es: «Zur Erhaltung, Förderung und Rationalisierung des inländischen Tabakanbaues gewährt der Bund aus dem Steuerertrag der mit Inlandtabak hergestellten Tabakfabrikate Beiträge.» Die Bundesverfassung bestimmt aber in Artikel 34 quater, Absatz 6, folgendes: «Vom 1. Januar 1926 an leistet der Bund einen Beitrag in der Höhe der gesamten Einnahmen aus der fiskalischen Belastung des Tabaks an die Alters- und Hinterlassenenversicherung.» Nur nebenbei sei bemerkt, dass sich im Ingress auf diesen Artikel kein Hinweis befindet. Man wird entgegenhalten, der Inlandtabak werde nun zusätzlich belastet, beziehungsweise gleich belastet wie der importierte Tabak, und diese zusätzliche Einnahme soll an die schweizerischen Tabakpflanzler als landwirtschaftliche Subvention ausgerichtet werden. Das ist aber nicht die Meinung des Verfassungsgesetzgebers gewesen; denn in der Verfassung heisst es ausdrücklich «einen Beitrag in der Höhe der gesamten Einnahmen», während es zum Beispiel in Absatz 7 des gleichen Verfassungsartikels heisst: «Der Anteil des Bundes an den Reineinnahmen aus einer künftigen fiskalischen Belastung gebrannter Wasser wird für die AHV verwendet.» Hier sind es also die Reineinnahmen, während es beim Tabak ausdrücklich die gesamten Einnahmen sind. Deshalb ist Artikel 26 eindeutig verfassungswidrig. Er bedeutet zudem einen Einbruch in das Finanzierungssystem der AHV. Dazu kommt ein weiteres: Bis heute war der Tabakanbau in der Schweiz gegenüber ausländischem Tabak privilegiert, indem er einen Zollschutz von 150 bis 945 Franken pro Zentner hatte und der Fabrikant nur eine ermässigte Fabrikationsabgabe zu leisten brauchte. Dies macht nach Angabe in der Botschaft zirka 12 bis 14 Millionen Franken aus pro Jahr. Nach der neuen Regelung legt der Bundesrat die Preise für die einzelnen Tabaksorten fest, und zwar so, dass die Preise die mittleren Produktionskosten des Tabaks in rationell geführten und zu normalen Bedingungen übernommenen landwirtschaftlichen Betrieben den Durchschnitt mehrerer Jahre decken. Damit haben wir für die Zukunft keine Garantie, dass mit einem gleich grossen Betrag auszukommen ist, besonders, wenn der Tabakanbau weiter ausgedehnt werden sollte, was keineswegs ausgeschlossen ist, liest man doch in der Botschaft, Seite 5, dass die Tabakultur eine grössere Rentabilität ermögliche als die Erzeugung anderer Produkte.

Nun ist zwar in Artikel 27 festgelegt, dass die Übernahmeobligation für die Inlandtabake durch die Hersteller von Tabakfabrikaten beschränkt ist auf den Ernteertrag von 1000 ha. Andererseits ist aber nirgends festgelegt, dass nicht mehr als 1000 ha angepflanzt werden dürfen, so dass unter Umständen eine allfällige Überschussproduktion anderweitig verwertet werden muss. Man kann sich leicht vorstellen, dass hier bald einmal andere Beträge aufgewendet werden müssen, als heute vorgesehen sind. Abgesehen von der Verfassungswidrigkeit muss man doch festhalten, dass diese drei Artikel zur Regelung des Tabak-

anbaues in der Schweiz dürftig sind. Was heisst zum Beispiel in Artikel 26, letzter Satz: «Die Beiträge werden einer zu bildenden Organisation der Tabakpflanzer ausgerichtet.»? Kein Wort ist darüber verloren, ob dies eine Organisation des öffentlichen oder privaten Rechtes sein soll, ob sie irgendwelche Kompetenzen zur Beschränkung des Anbaues hat, ob sie irgendwelche Kontingente festlegen kann, nach welchen Grundsätzen neue Pflanzler aufgenommen werden können oder müssen oder ob sie lediglich eine Organisation ist zur Verteilung von Bundesgeldern, die an sich der AHV zufließen sollten. Ebenso wenig findet man irgendwo den Inhalt der Konvention zwischen der FAPTA, der Vereinigung der Pflanzler, und der SOTA, der Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabake, welche heute Produktion und Absatz des Tabaks regeln soll.

Im Gesetzesentwurf fehlt auch jeder Hinweis dafür, wie die Forderung durchgesetzt werden soll, wonach der bäuerliche Tabakanbau gefördert werden soll, während der industrielle Anbau möglichst einzuschränken ist. Mich würde interessieren, wie dieses Ziel erreicht werden soll, und auf welcher gesetzlichen Basis es geschehen soll. Möglicherweise stellen wir später das selbe fest wie zum Beispiel bei der Eierproduktion, wo dem Landwirt für seine Produkte, sicher zu Recht, ein angemessener Preis zugestanden wird, wo wir aber heute Schwierigkeiten haben, die industrielle Produktion zu verwerfen. Man hat das Gefühl, im vierten Abschnitt werde wenig gesagt, aber viel verschwiegen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Landwirtschaft aus allgemeinen Bundesmitteln pro Jahr 12 bis 14 Millionen Franken für den Tabakanbau erhält. Doch soll diese Materie zweckmässigerweise in einem besonderen Bundesbeschluss geregelt werden und nicht im Gesetz über die Tabakbesteuerung. Deshalb lehne ich persönlich diesen Abschnitt 4 der Vorlage ab.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Problem des Preisschutzes. Sicher darf man feststellen, dass der Preisschutz zur Sicherung der Fiskalbelastung nicht notwendig ist. Dafür führt der Preisschutz aber immer zu einer Verzerrung des Marktbildes und in gewissem Sinne auch zu einer unökonomischen Warenverteilung. Er ist also eine rein gewerbepolitische Massnahme, die allerdings der Volkswirtschaft nicht zum Vorteil gereicht. Deshalb lehne ich mit einem grossen Teil der sozialdemokratischen Fraktion den Preisschutz ab. Man kann sich allerdings fragen, ob ein übermässiger Wettbewerb bei Genussmitteln, die zur Sucht und zur Schädigung des Körpers führen, sinnvoll sei. Sicher muss man diese Frage verneinen. Doch kann man sich dann gleichzeitig auch fragen, ob es zur Begrenzung nicht sinnvollere Mittel gibt, als es der Preisschutz mit seinen andern, negativen Auswirkungen ist. Ein solches Mittel wäre zum Beispiel die Begrenzung der Reklame oder das Verbot der Abgabe von Zigaretten in grösseren Quantitäten im Detailverkauf. Damit wäre der Volkswirtschaft ein besserer Dienst geleistet als mit der Festsetzung eines relativen Preisschutzes. Deshalb wäre ich Herrn Bundespräsident Bonvin dankbar, wenn er uns auch noch sagen könnte, an welche weiteren Verhaltenspflichten für Hersteller und Wiederverkäufer von Tabakfabrikaten im Rahmen des Artikels 15, Absatz 4, gedacht ist und welche Massnahmen der Bundesrat konkret gegebenenfalls zu treffen gedenkt.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage.

Leuenberger: Sie dürfen mir glauben, dass ich entgegen meinem persönlichen Wunsche und gegen meinen Willen

jetzt noch Ihre Zeit in Anspruch nehmen muss. Es ist der Wille des Präsidenten unseres Rates, indem er jetzt unsere Arbeitsstunde verlängert. Ich wage es, im voraus zu sagen, dass ich das Wort in der Meinung und in der Hoffnung verlangt habe, dass man nicht punkt 20 Uhr abbrechen muss, denn ich garantiere nicht, dass ich in den mir zur Verfügung stehenden zehn Minuten das sagen kann, was ich zu sagen habe. Ich sagte lediglich zehn Minuten mit Blick auf den Stand der Uhr und weil der Herr Präsident gesagt hat, dass er um 20 Uhr abbrechen werde.

In Abweichung der Auffassung, die mein Fraktionskollege Schmid Arthur vertreten hat, verspreche ich mir von der Beratung der Vorlage, die zur Diskussion steht, nicht viel Gutes. Es handelt sich um eine Vorlage, die zu ihrer Bewertung und Beurteilung viele berufliche Sachkenntnisse verlangt und auch aus andern Gründen zur Kategorie jener parlamentarischen Geschäfte gehört, die ich mitunter schon als «Spezialistenfutter» bezeichnet habe. Im vorliegenden Fall zähle ich nicht nur unsere Ratskollegen aus dem Kanton Aargau zu den «Spezialisten», sondern vielmehr eine recht stattliche Zahl von Sachbearbeitern in der Bundesverwaltung (zur Hauptsache sind es die Herren aus der Oberzolldirektion, der Handelsabteilung des EVD und der Eidgenössischen Steuerverwaltung), und auch die Mitglieder der Kartellkommission; vorweg ihren Präsidenten, unseren Kollegen Schürmann, zähle ich zu den Spezialisten, und selbstverständlich auch einige unserem Rat angehörende gottbegnadete Juristen.

Mir selbst – ich gestehe es offen – bereitete schon das Studium der bundesrätlichen Botschaft etwelche Mühe, desgleichen das Studium der verschiedenen Gutachten, Expertisen sowie der Berichte der Kartellkommission. Ein Grund mehr, alle jene Ratskollegen zu beneiden, die behaupten können – und es gibt solche –, dass ihnen der Entscheid über das neue Tabakbesteuergesetz leicht falle! Mir fällt dieser Entscheid sehr schwer. Obwohl Mitglied unserer Ratskommission, gestehe ich, noch immer nicht verstanden zu haben, warum die bestehende Tabakordnung ersetzt und ein neues Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung durchgezwingt werden müsse.

Die in Kraft stehende Tabakordnung soll nämlich, nach dem Urteil massgeblicher Fachleute, weder schlecht noch unbrauchbar geworden sein. Auch der Bundesrat selbst stellt in seiner Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz der bisherigen Tabakordnung gar kein schlechtes Zeugnis aus. Im Grunde genommen soll – wie das schon unser Kollege Widmer sagte – die bisherige Ordnung nur deshalb revidiert oder ersetzt werden, weil sie nicht EFTA-konform sei. Die Schweiz müsse den durch das EFTA-Übereinkommen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen, und gerade das letztere kann mich persönlich nicht überzeugen.

Trotzdem ich, wie viele von Ihnen, bisher alle Bestrebungen und alle Anstrengungen bejahte und unterstützte, die zu einer besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit im europäischen Raum führen sollen, halte ich dafür, dass wir unsere auf die EFTA bezugnehmende Gesetzgebung nur dann ändern sollten, wenn dies absolut unerlässlich geworden ist, und vor allem, wenn auch alle übrigen EFTA-Partner es tun. Ich glaube noch nachweisen zu können, dass dies nicht zutrifft.

Es kommt hinzu, dass auch die Zukunft des EFTA-Vertrages in keiner Weise sichergestellt ist. Jedenfalls würde ich sehr vorsichtig sein und unter Berufung auf das EFTA-Übereinkommen vorläufig noch keine Gesetzesänderungen begründen. Wir haben jedenfalls die Meinung – meine

Freunde und ich, wir sind eine Minderheit –, dies auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, dass es ausserordentlich gefährlich sei, sich auf die Begründung von Botschaften zu stützen. Die Erfahrung sollte uns gelehrt haben, wie oft Entscheidungen unter Berufung auf bundesrätliche Botschaften gefallen sind. Wenn also eine Neuordnung der Tabakbesteuerung kommen müsste, dann sollte sie nicht ausschliesslich – ich wiederhole das: nicht ausschliesslich – mit bereits eingegangenen und allfälligen weiteren EFTA-Verpflichtungen begründet werden.

Ich wollte diese Bemerkungen vorausschicken, weil nach meiner Meinung nicht nur die Schutzwürdigkeit der einheimischen Tabakindustrie und nicht nur die Schutzwürdigkeit der einheimischen Tabakpflanze zur Diskussion steht. Für mich stehen nicht einmal die Fragen der Preisbindung und des Preisschutzes im Vordergrund, sondern in allererster Linie die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Wie steht es aber nun mit der Bereitschaft der EFTA-Länder, ihr Tabakbesteuerungssystem zu konformieren? Ich habe mir sagen lassen, dass wir in dieser Beziehung gar nicht schlecht dastehen, jedenfalls nicht schlechter als unsere EFTA-Partner. England beispielsweise besitzt und praktiziert sehr fragwürdige Vorschriften zur Behinderung eines freien Marktes. Selbst das uns so sympathische Dänemark behindert mit seinem Gross- und Detailhandel den Import und Export von Tabakwaren. In Schweden soll noch vor kurzem ein Fabrikations- und Handelsmonopol bestanden haben. Dasselbe sei in der Zwischenzeit aufgehoben worden, aber ein Eindringen in seinen Markt bleibe sehr schwer und nur für ausländische grosse Konzerne möglich. Auch Portugal hält praktisch an seinem staatlichen Monopolsystem fest und verpachtet lediglich Erstellungslicenzen an private Fabriken. Auch das ideale Absatzgebiet Österreich versperrt durch sein Tabakmonopol den Zugang zum freien Markt, und hinsichtlich der Liberalisierung des Tabakhandels verletze die Republik Österreich in schwerster Weise den EFTA-Vertrag und scheine auch nicht die Absicht zu haben, etwas daran zu ändern.

Im Gegensatz zu all diesen EFTA-Ländern, die ich hier nur kurz skizziert habe, besteht unbestrittenermassen in unserem Lande eine gut eingespielte Tabakordnung und, wie das auch schon gesagt wurde, eine sehr billige Tabaksteuerverwaltung. Zweitens besteht ein zwar zugegebenermassen übersetzter, aber im allgemeinen gut funktionierender Gross- und Detailhandel. Wenn dem so ist, dann frage ich noch einmal: Warum soll gerade die Schweiz die bisherige Ordnung der Tabakbesteuerung aufgeben, bzw. ändern? Wird nicht selbst im Bericht der Kartellkommission zugegeben, dass das EFTA-Abkommen es den Mitgliedstaaten überlasse, nach welchem System Fiskalzölle, interne Steuern und sonstige Abgaben erhoben werden dürfen? Verlangt werde lediglich, dass die aus den Mitgliedstaaten eingeführten Waren nicht höher belastet werden als die gleichartigen inländischen Produkte. So beisehen, und angesichts der unsicheren Zukunft der EFTA sollte unsere bestehende Tabakordnung und die Tabakbesteuerung nicht in überstürzter Weise geändert werden. Mit den vorgeschlagenen Änderungen würde, wie das zugegeben worden ist, im Grunde genommen gar nichts anderes erreicht als eine Beunruhigung der in Frage stehenden Industrie, eine Beunruhigung des Handels und eine Beunruhigung der in der Tabakwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer.

Ganz sicher scheint mir, dass an der Beratung und Verabschiedung des vom Bundesrat beantragten neuen Tabak-

besteuerungsgesetzes niemand, aber auch wirklich niemand Freude haben kann. Im Gegenteil, die Unlust, an seine Behandlung und seine Verabschiedung zu gehen, ist ja ganz offensichtlich. Das beste wäre demnach, die bestehende Ordnung zu verlängern, bis die noch offenstehenden Fragen besser abgeklärt sind, nicht zuletzt auch die Frage der Preisbindung. Ich will dem Präsidenten der Kartellkommission nicht vorgreifen, obwohl ich in der Lage wäre, den Bericht der Kartellkommission zu zitieren; aber auch die Kartellkommission würde es durchaus in Ordnung finden, wenn man sich nicht nur Zeit lassen würde, sondern wenn vor allen Dingen nicht auf das EFTA-Übereinkommen hingewiesen wird.

Das ist der Grund, warum ich in Abweichung des Standpunktes, den meine Fraktionskollegen vertreten haben, mit Überzeugung der Auffassung beipflichte, die Herr Kollega Vontobel vertreten hat. Bei der heutigen Situation wäre es das beste, nicht auf die Vorlage einzutreten, sondern für die Weiterführung der bisherigen Ordnung zu plädieren, bis wir wissen, woran wir eigentlich sind und was eine neue Gesetzgebung in der Praxis bringen würde.

Hier werden die Beratungen abgebrochen

Ici, le débat est interrompu

Vormittagssitzung vom 27. Juni 1967

Séance du 27 juin 1967, matin

Vorsitz – Présidence: Herr Schaller

9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

Siehe Seite 258 hiervor – Voir page 258 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Haller-Windisch, Berichterstatter: Zum Nichteintretensantrag Vontobel muss ich feststellen, dass die Kommissionsmitglieder an sechs Tagen zusammengesessen sind und dieser Nichteintretensantrag erst in den letzten fünf Sekunden geboren ist. Kollege Vontobel wollte damals sogar noch weitergehen und beim Artikel 47, Absatz 2, überhaupt keine Verlängerung der Übergangsfrist tolerieren. Gestern hat er nun ganz anders gesprochen. Ich muss sagen: Es geschehen Zeichen und Wunder, wahrscheinlich im Zeichen des Eidgenössischen Turnfestes. Herr Vontobel hat sogar mit Kollege Leuenberger, der seinen Nichteintretensantrag unterstützt, gesagt, es solle vorläufig alles beim alten bleiben, also auch in bezug auf den Preisschutz. Das ist aber auch, was die Kommission will und was sie im Artikel 15bis vorschlägt. Das Tabakgesetz ist ja nicht allein der EFTA angepasst, sondern allen kommenden Möglichkeiten. Der Zoll auf Rohtabak wird nicht nur auf Lieferungen aus den EFTA-Ländern, sondern auch auf solchen aus den EWG-Staaten und aus Übersee aufgehoben. Mit dem Nichteintretensantrag wird eine gewisse Gefahr heraufbeschworen, die gerade aus der Kennedy-Runde erwachsen kann. Nach einer Mitteilung der Verwaltung haben die Vereinigten Staaten schweizerischerseits auf einen Zollabbau beim Rohtabak verzichtet, weil ein

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.06.1967
Date	
Data	
Seite	258-268
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 656

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Freunde und ich, wir sind eine Minderheit –, dies auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen, dass es ausserordentlich gefährlich sei, sich auf die Begründung von Botschaften zu stützen. Die Erfahrung sollte uns gelehrt haben, wie oft Entscheidungen unter Berufung auf bundesrätliche Botschaften gefallen sind. Wenn also eine Neuordnung der Tabakbesteuerung kommen müsste, dann sollte sie nicht ausschliesslich – ich wiederhole das: nicht ausschliesslich – mit bereits eingegangenen und allfälligen weiteren EFTA-Verpflichtungen begründet werden.

Ich wollte diese Bemerkungen vorausschicken, weil nach meiner Meinung nicht nur die Schutzwürdigkeit der einheimischen Tabakindustrie und nicht nur die Schutzwürdigkeit der einheimischen Tabakpflanze zur Diskussion steht. Für mich stehen nicht einmal die Fragen der Preisbindung und des Preisschutzes im Vordergrund, sondern in allererster Linie die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Wie steht es aber nun mit der Bereitschaft der EFTA-Länder, ihr Tabakbesteuerungssystem zu konformieren? Ich habe mir sagen lassen, dass wir in dieser Beziehung gar nicht schlecht dastehen, jedenfalls nicht schlechter als unsere EFTA-Partner. England beispielsweise besitzt und praktiziert sehr fragwürdige Vorschriften zur Behinderung eines freien Marktes. Selbst das uns so sympathische Dänemark behindert mit seinem Gross- und Detailhandel den Import und Export von Tabakwaren. In Schweden soll noch vor kurzem ein Fabrikations- und Handelsmonopol bestanden haben. Dasselbe sei in der Zwischenzeit aufgehoben worden, aber ein Eindringen in seinen Markt bleibe sehr schwer und nur für ausländische grosse Konzerne möglich. Auch Portugal hält praktisch an seinem staatlichen Monopolsystem fest und verpachtet lediglich Erstellungslicenzen an private Fabriken. Auch das ideale Absatzgebiet Österreich versperrt durch sein Tabakmonopol den Zugang zum freien Markt, und hinsichtlich der Liberalisierung des Tabakhandels verletze die Republik Österreich in schwerster Weise den EFTA-Vertrag und scheine auch nicht die Absicht zu haben, etwas daran zu ändern.

Im Gegensatz zu all diesen EFTA-Ländern, die ich hier nur kurz skizziert habe, besteht unbestrittenermassen in unserem Lande eine gut eingespielte Tabakordnung und, wie das auch schon gesagt wurde, eine sehr billige Tabaksteuerverwaltung. Zweitens besteht ein zwar zugegebenermassen übersetzter, aber im allgemeinen gut funktionierender Gross- und Detailhandel. Wenn dem so ist, dann frage ich noch einmal: Warum soll gerade die Schweiz die bisherige Ordnung der Tabakbesteuerung aufgeben, bzw. ändern? Wird nicht selbst im Bericht der Kartellkommission zugegeben, dass das EFTA-Abkommen es den Mitgliedstaaten überlasse, nach welchem System Fiskalzölle, interne Steuern und sonstige Abgaben erhoben werden dürfen? Verlangt werde lediglich, dass die aus den Mitgliedstaaten eingeführten Waren nicht höher belastet werden als die gleichartigen inländischen Produkte. So beisehen, und angesichts der unsicheren Zukunft der EFTA sollte unsere bestehende Tabakordnung und die Tabakbesteuerung nicht in überstürzter Weise geändert werden. Mit den vorgeschlagenen Änderungen würde, wie das zugegeben worden ist, im Grunde genommen gar nichts anderes erreicht als eine Beunruhigung der in Frage stehenden Industrie, eine Beunruhigung des Handels und eine Beunruhigung der in der Tabakwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer.

Ganz sicher scheint mir, dass an der Beratung und Verabschiedung des vom Bundesrat beantragten neuen Tabak-

besteuerungsgesetzes niemand, aber auch wirklich niemand Freude haben kann. Im Gegenteil, die Unlust, an seine Behandlung und seine Verabschiedung zu gehen, ist ja ganz offensichtlich. Das beste wäre demnach, die bestehende Ordnung zu verlängern, bis die noch offenstehenden Fragen besser abgeklärt sind, nicht zuletzt auch die Frage der Preisbindung. Ich will dem Präsidenten der Kartellkommission nicht vorgreifen, obwohl ich in der Lage wäre, den Bericht der Kartellkommission zu zitieren; aber auch die Kartellkommission würde es durchaus in Ordnung finden, wenn man sich nicht nur Zeit lassen würde, sondern wenn vor allen Dingen nicht auf das EFTA-Übereinkommen hingewiesen wird.

Das ist der Grund, warum ich in Abweichung des Standpunktes, den meine Fraktionskollegen vertreten haben, mit Überzeugung der Auffassung beipflichte, die Herr Kollega Vontobel vertreten hat. Bei der heutigen Situation wäre es das beste, nicht auf die Vorlage einzutreten, sondern für die Weiterführung der bisherigen Ordnung zu plädieren, bis wir wissen, woran wir eigentlich sind und was eine neue Gesetzgebung in der Praxis bringen würde.

Hier werden die Beratungen abgebrochen

Ici, le débat est interrompu

Vormittagssitzung vom 27. Juni 1967

Séance du 27 juin 1967, matin

Vorsitz – Présidence: Herr Schaller

9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

Siehe Seite 258 hiervor – Voir page 258 ci-devant

Fortsetzung – Suite

Haller-Windisch, Berichterstatter: Zum Nichteintretensantrag Vontobel muss ich feststellen, dass die Kommissionsmitglieder an sechs Tagen zusammengesessen sind und dieser Nichteintretensantrag erst in den letzten fünf Sekunden geboren ist. Kollege Vontobel wollte damals sogar noch weitergehen und beim Artikel 47, Absatz 2, überhaupt keine Verlängerung der Übergangsfrist tolerieren. Gestern hat er nun ganz anders gesprochen. Ich muss sagen: Es geschehen Zeichen und Wunder, wahrscheinlich im Zeichen des Eidgenössischen Turnfestes. Herr Vontobel hat sogar mit Kollege Leuenberger, der seinen Nichteintretensantrag unterstützt, gesagt, es solle vorläufig alles beim alten bleiben, also auch in bezug auf den Preisschutz. Das ist aber auch, was die Kommission will und was sie im Artikel 15bis vorschlägt. Das Tabakgesetz ist ja nicht allein der EFTA angepasst, sondern allen kommenden Möglichkeiten. Der Zoll auf Rohtabak wird nicht nur auf Lieferungen aus den EFTA-Ländern, sondern auch auf solchen aus den EWG-Staaten und aus Übersee aufgehoben. Mit dem Nichteintretensantrag wird eine gewisse Gefahr heraufbeschworen, die gerade aus der Kennedy-Runde erwachsen kann. Nach einer Mitteilung der Verwaltung haben die Vereinigten Staaten schweizerischerseits auf einen Zollabbau beim Rohtabak verzichtet, weil ein

Tabakgesetz in Vorbereitung sei. Weisen wir die Vorlage zurück, so wird recht bald die Forderung kommen, und dann verlieren wir ohne Tabakgesetz enorme Mittel für die AHV. Den Ausfall werden wir Schweizer mit einer vielleicht recht erheblichen Preissteigerung dann selber zu berappen haben, die sogar den Export zusammenschumpfen lassen könnte. Eine weitere Gefahr besteht in bezug auf die Äusserung des Kollegen Vontobel über die Tabakpreise. Mit Interesse habe ich folgende Resolution des Landesrings gelesen: «Unter allen Umständen erwartet der Landesring vom Bundesrat, dass der tägliche Lebensbedarf und der Familientisch geschont werden, dass aber endlich die schädlichen Genussmittel, wie Alkohol und Tabak, kräftig besteuert werden. Weil gerade die Tabakbesteuerung nicht allzu rigoros ist, so spielt der Export eine gewisse Rolle. Immerhin fallen fast 100 Millionen Franken pro Jahr ab. Als die Belastung des Tabaks 1966 um 40% erhöht wurde, sind die Einnahmen nur um 10% gestiegen.» Bei der noch so gut gemeinten Ansicht des Herrn Kollegen Vontobel könnte es dann so herauskommen wie beim Benzinrappen. Der Export würde geschädigt, und die Schweizer hätten die Pastete selber zu bezahlen.

Wir sehen: Es muss ein gewisses Gleichgewicht vorhanden sein, und das kann man nicht ohne weiteres stören. Das neue Tabakgesetz will dieses Gleichgewicht einigermaßen wahren. Wir sollten also auf die Vorlage eintreten.

Nun zu dem, was Kollege Stich zum Inlandtabak gesagt hat. Er und Kollege Vontobel haben den Inlandtabak anvisiert. Damit alles schön brav EFTA-konform ist, muss die ins Inland verlegte Tabaksteuer auch auf schweizerischen Fabrikaten mit echtem Schweizer Tabak gleich erhoben werden. Das heisst, statt rund 20 Millionen auf Inlandtabak rollen dann 32 bis 34 Millionen ins Bundeskässeli. Pro Hektare der Tabakpflanzler gibt das eine Belastung von 40 000 bis 42 000 Franken, alles nur aus EFTA- und andern künftigen Konsequenzen. Diese rund 12 bis 14 Millionen Franken, die vorher durch Zollschutz dem Tabakpflanzler zugute kamen, sollen nun als Beiträge den Pflanzern zugute kommen, damit sie wieder wettbewerbsfähig werden. Sonst wäre der Tabakanbau auf einmal zum Serbeln und Sterben verurteilt. All das beweist doch, dass der schweizerische Tabakbau innerhalb des Tabakgesetzes sein Plätzchen an der Sonne haben muss und nicht aus dieser Einheit herausgestossen werden sollte. An diesen 14 Millionen hackt nun Kollege Stich ein und bezeichnet das als verfassungswidrig. Dieses Wort spielt bei dieser Debatte ungemein mit; es ist das A und O der ganzen Diskussion, ausgerechnet bei diesem Genussmittel. Es wird ein Geplänkel um den Ausdruck «gesamte Einnahmen» vollführt, wo es heisst, die gesamten Einnahmen aus der fiskalischen Belastung des Tabaks seien an die AHV zu leisten. Unsere Kommission versteht unter Gesamteinnahmen nicht die Bruttoeinnahmen, sondern die Nettoeinnahmen, denn auch nach den bisherigen Bräuchen wurden die gesetzlichen Rückstellungen zuerst abgezogen. Dann erhielt nach Vertrag das Fürstentum Liechtenstein einen Brocken des Fiskalertrages, und erst der Rest wurde den AHV-Rückstellungen gutgeschrieben. Kein Mensch hat reklamiert, niemand hat Zeter und Mordio geschrien. So hat unsere Kommission auch diesen Beitrag an die Pflanzler, der den AHV-Quellfluss keineswegs eindämmt, nach Auslegung von Professor Burckhardt als verfassungsgerecht taxiert. Vielleicht gelingt es mir noch beim Artikel 26, die Bedenken von Kollege Stich zu zerstreuen, wenn er seinen Vorstoss begründet. Aber ich

habe keine Illusionen, denn er ist ein hartnäckiger Solothurner, den ich am liebsten beim helvetischen Jass als Partner schätze!

Noch etwas zum Preisschutz: Mit Freude habe ich eigentlich die Debatte zur Brotgetreideverordnung im Ständerat verfolgt. Dort trat besonders der Neuenburger Kollege mit Vehemenz dagegen auf, dass der wirtschaftliche Fortschritt einer Bewilligung unterliege. Das Schweizer Volk habe nicht das mindeste Interesse, dass ein lebenswichtiges Nahrungsmittel der Konkurrenz entzogen werde. Das unterschreibe ich bei allen Dingen der Nahrungsmittel- und der Bedarfsartikelbranche doppelt und dreifach sogar; aber ich unterschreibe es nicht bei den Genussmitteln, sei es Tabak oder seien es gebrannté Wasser. Als stiller Geniesser all dieser Freudenspender bekenne ich mich dazu, dass ich bei den Genussmitteln einen Preiskampf als unsozial, unmoralisch und gefährlich ansehen würde. Die Frage, über die wir zu entscheiden haben, hat mit Konsumentenpolitik überhaupt nichts zu tun.

Mit der Mehrheit der Kommission schliesse ich mich mehr dem Gutachten von alt Bundesrichter Obrecht an als dem Bericht der Kartellkommission, und mit meiner Laien-Jurisprudenz neige ich dazu, dass der Entscheid, ob Artikel 31 so oder so interpretiert werden könnte, im Ermessen des Gesetzgebers liegt. Der Preisschutz hat während 30 Jahren gespielt; er hat geordnete Verhältnisse geschaffen. Die Tabakwaren sind billiger als im Ausland, die Margen im Handel sind verhältnismässig bescheiden (im Durchschnitt 8-14%). Die Streuung der Verkaufsstellen hat positive soziale Aspekte, indem ältere und invalide Leute einen Zustupf erhalten. Die Spezialgeschäfte sind für den Kenner eine Augenweide und bieten Tabakwaren aller Sorten und Schattierungen an. Die kleinen und mittleren Betriebe der Stumpfenfabrikation können noch schnaufen, die Qualität der Tabakfabrikate ist ausgezeichnet. Und das alles wollen Sie gefährden und geben es noch zu, dass eine Umstrukturierung erfolgen werde, dass das und das und das geschehen werde? Das Ausland selber hält wie eine Klette am Tabakmonopol fest, und wir sollen fröhlichen Herzens einen Testfall provozieren? Da muss ich noch einmal sagen, da machen wir trotz aller achtungswerten Meinungen in der Kartellkommission und im Bundesrat nicht mit.

Ich möchte Sie deshalb bitten, auf die Vorlage einzutreten und den Nichteintretensantrag Vontobel zurückzuweisen.

M. Thévoz, rapporteur: Le débat d'hier soir sur l'entrée en matière a été fort intéressant et instructif; en fait nous sommes déjà entrés dans le vif du sujet. Un temps assez considérable s'est déjà écoulé depuis la lecture de nos rapports et j'imagine que vous n'avez plus en mémoire tous les arguments que nous avons développés devant vous pour étayer le point de vue de la commission. Je n'ai pas l'intention de les reprendre maintenant; peut-être y reviendrai-je dans le cours du débat de détail sur tel ou tel point du projet de loi. Je voudrais simplement relever d'emblée que la Confédération s'était engagée à éliminer les éléments protecteurs jusqu'au 1^{er} janvier 1965. Nous avons donc déjà un certain retard. Il nous paraît vraiment nécessaire d'entrer en matière et d'étudier ce projet de loi.

M. Vontobel, en nous proposant tout à l'heure de ne pas entrer en matière, me fait penser à un cavalier qui refuse de franchir un obstacle sous prétexte que sa construction ne lui convient pas. Je pense qu'il faut avoir la volonté d'aborder cet obstacle, ce projet de loi. Deux

points vont naturellement retenir particulièrement notre attention. C'est, d'une part, la protection des prix. Je vous rappelle que nous n'avons pas le sentiment de défendre un groupe économique puissant en proposant de maintenir la protection relative des prix mais, au contraire, de songer à l'avenir d'une multitude de petits commerçants indépendants. Quant au tabac indigène, M. Stich voudrait que nous trouvions les fonds nécessaires au soutien de cette production en faisant appel aux ressources générales de la Confédération. Je dirai simplement que cette forme de subside ne peut pas être retenue; elle a été rejetée par la commission et par les planteurs de tabac. Nous devons avoir une agriculture diversifiée, nous devons maintenir cette agriculture et certains coups de semonce récents nous prouvent à quel point cela est nécessaire.

Voilà, Messieurs, les quelques points sur lesquels je désirais particulièrement attirer votre attention avant que nous votions sur l'entrée en matière, que je vous recommande d'accepter. En outre, je vous propose que nous passions à la discussion de détail.

M. Bonvin, président de la Confédération: La préparation du projet de loi qui vous est présenté a exigé cinq ans. Il a fallu presque quatre ans pour étudier le problème sur les plans national et international, compte tenu des évolutions au sein de la petite zone de libre échange et du Marché commun, donc des conditions générales d'un futur grand Marché commun en Europe et compte tenu aussi des tendances qui se sont manifestées dans certains secteurs de la fiscalité indirecte. Lorsque la solution a été trouvée – elle sera définie tout à l'heure –, il a également fallu tenir compte d'une nouvelle loi qui, à côté des nouveaux articles économiques, devait influencer l'adaptation de l'ancienne législation à la situation nouvelle. Il a donc fallu consulter la commission des cartels nouvellement entrée en fonction; cela a naturellement demandé un certain temps. Quoi qu'il en soit, nous sommes placés devant la situation suivante: Nous avons signé la convention de Stockholm et devons respecter nos engagements. Lorsqu'on a signé une convention et qu'on s'est engagé à la respecter tant qu'elle n'est pas valablement déditée, il ne s'agit plus de supputer les avantages ou les désavantages qu'on peut avoir en respectant ou non cette convention. Hier, au coucher de soleil de la séance, il semblait, en entendant M. Leuenberger, qu'on recevait le conseil d'attendre pour mieux distinguer les avantages et les désavantages et décider, après en avoir fait la balance, si l'on va respecter ou non la convention. Or cette façon de faire n'est naturellement pas admissible. Quoi qu'il en soit, nous sommes engagés par la convention – M. Leuenberger le sait d'ailleurs très bien – ainsi que par les promesses que nous avons faites au Conseil de l'AELE, où nous avons été mis plusieurs fois en demeure de respecter l'article 6. Quant aux droits fiscaux et impositions intérieures, ils posent un problème de base quelles que soient les prochaines évolutions. Nous devons respecter une convention qui a été signée et qui d'ailleurs a toute sa justification, même si actuellement le vent semble tourner pour certains de nos concitoyens quant à la préférence à donner au Marché commun ou à la Petite zone de libre échange. Il faut se souvenir que la Petite zone de libre échange a rempli ses fonctions puisque nous sommes arrivés à abolir totalement les droits douaniers pour les produits industriels le 1^{er} janvier 1967, donc avant les membres de la Communauté européenne. La volonté manifestée par les deux Chambres, lors de l'adhésion à la Petite zone de

libre échange, d'y entrer pour préparer l'aménagement d'une grande zone de libre échange, a par conséquent été respectée par notre demande d'association à la CEE. Il faut en conséquence, d'une part, nous acquitter de nos obligations et, d'autre part, tenir les promesses faites lorsque nous avons été mis en demeure de les remplir avant le 1^{er} janvier 1967. Signature oblige! Honneur oblige! Je pense qu'il n'y a pas, à cet égard, d'hésitation possible.

Le second élément qu'il faut retenir dans le projet qui est présenté est le souci que le Conseil fédéral a d'éviter l'érosion des fonds à la frontière douanière qui doivent depuis 1925, dans le domaine fiscal du tabac et de l'alcool, financer la participation de la Confédération à l'assurance vieillesse et survivants. Le Conseil fédéral veut donc, pour sauvegarder les ressources nécessaires à la participation de la Confédération, prévenir une érosion à la frontière étant donné tous les aménagements qui ont été entraînés par notre participation à l'AELE, la CEE, le GATT, les négociations Dillon et Kennedy, et qui seront encore provoqués par de prochaines négociations commerciales. Quoi qu'il en soit, en soustrayant à l'érosion possible des droits à la frontière les ressources permettant de financer la participation de la Confédération à l'assurance vieillesse, le Conseil fédéral tient à ramener dans un «réduit national» le financement de cette institution sociale. Ici, je pense que tous ceux qui désirent encore consolider la santé de cette institution doivent souhaiter qu'on arrive, par cette opération, à éliminer le risque que court actuellement cette source de financement.

Un des arguments qui a été présenté hier pour demander que l'on remette à plus tard – mañana – l'opération de réajustement de cette loi, fait valoir qu'il y aurait des frais administratifs nettement supérieurs à ceux qu'il y avait précédemment. Nous avons recouru à toutes les possibilités de calcul des frais administratifs et sommes arrivés à la conclusion que, pratiquement, il n'y aura pas plus de frais administratifs après qu'avant. Il y aura un changement, un effort d'adaptation, en ce sens que les statistiques des importations ou des achats de tabac brut à l'extérieur seront complétées et remplacées, quant au calcul de la fiscalité indirecte, par un calcul et un inventaire de fabrication. Or chaque entreprise doit tenir l'inventaire de sa fabrication; ce n'est donc rien de nouveau. Qui donc imaginerait une entreprise qui ne saurait pas ce qu'elle produit ni combien elle fabrique chaque jour, chaque mois et chaque année? Ainsi, ces calculs relatifs à la fabrication, qui serviront de base à la future imposition, n'imposent pas en soi un travail administratif supplémentaire.

On s'est aussi demandé si la révision de la loi était réellement indispensable et si elle ne pouvait être remise à plus tard, en se fondant sur l'argument suivant: «Les échanges entre les sept pays membres de l'AELE ne sont pas tels qu'on les attendait.» Or, ce matin même, nous avons obtenu, de la direction générale des douanes, les chiffres relatifs aux échanges entre la Grande-Bretagne, le Danemark, la Norvège, l'Autriche et le Portugal d'une part, la Suisse d'autre part – nous n'avons pas tenu compte de la Finlande. Nos importations de tabac anglais sont relativement importantes – à cause du tabac pour la pipe – puisqu'elles se montent à 1,84 millions de francs. Nous importons aussi des produits suédois et danois. Ce qui est étonnant, c'est que nos exportations vers la Suède atteignent 7,4 millions de francs. Par rapport à ces dernières années, cela représente un accroissement notable. Nos exportations vers la Norvège et vers l'Autriche représentent respectivement 1,2 et 2,3 millions de francs. Le marché autrichien – soit dit en passant – sera plus inté-

ressant encore lorsque nos fabricants de cigares auront réussi à livrer des produits correspondant au goût autrichien. Au total, notre excédent d'importation représente, en 1966, 230 000 francs. Mais il est contrebalancé par un excédent d'exportations de 11,136 millions de francs. Les échanges entre les pays de l'AELE et la Suisse existent donc bel et bien et nous en tirons avantage. On peut d'ailleurs admettre que ces échanges iront encore en se développant.

Comme vous le savez, les efforts de certains Etats de l'AELE en vue d'adhérer à la Communauté économique européenne – et c'est là un des problèmes majeurs qui a été évoqué hier par M. Leuenberger –, ne serait-ce que par contrat d'association, ne semble pas devoir être couronnés de succès à brève échéance – je précise à brève échéance! – La Zone de libre échange est devenue réalité – avec la barrière CEE par rapport AELE, mais cela s'abaissera de 40% environ par l'application du Kennedy Round – pour les produits industriels, dès le 1^{er} janvier 1967.

N'ont pas bénéficié de la réduction des droits de douane: les produits agricoles ainsi que les droits fiscaux. Les droits de douane sur le tabac font partie de ces droits fiscaux. Cependant, l'article 6 de la convention de Stockholm impose aussi une obligation à la Suisse. Je ne relis pas cet article. L'essentiel est que l'on sache qu'il y a là une obligation d'abolition ou de transformation. Ainsi que le Conseil fédéral l'a exposé dans son message spécialement à la page 10, le système actuel d'imposition ne permet pas d'écarter le privilège fiscal dont bénéficient les tabacs manufacturés fabriqués en Suisse, partiellement avec du tabac indigène. Si l'on veut, sur ce point également, se conformer aux dispositions de la convention de l'AELE – nous sommes responsables de son application pour ce qui nous concerne – et s'acquitter d'une assurance que nous avons donnée au Conseil lorsqu'on nous a mis en demeure, à plusieurs reprises, de respecter cet article 6, il faut absolument donner un nouveau fondement à l'imposition du tabac. Cette mesure est aussi dictée par un argument qui est en rapport avec la destination des recettes tirées de l'imposition du tabac, comme je me suis permis de vous le rappeler tout à l'heure.

La fabrication de tabac manufacturé est grevée de deux redevances différentes: le droit de douane sur le tabac brut importé et un impôt de fabrication. Dans le projet qui vous est présenté – et j'insiste ici parce que cela concerne l'un des problèmes évoqués hier tant par M. Leuenberger que par M. Vontobel – on tient compte de l'orientation de la politique générale du Marché commun. Jusqu'à maintenant nous ne connaissons pas de pondération – ou de «co-pondération» – quant à la valeur de la matière imposée. Dans le projet actuel, l'ancien système est pour une part maintenu, avec la pondération de l'unité ou du poids. On introduit cependant un nouvel élément qui est la valeur de la marchandise. Je vous rends attentifs à cette nouveauté. Le Conseil fédéral tenait à ce que cet élément fût introduit dans le projet de loi, car la politique générale des pays du Marché commun tend à créer une imposition sur le chiffre d'affaires, etc., fondée sur la valeur. Il s'agit peut-être là du facteur le plus important de la revision qui vous est proposée: nous passons de l'ancien système helvétique à une nouvelle imposition – qui ne se fait plus à la frontière mais par un impôt intérieur – tenant compte des conventions de la Petite zone de libre échange tout en introduisant un élément se rapportant à la valeur du produit fabriqué. Cette modification passe un peu inaperçue, mais elle est importante car elle

permet de se rapprocher des conditions nécessaires à une éventuelle association avec le Marché commun. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral vous recommande d'adopter le système. On peut discuter de l'importance respective à accorder à la pondération quant à l'unité, au poids ou à la valeur. Mais l'important, c'est que cet élément *ad valorem* entre dans les méthodes de calcul. Il est possible – comme l'a relevé un orateur hier – que, plus tard, on doive revoir l'imposition du tabac brut importé si les conditions d'imposition existant au sein du Marché commun ne sont pas modifiées – actuellement l'impôt est, dans les pays de la CEE, trois fois plus élevé que dans l'ancien système suisse. Mais ce n'est pas une raison pour remettre à plus tard une revision que l'on peut faire dès maintenant.

Permettez-moi, à ce propos, d'invoquer une autre raison encore en faveur de cette modification: Il est nécessaire que nous nous «entraînions» au nouveau système sans être bousculés par des délais très courts qui peuvent nous être imposés suivant le résultat de notre demande d'association au Marché commun, en suspens depuis 1961. L'état-major qui prépare les projets de revision de nos lois est relativement réduit; il est même très réduit. S'il devait entreprendre simultanément un grand nombre de revisions de lois, il est probable et même certain qu'il ne parviendrait pas à les mener à terme dans les délais souhaités. Or actuellement, nous sommes dans une période de vastes tractations auxquelles prennent part la Petite zone de libre échange, le Marché commun et les pays intéressés aux négociations Kennedy. Si, durant cette période, des lois peuvent être «aménagées» sans grands risques – comme ici l'imposition du tabac –, les futures adaptations portant sur les éléments essentiels de la fiscalité, l'impôt sur le chiffre d'affaires selon un système *ad valorem*, etc., en seront facilitées et exigeront moins de temps.

Pour toutes ces raisons, le Conseil fédéral vous demande d'entrer en matière.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	106 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	33 Stimmen

Artikelweise Beratung – Discussion des articles

Titel

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Titre

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Ingress

Antrag der Kommission

*Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*

gestützt auf die Artikel 31 bis, 32 und 41 bis, Absatz 1, Buchstabe c, und Absätze 2 und 3 der Bundesverfassung, nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 10. Januar 1967,

beschliesst:

*Préambule***Proposition de la commission***L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,*

vu les articles 31 bis, 32 et 41 bis, alinéa 1, lettre c, alinéas 2 et 3, de la constitution;

vu le message du Conseil fédéral du 10 janvier 1967,

arrête:

Haller-Windisch, Berichterstatter: Zum Ingress: Die im Entwurf zitierten Artikel 31 bis, Absatz 3, Litera b, und Artikel 32 der Bundesverfassung sind die Grundlage für die Massnahmen zugunsten des Inlandtabaks bei Artikel 26. Wenn dem Antrag der Kommission entsprechend die neuen Artikel 11 bis (Steuerermässigungen für Klein- und Mittelbetriebe) und 15 bis (Preisschutz) vom Rat angenommen werden, oder auch nur einer der beiden Artikel, so muss auch die Litera a von Artikel 31 bis, Absatz 3, im Ingress genannt werden. Der Einfachheit halber sollte deshalb lediglich auf Artikel 31 bis verwiesen werden. Ich möchte Sie dann bitten, nach der Beratung auf den Ingress zurückzukommen.

M. Thévoz, rapporteur: Nous vous proposons de supprimer la référence à l'alinéa 3, lettre b, de l'article 31 bis.

Il est bien entendu que cette suppression n'est possible que si vous suivez la commission en adoptant l'article 11 bis relatif à la réduction d'impôt aux petites et moyennes entreprises et l'article 15 bis concernant les prix de détail.

Si, par hasard, ces deux articles n'étaient pas ratifiés par votre Conseil, il faudrait évidemment revoir la rédaction du préavis.

*Angenommen (unter Vorbehalt) – Adopté (sous réserve)**Art. 1–7***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen – Adopté**Art. 8***Antrag der Kommission***Abs. 1, Lit. c*

Streichen. Rest des Artikels: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Art. 8***Proposition de la commission***Al. 1, lettre c*

Biffer. Pour le reste de l'article: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Haller-Windisch, Berichterstatter: Bei Artikel 8, Absatz 1, Litera c, beantragt die Kommission Streichung. Nach der Vorlage ist beim Tode des Steuerpflichtigen der Erbschaftsverwalter oder Willensvollstrecker bis zum Betrage des reinen Nachlassvermögens für die Steuer mit dem Steuernachfolger solidarisch haftbar. Diese Bestimmung ist aus dem Verrechnungssteuergesetz übernommen worden.

In der Kommission ist geltend gemacht worden, dass damit für eine Spezialsteuer wie die Tabaksteuer, die praktisch nur von Fabrikationsbetrieben, nicht aber von

Privaten erhoben werde, zu weit gegangen werde. In der Praxis sollen bis heute keine Fälle vorgekommen sein, in denen das Fehlen einer solchen Absicherung des Fiskus als Mangel in Erscheinung getreten wäre. Im Einverständnis mit dem Departementschef und der Verwaltung beantragt die Kommission Streichung.

M. Thévoz, rapporteur: Nous vous proposons, d'accord avec le Conseil fédéral, de biffer la lettre c de l'article 8, qui dit ceci: «pour l'impôt dû par le défunt: l'administrateur successoral désigné officiellement ou par les héritiers, ainsi que l'exécuteur testamentaire, jusqu'à concurrence des biens successoraux nets».

Il nous paraît que cette disposition ne s'applique que difficilement à l'objet dont il s'agit.

*Angenommen – Adopté**Art. 9, 10***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen – Adopté**Art. 11 und Anhang I–V***Antrag der Kommission***Art. 11**Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Abs. 2, Lit. c

Um höchstens das Siebenfache erhöhen für Zigarren mit Deckblatt aus anderem Material als natürlichen Tabakblättern.

Für den Rest von Absatz 2: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Anhang I, II, III, V

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

*Anhang IV**Tabelle, Anmerkungen 1 und 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Anmerkung 3

Für die im Inland hergestellten Zigaretten ist der Steuersatz der untersten Preisklasse nur anwendbar, wenn sie mehr als 50% Inlandtabak enthalten.

Diese Menge kann durch den Bundesrat bei Mangel oder Überschuss an Inlandtabak angemessen herab- oder heraufgesetzt werden.

Anmerkung 4

In begründeten Fällen kann die Oberzollidirektion Überschreitungen des Durchschnittsgewichts je 1000 Stück bis auf 1% bei der Besteuerung ausser acht lassen.

*Art. 11 et annexes I à V***Proposition de la commission***Art. 11**Al. 1, 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 2, lettre c

Augmenter du septuple au maximum les taux d'impôt grevant les cigares avec cape en matière autre que les feuilles de tabac naturel.

Pour le reste de l'alinéa 2: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Annexes I, II, III, V

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Annexe IV**Tableau, remarques 1 et 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Remarque 3

Le taux d'impôt de la catégorie de prix la plus basse n'est applicable aux cigarettes fabriquées en Suisse que si elles contiennent plus de 50% de tabac indigène.

Cette quantité peut être réduite ou augmentée, dans une mesure appropriée, par le Conseil fédéral, en cas de pénurie, respectivement de pléthore de tabac indigène.

Remarque 4

Dans des cas dûment motivés, la direction générale des douanes peut, lors de l'imposition, tolérer des dépassements du poids moyen jusqu'à 1% par 1000 pièces.

Haller-Windisch, Berichterstatter: In Artikel 11 ist die Fassung des Entwurfes etwas schwerfällig. Sie kann ohne Beeinträchtigung ihres wesentlichen Gehaltes vereinfacht werden, und deshalb haben wir dort eine Bereinigung vorgeschlagen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie ersuchen, dann mit Artikel 11 den Anhang noch zu behandeln, der hinten angeschlossen ist und aus vier Teilen besteht.

M. Thévoz, rapporteur: A la lettre c, nous vous proposons de laisser tomber le reste de la phrase: «de même que les cigares sans sous-cape, mais avec cape en matière autre que les feuilles de tabac naturel».

Il apparaît que cette disposition pourrait être dépassée par les progrès de la technique. Par conséquent, il ne faut pas se lier d'une façon trop absolue en cette matière.

Präsident: Sie stimmen gleichzeitig dem Anhang zu, der aus vier Teilen besteht.

Haller-Windisch, Berichterstatter: Der Präsident macht auf den Anhang aufmerksam. Ich muss den Antrag begründen. Beim Anhang, Steuertarif Zigaretten, haben wir eine Änderung vorgeschlagen. (Der ist fast zuhinterst, er gehört in Zusammenhang mit Artikel 11.)

Der Antrag enthält eine Änderung der Anmerkung 3 und die Beifügung einer neuen Anmerkung 4. In der Anmerkung 3 sollen einmal die steuerlich etwas besser wegkommenden sogenannten Inlandtabakzigaretten, der Fassung des heutigen AHV-Gesetzes entsprechend, nicht mindestens 50, sondern mehr als 50% einheimischen Tabak enthalten. Sodann soll bei wiederholt schlechten Inlandernnten der Bundesrat die Möglichkeit haben, den Mindestgehalt herabzusetzen und ihn umgekehrt bei andauerndem Überangebot zu erhöhen. Die neue Anmerkung 4 bezieht sich auf die Gewichtsgrenzen je 1000 Zigaretten, nach denen die Steuersätze abgestuft sind. Wie beim Tarif für Zigarren (Anlagen 1 und 2 zum Gesetz), soll auch hier eine kleine Toleranz für ungewollte, praktisch nicht immer

zu vermeidende Überschreitungen der Gewichtsgrenzen geschaffen werden. Da bei der Zigarettenfabrikation die Stückgewichte exakter bestimmt und laufend kontrolliert werden können, besser als bei der Zigarrenherstellung, ist die Toleranz auf 1% festgesetzt worden, derweil sie für Zigarren 3% beträgt.

Präsident: Ich wiederhole, dass der Rat dem Anhang gemäss Kommissionsfassung zugestimmt hat.

*Angenommen – Adopté**Art. 11 bis (neu)***Antrag der Kommission**

Marginalie: IV. Steuerermässigungen.

Abs. 1

Der Bundesrat gewährt den kleinen und mittleren Betrieben zur Förderung der Produktivität Steuerermässigungen. Er ist ermächtigt, die Ermässigungen für Zigarettenhersteller nach dem 31. Dezember 1968 und jene für Zigarren- und Schnittabakhersteller nach dem 31. Dezember 1972 aufzuheben.

Abs. 2

Trifft die Tabakindustrie geeignete Massnahmen zur Förderung der Produktivität der kleinen und mittleren Betriebe der Zigarren- und Schnittabakherstellung, so kann der Bundesrat die Steuersätze um höchstens 20% herabsetzen.

*Art. 11 bis (nouveau)***Proposition de la commission**

Titre marginal: IV. Réductions d'impôt.

Al. 1

Le Conseil fédéral accorde des réductions d'impôt aux petites et moyennes entreprises, en vue d'améliorer leur productivité. Il est autorisé à supprimer, après le 31 décembre 1968, les réductions en faveur des fabricants de cigarettes; de même, après le 31 décembre 1972, les réductions en faveur des fabricants de cigares et de tabac coupé.

Al. 2

Lorsque l'industrie du tabac prend des mesures appropriées en vue d'améliorer la productivité des petites et moyennes fabriques de cigares et de tabac coupé, le Conseil fédéral peut abaisser de 20% au maximum les taux d'impôt.

Haller-Windisch, Berichterstatter: Es scheint mir wichtig, doch noch einige Ausführungen zum Antrag Kommission/Bundesrat zu machen, der in der Fahne neu als Artikel 11 bis anstelle von Artikel 47, erster Absatz, erscheint. Die Ermässigungen basierten bis dahin auf Artikel 127 der AHV-Gesetzgebung, der den Bundesrat beauftragt, Massnahmen zu treffen zur Erhaltung der kleineren und mittleren Betriebe. Das geschah durch Ermässigungen auf der Fabrikationsabgabe. Dies war keine Vorzugstellung, sondern ein gewisser Ausgleich für die ungleichen betriebswirtschaftlichen Spiesse. Die Grossbetriebe machten dieser Regelung keine Opposition. Damit liess sich der natürliche Konzentrationsprozess nicht aufhalten, aber die Konkurrenzverhältnisse waren doch einigermaßen erträglich. Die Ermässigungen spielen bei den Zigarettenfabriken keine grosse Rolle mehr, aber desto notwendiger sind sie bei der Stumpfenfabrikation, wo beispielsweise von 41 Fabriken nur deren 3 Grossbetriebe sind. In der Botschaft ist

ausführlich geschildert, warum der Bundesrat sukzessive auf die Ermässigungen verzichten will. Zwei Gründe werden genannt: Der EFTA-Vertrag, der nach Artikel 6 Fiskalvorteile für ein Land ausschliessen soll. Im gleichen Atemzug wird allerdings zugestanden, dass es mehr eine theoretische Frage ist als eine Angelegenheit, die sich wettbewerbsbeschränkend auswirken könnte. Der zweite Grund ist schwerwiegender: Bundesrat und Kartellkommission – sie nimmt bei dieser Gesetzesmaterie eine beherrschende Stellung ein –, finden, dass durch Aufhebung der Ermässigungen nicht die Tabakindustrie als Wirtschaftszweig gefährdet werde, sondern ein kleiner Teil davon. Deshalb dürfe man das, was jahrzehntelang als selbstverständlich galt, nicht mehr tolerieren. So gab man der Zigarettenindustrie eine Gnadenfrist bis 1968 und der Zigarrenindustrie eine solche bis 1972. Schon diese Fristen beweisen, dass es einem nicht wohl bei der Sache ist. Dieser kleine Teil, der geopfert werden soll, ist nämlich nicht gleichmässig über die ganze Schweiz verteilt; er ist beheimatet in bestimmten Landschaften, denen damit ein bestimmtes Gepräge gegeben wird. 85% der gesamtschweizerischen Stumpfenproduktion stammen zum Beispiel aus dem aargauischen Wynen- und Seetal, und die dortige Bevölkerung und mit ihr der aargauische Regierungsrat schauen heute mit Sorge nach Bern. Wir haben das gestern gehört. Ebenso sind die Ermässigungen für einen Teil der 6 Zigarrenbetriebe im Tessin lebenswichtig. Es ist kein Pappentier für eine Region, wenn von 41 Fabriken 15 bis 20 mit 600 Beschäftigten schliessen müssten. Das trifft hart. Gerade bei den kleinen und mittleren Betrieben ist der Anteil an ausländischen Arbeitskräften gar nicht gross. Das beweisen die Zahlen, die uns zur Verfügung gestellt wurden. Sie gehen von 0 bis rund 20% und liegen nur in ganz wenigen Fällen darüber. Deshalb hat man sich im neuen Artikel 11 bis zu einem Kompromiss gefunden. Es ist eine elastische Lösung. Das ist um so notwendiger, als man heute nicht weiss, wie weit sich ausser der EFTA die EWG-, GATT- und Kennedy-Bestrebungen in Zukunft noch auswirken werden.

Der erste Absatz des neuen Artikels erteilt dem Bundesrat die Befugnis, die Ermässigungen auf 1968 beziehungsweise 1972 aufzuheben. Aber es verpflichtet ihn nicht unbedingt.

Der zweite Absatz kann es der Zigarren- und Pfeifentabakindustrie ermöglichen, eine Art Verbandsausgleichskasse zu schaffen. Diese könnte anstelle der bisherigen Ermässigungen den kleineren und mittleren Betrieben Beiträge ausrichten. Beim Zustandekommen einer solchen Regelung wird der Bundesrat ermächtigt, die Steuersätze um höchstens 20% zu senken. Die Steuerdifferenz müssen die Steuerzahler – Fabrikanten – in die Ausgleichskasse einzahlen. Die ausbezahlten Beiträge müssen zur Förderung der Produktivität verwendet werden. Das ist auch mit den Ermässigungen bis dahin meistens gemacht worden, aber es war nicht gesetzlich vorgeschrieben. Über die Ausgleichskasse hätte die Oberzolldirektion ein Aufsichtsrecht.

Aus diesen Gründen möchten wir Ihnen beantragen, dem neuen Artikel 11 bis zuzustimmen.

M. Thévoz, rapporteur: Nous vous proposons d'adopter un article 11 bis nouveau, ce qui entraînerait la suppression de l'article 47, alinéa 1. Cet article 11 bis autorise le Conseil fédéral à accorder des réductions d'impôts aux petites et moyennes entreprises en vue d'améliorer leur productivité. Je me permets de vous rappeler brièvement ce que je vous ai déjà dit en faveur de l'adoption de cette nouvelle disposition dans mon rapport. En fait, nous n'anno-

vons rien puisque, depuis plus de 20 ans, le Conseil fédéral accorde déjà des réductions à ces entreprises. De cette manière, il a été possible de sauvegarder l'existence de petites et moyennes entreprises et de les mettre, partiellement du moins, à l'abri des tentacules des grandes entreprises et d'une concentration qui nous paraît excessive. Cette forme d'exploitation est due avant tout au genre de fabrication qui exige une grande part de travail manuel pouvant être accomplie par une main-d'œuvre féminine difficilement reclassable ailleurs. Pour celle-ci, son emploi dans une fabrique de cigares, par exemple, fournit un appoint permettant d'améliorer le revenu familial. Lors des travaux de la commission, nous avons eu la possibilité de visiter plusieurs de ces entreprises et de nous convaincre du bien-fondé de ces dispositions. Au surplus, les conséquences des réductions d'impôt ne sont pas très considérables. Je vous rappelle que ces réductions se sont élevées au total à 2,8 millions de francs en 1965 et à 2,2 millions de francs en 1966. Ces chiffres n'atteignent donc pas même 1% des recettes nettes sur le tabac, à peu près la moitié de ces ristournes vont à la branche du cigare et du tabac à pipe, très peu de ces ressources allant à la branche de la cigarette, qui est beaucoup plus centralisée.

Nous vous proposons donc, pour toutes ces raisons, d'adopter l'article 11 bis nouveau tel que nous vous le proposons.

Widmer: In der Botschaft, auf Seite 33, wird darauf verwiesen, dass anlässlich der Vorarbeiten für die Neuregelung der Tabakbesteuerung sich die Frage der Ermässigungen der Steuer als einer der heiklen Punkte erwies. Es ist nicht zu bestreiten, dass solche Ermässigungen zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe, theoretisch betrachtet, eine Bevorzugung eines Teils der Inlandindustrie gegenüber Lieferanten aus dem Ausland darstellen könnten. Es ist nicht möglich, die auf importierten Fabrikaten geschuldeten Abgaben nach der Produktionskapazität der ausländischen Betriebe abzustufen. Unter gleichen Voraussetzungen sind daher bei in- und ausländischen Fabrikaten Unterschiede in der Fiskalbelastung vorhanden. Solche Unterschiede sind nach Artikel 6, Ziffer 1, Buchstabe a des EFTA-Übereinkommens, wonach die Mitgliedstaaten auf den eingeführten Waren direkt oder indirekt keine höheren fiskalischen Abgaben erheben dürfen, als auf den gleichen inländischen Waren, unzulässig. Es ist jedoch in Betracht zu ziehen, dass diese Vorschrift gleiche Wettbewerbsverhältnisse für inländische und aus der Zone stammende Ware auf den Märkten der EFTA-Staaten sicherstellen will. Die schweizerischen Ermässigungen auf der Fabrikationsabgabe dürften sich aber bisher in Wirklichkeit kaum wettbewerbsbeschränkend ausgewirkt haben. Wie bereits erwähnt, sind sie nicht derart, dass die kleinen und mittleren Betriebe ihre Produkte zu einem vorteilhafteren Preis auf den Markt bringen könnten. Der jährlich ausbezahlte Gesamtbetrag der Ermässigungen, der infolge fortschreitender industrieller Konzentration übrigens von Jahr zu Jahr abnimmt, ist zu geringfügig, als dass er eine Diskriminierung des Imports bewirken könnte. In diesem Sinne habe ich denn auch in der Kommission Antrag gestellt, von einer befristeten Weiterführung der Ermässigungen Umgang zu nehmen. Eine Aufhebung der Ermässigung hätte nur dann einen Sinn, wenn die anderen EFTA-Länder sich ebenfalls diesen Bestimmungen anschliessen würden, was aber von Österreich, England oder andern Ländern mehr als fraglich sein dürfte.

Die schweizerische Zigarrenindustrie ist ja zur Hauptsache, wie bekannt ist, im Wynen- und Seetal verankert, in

Rheinfelden sind auch noch zwei Fabriken domiziliert. Rund 85% der Stumpfen und Zigarren, unberücksichtigt die besonders Tessiner Produkte, werden in diesen Gebieten hergestellt. Neben zwei bis drei relativ grossen Betrieben sind es zur Hauptsache Klein- und Mittelbetriebe. Schon im Jahre 1937 hat der Gesetzgeber entsprechende Massnahmen getroffen, mit dem Ziele, die kleinen und mittleren Betriebe lebensfähig zu erhalten und die Konzentration der Industrie auf wenige Grossbetriebe zu verhindern. Die Ermässigungen sind dazu da, Betriebe zu modernisieren, damit die betriebswirtschaftlichen Nachteile des geringen Geschäftsumfanges bei den Klein- und Mittelbetrieben ausgeglichen werden. Die Ermässigungen machten im Jahr 1965 eine ganze Million Franken aus. Die Grossbetriebe, welche keine solchen Ermässigungen erhalten, sind mit dieser Lösung durchaus einverstanden.

Die Kommission hatte auch Gelegenheit – ich habe bereits im Eintretensvotum darauf hingewiesen –, einen Mittelbetrieb in Beinwil zu besichtigen, und die Mitglieder waren sichtlich beeindruckt von der Art, wie gut sich hier die Ermässigungen ausgewirkt haben.

In der Botschaft des Bundesrates wird nun auf Seite 35 ziemlich respektlos festgehalten, dass es für die Industrie gar nichts bedeute, wenn 15 bis 20 Betriebe mit rund 600 Beschäftigten vom Markt ausgeschaltet werden. Beim Pfeifentabak müssten 10 bis 12 Betriebe eingehen, und in der Zigarettenindustrie wären es 3 bis 5 Betriebe. Diese Feststellungen in einer Botschaft des Bundesrates sind meines Erachtens neu, und es sollte nicht Sache des Bundes sein, den Konzentrationsbestrebungen in der Industrie Vorschub zu leisten. Andererseits wurde in der Botschaft auch wieder gesagt, dass durch die Neuordnung der Tabakbesteuerung die Struktur der Industrie keine grundlegenden Änderungen erfahren dürfe.

Ich möchte Sie bitten, diesen Ermässigungen, wie sie nun von der Kommission in Vorschlag gebracht worden sind, Ihre Zustimmung zu geben.

Angenommen – Adopté

Art. 12–14

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Art. 15

Antrag der Kommission

Abs. 1, Lit. b

die Reversnummer oder Firmenbezeichnung des Herstellers oder des Importeurs; diese Angabe ist auch auf jeder Zigarette anzubringen;

Für den Rest von Absatz 1: Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Abs. 2, 3 und 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 15

Proposition de la commission

Al. 1, lettre b

le numéro du revers ou la raison sociale du fabricant ou de l'importateur, indication qui doit également figurer sur chaque cigarette;

Pour le reste de l'alinéa 1: Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Al. 2, 3 et 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Haller-Windisch, Berichterstatter: Im Artikel 15, Absatz 1, Litera b haben wir eine Änderung beantragt. Nach der heutigen Regelung haben die inländischen Fabrikanten die Reversnummer auf jeder einzelnen Zigarette anzubringen. In der neuen Vorlage wird diese Angabe oder an ihrer Stelle die Angabe der Herstellerfirma nur auf den Detailpackungen, nicht aber auf der einzelnen Zigarette, verlangt. Von Herrn Kollege Glasson, Präsident des Verbandes Schweizerischer Zigarettenfabrikanten, ist in der Kommission beantragt worden, die frühere Vorschrift, das heisst die Angabe der Reversnummer auf jeder Zigarette, im Interesse einer besseren Kontrollmöglichkeit beizubehalten. Kommission und Verwaltung haben keine Opposition gemacht, und wir hatten wirklich keinen Anlass, eine andere Haltung einzunehmen, und beantragen Ihnen, dieser Position zuzustimmen.

M. Thévoz, rapporteur: Nous vous proposons de modifier la rédaction de la lettre *b* à l'article 15 et de remplacer les termes «en Suisse ou de l'importateur» par l'expression suivante «par le fabricant ou de l'importateur», indication qui doit également figurer sur chaque cigarette. C'est là une disposition beaucoup plus précise que ne le prévoyait le projet de loi initial. Nous vous proposons donc de suivre la proposition de la commission en ce qui concerne la rédaction de la lettre *b* de l'article 15.

Angenommen – Adopté

Art. 15 bis (neu)

Antrag der Kommission

Mehrheit

Marginalie: 5. Verbindlichkeit der Kleinhandelspreise.

Abs. 1

Die auf den Packungen der Tabakfabrikate angegebenen Kleinhandelspreise sind, unter Vorbehalt von Absatz 2, für die Abgabe an den Verbraucher verbindlich. Diese Preise dürfen auch nicht durch Verabfolgung von Zugaben (ausgenommen Zündhölzchen) unterboten werden.

Abs. 2

Die Tabaksteuerverordnung stellt die nähern Bestimmungen über die Durchführung des Preisschutzes auf und setzt die zulässigen Rabatte, einschliesslich Rückvergütungen und ähnliche Leistungen, fest.

*Minderheit
(Vontobel)*

Ablehnung des Antrages der Mehrheit.

Art. 15 bis (nouveau)

Proposition de la commission

Majorité

Titre marginal: 5. Caractère obligatoire des prix de détail.

Al. 1

Sous réserve de l'alinéa 2, les prix de détail indiqués sur les emballages des tabacs manufacturés font loi pour la remise aux consommateurs. Ces prix ne peuvent pas être

réduits par l'octroi de primes (à l'exception des allumettes).

Al. 2

L'ordonnance réglant l'imposition du tabac précise les modalités d'application de la garantie des prix et fixe les rabais autorisés, y compris les ristournes et autres prestations.

Minorité
(Vontobel)

Rejeter la proposition de la majorité.

Präsident: Bei Artikel 15bis stellt sich die grundsätzliche Frage, ob ein Preisschutz eingeführt werden soll oder nicht. Ich mache aber darauf aufmerksam, dass sich beim Artikel 47, Absatz 2, die Frage stellt, ob dieser Preisschutz für eine bestimmte Übergangsperiode gelten soll. Herr Schürmann beantragt beim Artikel 47, Absatz 2, gemäss dem Entwurf des Bundesrates eine Übergangsfrist bis 1970, Herr Heil eine solche bis 1972. Herr Schürmann betrachtet seinen Antrag als eine Mittellösung zwischen der Kommissionsmehrheit, welche den unbeschränkten Preisschutz empfiehlt, und der Kommissionsminderheit, welche überhaupt keinen Preisschutz, auch nicht Übergangsweise, wünscht. Herr Schürmann beantragt daher, die Artikel 15bis und 47, Absatz 2, zusammen zu behandeln und zu entscheiden. Ich möchte Ihnen diesen Antrag beliebt machen. (*Zustimmung – Adhésion.*)

Art. 47, Abs. 2

Antrag der Kommission

Streichen.

Antrag Schürmann

Nach Entwurf des Bundesrates.

Antrag Heil

...noch bis zum 31. Dezember 1972 in Kraft.

Art. 47, al. 2

Proposition de la commission

Biffer.

Proposition Schürmann

Selon le projet du Conseil fédéral.

Proposition Heil

...jusqu'au 31 décembre 1972, la base...

Haller-Windisch, Berichterstatter der Mehrheit: Es ist selbstverständlich, dass der Artikel 15bis im Zusammenhang mit dem Artikel 47 behandelt wird. Im Entwurf des Bundesrates finden wir im Artikel 47, Absatz 2, die Übergangsbestimmung, dass der Preisschutz nach 1970 zu fallen habe. Wenn aber eine unbefristete Weiterführung, wie es die Kommission vorschlägt, im Gesetz verankert werden soll, so muss sie auch entsprechend eingereiht werden. Wir schlagen deshalb die Fassung eines neuen Artikels 15bis vor. Der Preisschutz ist als Massnahme genannt; die Höhe der zulässigen Rabatte würde also dem Bundesrat überlassen. Mit diesem Artikel fällt die Entscheidung über den Preisschutz. Wenn Sie daran festhalten, braucht es die Zustimmung zum Artikel 15bis. Dann fällt der Artikel 47, Absatz 2, aus Abschied und Traktanden. Wenn Sie unsern Vorschlag ablehnen, bleibt letzterer bestehen. Natürlich könnte bei diesem Punkt dann allerdings wieder ein Ringen ausbrechen, wenn ein Ratsmitglied die Ablehnung

jeglicher Übergangslösung beantragen oder eventuell eine Verlängerung der Übergangsfrist postulieren würde, wie es jetzt mit dem Antrag Heil geschehen ist.

Wir haben mit dem Artikel 15bis eine flexible Lösung gewählt. Im ersten Absatz wird am Preisschutz festgehalten, im zweiten Absatz würde der Bundesrat die Höhe der zulässigen Rabatte festlegen. Kollege Schütz hätte am liebsten eine bestimmte Limite von 10% gesehen. Herr Bundespräsident Bonvin ist aber bereit, im Falle der Annahme dieses Artikels eine Erklärung abzugeben, dass er dem Bundesrat beantragen würde, die Höhe der Rabatte auf 8 bis 10% zu beschränken und die Art der Ausrichtung dem Handel freizustellen. Die Ausrichtung könnte im Gegensatz zur heutigen Regelung in Marken, Bons oder in bar erfolgen. Mit der Beseitigung dieser Unterscheidung sollen Betriebe, die nur das Nettopreissystem kennen, nicht benachteiligt werden. Dieses Verfahren vereinfacht die Durchführungsvorschriften.

Unsere Kommission möchte noch einmal versuchen, eine bestehende Ordnung, die sich bewährt hat, nicht tel quel über den Haufen zu werfen. Dass es bei Aufhebung des Preisschutzes schief herauskommen kann, beweist schon jetzt die Situation nach dem Bundesgerichtsentscheid: die Preisschleuderei hat begonnen, zum Teil tageweise, zum Teil für längere Zeit; aber sie hat eingesetzt, und es wird sogar recht zynisch zugegeben, dass auch für den Grosshandel 16 oder 20% Rabatt ein Verlustgeschäft sei. Diese Politik – Lockvogel-Politik wurde sie genannt, der Ausdruck stammt nicht von mir – muss doch auf einem andern Gebiet kompensiert werden. Wird das auf dem Gebiet der Nahrungsmittel oder der Artikel des täglichen Bedarfs sein? Ich weiss es nicht. Vielleicht erhalten wir im Verlauf der Debatte Antwort. Die Spezialgeschäfte der Tabakbranche können nicht auf andere Produkte ausweichen. Kioske werden sich mit vermehrtem Heftli-Verkauf mit nackten Schönheiten, mit Glace und Chewing-Gum zur Erlössteigerung behelfen müssen. Dabei denke ich nicht an die gutgehenden Bahnhofskioske oder ähnliche Gebilde, ich denke an die kleineren, wo ältere Leute und Invalide ein paar Batzen zu erübrigen suchen. Sorge erfüllt auch die Regionen, wo Tabakbau und -fabrikation zu Hause sind; denn sie ahnen die weitere Entwicklung.

Unsere Kommission steht dazu, dass der Preisschutz eine Ermessensfrage ist, dass ein wesentlicher Teil unseres Volkes und unserer Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werden könnte und dass in diesem Falle die menschlichen Aspekte bei der Stimmabgabe den Ausschlag zu geben hätten. Mit einer Ausnahme sind alle unsere Kommissionsmitglieder zu der Überzeugung gekommen, dass der Preisschutz aus wirtschaftlichen, sozialen und in einem gewissen Masse auch aus fiskalischen Gründen notwendig und rechtlich vertretbar ist.

Wir möchten Ihnen beantragen, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

M. Thévoz, rapporteur de la majorité: Je voudrais simplement vous prier ou vous recommander d'adopter l'article 15bis tel que nous vous le proposons, pour les raisons que vous connaissez déjà. Je me réserverai, suivant la tournure prise par le débat, de revenir peut-être plus en détail sur tel ou tel point. Question de procédure: il va de soi qu'il faut lier l'article 15bis et l'article 47, alinéa 2, l'adoption de l'article 15bis tel que nous vous le proposons entraînant la suppression de ce deuxième alinéa de l'article 47.

Vontobel, Berichterstatter der Minderheit: Ich stelle Ihnen namens meiner Fraktion den Antrag auf Streichung von Artikel 15bis. Falls Sie dieser Streichung nicht zustimmen, würde ich beantragen, dem Antrag Schürmann, beziehungsweise dem Bundesrat zuzustimmen, eventuell, wie ich dies bereits in meinem Eintretensvotum gesagt habe, wäre ich auch mit einer Übergangsfrist gemäss Antrag Heil von 5 Jahren einverstanden. Ein Antrag auf Ablehnung des Preisschutzes überhaupt existiert demnach nicht. Wohl habe ich am Schlusse der Kommissionssitzung, nach den Resultaten der Abstimmung, unwillig reagiert; ich will nicht polemisch werden, aber die Art und Weise der Behandlung in der Kommission hat einer Reaktion gerufen. Ich will es bei dieser Bemerkung bewenden lassen.

Nun, die Kommission stellt Ihnen den Antrag, dass der Preisschutz definitiv ins Gesetz aufgenommen werden solle. Damit würden Sie als Gesetzgeber entscheiden, dass Artikel 31 bis in dieser Weise auszulegen sei. Dem Bundesgericht würden bei allfälligen Verstössen, wie sie bei der bisherigen Rabattordnung, die in der Verordnung geregelt war, passiert sind, die Hände gebunden. Er müsste sich an den Entscheid des Parlamentes halten. Demnach ist Ihr heutiger Entscheid ein grundsätzlicher Entscheid.

Fest steht nun aber, dass der Preisschutz, nachdem immer mit der Steuererhebung argumentiert wird, mit der Art der Steuererhebung nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Die Steuer wird auf der Fabrikantenstufe erhoben. Dabei wird auf Gewicht und Anzahl abgestellt. Der Detailpreis spielt eine untergeordnete Rolle. Auch Herr Kommissionspräsident Haller hat dies in seinem Eintretensreferat bestätigt. Der Preis wird mit einer Rolle spielen, auch wenn nach drei oder fünf Jahren der Preisschutz vollständig wegfällt, weil er als Nebenbetrachtung in die Steuererhebung miteinbezogen ist, am Rande; aber grundsätzlich wird auf das Gewicht und auf die Anzahl abgestellt.

Auch die Höhe der Steuererträge – um das noch einmal zu sagen – wird nur am Rande berührt; damit sind also die Einnahmen für die AHV in keiner Art und Weise gefährdet. Herr Gerber sagt in einem Gutachten, das er der Kartellkommission erstattet hat, in diesem Zusammenhang: «Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es weder gebräuchlich noch notwendig ist, bei einer vor der Einzelhandelsstufe veranlagten Verbrauchssteuer als Bemessungsgrundlage den vom Einzelhändler schliesslich erzielten Detailverkaufspreis heranzuziehen. Für die Steuerberechnung einer Tabakabgabe kann an sich auf den ordentlichen Detailverkaufspreis, allenfalls auf den Fabrikanten-Einfuhrgrundpreis (die Menge oder eine Kombination von Menge/Preis) abgestellt werden. Die steuerrechtliche und steuerrechtliche Ordnung liefert somit keine Ansatzpunkte für eine haltbare Begründung eines öffentlich-rechtlichen Preisschutzes.» Auch Bundesrichter Abrecht, der für die interessierten Kreise ein Gutachten erstattet hat, macht, obwohl er grundsätzlich die Verfassungsmässigkeit persönlich bejahen würde, doch dabei die wichtige Einschränkung, dass die Entscheidung dieser Frage weitgehend eine Frage des Ermessens sei. Er will damit sagen, dass der Gesetzgeber selber abklären und abwägen müsse, ob der Artikel 31 bis in dieser einschränkenden Weise ausgelegt werden dürfe.

Nun ist es offensichtlich, dass es beim Preisschutz weder um die Fabrikanten – die kleineren und mittleren Betriebe werden durch das Gesetz unterstützt – noch um die Tabakpflanzer geht. Auch diese erhalten durch das Gesetz Beiträge zu ihrer Stützung. Es geht offensichtlich um den Schutz des Handels, um eine gewerbepolitische

Frage, also um die Interpretation von Artikel 31 bis der Bundesverfassung. Hier muss der Preisschutz von der wirtschaftspolitischen Seite her auch verneint werden. Ich zitiere hier einen unverdächtigen Zeugen – mir glauben Sie ja nicht immer alles, was verständlich ist (Heiterkeit), deshalb zitiere ich einen Mann, dem Sie sicher etwas mehr Aufmerksamkeit geben –, es ist dies Professor Würigler, der bis vor kurzem Mitglied der Kartellkommission war und dieser in einem internen Arbeitspapier folgende Auffassungen zur Kenntnis brachte. Im Zusammenhang mit der Frage – weil ja im Artikel 31 bis von wichtigen Wirtschaftszweigen gesprochen wird, und an und für sich wird mit der Einführung des Preisschutzes an den Tabakhandel als wichtigen Wirtschaftszweig gedacht – sagt er: «Der Nachweis kann aber nicht erbracht werden, dass die gegenwärtige Struktur des Tabakhandels die einzige ist, die zur aktuellen Tabakindustrie passt.» «Wichtig und damit mögliches Objekt für Eingriffe in die Handels- und Gewerbefreiheit scheint mir ein Wirtschaftszweig dann zu sein, wenn er für die Volkswirtschaft sozusagen von existentieller Bedeutung ist. Wichtig erscheint bestenfalls die Tabakindustrie, soweit sie mit dem agrarpolitisch begründeten Tabakanbau verhängt ist. Der Tabakhandel hingegen kann meines Erachtens nicht als wichtiger Wirtschaftszweig anerkannt werden, da es unrealistisch wäre, anzunehmen, die Erhaltung der Tabakindustrie erfordere die Bewahrung der heutigen Struktur des Tabakhandels» – mit 120 000 Verkaufsstellen, bei 5½ Millionen Einwohnern, gegenüber beispielsweise total 50 000 Verkaufsstellen in Frankreich, allerdings unter dem System des staatlichen Monopols. Herr Würigler fährt weiter fort: «Abrecht stellt auf die Behauptung von Interessenvertretung ab, der Wegfall des Preisschutzes würde sofort zur Preisschleuderei führen.» Und das ist auch heute gesagt worden. «Dadurch kämen die Spezialgeschäfte des Tabakhandels in Bedrängnis, und mit der Zeit würden nur noch die grossen Gemischtwarengeschäfte im Konkurrenzkampf zu bestehen vermögen. Der Grosshandel würde schwer geschädigt, und viele Betriebe müssten verschwinden. Schliesslich würde dies auch nachteilig auf die Tabakindustrie zurückwirken, weil die Sortimentsbeschränkung im Handel die Margen im kleinen Marktanteil treffen würden. Grundsätzlich muss dazu bemerkt werden, dass niemand in der Lage ist, genau vorauszusagen, was bei Wegfall des Preisschutzes geschehen wird. Auch wenn es zu einem Preiskampf im Tabakhandel käme, ist nicht einzusehen, weshalb die Tabakindustrie in ihrer Existenz gefährdet werden sollte. Die Gesamtnachfrage nach Rauchwaren dürfte keinesfalls zurückgehen.»

Sie sehen, dass von anderer kompetenter Seite diese grundsätzlichen Fragen, die aufgeworfen sind, und die als Gefahr bei Wegfall des Preisschutzes an die Wand gemalt werden, in einer etwas anderen, objektiveren Weise betrachtet werden. Diesen grundsätzlichen Bemerkungen hätte ich an und für sich nichts mehr beizufügen. Sie decken sich mit der Auffassung all jener, die die Verfassungsmässigkeit ablehnen.

Ebenso paradox ist es – das scheint mir mit ein wichtiger Punkt zu sein –, wenn in einem Bundesgesetz der Schutz eines Preises garantiert wird, den der Gesetzgeber wohl im Augenblick, nicht aber für die Zukunft kennt. Der Detailhandelspreis wird nicht vom Gesetzgeber oder der ausführenden Behörde – das würde gerade noch fehlen – sondern vom Fabrikanten festgesetzt. Es sollen also vollständig unbekannte Grössen geschützt und bei Nichteinhaltung unter Strafe gesetzt werden. Ebenso wenig kann Einfluss auf die zukünftigen Margen genommen werden.

Die Kartellkommission hat seinerzeit erklärt, dass sie gegen eine privatrechtliche Preisordnung nichts einzuwenden hätte. Auf diesen Vorhalt hin wird von den Vertretern der Interessierten erklärt, man habe sich darum bemüht, aber die Beteiligten nicht dazu gewinnen können. Da frage ich nun doch, soll der Gesetzgeber dann einspringen, weil sich die Interessierten selbst nicht einigen können oder wollen, sogar über die Verfassung hinweg? Bei Wegfall des Preisschutzes wird wieder einmal, wie das schon so oft der Fall gewesen ist, der Teufel an die Wand gemalt. Wie war das Erschrecken allgemein, als die Pro Marca die Preisbindung der zweiten Hand fallen liess. Auch hier wurde das Chaos vorausgesagt. Was ist geschehen? Praktisch nichts! Auch ist die Mentalität des Schweizer Konsumenten doch ganz anders als in andern Ländern. Der Verkäufer ist sich gewohnt, den Preis zu verlangen, und der Käufer ist gewohnt, den Preis zu bezahlen, der auf der Packung vorgeschrieben ist. Man wird sich auch in dieser Branche an den Wettbewerb gewöhnen müssen. Ich bin auch ein Gegner dessen, das erkläre ich ausdrücklich, dass Tabakwaren als Lockartikel unter den Einkaufspreisen abgegeben werden. Aber auch diese Methoden erledigen sich mit der Zeit. Auch die diese Methoden praktizierenden Unternehmen werden sich eines Tages zu einem normalen Verkaufsverhalten zurückfinden müssen. Das entspricht übrigens auch der Auffassung des VSK; mit Lockartikeln allein wird auch ein Grossbetrieb seine Geschäfte nicht auf die Dauer führen können, auch nicht mit einem einzigen Lockartikel, wie sie momentan bei gewissen Stellen die Tabakwaren sind. Man muss sich nämlich mit der Zeit auch noch etwas anderes einfallen lassen, um die Kundschaft im Laden behalten zu können. Aber was sage ich Ihnen das, nachdem hier im Saale doch so viele Praktiker vereinigt sind!

Zum Schluss möchte ich Ihnen – ich kann es mir nicht verkneifen – doch die Ansicht einiger anderer Herren in dieser Beziehung noch zur Kenntnis bringen. Am 11. Februar 1967 ist in der «Genossenschaft» geschrieben worden, das ist also vor kurzem gewesen: «Zwei Dinge möchten wir noch ganz deutlich feststellen: Dem VSK hat die Preisbildung auf Tabakwaren nie behagt. Er hat sie wie die anderen nur gezwungenermassen hingenommen. Der VSK und seine Genossenschaften sind vom Bundesgerichtsurteil in der Rabattfrage durchaus befriedigt. Es beendet einen fragwürdigen Zustand und ermöglicht nun auch auf Tabakwaren eine dynamischere Preispolitik.» Und erst vor einigen Tagen, am 19. Juni, wurde publiziert, dass der Präsident der Verbandsdirektion des VSK, Werner Gnädinger, den Preisschutz auf Tabakwaren, wie er von gewissen Kreisen gefordert werde, ablehne. Herr Dr. Fischer, weil es sich hier ja um gewerbepolitische Fragen handelt, hat am letzten schweizerischen Gewerbekongress unter anderem gesagt (er ist Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes): «Wir können nicht mit den Methoden und Instrumenten der dreissiger Jahre Betriebsformen aufrecht erhalten in einer Zeit, die Methoden und Instrumente der siebziger Jahre verlangt. Auch wenn dies ungewohnt ist und vielen Gewerbetreibenden fast als Versündigung erscheinen mag, so haben wir von den gewerblichen Organisationen aus die Pflicht, die Dinge beim Namen zu nennen. In erster Linie müssen wir einmal den Mythos fahren lassen, wonach es nötig sei, so viele selbständige Betriebe zu erhalten wie möglich. Die Selbständigkeit als solche bedeutet nichts. Massgebend ist einzig, ob die von Selbständigerwerbenden geführten Betriebe lebens- und leistungsfähig sind. Es geht also darum, so viel gesunde und leistungsfähige gewerb-

liche Betriebe aller Grössenordnungen wie möglich zu erhalten und deren Entwicklung zu fördern.» Und schliesslich noch, weil ja die radikal-demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit dem Preisschutz, wenn ich dem Communiqué glauben darf, zugestimmt hat, möchte ich noch Herrn Dr. Bieri, der nicht immer mein Freund ist, in Erinnerung rufen, der letzten Samstag im kantonalen freisinnigen Parteitag in Erlenbach sagte, dass seine Partei, also die Freisinnige Partei, «etwas weniger Rücksicht auf erworbene Gruppenpositionen zu nehmen, dafür die liberalen Grundsätze auch im Wirtschaftsleben konsequenter zu vertreten habe. Sie habe für die freie Marktwirtschaft einzutreten, und wenn wir Rücksichten auf Privilegien abbauen, wie zum Beispiel in der Tabakgesetzgebung, so werden wir uns damit nicht in Widerspruch zur offiziellen Gewerbepolitik setzen, welche die Bewährung im freien Wettbewerb als Ziel hat.» Das habe ich der «Zürichsee-Zeitung» unseres Kollegen Gut entnommen. Ich muss annehmen, dass das so richtig ist.

Ich möchte Ihnen aus all diesen Gründen empfehlen, den Artikel 15bis zu streichen und, obwohl ich die Verfassungsmässigkeit an sich auch nach dem bisherigen System nicht anerkenne, aus sozialen Gründen und mit Rücksicht auf jene Existenzen, die dank dem bisherigen Preisschutz möglich wurden, beantragen, einer Übergangsfrist gemäss Antrag Schürmann, eventuell von drei auf fünf Jahre erweitert, zuzustimmen.

Präsident: Ich entnehme den letzten Worten des Votums von Herrn Vontobel, dass er grundsätzlich seinen Ablehnungsantrag zum Artikel 15bis aufrechterhält.

Schürmann: Herr Vontobel hat mir den Weg etwas vorgespurt. Ich glaubte zuerst, als Nichttaargauer und als einer, der nicht aus der Branche stammt, keck dazustehen, wenn ich mich zu diesem Thema äussere. Die Zahl der Redner, die sich zu dieser Frage eingeschrieben haben, zeigt jedoch, dass dem Thema von überall her beträchtliche Aufmerksamkeit geschenkt wird; denn es geht in der Tat um eine wirtschaftspolitisch, für die Zukunft unserer Wettbewerbspolitik grundsätzliche Frage. Die beiden Kommissionsreferenten haben das Thema in einem etwas liebenswürdig verharmlosenden Lichte geschildert, so dass Sie entschuldigen müssen, wenn ich nunmehr einige fahle Lichtstreifen darauf fallen lassen muss.

Der Sachverhalt, über den wir zu legiferieren haben, ist an sich einfach. In dieser Einfachheit liegt aber das Bedeutungsvolle. Es geht darum, dass von Staates wegen, also öffentlich-rechtlich, auf dauernde Zeiten eine Preisbindung in einem Bundesgesetz verankert wird und dass es unter Strafandrohung (Busse bis zu 5000 Franken) verboten ist, diese staatliche Preisbindung zu unterbieten, die zudem nicht vom Staate auf ihre Angemessenheit hin geprüft wurde, sondern die von den Fabrikanten und den Importeuren festgelegt wird. Es soll also eine Art allgemeinverbindlich erklärte Preisbindung öffentlichen Rechtes zustandekommen. Das ist etwas Ausserordentliches. Sie werden in unserer gesamten Gesetzgebung nichts Ähnliches finden: ein Preisunterschreitungsverbot mit Strafsanktionen. Darauf muss man hinweisen.

Wenn wir uns ein Urteil bilden wollen, müssen wir uns der Straffung der Begriffe unterziehen. Ohne diese gewisse Anstrengung geht es nicht. Man muss wissen, aus welchen Gründen man so etwas vorkehren will. Ich glaube, es gibt drei Aspekte – ich will nur das anführen, was nicht schon im Eintreten von Herrn Deonna und vorhin von Herrn Vontobel gesagt wurde –, die zu berücksichtigen

sind, nämlich steuertechnische, verfassungsmässige und wirtschaftspolitische.

Zum ersten Aspekt: Dass es nötig sei, aus steuertechnischen Gründen bei dieser Verbrauchssteuer, genannt Tabaksteuer, die Art und Weise der Steuererhebung so zu gestalten, dass man den Preisschutz braucht, diese Auffassung scheint offenbar nicht mehr ernsthaft aufrechterhalten zu werden, so wie ich die ehrenwerten Kollegen aus der Branche, die Mitglieder der Kommission waren, verstanden habe. Es will offenbar nicht behauptet werden, das sei steuertechnisch unerlässlich. Wie kämen wir dazu, via Steuerpolitik die Preise festzusetzen? Wenn das steuertechnisch nötig wäre, müssten wir ein System suchen, wo das nicht nötig wäre; denn Steuern müssen wettbewerbsneutral sein. Man hat sich beim Steuersystem, das uns vorliegt, angestrengt, das zu tun. Der Bundesrat erklärt, der Preisschutz sei nicht nötig, weil der Preis für den Steuerertrag nicht relevant ist. Herr Bundespräsident Bonvin hat dies in seinem Votum soeben bestätigt. Es ist tatsächlich nicht entscheidend, den Preisschutz durchzuführen, weil der Preis für das Ergebnis des Steuerertrages irrelevant ist; denn wir erheben eine Mengensteuer, abgestellt auf Stückzahl und Gewicht. Das Preiselement hat die Bedeutung von bloss 1%. Das Gewichtselement macht 99% aus. Die Zahlen sind Ihnen sowie der Kommission bekannt. Wir kennen nicht die Wertsteuer, wie zum Beispiel Deutschland. Man wird wahrscheinlich nachher kommen und Ihnen das deutsche Beispiel loben. Man wird Ihnen vor Augen führen, dass man dort auch einen Preisschutz habe. In Deutschland gibt es eben ein anderes System und auch andere verfassungsrechtliche Grundlagen. Unsere ehrenwerten Kollegen haben ihre Informanten bei den Fiskalisten in Bonn, wir haben sie beim Kartellamt in Berlin. Ich kann Ihnen bestätigen, dass man in Deutschland trotz dem Wertsteuersystem im Begriffe steht, den Preisschutz aufzuheben. Zudem befinden wir uns auch verfassungsrechtlich in einer ganz anderen Situation. Ich möchte sehr wünschen, dass die Sache mit der Steuertechnik endlich auf der Seite gelassen wird, weil sie das Bild verwirrt und offenbar auch dazu dienen soll, das Bild zu verwirren!

Man kommt sodann mit Prof. Blumenstein. Prof. Blumenstein hat im Jahre 1929 gesagt, es sei zulässig, auch in die Handels- und Gewerbefreiheit einzugreifen, wenn man Steuern erhebe. Gestützt darauf hat der Bundesrat eine Vorlage mit einer Preisschutzbestimmung ausgearbeitet, die im Jahre 1931 durch das Volk verworfen worden ist. Seither ist in der Jurisprudenz einiges gegangen. In 40 Jahren pflegen wir auch in der Jurisprudenz zu neuen Erkenntnissen vorzustossen! Es sind weitere Rechtswissenschaftler hinzugekommen. Beispielsweise hat sich Prof. Burckhardt zur Frage des Preisschutzes geäußert. Ich will ihn zitieren. Man schätzt ja Autoritäten. Man hat sich verschiedentlich auf die Kartellkommission gestützt. Ich freue mich darüber. Prof. Burckhardt hat erklärt, Mindestpreise zum Schutze des Händlers gegen Unterbietung könnten sich nicht auf den damaligen Artikel 41 ter der Bundesverfassung stützen, da die Besteuerung dies nicht erfordere. Ein anderer Gutachter des Bundesrates, Bundesrichter Steiner, den Sie aus dem früheren Tabakkrieg in Erinnerung haben und der damals oft falsch verstanden worden ist, hat seinerseits bestätigt, dass nur unter den Voraussetzungen des Artikels 31 bis, Absatz 3, von der Handels- und Gewerbefreiheit abgewichen werden dürfe, was für alle Rechtsgebiete, auch das Steuerrecht, gelte. Ich sage Ihnen dies nur für den Fall, dass Sie Autoritäten wünschen. Sie können ja, meine verehrten Herren

Kollegen, das Ganze sehr gut selber beurteilen. Es ist für Sie völlig klar, dass der Staat nicht via Steuern auch die Preise reglementieren kann.

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Frage der Verfassungsmässigkeit im Sinne des Artikels 31 bis, Absatz 3. Auch hier muss man sich genau überlegen, worum es sich handelt. Es geht um die Frage der Existenzgefährdung. Die Kartellkommission hat nie gesagt, die Branche sei nicht wichtig. Sie hat die Frage einfach offengelassen, weil sie nicht zu beantworten war. Es geht nur um die Frage des Gewerbeschutzes.

Um wen handelt es sich? Es handelt sich vorerst um 2500 Pflanzler. Diese erhalten Beiträge. Das werden Sie so beschliessen. Die Inlandproduktion wird also zusätzlich im Rahmen der Artikel 26 und 27 unterstützt. Sodann handelt es sich um 101 Industriebetriebe. Die mittleren und kleineren Unternehmen erhalten Steuerermässigungen nach Massgabe des Artikels 11 bis, was 3 Millionen Franken ausmacht. Das haben Sie bereits beschliessen. Diese Mittel werden in die Wirtschaft hineingepumpt, um strukturerhaltend zu wirken. Das Ganze ist zwar EFTA-widrig. Wir haben aber nichts mehr dazu gesagt. Das lassen wir laufen. Ferner geht es um den Grosshandel. Das sind 130 Betriebe. Der Grosshandel ist ein dynamisches Gebilde, der keine staatliche Unterstützung braucht. Entweder erfüllt er eine volkswirtschaftliche Funktion, dann übt er sie aus, oder er hat sie nicht, dann soll er verschwinden. Herr Leuenberger hat gestern mit Recht gesagt, dass die Branche übersetzt sei. Herr Vontobel hat Ihnen Einschlägiges von nationalökonomischer Seite zitiert. 130 Grossisten sind an sich viel, und wenn es dort eine Konzentration, eine Straffung gäbe, wäre das kein Unglück. Der Fall der Aussenseiterfirma Martin, im Welschland, die vor Bundesgericht war, hat übrigens gezeigt, dass da ganz komfortable Margen bestehen müssen, sonst wäre dieser Aussenseiter nicht so stark geworden, wie man aus dem Urteil ersehen konnte.

Es geht schliesslich um die über 100 000 Detaillisten. Was sagt der Bundesrat in der Botschaft dazu? Er schreibt auf Seite 7 (das muss man sich klar vor Augen führen): «Es handelt sich um Tabakhändler im Nebengeschäft, wie Spezereihandlungen, Kaufhäuser, Kioske» (wo auch deutsche Illustrierte verkauft werden und die Pornographie dazu), «Gaststätten, Garagen, Coiffeure». Um solche Nebenbetriebe also geht es. Wenn man behauptet, es gehe um den Mittelstand, es sei Mittelstandspolitik nötig, so stimmt das einfach nicht, denn das sind Nebenbetriebe, und wir geben ihnen zudem eine Übergangsfrist. Der Zweck meines Antrages auf eine solche Frist beruht auf der Meinung, man könne nicht einen staatlichen Schutz, den man lange praktiziert hat, und der allerdings jetzt praktisch weggefallen ist, plötzlich entziehen (seit dem Bundesgerichtsurteil in Sachen Tuor gibt es ihn nicht mehr: man kann nicht mehr strafrechtlich vorgehen, weil die Tabaksteuerverordnung zuerst geändert werden muss). Wir haben schon jetzt ein Interregnum. Wir sind trotzdem der Ansicht, man solle eine solche Frist zur Anpassung einräumen.

Es geht also um die allerletzte Kategorie, die 1500 eigentlichen Tabakgeschäfte. Diese verfügen über Präferenzen. Wir haben das in unserem Bericht dargelegt. Die haben ihre natürlichen Vorteile. Das sind noch wirkliche Kaufleute, nicht bloss Depositäre, die festgelegte Preise weitergeben, sondern die haben ihre Kundschaft, haben ihre besondere Lage, haben Vorteile zu bieten. Sie sind auch in ihrer Preisgestaltung flexibel, weil sie in erster Linie Barverkäufe machen. Sie haben die Möglichkeit, den gerügten Praktiken, wie Lockvogelpreisen, entgegenzutreten.

Wenn man schon glaubt, diesen 1500 Spezialgeschäften einen gewissen Schutz geben zu müssen, so ist es verfassungsmässig allein richtig, dies auf beschränkte Zeit zu tun.

Wenn fortwährend auf Herrn Abrecht verwiesen wird, der im Jahre 1965 ein durchaus zu respektierendes Gutachten erstellt hat, dann können Sie ihn nicht als Autorität für die Frage des Gewerbeschutzes anrufen. Er stützt sich in langen Passagen, wo er wörtlich zitiert, auf die Auffassung der Beteiligten. Die Beteiligten, die Grossisten, haben ihm die Mähr von den Markenwaren erzählt und haben gesagt, dass die Marke den Preisschutz brauche, weil sie sonst nichts mehr wert sei. Unterdessen hat sich hier einiges geändert: der private Handel hat die Preisbindung für Markenartikel weitgehend liquidiert. Diese ganzen Argumente, die ich Ihnen nicht vorlesen kann, stimmen nicht mehr. Herr Abrecht ist vorsichtig – Bundesrichter sind mit Recht vorsichtig, Gutachter sollten in ihren Äusserungen immer vorsichtig sein –; er sagt zusammenfassend: «Diese Befürchtungen der Branche, über deren Gewicht ich mir kein abschliessendes Urteil bilden kann, scheinen mir eine Gefährdung der Existenzgrundlage im Sinne der gemachten Ausführungen in hinlänglicher Weise darzutun.» Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt und besagt keineswegs, dass einfachhin und überzeugend dargelegt werde, dass der Schutz notwendig sei.

Der letzte Punkt beschlägt die wirtschaftspolitischen Aspekte. Sie haben Eingaben erhalten. Die Herren, die vorhin votiert haben, haben Sie auf allerhand Widersprüche hingewiesen, aber auch auf die klare Stellungnahme der grossen Verbände im Vernehmlassungsverfahren. Ich glaube, das wirkliche Motiv in dieser Sache gibt eine Äusserung, die Oberzolldirektor Lenz getan hat, wieder. Da wird nämlich klar gesagt, um was es geht. Er sagt: «La protection des prix n'est peut-être pas nécessaire à la perception de l'impôt. Mais cette dernière est plus facile, lorsque l'ordre règne.» Wenn die sogenannte «Ordnung» herrscht, so ist es für den Fiskus natürlich einfacher, das Geld einzuziehen. Dabei besteht ja keinerlei Gefahr – die Zahlen haben Sie bekommen –, dass der Fiskalertrag geschmälert würde. Er ist dauernd hinaufgegangen. Ich habe mir die Zahlen für die ersten drei Monate des laufenden und des letzten Jahres geben lassen. Im Jahre 1966 waren es 98 Millionen; es war mehr als im Vorjahr, trotzdem letztes Jahr der Steuersatz erhöht wurde und der Bundesrat mit Recht in der Staatsrechnung 1966 schrieb, dass der prozentual geringere Anstieg zu einem guten Teil auf die Dispositionen zurückzuführen sei, die Handel und Industrie im Hinblick auf die Steuererhöhung getroffen hätten. Trotzdem also ist der Ertrag gestiegen, und in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ist er erneut gestiegen und belief sich auf 107,4 Millionen Franken. Es geht also hinauf, und es besteht keine Gefahr. Auf unklare Art und Weise äussert man Befürchtungen wegen des Exportes 2 und 3, wegen der klandestinen Exporte. Man scheint in Branchenkreisen die Vorstellung zu hegen, wir müssten via Preisschutz dafür sorgen, dass die Italiener die Zigaretten zu gleicher Qualität (zu billigeren Preisen natürlich, denn der Preisschutz spielt dort sicherlich nicht) bekommen wie wir. Wir sollen mit höheren Preisen in der Schweiz diesen Export finanzieren, bei gleicher Qualität! Es scheint mir reichlich abstrus zu sein, diesen Überlegungen, wie sie in bezug auf den Export 2 und 3 angestellt wurden, zu folgen.

Denken Sie zurück: Was haben wir mit den Wirtschafts- und Gewerbeartikeln schon erlebt! Welche Befürchtungen wurden geäussert bei der Gütertransportordnung, beim Hotelbauverbot, bei der Vorlage Ems usw. usw. Wir soll-

ten jetzt nicht wieder einen Schritt rückwärts tun und restaurative Tendenzen vertreten. Herr Schmid hat gestern gesagt, die Kartellkommission habe das falsche Objekt erwischt, um ihre Wettbewerbspolitik daran zu demonstrieren. Es ist, meine Herren, immer das falsche Objekt! Der Ständerat hat letzte Woche auch gefunden, das Getreidegesetz sei das falsche Objekt und hat die Bewilligungspflicht für die Eröffnung von Müllereien eingeführt! Einmal muss man beginnen. Das Gesetz ist jetzt in Kraft. Wir haben einfach unsere Pflicht erfüllt, indem wir versucht haben, das ganze Problem auf einen Boden zu stellen, der sich für eine allgemeine Gesetzgebung eignet. Man muss sich hüten, dass man in einer Kombination von Fiskalismus der Verwaltung, zum Teil legitimen Interessen der Branche, Sentimentalitäten und aargauischem Heimatschutz eine Gesetzgebung macht, die keine Basis hat. Ich empfehle Ihnen, meinen Übergangsantrag anzunehmen.

Heil: Wie Sie aus meinem Antrag sehen, geht es mir darum, dass ich die Frist in Artikel 47, Absatz 2 und 2a, die vom Bundesrat respektive von unserem Kollegen Schürmann vorgeschlagen wurde, von 3 auf 5 Jahre verlängern möchte. An sich braucht es dazu keine grosse Begründung. Gestatten Sie mir aber doch noch ein paar Bemerkungen allgemeiner Natur.

Wir sind jetzt vor der Situation – wir haben es soeben vom Vorredner vernommen –, dass Argument hart gegen Argument steht. Die einen Kollegen sind für Preisschutz, die andern sind aus grundsätzlichen Gründen nun einmal dagegen. Persönlich habe ich ausserordentlich Verständnis für jene Kollegen, die aus den Tabakkantonen kommen. Es wäre nun wirklich verwunderlich, wenn man ihnen das Recht absprechen wollte, sich für einen Versuch einzusetzen. Wie allgemein ist es eben auch hier denkbar, dass man verfassungsrechtlich verschiedener Meinung sein kann. Persönlich stehe ich allerdings auf dem Boden, dass der in der Vorlage vorgesehene Preisschutz nicht verfassungskonform ist. Ich meine deshalb, es sei in einer Übergangslösung zu versuchen, zwar nicht – das ist allerdings auch nicht vorgetragen und beantragt worden – sofort mit diesem relativen Preisschutz abzubrechen, aber es sei die vom Bundesrat vorgeschlagene Übergangsfrist von drei Jahren zu verlängern, dies aus der Überlegung heraus, dass der Zeitfaktor im allgemeinen eine grössere Rolle spielt, als man annimmt. Sie werden vielleicht sagen, was soll ein Unterschied zwischen 3 und 5 Jahren bedeuten? Für uns vielleicht nichts. Aber ich glaube, für die direkt Betroffenen sieht die Sache anders aus. Wir wissen ja alle aus persönlicher Erfahrung heraus, dass Zeit eben doch heilen kann. Und man sagt doch immer wieder: Man müsse jemandem Zeit lassen. So meine ich, wir sollten im Rahmen des Möglichen so grösszügig als möglich in bezug auf die Fixierung in dieser Übergangsfrist sein. Wir bringen damit auch zum Ausdruck, dass wir dem Anliegen dieses Erwerbszweiges nicht verständnislos gegenüberstehen, sogar vielleicht herzlos. Wir möchten ja auch nicht – Kollege Leuenberger hat in diesem Sinne gestern abend gesprochen – den kalten Juristen hervorkehren. Wohl wird der Jurist auf dem Boden der Verfassungsmässigkeit stehen, er wird davon nicht abweichen wollen, und zwar mit Recht. Denn wenn es um die Verfassung geht, soll man nicht bald so und bald anders entscheiden. Verfassungsrecht, wie Recht allgemein, bedeutet Ordnung; ohne Ordnung können wir nicht leben, und Verfassungsrecht kann man eben heute nicht so und morgen anders auslegen. Man will nicht stur sein, man will respektieren, dass während Jahrzehnten ein solcher Preisschutz be-

standen hat; er soll aber abgebaut werden; die Beteiligten sollen dabei die entsprechende Anpassungsfrist erhalten, und in diesem Sinne möchte ich Ihnen empfehlen, in Artikel 47, Absatz 2, statt das Jahr 1970 dasjenige von 1972 einzusetzen. Vielleicht ist das eine Möglichkeit, die Spannungen, die es jetzt unter dem Titel Preisschutz gibt, zu mildern und in dieser Weise einen für alle Beteiligten akzeptablen Kompromiss zu finden.

Raissig: Gesetzliche Vorschriften über die Preisbildung gehören sicher zu den schärfsten, zu den schlimmsten Eingriffen des Staates in die Marktwirtschaft; am schlimmsten ist es, wenn der Staat die Preise selber festsetzt; aber wohl eben so schlimm ist es, wenn er Preise, die von den Produzenten festgesetzt wurden, verbindlich erklärt. Es gehört zu den elementarsten volkswirtschaftlichen Erkenntnissen, dass der freie, auf dem Markt gebildete Preis der eigentliche Regulator, das automatische Steuer des Wirtschaftsblaufes darstellt, der freie Preis, der sich auf dem Markte, aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage gebildet hat, der das Resultat des Wettbewerbes, des Kampfes der Produzenten um den Konsumenten ist. Dieser freie Preis, dieser Wettbewerb, sorgt dafür, dass bei gleicher Qualität die billigste Ware, oder bei gleichem Preis die beste Ware zuerst abgesetzt wird, und der schlechteste, der leistungsfähigste der Produzenten nach und nach aus dem Wirtschaftsgeschehen verschwindet. Im Wettbewerb – es ist ein hartes Gesetz – liegt auch der Zwang zum betrieblichen Fortschritt, zu höherer Leistung, zu besserer Ware zu günstigerem Preis; darin liegt auch der Schutz des Konsumenten; er erfolgt viel wirksamer als es durch Gesetze und staatliche Eingriffe je geschehen könnte. Es ist geradezu drastisch, heute den Unterschied zu sehen zwischen dem Bestreben, hier einen Preisschutz aufrechtzuerhalten, und unserer Konjunkturpolitik, die alle Anstrengungen unternimmt, um die Preise tief zu halten: hier Preistiefhaltung, dort das Verbot, Preise zu senken. Da kommt man mit normalen Überlegungen nicht mehr mit.

Grundsätzlich – ich darf mich nach den Fakten, die meine Vorredner gebracht haben, auf diese kurzen grundsätzlichen Überlegungen beschränken – kann man einem staatlichen Preisschutz nicht zustimmen. Es müssten ganz zwingende Gründe genannt werden, um von diesem Grundsatz abzugehen. In was nun bestehen diese Gründe? Zuerst erklärt man, die Erhebung der Tabaksteuer sei ohne festgelegte Detailpreise nicht möglich, ein Grund, der sicher nicht glaubhaft tönt. Die Warenumsatzsteuer, die doch ganz ähnlich funktioniert, kommt auch aus ohne festgelegte Detailpreise. Die Tabaksteuer wird ja beim Fabrikanten erhoben, und es ist durchaus möglich, die Fakturapreise des Produzenten als Grundlage zu nehmen. Also, dieses Argument kann sicher nicht verfangen. Das Zweite, das in der Botschaft steht, der Hinweis darauf, dass man den Preisschutz in den dreissiger Jahren einmal aufgegeben habe mit dem Ergebnis, dass zahlreiche Zusammenbrüche in der Tabakbranche erfolgt seien, auch dieses Argument kann sicher nicht verfangen. 1935, 1936 – von diesen Jahren wird gesprochen – hatte die Weltwirtschaftskrise ihren Kulminationspunkt erreicht; es ist keineswegs verwunderlich, wenn damals, neben vielen andern Betrieben, auch Betriebe der Tabakbranche wegen der Weltkrise ruiniert wurden. Aber ich glaube, solche Argumente können doch heute, nach 25jähriger Hochkonjunktur, nicht mehr verwendet werden. Und das dritte, für mich eigentlich das wichtigste Moment gewerbepolitischer Art: Ich glaube nicht mehr daran, dass der Preisschutz ein wirksames Instrument der Gewerbepolitik sein kann.

Auch ich habe einmal geglaubt, dass das Aufkommen neuer grosser Detailhandelsbetriebe, damals der Konsumgenossenschaften, der Warenhäuser, später der Migros und wie sie alle heissen, unbedingt und zwangsläufig zum Ruin des kleinen Detailhandels führen müsste. Wir haben unterdessen gesehen, dass eigentlich das Gegenteil eintraf. Aus dem kleinen Lädeli, in dem der Käse auf dem Petroleumfass lag, sind heute gute, moderne, hygienische, leistungsfähige Einzelhandelsbetriebe geworden, die sich gegen die Grossbetriebe durchaus behaupten können. So wird es sicher auch in der Tabakbranche gehen. Die leistungsunfähigsten Tabaklädeli werden vermutlich ausscheiden; aber es kann doch nicht Aufgabe des Staates sein, nun alle diese kleinen Detailhandelsbetriebe künstlich aufrechtzuerhalten. Und wenn schon einmal gewissermassen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten saniert werden muss, dann soll das doch besser in der Hochkonjunktur erfolgen, die den Inhabern solcher sterbenden Geschäfte das Umstellen erlaubt. Ich bin auch nicht mit dem Herrn Kommissionspräsidenten einverstanden, der der Meinung ist, dass diese Zigarrenlädeli ihr Warenlager nicht erweitern könnten. Sie tun es ja schon weitgehend und können es sicher noch mehr. Sie müssen eben auch wieder Kaufleute werden und nicht bloss Depositäre der Industrie, der Produzenten.

Im Dilemma zwischen Grundsatz und Mitleid entscheide ich mich primär zum Grundsatz. Ich bin gegen den Artikel 15bis. Aber vom Mitleid her bin ich auch einverstanden, nach dem Antrage Schürmann oder Heil eine Übergangslösung zu wählen, auf drei oder auf fünf Jahre kommt es mir nicht an, um diesen Lädeli die Umstellung zu erlauben. Grundsätzlich sollten wir jedoch heute von derartigen Zwangseingriffen abgehen. Wir sollten die Tendenzen des Bundesrates, der auf verschiedenen Gebieten – ich denke an die Käseunion und an das Uhrenstatut – versucht, alte Reminiszenzen aus der Krisen- und der Kriegszeit abzubauen, unterstützen.

Baumann: Sie können versichert sein, dass ich die Äusserung von Herrn Kollega Schürmann nicht als Aargauer unterstützen möchte, sondern ich möchte einstehe für die Branche.

Beim Preisschutz geht es um den Weiterbestand der ganzen Branche, in erster Linie um den Detailhandel, sowie insbesondere auch um die Sicherstellung der AHV. Gemäss Artikel 19 des Kartellgesetzes musste der vorliegende Gesetzesentwurf auch der Kartellkommission zur Stellungnahme unterbreitet werden. Die Kartellkommission hat sich eindeutig gegen den Preisschutz ausgesprochen und die Stellungnahme damit begründet, dass er mit dem Artikel 31 bis der Bundesverfassung (Wirtschaftsartikel) im Widerspruch stehe. Demgegenüber hat alt Bundesrichter Abrecht in einem Gutachten festgestellt, dass auch seines Erachtens die Voraussetzung zu einer solchen Massnahme gegeben sei und dass der Entscheid darüber weitgehend im Ermessen des Gesetzgebers liege. Nach der Auffassung des Experten könnte man sich auf Artikel 41ter der Bundesverfassung stützen, soweit der Verbindlicherklärung der Detailverkaufspreise für Rauchwaren als Bemessungsgrundlage für die Tabakbesteuerung gleichzeitig die Bedeutung der Festsetzung eines Höchstverkaufspreises zukomme.

Der Bundesrat hat sich indessen die Argumentation der Kartellkommission zu eigen gemacht und will auf die Weiterführung des Preisschutzes verzichten. Als Folge bahnten sich in jüngster Zeit chaotische Zustände an. Die Firma Denner, Vereinigte Filialunternehmung AG, die

sich fast ausschliesslich mit dem Handel mit Lebensmitteln befasst, hat vor einiger Zeit damit begonnen, Tabakwaren, insbesondere Zigaretten, mit 16% Rabatt abzugeben. Sie hat damit eine grossaufgezogene Propaganda entfaltet und die billigen Tabakwaren als Lockvogel verwendet, um die Kunden in ihr Geschäft zu bringen. Auf Grund der Preisschutzbestimmung hat die Oberzolldirektion gegen Denner Busse ausgesprochen. Das Bundesgericht hat den Rekurs Denner im Dezember 1966 geschützt. Damit wurde die bisherige Vorzugstellung der Konsumenten-Selbsthilfeorganisationen, also der Konsumvereine, aufgehoben. Sie bestand darin, dass diese Organisationen im Gegensatz zu den andern Detailhändlern Rabatte von über 8% gewähren durften. Wo dies der Fall war, konnten die übrigen Detailhändler lediglich nachziehen.

Daraufhin setzte vor allem in den grossen Konsumentenzentren ein eigentlicher Rabattwettstreit ein. Es werden in einzelnen Verkaufsstellen bereits bis zu 20% Rabatt auf dem Detailpreis gewährt. Die Grossdetailverkaufsunternehmungen der Lebensmittelbranche sind auf die Dauer durchaus in der Lage, Tabakwaren sogar unter ihrem Gestehungspreis abzugeben. Die Sonderrabatte auf Tabakfabrikaten werden zum Reklameschlagler. Dass bei einer solchen Konkurrenz der Spezialtabakwarenhändler, der nicht nur die gangbarsten Artikel, sondern ein breites Sortiment führt, nicht mehr bestehen kann, dürfte ohne weiteres einleuchten. Er kann den Gewinnausfall auf Tabakwaren nicht auf andern Artikeln hereinholen wie ein Geschäft, das Tabakwaren nur nebenbei führt.

Die geschilderten, in ihrem Ende nicht übersehbaren Entwicklungen auf der Detailhandelsstufe gefährden aber auch den zukünftigen Ertrag aus der Fiskalbelastung des Tabaks und damit die Einnahmen zugunsten der AHV. Nach Artikel 10 des Gesetzesentwurfes stellt der Kleinhandelspreis nämlich einen wesentlichen, beim Rauchtobak sogar den einzigen Teil der Bemessungsgrundlage für die Tabaksteuer dar. Woraus besteht dieser Kleinhandelspreis? Im Endverkaufspreis, im Kleinhandelspreis ist doch auch die gesamte Grossisten- und Detaillistenmarge inbegriffen. Indirekt versteuert der Fiskus also auch die Handelsmargen, um das Ertragssoll zu erreichen. Darum wird im Artikel 15 des Gesetzesentwurfes auch vorgeschrieben, dass die Kleinhandelspackung den Detailpreis tragen müsse. Diese Vorschrift ist aber nur sinnvoll, wenn der aufgedruckte Preis in der Praxis auch wirklich gilt. Weil der Kleinverkaufspreis neben Gewicht und Stückzahl auch die Grundlage für die Bemessung der Steuer bildet, muss dieser Kleinverkaufspreis gesetzlich vorgeschrieben werden. Wenn man den für die Steuererhebung massgeblichen Kleinverkaufspreis nicht exakt verankert, sind die auf ihm fussenden Fiskaleinnahmen von jährlich budgetierten 320 Millionen Franken zugunsten der AHV gefährdet. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerfraktion stimmt einhellig dem von der Kommission neu geschaffenen Artikel 15 bis zu.

Blatti: Ich bin Berner und nicht Aargauer, ich habe weder mit der Tabakindustrie noch mit dem Tabakhandel Bindungen oder Verbindungen, aber deswegen bin ich in der Kommission gleichwohl für den Preisschutz eingetreten, weil ich der Überzeugung bin – das ist hier schon wiederholt festgestellt worden –, dass sich die bisherige Tabakordnung durchwegs bewährt hat, und dass kein Mensch an eine Änderung denken würde, wenn diese Ordnung noch mit den EFTA-Abmachungen übereinstimmen würde. Die bisherige Tabakordnung hat namentlich den einen Hauptzweck voll erfüllt, sie hat in jährlich steigendem Masse Steuererträge abgeworfen, die, ver-

fassungsgemäss, für die Finanzierung unserer AHV verwendet werden; ausserdem hat sie den zweiten Teil der Erwartungen ebenfalls weitgehend erfüllt, nämlich den mit der Tabakindustrie versehenen Gegenden die Industrie, auf die sie angewiesen sind, die Arbeitsmöglichkeiten und damit eine gesunde Entwicklung erhalten und ermöglicht zu haben. Das sind Erkenntnisse, Herr Schürmann, die man auch mit den besten juristischen Einwänden nicht wegdiskutieren kann.

Herr Kollega Raissig ist der Meinung, der Tabakhandel sei ein blühendes Geschäft, und niemand, weder die grossen noch die kleineren Industrien, weder der Grosshandel noch der spezialisierte Tabakhändler sei heute in der Existenz ernsthaft bedroht, und deshalb komme nach seiner Auffassung eine Abstützung der Preisvorschriften auf Artikel 31 bis, Litera a, der Bundesverfassung nicht in Frage. Ich kann mich dieser Auffassung ganz einfach nicht anschliessen. Sicherlich geht es der Tabakindustrie in der ganzen Breite der Produktion und des Handels heute gut, obschon man sich in bezug auf den Verdienst bei den mittleren und kleineren Tabakunternehmungen keine Illusionen machen darf. Wir dürfen dabei aber nicht übersehen, dass es eben nur gut geht, weil wir den Preisschutz haben. Wir dürfen nicht sorglos, auch wenn es mit den neuen Erkenntnissen nicht übereinstimmt, übersehen, dass dem nicht immer so war. Es ist nicht von ungefähr, dass der Preisschutz eingeführt wurde. Er hat die ganze Industrie und den Handel aus der Zeit des Schlamassels und des Niedergangs herausgeführt und zu dem gemacht, was wir heute haben, nämlich zu einer Qualitätsindustrie und zu einem blühenden Handel. Dabei wird dieses Produkt, importiert oder im Inland produziert, ganz massiv besteuert, und diese Erträge bilden ja die Grundlage zu der Alters- und Hinterbliebenenversicherung.

Herr Raissig wünscht den freien Wettbewerb. Wenn Sie diese massive Besteuerung aufheben und den Tabak gleich behandeln wie andere Waren auch, dann bin ich auch für Aufhebung des Preisschutzes und für den freien Wettbewerb in diesem Sektor. Aber der Tabak ist eben nicht ein Produkt wie ein anderes; wie die Milch ist er ein besonderer «Saft», er wird von der Besteuerung besonders stark erfasst und zu einem besonderen Zwecke, der in der Verfassung umschrieben ist, wird dieser Steuerertrag verwendet. Man kann einwenden, der Alkohol sei auch ein Fiskalobjekt, die Preispolitik sei hier absolut frei und die Erträge aus der starken Besteuerung erfolgen auch zu Gunsten der AHV, wobei zu bemerken ist, dass der Ertrag aus der Alkoholsteuer bloss knapp 10% des Ertrags der Tabaksteuer ausmacht. Wir haben mit den Ermässigungen, mit dem Schutz für den Inlandtabak und mit dem Preisschutz für Tabakwaren ein breites, wohldurchdachtes, typisch schweizerisches System geschaffen, das zur Erhaltung eines erstklassigen Steuersubstrats dient.

Es mag einigen Herren heute im Zeitalter der Liberalisierung und des Trends nach Konzentration unverständlich erscheinen, dass für die Erhaltung von kleineren und mittleren Betrieben, insbesondere hier im Sektor des Tabaks, immer noch etwas unternommen wird. Mir scheint, dass wir kein Interesse an einer forcierten Konzentration, einem Trend zu den Grossbetrieben haben. Das gilt ganz allgemein, aber das gilt auch für die Tabakindustrie. Diese Zusammenballungen sind unschweizerisch und entsprechen nicht dem Wesen unseres Kleinstaates.

Ich befinde mich mit dieser Behauptung in sehr guter Gesellschaft. In einer Würdigung zum ersten Todestag von Professor Wilhelm Röpke wird gesagt: Die innere Grösse unseres Landes liegt nach seiner (Röpkes) Auffassung

gerade in seiner Kleinheit und in der sinnvollen Ordnung des Kleinen. Die Schweiz hatte immer dann eine besondere Ausstrahlung, wenn sie sich zu ihrem Geist und zu ihrer Ordnung bekannte. So war vor allem das 18. Jahrhundert «ein Jahrhundert der Schweiz.» Nach Röpke wird die grosse Stunde der Schweiz wiederkommen, sofern sie ihrem eigenen Geiste treu bleibt.

Bei der Frage des Preisschutzes handelt es sich aber nicht nur um eine Frage des Gewerbeschutzes oder des Preisschutzes an sich, sondern – das muss ich Herrn Vontobel sagen – es geht hier für mich in erster Linie um die Verteidigung der Steuersubstanz zu Gunsten der AHV, es geht um die Erhaltung der dringend benötigten Einnahmen für unser grösstes Sozialwerk, und dieses darf nicht gefährdet werden. Wir stehen am Vorabend der 7 AHV-Revision. Man ruft nach wesentlich verbesserten Leistungen, was nur durch höhere Einnahmen zu bewerkstelligen sein wird. Wie will der Bund heute, in der angespannten Finanzsituation, andere Geldquellen für diesen Zweck erschliessen und das Risiko eines Einnahmeausfalles aus der Tabakbesteuerung riskieren? Aus dieser Sicht gesehen ist es unverständlich, dass der Bundesrat so ohne weiteres den Preisschutz fallen lassen will.

Die Tabakindustrie und der Handel haben begreiflicherweise grosses Interesse an der Erhaltung des Preisschutzes. Diesen Kreisen ist die verfuhrwerkte Situation Ende der dreissiger Jahre noch sehr wohl in Erinnerung. Aber es haben offenbar nicht nur diese Kreise grosse Interessen im Spiel, sondern bestimmt auf der andern Seite auch all diejenigen, die mit Vehemenz den Wegfall des Preisschutzes verlangen und damit die Freigabe einer Lockvogelpolitik im Tabakhandel befürworten.

Man schiebt gelegentlich auch die Interessen des Konsumenten in den Vordergrund. Wie sind denn die Interessen des Konsumenten gewahrt, wenn unter den veränderten Verhältnissen die Auswahl in den Sortimenten stark zurückgeht und die Qualität der Ware Schaden leidet, sicherlich ohne dass die Preise dannzumal, diesen Verschlechterungen entsprechend, bis zum Konsumenten angepasst würden? Man wird doch nicht glauben, dass bei einer völligen Preisgabe des Preisschutzes der Konsument ebenso gut bedient werden könne und es dazu noch möglich sein werde, weiterhin die Kassen der AHV in bisher steigendem Masse zu füllen. An dieses Wunder kann ich, auch als liberal denkender Bürger, leider nicht glauben. Die scharfe Besteuerung macht eine unbeschränkte Freiheit illusorisch, sollen alle Erwartungen, die vom fiskalischen Standpunkt an die Tabakbesteuerung gestellt werden, erfüllt werden, und soll die einwandfreie Belieferung des Konsumenten im In- und Ausland intakt bleiben. Aus diesem Grunde, habe ich in der Kommission für den Preisschutz gestimmt und möchte Sie bitten, das ebenfalls hier im Rate zu tun.

Widmer: Der Preisschutz scheint nun zu ernsthaften wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu führen, so viel ist in diesem Zusammenhang bereits auch in der Presse von den Wirtschaftsartikeln und der Verfassungsmässigkeit des Preisschutzes geschrieben worden. Nicht beachtet wurde dabei Artikel 41 bis, Absatz 1c, der Bundesverfassung. Danach hat der Bund das Recht, den rohen und verarbeiteten Tabak zu besteuern. Wir meinen, wenn dem Bund dieses verfassungsmässige gegenüber den Wirtschaftsartikeln vorrangige Recht zusteht, müsste der Gesetzgeber die unbestrittene Kompetenz haben, alle Vorschriften aufzustellen, die zur einwandfreien Erhebung und zur Sicherung der Tabaksteuer, die jährlich 350 Millionen ergibt zugunsten der AHV, notwendig sind.

Aus den der Botschaft angefügten Tarifen ersehen Sie, dass der Kleinhandelspreis überall eine massgebliche Bemessungsgrundlage darstellt. Zwischen den Cigaretten zu 5 Rappen und denjenigen zu 6 Rappen Kleinverkaufspreis beträgt die Steuerdifferenz 10 %. Was kann dieser Kleinhandelspreis als Metermass auch bei späteren Steuererhöhungen nützen, wenn er nach unten und oben nicht exakt begrenzt ist? Solange der Kleinhandelspreis für die Steuerbemessung mitbestimmend ist, muss er durch die Preisbindungsvorschriften genau fixiert sein. Obwohl das geltende Gesetz in Artikel 127 AHV in seiner durch das Volk angenommenen Fassung vom 1. Februar 1952 den Bundesrat ausdrücklich verpflichtet, Massnahmen zur Regelung des Kleinhandels mit Tabakwaren zu treffen, ist die dazu erlassene Verordnung in jüngster Zeit durchlöchert worden. Vornehmlich einzelne Grossdetaillisten, die verbilligte Tabakwaren als Lockvögel verwendeten, um die Konsumenten in ihre Kaufhäuser zu bringen, gewährten Rabatte bis zu 20 %. Es handelt sich, einfach ausgedrückt, um kalte Preisabschläge. Sie bewirkten für den Grosshandel massive Rückstöße auf die Industrie, die sie ihrerseits zur Qualitätsminderung auffangen kann. Qualitätsverschlechterung führt zu Konsumrückgang, namentlich bei dem für die schweizerische AHV sehr bedeutungsvollen indirekten Export. Letztlich geschädigt wird die AHV-Kasse. Etwa die Hälfte des Preises, den eine Fabrik für 1000 Cigaretten an ihre Abnehmer fakturieren kann, muss sie an Zöllen und Abgaben der AHV-Kasse abliefern. Diese enorme Belastung rechtfertigt Sonderbestimmungen. Sie bestehen in allen uns umliegenden Staaten. Frankreich und Italien, sowie das EFTA-Land Österreich beharren auf ihrem Tabakmonopol. Das sicher als kartellfeindlich geltende Deutschland mit seiner freien Tabakwirtschaft hat den absoluten Preisschutz gesetzlich verankert. Dort ist sogar die Gratisabgabe von Zündhölzern bei Strafe verboten. Wir erkennen also, dass der Preisschutz bedeutsam ist für den Weiterbestand der ganzen Tabakbranche.

Es ist Ihnen bekannt, dass die Kartellkommission die Verfassungsmässigkeit des Preisschutzes bezweifelt. Andererseits liegt ein Gutachten von alt Bundesrichter Abrecht vor, in welchem schlüssig aufgezeigt wird, dass die Verfassungsmässigkeit des Preisschutzes nicht zu beanstanden ist. Für uns Laien ist es schwer, aus diesen gegensätzlichen Meinungen der Juristen, der Kapazitäten, den Weg zu finden, was eigentlich rechtens ist. Man versucht nun auch die Auswirkungen dieses Preisschutzes zu «vernütigen». Ich gestatte mir nur, wie das Kollege Blatti bereits getan hat, an die Leidensgeschichte aus dem Jahre 1931 zu erinnern. In der Vorlage über die AHV war der Preisschutz enthalten. Das Gesetz wurde damals in der Volksabstimmung verworfen. Daraufhin setzte eine Preisschleuderei ein, die zahlreiche Existenzen vernichtete, so dass der Bundesrat im Jahre 1938 den Preisschutz einführen musste. Die Gefahr besteht neuerdings, dass bei einem Wegfall des Preisschutzes die Fabrikanten niedrigere Detailpreise auf ihren Packungen angeben würden, so dass die Beibringung des bisherigen 350 Millionen für die AHV fraglich wären.

Zu bedenken wäre noch, dass die Tabakverteilstellen vielfach ältern und invaliden Leuten oder Witfrauen, wie ich bereits darauf hingewiesen habe, was auch andere Kollegen taten, die einzige Chance ihrer Existenz bieten, damit sie nicht der öffentlichen Hand zur Last fallen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, dem Preisschutz in Artikel 15 bis, wie er von der Kommission mit grosser Mehrheit in Vorschlag gebracht wird, Ihre Zustimmung zu geben.

M. Martin: Comme le rapporteur de langue allemande de notre commission, je ne suis ni fumeur, ni actionnaire d'une société distributrice de tabac, ni administrateur d'une de ces sociétés, mais je vis dans une contrée où le tabac joue un rôle très important. Sa culture couvre à peu près une trentaine d'hectares et le nombre des cultivateurs est de 65. Nous avons une fabrique qui occupe trois cent personnes. Sur le plan romand, je me trouve dans une région comprenant la plaine du Rhône et la Broye, qui compte à peu près la moitié des surfaces de tabac cultivées en Suisse et la moitié des exploitants pratiquant cette culture. Dès lors, je suis d'avis qu'il y a un intérêt évident à ce que cette industrie reste saine et prospère. Il y a de l'intérêt des producteurs, dont la situation est en général modeste, de l'intérêt des fabricants – il y en a 91 en Suisse qui font travailler 8000 ouvriers – ainsi que de l'intérêt des vendeurs dont le nombre dépasserait 100000 et qui sont aussi, pour la plupart, des personnes très modestes qui représentent de très petites entreprises.

De la production à la vente, en passant par la fabrication et la vente en gros, les pouvoirs publics interviennent à tous les échelons d'une façon ou d'une autre. Etant donné que l'Etat intervient à un moment ou à un autre dans le processus, on ne saurait laisser, me semble-t-il, la liberté totale à l'un des échelons – dans le cas particulier à l'échelon de la vente –, sans compromettre tout l'édifice. Le système d'imposition actuel a été introduit en 1933. A ce moment-là, il n'y avait pas de protection des prix. Dès 1935 et 1936, les influences que craignait le Conseil fédéral d'alors se sont manifestées. Dans la plupart des villes, on vit s'ouvrir des magasins très nombreux qui se mirent à gâcher les prix. Il en résulta, sur le plan des ventes, un désordre qui fut catastrophique. De nombreuses faillites se produisirent et ce sont les vendeurs eux-mêmes qui demandèrent la protection des prix. Dans la situation nouvelle qu'on nous présente, le Conseil fédéral propose de maintenir la garantie des prix durant une période de trois ans. C'est déjà quelque chose, mais pour ma part je crains que ne se reproduise, à l'issue de cette période, le désordre que l'on a connu vers les années 1936 et dont plusieurs orateurs ont déjà parlé. C'est ce désordre qui avait amené le Conseil fédéral à promulguer, le 23 décembre 1938, un arrêté d'imposition et à instituer une protection relative des prix. On peut se demander ce qui se passerait en cas de suppression de cette protection. On peut prédire, sans risque de se tromper beaucoup, que la lutte pour le maintien des commerces spécialisés et surtout des petits débits deviendra de plus en plus âpre. Les marges de bénéfice se restreignant, les fabriques devront, pour conserver un réseau de distribution étendu, accorder des marges plus élevées à un certain nombre de commerces. Cela se fera soit au détriment de la qualité, soit par une modification des prix dont pâtira le consommateur.

Enfin, la diminution des ventes sur les marchés extérieurs – officiels ou non officiels – se traduira aussi par une diminution des recettes, dont la Confédération sera la première à en souffrir. Nous aurons donc, en cas de suppression de la protection des prix, soit une diminution de la qualité, soit une augmentation des prix de vente au détail, soit, à l'échelon final, une diminution du montant de l'impôt qui, je le rappelle, a produit 332 millions l'année dernière. Ce sera donc, finalement, une diminution au détriment de l'assurance vieillesse et survivants. Or, cet argent il faudra bien le trouver quelque part, il faudra bien que la Confédération le prenne à d'autres sources.

C'est pourquoi, en conclusion, je pense que l'abandon total de la protection des prix, même si l'on prévoit une

période de transition de trois ou de cinq ans, est une mesure lourde de conséquences. Cette mesure met en jeu l'existence de centaines de petits commerces qui n'ont comme moyen d'existence que cet article de vente, accompagné de quelques autres auxquels certains orateurs ont fait allusion. Elle risque d'aboutir à la hausse des prix ou à une diminution de la qualité des tabacs. Enfin, elle provoquera, au dernier échelon, une diminution des recettes que la Confédération destine au financement de l'AVS. On peut donc reconnaître que la liberté totale serait peut-être souhaitable, mais que cette liberté comporte dans ce secteur bien déterminé, des risques par trop gros. Si la liberté des prix a tout simplement pour résultat que les gros mangeront les petits, cela me semble absolument regrettable. C'est pourquoi je vous prie d'appuyer la majorité de la commission et, bien qu'il arrive souvent qu'on prêche dans le désert en cette salle, je vous invite à suivre la proposition faite par la commission à l'article 15 bis.

Binder: Trotzdem ich Aargauer bin und der Branche nahestehe, wage ich hier noch das Wort zu ergreifen.

Ich glaube, es ist wichtig, dass Sie noch einige Informationen aus der Branche selbst bekommen. Meines Erachtens ist höchstens die Milchwirtschaft derart komplex wie die Tabakwirtschaft. Ich bin der Meinung, dass es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht jedes Ratsmitgliedes ist, seine Sonderkenntnisse auf bestimmten Wirtschaftsgebieten dem Ratsplenum zur Verfügung zu stellen. Darin liegt eine Stärke des Milizparlamentes, dass jeder von seinen beruflichen Kenntnissen her etwas zur Lösung bestimmter Probleme beitragen kann. In gewerkschaftlichen, in landwirtschaftlichen, in pressepolitischen Fragen ist das selbstverständlich. Wenn es aber um mittelständische Anliegen geht, dann wird mit dem Schlagwort «Interessenvertreter» eigentlich versucht, die Leute abzuhalten, überhaupt das Wort zu ergreifen.

Wir dürfen nicht von der irrigen Voraussetzung ausgehen, die Frage des Preisschutzes in der Tabakbranche sei ein spezifisch schweizerisches Problem. In allen Ländern sind die Tabakwaren als Genussmittel erstrangige Fiskalobjekte. Insbesondere in allen EWG- und EFTA-Staaten ist immer wieder diskutiert worden, welches nun das beste Besteuerungssystem für Tabakwaren sei. Die Lösungen sind verschieden. Sie haben das bereits gehört. Drei umliegende Staaten haben das Staatsmonopol eingeführt, nämlich Italien, Frankreich und Österreich. Lediglich Deutschland hat den Tabakwarenhandel und die Produktion der freien Wirtschaft überlassen. In keinem umliegenden Staat ist nun aber die Preisbestimmung im Detailverkauf einfach dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Warum nicht? Weil sich überall bei Freigabe dieser Preise, das heisst bei voller Liberalisierung, sofort die gleichen Missstände eingestellt haben wie in unserem Land in den dreissiger Jahren. So hat Deutschland, das einzige monopolfreie Nachbarland, überdies ein Land, das eine sehr strenge Kartellgesetzgebung besitzt, ein Land, in dem die Liberalisierungstendenzen sehr fortgeschritten sind, zweimal den Preisschutz abgeschafft und zweimal den Preisschutz wieder einführen müssen, weil nach Abschaffung des Preisschutzes eine vollständige Unordnung im Markt entstanden ist. Nach unseren Informationen ist auch jetzt nicht zu erwarten, dass im Rahmen der Harmonisierungsbemühungen im Steuerwesen der EWG-Staaten der absolute Preisschutz des Paragraphen 28 des deutschen Tabaksteuergesetzes fallengelassen wird.

Interessant ist auch die Entwicklung in Holland. Dort hat vor einigen Jahren der Finanzminister versucht, den absoluten Preisschutz fallenzulassen. Er ist auf derart starken Widerstand gestossen, dass im neuen holländischen Tabaksteuergesetz, im Artikel 29, wiederum ein absoluter Preisschutz verankert ist. Es wäre an sich sehr interessant, noch andere Staaten hier zu zitieren und zu schauen, wie sie dieses Problem gelöst haben. Vielleicht wird die ständerrätliche Kommission einen diesbezüglichen Bericht vom Bundesrat einverlangen. Jedenfalls steht fest, dass kein umliegender Staat ein derart liberales System besitzt wie wir in der Schweiz. Wir wollen ja nicht den absoluten Preisschutz, sondern nur den relativen, das heisst von der Gesamtmarge kann ungefähr die Hälfte in Form von Rabatten dem Konsumenten gewährt werden.

Ich weiss, dass es nicht populär ist, heute für den Preisschutz einzustehen. Ich persönlich bin im Grunde genommen auch ein Gegner der Preisbindung zweiter Hand. Aber in der Tabakbranche liegt nun ein Spezialfall vor, und ich möchte sagen, dass zwingende Gründe hier dazu führen, dass man den Preisschutz beibehalten muss. Wirtschaftspolitische und fiskalische Überlegungen führen zur Notwendigkeit der Preisbindung für die Tabakwaren. Die Abschaffung des Preisschutzes würde nicht zum ehrlichen Wettbewerb, sondern zum Dumping führen. Das ist nicht eine leere Behauptung, sondern lässt sich gerade in diesen Tagen beweisen. Weil der Bundesrat, meines Erachtens gesetzwidrig, bis heute den Artikel 94 der Tabaksteuerverordnung dem Bundesgerichtsentscheid in Sachen Denner nicht angepasst hat, herrscht auf dem Tabakmarkt bereits grösste Unordnung. Die Detailhandelsmarge im Tabakwarenhandel beträgt je nach Mengenrabattskala 15 bis 20%. Nun gibt es aber Firmen, vor allem Supermärkte, die die ganze Marge verschleudern, und zwar in Form von Spezialrabatten von 16 und mehr Prozenten. Tabakwaren werden also dem Verbraucher zu Dumpingpreisen als Lockvögel verkauft. Kein Artikel eignet sich so gut für Lockvogelpolitik wie die Zigarette. Grossverteiler, Supermärkte, Lebensmittelbetriebe usw. können solche Dumpingpreise ökonomisch verantworten, weil sie durch den Verzicht auf Gewinn bei Tabakwaren den Käufer in ihr Geschäft locken, wo er zweifellos auch noch andere Waren kaufen wird. Ausserdem ist eine solche Lockvogelpolitik als Werbemassnahme meist billiger als kostspielige Reklame in Zeitungen und im Fernsehen. Der Fachhandel jedoch, das Spezialgeschäft, das auf den geringen Gewinn auf Tabakwaren angewiesen ist, kann seine Preise nicht wie die grossen Konkurrenten senken. Das Spezialgeschäft ist auf diesen Gewinn angewiesen oder geht zugrunde.

Wenn der Preisschutz fällt, dann ist ein grosser Teil der etwa 1500 Spezialgeschäfte direkt und unmittelbar in der Existenz bedroht. Das kann auch Herr Schürmann im Grunde genommen nicht widerlegen. Niemand kann bestreiten, und auch die Botschaft tut es nicht, dass bei Abschaffung des Preisschutzes diese Existenzgefährdung eintritt. Nun sind aber gerade diese Spezialgeschäfte die Schaufenster der Industrie. Wenn Sie diese Spezialgeschäfte ruinieren, verliert die Industrie die Schaufenster, diesen Absatzkanal. Vor allem die Zigarrenindustrie ist dann ebenfalls in der Existenz gefährdet. Hier liegt nun meines Erachtens die entscheidende wirtschaftspolitische Frage, die zu beantworten ist, nämlich: Wollen wir zulassen, dass sowohl der Detailhandel wie vor allem auch die Zigarren- und Stumpfenindustrie ohne Not, nur um einem Prinzip nachzujagen, in der Existenz gefährdet werden? Auch Herr Schürmann hat im Grunde genommen kein Rezept gegen die Lockvogelpolitik bei Tabakwaren.

Er hat einmal erklärt, man könnte das UWG verschärfen. Aber Sie werden doch nicht glauben, dass dann der Kleine gegen den Grossen überhaupt das Gericht anruft, und Sie werden ja auch wissen, dass, bis das Gericht entscheidet, die wirtschaftliche Entwicklung bereits weitergegangen ist.

Neben diesen wirtschaftspolitischen Argumenten führen auch fiskalische Argumente zur Notwendigkeit des Preisschutzes. Die Einnahmen aus der fiskalischen Belastung des Tabakes betragen, wie Sie wissen, heute gegen 350 Millionen Franken. Dabei entfallen rund 100 Millionen Franken auf den sogenannten Export II und Export III. Sie wissen offenbar aus den Fraktionssitzungen, was der Export II und der Export III ist. Nun kann man dieses Problem natürlich nicht einfach «à la légère» behandeln, wie das heute hier zum Teil geschehen ist. Von den 350 Millionen erhalten wir mehr als 100 Millionen aus dem Export II und III. Wenn Sie nun den Handel zusammenschlagen, sind auch diese Verkaufskanäle nicht mehr vorhanden. Dann wird der Export II und der Export III zusammenbrechen, und das hat zur Folge, dass diese 100 Millionen Franken wegfallen, und sie müssten dann einfach auf die Inlandsteuer aufgestockt werden. Wenn das Konsumentenschutzpolitik ist, dann steige ich nicht mehr nach.

Es ist auch erklärt worden, vom Steuersystem her sei es nicht notwendig, eine feste Preisbindung zu haben. Da muss ich doch darauf hinweisen, dass die Bemessungsgrundlage für die Tabaksteuer unter anderem der Detailhandelspreis ist (Art. 10 des Gesetzes). Mir scheint klar zu sein, dass der Fabrikant, der die Steuer bezahlen muss, den Detailhandelspreis auch fix soll bestimmen können. Der Fiskus würde sonst ja mehr Steuern einnehmen, als ihm zusteht. Die Steuer würde zum Beispiel auf einem Detailhandelspreis von Fr. 1.50 berechnet, während bei 20% Rabatt der effektive Verkaufspreis nur Fr. 1.20 betragen würde. Wer den Preisschutz negiert, müsste im Grunde genommen auch die Besteuerung in dem Sinne ändern, dass die Steuer nicht mehr bei den Fabrikanten erhoben wird, sondern dort, wo effektiv auch der Preis bestimmt wird, nämlich beim Detailhandel. Das hätte zur Folge, dass anstatt, wie heute, bei einigen Dutzend Betrieben die Steuern bei mehr als 100 000 Detailgeschäften eingezogen werden müssten. Das wäre die Konsequenz. Wenn Sie die Preisbindung nicht wollen, dann soll der Detailhandel die Steuer bezahlen und nicht der Fabrikant auf einem fiktiven Betrag, der gar nicht marktkonform ist.

Noch ein Wort zur verfassungsrechtlichen Frage. Tabaksteuersachverständige und der Bundesrat haben ursprünglich nicht nur den relativen Preisschutz, sondern den absoluten Preisschutz vorgesehen. Dann wurde die Kartellkommission zur Vernehmlassung eingeladen; statt sich auf die Frage zu beschränken, ob durch das neue Gesetz die Freiheit des Wettbewerbes in unzulässiger Weise beeinträchtigt werde, erstattete die Kartellkommission ein verfassungsrechtliches Gutachten. Ich bin nun der Meinung, und ich habe das schon in der Kommission gesagt, dass es nicht Sache der Kartellkommission ist, sich zum Verfassungsgericht der Eidgenossenschaft aufzuschwingen. Die Kartellkommission ist nicht angerufen worden, die verfassungsrechtliche Frage zu beantworten. Ich möchte sagen – wenn heute morgen Herr Schürmann erklärt hat, die Gutachter sollten etwas vorsichtig sein –, auch die Kartellkommission sollte etwas vorsichtig sein und sich auf diejenigen Fragen beschränken, die ihr verfassungs- und gesetzmässig zustehen.

Ich gebe zu – ganz klar möchte ich das hervorheben –, dass die verfassungsrechtliche Frage umstritten ist. Sie finden Professoren, welche erklären, verfassungsrechtlich sei es ohne weiteres zulässig, diesen Preisschutz beizubehalten. Tatsache ist ja auch, dass wir diesen Preisschutz schon seit 20 bis 30 Jahren besitzen. Es gibt andere Professoren, welche erklären, das sei verfassungswidrig. Welches nun die besseren und moderneren Staatsrechtler sind, diese Frage möchte ich ebenfalls offenlassen. Ich möchte nur sagen: Prof. Blumenstein entstammt ungefähr der gleichen Generation wie Prof. Burckhardt. Prof. Blumenstein hat dem Bundesrat ein Gutachten erstattet, schon im Jahre 1929, und ist dort ganz klar und eindeutig zur Auffassung gekommen, dass die Preisbindung sich auf Artikel 41ter oder heute auf Artikel 41bis abstützen könne. In neuerer Zeit, das wissen Sie, hat Herr alt Bundesrichter Abrecht ein weiteres Gutachten erstattet; er ist ebenfalls zur Auffassung gekommen, dass man verfassungsmässig den Preisschutz im Gesetz verankern könne.

Die Kommission schlägt vor, dass man den Preisschutz auf Artikel 31bis, Absatz 3, Litera a, abstützt. Es ist eine Frage des Ermessens, wann ein wichtiger Wirtschaftszweig vorliegt und ob dieser Wirtschaftszweig in den Existenzgrundlagen gefährdet sei. Prof. Dr. Huber hat einmal erklärt, Artikel 31bis könne den Gesetzgeber konstitutionell nicht binden. Wir – das Parlament – sind zuständig, zu sagen, wann die Voraussetzungen des Artikels 31bis, Absatz 3, Litera a, erfüllt sind. Die Tabakbranche beschäftigt 200 000 Personen und ist – nach meiner Auffassung – ein wichtiger Wirtschaftszweig. Dass durch den Wegfall der Preisbindung die Branche oder grosse Teile davon in der Existenz gefährdet wären, ist auch nachgewiesen, so dass sicher die Behauptung, der Preisschutz sei verfassungswidrig, eine Zweckbehauptung ist. Ich möchte sagen, verfassungsrechtlich kann man beide Meinungen vertreten.

Man bekämpft den relativen Preisschutz mit dem Schlagwort «Konsumentenschutz». Ich möchte fragen: Ist es wirklich Konsumentenschutz, wenn man das Genussmittel Tabak zu Schleuderpreisen verkauft, so die Konsumenten anlockt und ihnen auf andern Artikeln, unter Umständen lebensnotwendigen Artikeln, den Gewinn abnimmt? Weil ich die Branche kenne und weil ich aus wirtschaftlichen und fiskalischen Gründen die Unordnung in einer absoluten Freiheit wirklich fürchte, bitte ich Sie, dem Antrag der Kommission zuzustimmen. Die heutige Ordnung hat sich für alle Beteiligten bewährt. Der Fabrikant konnte sich auf den Qualitätswettbewerb beschränken, was in der Tabakbranche ausserordentlich wichtig ist; der Handel hatte eine angemessene, nicht über-setzte Marge und konnte von dieser Marge noch Rabatte an die Konsumenten abgeben. Der Konsument aber hatte die besten und die billigsten Rauchwaren in Europa. Dank dem Export II und III sind auch die Einnahmen für die AHV sichergestellt worden. Es besteht meines Erachtens absolut kein Grund, dieses abgewogene und gute Marktsystem zusammenzuschlagen und hier, nur um einem Prinzip zu folgen, Experimente vorzunehmen, die uns vielleicht nach einigen Jahren doch wieder dazu führen würden, diese Preisbindung zweiter Hand bei den Tabakwaren einzuführen.

Weber-Thun: Ich bin Detaillist und bin stolz darauf. Nun müssen Sie auch noch einen solchen hören. Der Artikel 15bis hat den Landesringvertreter William Vontobel in Harnisch gebracht. Dieser Artikel bot den Hauptgrund seines Nichteintretensantrages. Seine Parteizeitung «Die

Tat» ging sogar soweit, die bestellte Kommission als korrupt zu bezeichnen. Wenn Herr Vontobel unter dem Deckmantel der Konsumenteninteressen die Interessen der Migros vertritt, so ist das ihm freigestellt. Wenn die Gewerkschafter hier im Rat für ihre Mitglieder plädieren, so ist das absolut in Ordnung. Wenn der Bauer für seine Existenz einsteht, so betrachtet man das als selbstverständlich. Wenn aber einmal ein Stumpfenverkäufer, sei er Detaillist, Kioskinhaber oder Wirt, seine Ansicht vertritt, so ist er Direktinteressierter und somit korrupt. Eine solche Argumentation ist nichts anderes als die bewusste Diskriminierung der Selbständigerwerbenden und das bewusste Hochspielen eines Malaise, das offenbar ins Konzept des Landesrings passt. Eine solche Schreibweise muss tiefer gehängt werden, weil es bis anhin in der Demokratie noch erlaubt war, eine andere Meinung zu vertreten. Ich beglückwünsche die Kommission, dass sie den Mut hatte, Artikel 15bis ins Gesetz einzubauen und damit die Verbindlichkeit der Kleinhandelspreise zu statuieren. Ich möchte dem Rat empfehlen, dem Artikel 15bis in der vorgeschlagenen Formulierung zuzustimmen.

Wenn gewisse Grossfirmen schon heute mit dem Referendum drohen, so ist das absolut kein Grund, die Situation zu dramatisieren. Als einer der dem Detailhandel nahesteht, würde ich diese Auseinandersetzung in keiner Weise fürchten. Vergessen wir nicht, dass es beim Tabak um einen Genussartikel geht. Rauchwaren sind keineswegs lebensnotwendig, sie sind aber ein Mittel und zwar ein sehr ergiebiges, um die AHV zu finanzieren.

Als zu Beginn dieses Jahres die Preisbindung auf den Markenartikeln fiel, glaubten die einen an ein Landesunglück, andere sahen darin ein Allerweltsmittel zum Herunterreissen der Preise. Herr Vontobel sagte hier am Pult, es sei praktisch nichts passiert. Ich glaube, ein Urteil ist heute noch verfrüht. Auf jeden Fall stellt man folgendes fest:

Der gerechte Tiefstpreis hat an Bedeutung gewonnen. Das ist recht und gerecht. Andererseits stellt man auch folgendes fest – wie schon erwähnt: Die Lockartikelpolitik ist an der Verkaufsfrent in den Vordergrund getreten, und man scheut sich nicht, gewisse Produkte mit Verlust zu verkaufen. Auf jeden Fall hat das absolut nichts mit Leistungsfähigkeit zu tun. Das ist im Gegenteil unlauterer Wettbewerb par excellence. Rauchwaren sind schon heute als Lockartikel gesucht. Wer einen Artikel mit Verlust verkauft, muss auf andern Artikeln übermässig deckende Preise verlangen. Der Konsument durchschaut diese Preispolitik und stellt eine von Stunde zu Stunde und von Tag zu Tag wechselnde ungleiche Behandlung fest. Ist das etwa Gerechtigkeit? Es wäre wünschenswert, wenn die Kartellkommission auch hier einmal zum rechten sehen würde. Die freien Preise im Tabaksektor werden weder dem Raucher noch dem AHV-Bezüger Vorteile bringen.

Im übrigen war kürzlich zum Preiswettbewerb in einem Exposé des Förderungsfonds für Konsumenteninformation folgendes zu lesen: «Der Preiswettbewerb gilt nach der marktwirtschaftlichen Lehre als eine wesentliche Voraussetzung der bestmöglichen Wahrung der Konsumenteninteressen. Er dient aber nicht unter allen Umständen den Interessen der Verbraucher. Der Verkauf einzelner Artikel unter den Selbstkosten ist dann als Täuschungsmanöver abzulehnen, wenn er bewusst darauf angelegt ist, beim Konsumenten den Eindruck eines tieferen allgemeinen Preisniveaus des betreffenden Anbieters zu erwecken. Auch Preisunterbietungen, die mit einer Verschlechterung der Qualität oder Einschränkung notwendiger Kundendienste verbunden sind, welche dem Verbraucher im Zeitpunkt des

Kaufes nicht bewusst sind, liegen nicht in dessen Interesse.» Die Gegner der Preisbindung scheinen auch frühere Erfahrungen zu negieren. Der Preisschutz auf Rauchwaren war schon einmal aufgehoben. Die Auswirkungen waren bedenklich: siehe Botschaft Seite 37. Obschon ich kein Rechtsgelehrter bin, noch ein Wort zur Verfassungsmässigkeit: Die Rechtsgelehrten sind nicht einig. Das Gutachten Abrecht lässt man nicht gelten. Aber mein Vorredner hat bereits auf die Ansichten von Professor Dr. E. Blumenstein hingewiesen, und da heisst es in der Botschaft auf Seite 37 deutlich: «Die Massnahmen verfolgen nicht gewerbepolitische Zwecke, sondern sie sind nötig, um eine Umgehung der Tabakzölle und namentlich der Cigarettensteuer zu verhindern und zu erschweren.» Und soviel ich weiss, sind diese Ansichten von Professor Dr. Blumenstein doch Ansichten eines Unbeteiligten.

Unter diesen Gesichtspunkten scheint es mir verantwortbar, auf Artikel 15 bis mit gutem Gewissen einzutreten, und ich empfehle Ihnen das.

Präsident: Es sind noch vier Redner eingetragen. Ich beantrage Ihnen, die Rednerliste zu schliessen, das heisst die Diskussion als geschlossen zu erklären, wenn die vier noch eingeschriebenen Redner gesprochen haben. – Ich muss über diesen Antrag abstimmen lassen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Präsidenten: Offensichtliche Zweidrittelmehrheit.

Hackhofer: Ich gestehe gleich anfangs: Ich bin auch Aargauer. Aber ich habe ein Alibi, ich werde nicht im Kanton Aargau gewählt. Ich habe mit der Tabakbranche nichts zu tun, aber immerhin einige Beziehungen zum Detailhandel, und es würde mich reizen, einige Bemerkungen zu machen über die Situation, wie sie sich vom Detailhandel aus gesehen darbietet. Ich kann aber darauf verzichten, vor allem nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Binder, die mir überhaupt ermöglichen, mich auf einige kurze Bemerkungen insbesondere grundsätzlicher Natur zur Frage der Verfassungsmässigkeit des Kommissionsantrages zu beschränken.

Dazu eine erste Bemerkung: Ich glaube man darf hervorheben – es ist dies in dieser Form noch nicht gesagt worden –, dass wir für gesetzgeberische Erlasse des Bundes kein Verfassungsgericht haben. Ob eine Gesetzesbestimmung verfassungskonform ist, entscheidet im Zweifelsfalle der Gesetzgeber, das heisst die beiden Räte und in letzter Instanz das Volk. Die Kartellkommission – das möchte ich unterstreichen – hat keine verfassungsrechtlichen Kompetenzen, die ihre Vernehmlassungen für uns verbindlich machen würden. Das gleiche gilt natürlich auch für professorale Gutachten. Wir entscheiden hier in freier Würdigung der vorliegenden Materialien, ob die vorgeschlagene Preisbindung verfassungskonform oder verfassungswidrig sei.

Eine zweite Bemerkung: Zur Diskussion steht die Frage, ob der Antrag der Kommissionsmehrheit sich auf Artikel 31 bis der Bundesverfassung abstützen kann, das heisst ob die in der Bundesverfassung vorgesehenen Voraussetzungen für eine Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit im vorliegenden Falle gegeben sind. Der Bundesrat schreibt in seiner Botschaft auf Seite 39 dazu: «Die Bestimmungen, mit denen von der Handels- und Gewerbefreiheit abgewichen wird, müssen somit im Gesamtinteresse liegen.» Dann heisst es weiter: «Der Wirtschaftszweig, dem sie dienen sollen, muss wichtig und in seiner Existenzgrundlage

bedroht sein.» Was hat dazu der Bundesrat selber einmal gesagt? Ich zitiere aus der Botschaft zum Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend die Abänderung von Bestimmungen über die fiskalische Belastung des Tabaks (Bundesgesetz über die AHV). Die Botschaft stammt vom 26. Oktober 1951. Dort wird ausgeführt: «Niemand wird bestreiten, dass die Zigarrenindustrie für verschiedene Gegenden unseres Landes einen wichtigen Wirtschaftszweig bildet und dass das Gesamtinteresse die Erhaltung dieser Industrie erfordert.» Dass die Zigarrenindustrie für das Gesamtinteresse wichtig ist, war die Grundlage für eine Regelung, die nachher im Referendumskampf durchgefochten werden musste. Die Bundesversammlung hat diese Interpretation der Botschaft unterstützt und sanktioniert. Das Volk hat die damalige Tabakvorlage – sie werden sich noch an diesen Abstimmungskampf erinnern – am 5. Oktober 1952 mit 492 885 Ja gegen 232 007 Nein angenommen. Damals wurde somit durch die Bundesversammlung und durch Volksentscheid bejaht, dass es sich bei der Tabakwirtschaft um einen wichtigen Wirtschaftszweig handelt und dass die Erhaltung dieses Wirtschaftszweiges im Gesamtinteresse liegt.

Es bleibt noch die Frage: Ist dieser Wirtschaftszweig in seiner Existenzgrundlage gefährdet? Hierzu schreibt die Botschaft: «Die Frage, ob die Tabakbranche in ihrer Existenzgrundlage gefährdet wäre, muss verneint werden, weil bei einem Wegfall des Preisschutzes kein Konsumrückgang zu erwarten ist.» Ein Konsumrückgang ist natürlich nicht das einzige Kriterium für eine eventuelle Gefährdung eines Wirtschaftszweiges. Es heisst dann weiter: «Immerhin wird der Wegfall des Preisschutzes zu einer gewissen Konzentrationsbewegung im Tabakhandel führen.» Ferner wird in der Botschaft im Zusammenhang mit dieser Konzentrationsbewegung von einer Straffung des Verteilerapparates, von einer Veränderung der Marktanteile, von einer Umstrukturierung des Tabakhandels und von einer Anpassung der Struktur geschrieben. Dann heisst es: «Aber selbst wenn eine Gefährdung in den Existenzgrundlagen der selbständigen Grossisten und Detailisten eintreten würde, wäre der Preisschutz als eine unverhältnismässig eingriffige Vorkehrung aufzuheben und durch eine mildere Massnahme zu ersetzen.» Hier wird nun schon sehr stark relativiert. Hier gelangt man nun in den Bereich des reinen gesetzgeberischen Ermessens. Es liegt mir daran, festzuhalten, dass wir im Entscheid über diese Preisbindung in bezug auf die Interpretation der verfassungsrechtlichen Situation im Bereich unseres Ermessens bleiben. Man kann im Bereich dieses Ermessens hinsichtlich der Auswirkungen der Aufhebung der Preisschutzes, der nun seit rund 20 Jahren für die Existenz eines wichtigen Wirtschaftszweiges besteht, geteilter Auffassung sein. Man kann diesem Wirtschaftszweig aber nicht die Weiterführung des Preisschutzes mit der Begründung verweigern, die verfassungsrechtliche Grundlage sei nicht gegeben. Darauf wollte ich mit meinem Votum hinweisen. Wir sind nach meiner Meinung, verfassungsrechtlich gesehen, frei zu entscheiden, ob wir diese Weiterführung der Preisbindung nach den verschiedenen Gesichtspunkten als zulässig erachten oder nicht. Unsere Entscheidung ist durch die verfassungsrechtliche Situation nicht präjudiziert.

Götsch: Ich muss Ihnen gestehen, dass ich eine Beziehung zur Tabakindustrie besitze, nämlich dadurch, dass ich pro Jahr etwa meine 3000 Stumpfen konsumiere. Ich bin somit als indirekter Förderer der Stumpfenindustrie unseres Landes auch legitimiert, hierzu ein paar Bemerkungen anzubringen!

Mir scheint, dass es beim Artikel 15bis um eine entscheidende Weichenstellung geht. Es geht um die Entscheidung, ob wir heute den Bundesrat, unterstützt durch die Kartellkommission, bei einem bescheidenen Versuch, einen möglichen Wettbewerb wiederherzustellen, unterstützen oder nicht. Wenn der Bundesrat und die Kartellkommission bei diesem bescheidenen Versuch bereits straukeln, dann sehe ich schwarz für alle künftigen integrationspolitischen Bestrebungen, und ich sehe auch schwarz bei allen jenen Bestrebungen, die im Zusammenhang mit der Liberalisierung der Verwendung der ausländischen Arbeitskräfte in unserem Lande der einen oder andern Branche etwas Wettbewerbslust zumuten wollten. Dazu kommt, dass beim Handel Wettbewerbsbeschränkungen überhaupt nicht einsetzen dürften. Ich kann das als Sozialdemokrat hier sehr gut erklären, weil im neuen sozialdemokratischen Parteiprogramm sehr deutlich gesagt wird, dass es unter Umständen sogar Aufgabe der öffentlichen Hand ist, den möglichen Wettbewerb zu fördern, ja zu sichern, zu intervenieren, wenn Kartelle oder andere Grossgebilde den Wettbewerb erwürgt haben. Die Sozialdemokraten sind also in diesen Fragen ausserordentlich wettbewerbsfreundlich.

Fast humoristisch vertauscht sind ja die Rollen einiger Herren, die heute gesprochen haben. Ich hörte sie vor einigen Tagen in Voten oder las ihre Artikel im Zusammenhang mit der Bodenrechtsinitiative der Sozialdemokratischen Partei und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Was da von Liberalismus, von Wettbewerb und dem Segen der Privatinitiative erzählt wurde, und was für glühende, wettbewerbsfreundliche Lippenbekenntnisse vor allem den Sozialdemokraten an den Kopf geworfen wurden! Es ist direkt verblüffend, wie schnell die Melodie sich ändern kann. Die gleichen Herren – Herr Raissig ist eine rühmliche Ausnahme – fordern heute Interventionismus für einen Wirtschaftszweig, an dem nicht die Existenz unseres Landes hängt, bei dem es auch nicht darum geht – es wurde von niemandem etwas anderes nachgewiesen –, eine Branche am Leben zu erhalten oder landeswichtige Interessen zu schützen. Dort, wo wir ein ungehemmtes Ansteigen der Preise verhindern wollen, da rufen sie nach freiem Wettbewerb und verdamnten den Interventionismus, und hier beim Artikel 15bis, wo nach der Meinung dieser Sprecher die Gefahr eines Preisrückganges besteht, da ist man nicht mehr an freiem Wettbewerb interessiert und ruft nach staatlichem Zwang. Mir scheint, dass dieser Sonntags-Liberalismus, der Freisinnigen Partei, der BGB und der Konservativ-christlichsozialen Partei einmal mit aller Deutlichkeit blossgestellt werden muss. Man kann nicht dauernd die Sozialdemokratie als antiliberal, nicht freiheitlich verketzern und in jedem konkreten Fall, da für die Freiheit ein kleines Risiko eingegangen werden sollte, interventionistisch handeln. Soviel ich bis jetzt gehört habe, ist man für den Liberalismus nur noch beim Export 2 und 3, beim Schmuggel. Mir scheint, dass dieser Liberalismus eine Schande für unser Land sei, denn er bewirkt einen steuerpolitischen und privaten Gewinn, entstanden durch Betrug gegenüber einem Nachbarland, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Für diesen Liberalismus bedanke ich mich.

Mit diesen Bemerkungen möchte ich Sie bitten, der Streichung zuzustimmen. Ich möchte gleichzeitig sagen, dass ich der Verlängerung der Übergangsfrist von 3 auf 5 Jahren zustimme.

Entschuldigung, ich hätte noch fast etwas vergessen, das sich vor allem an die sozialdemokratische Fraktion richtet: In dieser hatte man etwas Bedenken wegen Auswirkungen auf die Stumpenwickler im Kanton Aargau,

und auch die Liebe zu unseren Freunden von der Tabak-Lobby vom Kanton Aargau hat etwas mitgespielt, dass eine Mehrheit für den Preisschutz zustande kam. Fachleute haben unterdessen erklärt, dass nach der Annahme verschiedener neuer Bestimmungen unsere Stumpenwickler in ihrer Existenz nicht gefährdet sind. Ich habe mich vorhin beim Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erkundigt, ob die Haltung gemäss Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die sich in scharfer Form gegen die Preisbindung der zweiten Hand ausgesprochen hat, noch bestehe. Kollege Leuenberger hat mir erklärt, dass etwas anderes weder wirtschaftlich noch rechtlich zu begründen sei, dass also diese Haltung des Gewerkschaftsbundes nach wie vor bestehe. Das dürfte jene Sozialdemokraten beruhigen, die glauben, dass sie vielleicht aus proaargauischen Motiven dem Preisschutz zustimmen müssen. Die parteipolitischen Sprecher der Sozialdemokraten und des gewerkschaftspolitischen Flügels sind in dieser Frage absolut gleicher Meinung.

Arni: Meinem Vorredner möchte ich bedeuten, dass die Vorlage ja einen ganz besonderen Aspekt aufweist, und dass seine Seitenhiebe auf bürgerliche Kreise im Zusammenhang mit seinen Betrachtungen doch nicht sehr wohl angebracht waren. Im übrigen bilde ich mir nicht ein, Neues zu erzählen. Wenn ich aber dennoch ans Rednerpult trete, ganz einfach um festzustellen, dass ich mich im vorliegenden Falle zum Preisschutz bekenne und auch für diese Stellungnahme entschieden eintrete. – Wettbewerb? Ja, aber sind die Ellen zwischen Grossgeschäften und Kleinunternehmen auch gleich lang? Ist es nicht so, dass im vorliegenden Falle die Kleinbetriebe – mein Kollege Walter Raissig nannte sie summarisch «Lädeli» – hinsichtlich der Qualitäten und Marken zur Erfüllung der vielfältigen Ansprüche der Rauchwarenverbraucher berufen sind, während demgegenüber grössere Unternehmen aus diesem Angebot durch eine Auslese Nutzen ziehen? Wir wollen doch nicht auf der ganzen Linie das Aufgehen kleiner Existenzen in den grösseren Gebilden direkt fördern. Hat nicht beides nebeneinander Platz? Und nochmals frage ich, wie letzter Tage in einem Votum in einem andern Zusammenhang, ob denn die sowieso bestehende Tendenz des Rückgangs selbständiger Existenzen noch intensiviert werden soll. Die Kartellkommission in Ehren – wenn aber juristische Gutachten in bezug auf die Frage der Verfassungsmässigkeit sich diametral gegenüberstehen, so kann das wohl bedeuten, dass unser Gewissen hinsichtlich des freien Entschlusses erleichtert wird. Sicher darf ich mich bei der Erwähnung dieses Umstandes auch auf das Votum von Herrn Kollege Binder berufen.

Stehen sich in unseren Reihen das Pro und Contra gegenüber, so sind wir uns wohl darin einig, dass die Sachlage durch die Bindung mit der AHV das wohl typischste Kennzeichen erhält. Ein altes Bauernsprichwort besagt mit Recht, was man verabschiede, wisse man, was man neu erhalte, sei im besten Fall ungewiss. Mit einer Verneinung der Risikofreudigkeit hat dies nichts zu tun. Ich votiere deshalb, wie bereits erwähnt, für die Bejahung des Preisschutzes.

Schütz: Ich will die Sitzung meiner Fraktion nicht fortsetzen, sondern einfach feststellen, dass die sozialdemokratische Fraktion Stimmfreigabe beschlossen hat.

Es sind drei Gründe, die mich bewegen haben, in der Kommission für den Preisschutz einzutreten. Ich habe mich zwar am Schluss der Stimme enthalten, weil ich mit dem Antrag des Herrn Binder soweit noch uneinig bin, da ich

nicht weiss, was nachher der Bundesrat in der Verordnung bestimmen wird. In der Zwischenzeit wurde mir eine Mitteilung gemacht in bezug auf den relativen Preisschutz.

Die Gründe, warum ich für den Preisschutz eintrete, sind sicher nicht Gründe der sogenannten Interessenvertretung. Auch ich wurde in der Presse als eines der Kommissionsmitglieder hingestellt und als Interessenvertreter einer bestimmten Organisation. Es ist richtig, neben meinem Beruf bin ich Mitglied der Behörden der VSK. Aber, Sie haben ja heute gehört, dass Kollege Vontobel diese Interessen bedeutend besser vertritt als ich. Ich muss einfach feststellen, dass das, was ich sage, meine persönliche Meinung ist. Ich glaube wenigstens – das möchte ich dem Artikelschreiber, der solche Schlüsse zum voraus gezogen hat, einfach erklären –, und hoffe es, dass im Parlament noch persönliche Meinungen vorgetragen werden dürfen und dass sie auch noch beachtet werden. Sie sehen, ich stehe also auch im Gegensatz zu meinem Parteiprogramm, wie es vom Parteisekretär zitiert wurde; ich weiss nicht, ob er mich nach meinem Votum ausschliessen will, aber das wäre auch nicht so schlimm. Natürlich, es wäre nur einer weniger! (Heiterkeit). Immerhin betrachte auch ich die Sozialdemokratische Partei als so stark und gross, dass sie verschiedene Meinungen ertragen kann. Das trifft auch für den Gewerkschaftsbund zu. Ich fand mich zwar in der Kommission doch mehr oder weniger mit dem Gewerkschaftsbund verbunden, und bekanntlich hat an der Schlussabstimmung auch unser lieber und geschätzter Kollege Leuenberger den Anträgen der Kommission zugestimmt.

Was für Gründe sind es, die mich bewogen haben, auch jetzt der Kommission zuzustimmen?

Erstens haben mich die einzelnen Ausführungen auch der Herren Juristen in bezug auf die Steuer für die AHV nicht überzeugt. Man muss wissen, dass doch gegenwärtig gegen 50% des Verkaufspreises als Steuer erhoben werden, und das ist ausserordentlich viel. Sie haben jetzt, heute morgen, den Artikel 11 angenommen, mit welchem Sie den Bundesrat ermächtigen, bei einem allfälligen Manko im AHV-Fonds die AHV-Steuer bis um 20% weiter zu erhöhen. Ich bin davon überzeugt, dass wir im Jahre 1969 bereits diese Erhöhung von 20% vornehmen müssen. Dann ist es also so, dass über 50% des Preises der Zigaretten in den AHV-Fond fliessen. Hier möchte ich fragen, hat denn das tatsächlich nichts mehr mit der Steuer oder mit der Steuersicherung zu tun? Ich bin aber auch davon überzeugt, ich sage nicht auf Grund der Paragraphen des Gesetzes, aber in bezug auf bestimmte geschäftliche Machenschaften, gerade in bezug auf den Import, dass hier die Mittel für die AHV unter Umständen gekürzt werden. Davon bin ich überzeugt, und weil ich diese Überzeugung habe, konnte ich nicht einfach für eine sogenannte absolute Preisfreiheit eintreten.

Der zweite Grund liegt darin, dass es – ich rede hier nicht von Filial-Unternehmen, ich rede auch nicht von denjenigen, die an einer ausserordentlich günstigen Lage, vielleicht in der Stadt Zürich oder an einem SBB-Bahnhof einen Kiosk haben, ich glaube, dass es diesen Leuten ja nicht so schlecht geht – Tausende von Leuten gibt – ich habe mich schon damit beschäftigt und mit diesen Leuten zu tun gehabt –, auf die wir Rücksicht zu nehmen haben. Das trifft vor allem dann zu, wenn es Leute sind, die frühzeitig invalid werden, Leute mit Staublungen, Leute mit ausserordentlich starkem Rheumatismus und so weiter. Diese Leute sind ausserordentlich glücklich, wenn sie irgend an einem kleinen Ort einen Stand bekommen und dort Zigaretten und Zeitungen verkaufen können. Vielleicht

hat es mich ein wenig stark beeinflusst, dass es selbst in der Nähe meines eigenen Wohnortes zwei Kioske gibt, deren Besitzer schwer invalid sind, beides Leute, die gar nicht imstande sind, das Geld selber zu wechseln. Sie haben diesen Stand bekommen. Ich bin glücklich für diese Leute, dass sie die Invalidenversicherung bekommen, aber diese ist leider noch nicht so hoch, dass sie von diesen Mitteln leben könnten. Darüber muss man sich ganz klar sein. Sie müssen noch irgend eine Beschäftigung haben. Da glaube ich, sollte man nicht einen absoluten, sondern einen relativen Preisschutz haben, und ich habe vorgeschlagen, dass man die Preise bis zu 10% lockert, ohne irgendwelchen Vorbehalt (Rabatt, Barrabatt oder irgend etwas), oder mit andern Worten, dass man den absoluten Preisschutz um 10% lockert, weil ich glaube, dass dann die wirtschaftliche Schädigung bei diesen Leuten nicht eintritt.

Drittens: Ich glaube, wir dürfen hier diese Frage nicht einfach diskutieren indem wir mit andern Nahrungsmitteln vergleichen; hier geht es tatsächlich um ein Genussmittel. Ich vertrete den Standpunkt, dass der Preisschutz à la Pro Marca aufgehoben würde. Ich bin sogar der Meinung, dass dann, wenn beispielsweise ein starker Anfall von Äpfeln zu verzeichnen ist oder von Walliser Aprikosen und so weiter, die Grossvertriebsfirmen absolut Recht haben, wenn sie die Sache sogar mit Verlust an den Mann bringen. Aber in dieser Sache erinnere ich mich an den Aufruf des Zürcher Regierungsrates vor zwei, drei Monaten, und der Gesundheitsdirektion auf Grund von Angaben der medizinischen Fakultät – auch die Professoren haben diesen Aufruf unterschrieben –, dass es sich hier doch um ein gesundheitsschädigendes Mittel handelt. Mit dieser Geschichte Preisdrückerei zu treiben, hat doch den Erfolg, diese schädlichen Produkte zu fördern. Ein anderer Zweck besteht doch gar nicht, davon bin ich überzeugt.

Ich meine es sicher gut mit meinen Kollegen William Vontobel und Götsch. Es liegt im Interesse der Gesundheit, wenn man diese Geschichte nicht allzu weit treibt. Gerade in der jetzigen Situation ist es doch so, dass man diese Prozente beim einzelnen Tabakpäcklein nicht gibt, sondern man gibt sie nur im Engros-Verkauf. Und dann besteht die Gefahr, dass damit eine grössere Ausweitung stattfindet.

Vielleicht komme ich auch zu dieser Stellungnahme, weil ich in letzter Zeit den «Brückenbauer» des Herrn Algöwer zu viel gelesen habe. Dort wurden ganze Seiten darüber geschrieben, wie schädlich das Zigarettenrauchen sei. Ich glaubte es ihm. Darum kann ich hier zur Ausweitung des Konsums nicht Hand bieten.

Ich gebe zu, dass die Verfassungsfrage hier eine Rolle spielt; die kann ich nicht beurteilen. Ich möchte aber immerhin sagen, wenn sich drei Juristen und zwei Professoren streiten, kann man letzten Endes auch noch seinen eigenen Verstand walten lassen, was ja noch gestattet ist (Heiterkeit). So werde ich es in diesem Falle tun.

Ich bitte Sie somit, den Anträgen der Kommission zuzustimmen. Können Sie dies nicht, so möchte ich Ihnen empfehlen, den Antrag Heil anzunehmen, der eine bestimmte Übergangslösung bis zum Jahre 1972 vorsehen will, im Gegensatz zum Bundesrat, der nur bis zum Jahre 1970 gehen will. Ich könnte dann auch in der Schlussabstimmung der Vorlage beipflichten. Vorerst möchte ich Sie aber bitten, dem Antrage der Kommission zum Durchbruch zu verhelfen.

Haller-Windisch, Berichterstatter der Mehrheit: Sie müssen nun entscheiden, ob Sie den Artikel 15 bis annehmen wollen oder nicht. Wird er angenommen, dann fällt der Artikel 47, Absatz 2, weg. Sagen Sie nein, dann

wird der Antrag Schürmann beziehungsweise Heil, der hier begründet worden ist, als Artikel 47 stehen bleiben. Mir ist es klar, dass vorerst natürlich in einer Eventualabstimmung über den Antrag Heil oder Schürmann beschlossen wird. Hier möchte unsere Kommission selbstverständlich eher dem Antrag Heil zustimmen als dem Antrage Schürmann. In der Hauptabstimmung jedoch werden wir für die Erhaltung des Preisschutzes eintreten. Unsere Kommission hat den absoluten Preisschutz, den man immerhin auch verfechten könnte, nicht einmal diskutiert.

Wenn hier folkloristische Tänze aufgeführt worden sind, so nicht von meiner Seite. Wir sind nämlich für einen relativen Preisschutz in der Richtung von 10%, und zwar für alle. Das scheint mir eine beachtenswerte Angleichung an moderne Verhältnisse zu sein. Oder wollen Sie wirklich eine Dumpingpolitik, die kommen wird, noch fördern und als begrüssenswert taxieren? Eine grosse Verkaufsorganisation hat mir erklärt, was über 10% hinausgehe, sei eindeutig ein Verlustgeschäft. Sie hat sich aber nicht dazu aufraffen können, die Konsequenzen zu ziehen. Man hat Angst, als konsumentenfeindlich zu gelten. Man hat also Angst vor der eigenen Courage. Dabei hat ein Konkurrenzkampf auf dem Sektor Genussmittel mit Konsumentenfreundlichkeit überhaupt nichts zu tun. Wir wissen, dass eine blosser Ermächtigung an den Bundesrat, den Preisschutz zu verfügen, nicht genügt. Die Massnahme müsste also im Gesetz verankert werden. Aber es bleibt dem Bundesrat überlassen, die zulässigen Rabatte, Rückvergütungen usw. festzusetzen. Herr Bundespräsident Bonvin hat in der Kommission die Erklärung abgegeben, dass, wenn Sie der Kommissionsmehrheit zustimmen würden, er den Bundesrat beauftragen würde, die Höhe der zulässigen Rabatte auf 8–10% zu limitieren, im Gegensatz zur heutigen Regelung. Die Auswirkungen einer Aufhebung des Preisschutzes werden uns heute schon drastisch vor Augen geführt, nachdem das Bundesgerichtsurteil, das sich nur mit der Gleichbehandlung befasste, die Entscheidung der Oberzolldirektion vorläufig gelähmt hat. Ich möchte keine Zuschriften zitieren, es sind mir zahlreiche zugegangen, weil ich nicht an die Tränendrüsen, wie es geheissen hat, appellieren möchte. Aber vielleicht sind auch solche Berichte tendenziös gefärbt oder dramatisiert. Ich will es nicht beurteilen. Irgendwie steckt jedoch in den Leuten eine gewisse Angst vor der Zukunft. Ich wäre der erste, der mich löffeln würde, wenn die Kartellkommission recht behalten würde. Aber sie gibt ja selber zu (und auch anderes) was passieren wird. Auf Seite 54 des Berichtes der Kartellkommission steht: «Ausser Zweifel steht allerdings, dass die Preiskonkurrenz zu einer Veränderung der Marktanteile und in der Folge zu einer Umstrukturierung des Tabakhandels führen wird.» Das wird offen zugegeben. An die Menschen, die dabei betroffen werden, denkt man nicht. Auf Seite 54 steht: «Der zu erwartende Druck auf die Handelsmarge dürfte einzelne Gemischtwarenhändler veranlassen, ihr Rauchwarensortiment zu beschränken, um im Verkaufs- und Lagerraum mehr Platz für andere, mehr Ertrag abwerfende Produkte zu gewinnen.» Wahrscheinlich hat Herr Schürmann da an die Artikel gedacht, die er am Schluss seiner Begründung noch zitiert hat. Auf Seite 56 schreibt die Kommission: «Es darf nebenbei auch bemerkt werden, dass die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes politisch und parlamentarisch kaum beanstandet worden wäre. Erst die geplante Neuordnung hat das Problem aktuell werden lassen.»

Man könnte noch verschiedenes zitieren, beispielsweise die «Wirtschafts-Revue» vom Mai 1967, wo unter «Kar-

telle unter der Lupe», auch mit Mitwirkung von Herrn Schürmann, über die Massnahmen, die die Kartellkommission ergreifen könne, berichtet wurde. Da steht zum Beispiel: «Es werden alle Massnahmen, mit denen Dritte vom Wettbewerb ausgeschlossen oder an der Teilnahme erheblich behindert werden, untersucht.» Dann steht noch, auch die Einführung von Dumpingpreisen werde untersucht. Das ist allerdings bis dahin nicht gemacht worden. Es heisst auch darin: «Geschützt wird ferner die Durchsetzung einer angemessenen Preisbindung, wenn damit die Qualität einer Ware oder der Kundendienst gewährleistet werden kann.» Das trifft doch sicher auch auf die Tabakordnung zu.

Im Hinblick auf das, was Herr Kollege Götsch zum Schluss gesagt hat, dass die sozialdemokratische Fraktion jetzt ganz auf die andere Seite schwenken möchte, möchte ich doch den sozialdemokratischen Bundespressedienst zitieren, der folgendes geschrieben hat: «Doch auch die prinzipiellen Gegner des Systems der Preisbindung wissen, dass hier ein Fall vorliegt, der sich nur schwer nach der Formel ‚volle Preisfreiheit‘ behandeln lässt. Gewiss, es besteht in der Schweiz kein eigentliches Tabakmonopol, aber wenn einem Industriezweig in so hohem Masse staatliche Vorschriften gemacht werden, wie das beim Tabak der Fall ist, und er zudem die Aufgabe eines Fiskalinstrumentes erfüllt, ist es verständlich, dass die interessierten Kreise auch auf etwelche Gewährleistungsmassnahmen der öffentlichen Hand Anspruch erheben.» Übrigens hat Kollege Götsch einmal das Gastrecht beim VHTL, glaube ich, besessen. Diese Gewerkschaft hat auch mit Einhelligkeit die Beibehaltung des Preisschutzes gemäss Artikel 11 bis beantragt. Das müssen wir doch an dieser Stelle auch feststellen.

Natürlich wird nach dem Bundesgerichtsentscheid der Bundesrat den jetzigen Zustand nicht andauern lassen können. Der Preisschutzartikel besteht ja vorläufig noch und muss neu interpretiert werden. Man wartete auf ein Rechtsgutachten und sicher auch auf die Debatte von heute im Nationalrat.

Unsere Kommission votiert mit grosser Mehrheit aus wirtschaftlichen, sozialen und fiskalischen Gründen für den relativen Preisschutz. Wir möchten keinen Preiskampf auf dem Buckel der AHV und keine Dumpingpreise bei Genussmitteln. Ich ersuche Sie noch einmal, dem Antrage der Kommission zuzustimmen.

M. Thévoz, rapporteur de la majorité: Au terme de ce long débat sur la protection des prix, vous permettrez encore au représentant de la commission de s'exprimer brièvement. Je vous dirai d'emblée que je n'ai pas l'intention ni la possibilité de vous apporter une argumentation inédite, tant il est vrai que tout, je pense, a été dit. Mais la commission et ses rapporteurs ont été soumis à quelques critiques. On leur a reproché de peindre le diable sur la muraille, de faire preuve de sentimentalisme, ou même de défendre un certain folklore, qu'il soit argovien ou autre. Nous pensons simplement avoir fait preuve de réalisme.

Je vous rappellerai que la commission n'est pas seule à défendre la protection des prix. Des organisations importantes comme l'Union suisse du commerce et de l'industrie, l'Union des arts et métiers, les associations des industriels du tabac se sont également prononcés en faveur de cette solution. D'autre part, nous n'avons pas l'intention ou la prétention de vouloir innover puisque la protection des prix dans le commerce du détail du tabac existe depuis 1938. Durant ces trente ans, cette protection

n'a pas nui à la qualité des produits mis sur le marché ni n'a conduit à des abus de la part des fabricants, puisque les prix pratiqués sur le marché suisse sont parmi les plus bas d'Europe.

Je vous dirai encore que le consommateur trouve certainement son compte à ce système puisqu'il peut acheter son tabac ou ses cigarettes pratiquement n'importe où, partout au même prix, même dans les régions les plus défavorisées au point de vue des transports.

Enfin, grâce aux prix protégés, un grand nombre de personnes a pu s'établir et trouver son gagne-pain dans le commerce de détail. Qu'on le veuille ou non, l'absence d'une certaine protection provoquerait des regroupements assez importantes. Il serait alors certainement difficile de reclasser ces petits commerçants dans d'autres professions.

J'ajouterais pour terminer qu'en adoptant ici une attitude favorable à la protection relative des prix de détail, nous ne prenons pas la défense d'un puissant groupe économique, mais au contraire celle d'une multitude de petits commerces indépendants dont l'existence ne saurait nous laisser indifférents. Au surplus, le régime proposé ne constitue pas une charge insupportable ni pour notre économie ni pour les consommateurs. Ce sont ces quelques considérations qui incitent les rapporteurs de la commission à vous demander de la suivre dans ses propositions.

M. Bonvin, président de la Confédération: Je répondrai tout d'abord à M. Schütz. Des éclaircissements lui ont en effet été promis au cours des travaux de la commission.

Si l'article 15bis, alinéa 2, est accepté, le projet d'ordonnance que nous soumettrons au Conseil fédéral prévoira une limite de 10 % pour les rabais autorisés. M. Schütz lui-même considère que cette limite est raisonnable. Satisfaction lui est donc donnée et ainsi, la situation devient plus claire pour la décision que vous allez prendre.

Il va sans dire que l'on pourrait s'étendre longuement encore sur le sujet en discussion. Mais enfin, vous avez entendu les différents avis exprimés par des personnes compétentes. Pour résumer, je dirai simplement que nous avons à faire à une marchandise tout à fait particulière. Il ne s'agit pas d'une denrée objectivement nécessaire. Il s'agit même d'une marchandise que l'on sait novice et qui n'est que subjectivement utile. En outre, la concurrence joue un très grand rôle sur le marché du tabac, non seulement sur le plan national mais aussi à l'échelon international. Les conditions de cette concurrence peuvent se modifier d'un jour à l'autre. M. Götsch l'a d'ailleurs relevé. Avec la plaisante franchise qui lui est coutumière, votre collègue a aussi évoqué le caractère de certaines exportations. A ce propos, je dirai simplement que nous partageons ses sentiments. J'ajouterai cependant que nous ne sommes en fait pas tellement responsables des passages frauduleux de la frontière. La Suisse fabrique des produits de bonne qualité, à des prix relativement bas, tandis que des états voisins produisent des articles d'une qualité relative à des prix élevés. C'est de là que vient cette pression exercée surtout sous ou sur la frontière. Le droit suisse est, en cette matière, appliqué de manière très stricte. Nous faisons en fait, tout ce qui est en notre pouvoir pour ne pas faciliter les opérations clandestines.

Quelques mots encore au sujet de l'AVS. Vous savez que depuis 1925, un produit relativement nocif, l'alcool, est taxé tout comme actuellement le tabac. Le produit de

cette taxe alimente un fonds particulier. Aujourd'hui, l'impôt sur le tabac fait l'objet d'une opération similaire. Les produits de cette imposition vont dans un fonds auquel la Confédération fait appel pour payer sa quote-part à l'AVS. Si l'on s'en réfère à certaines déclarations, il semble que ce système n'ait pas été exactement compris par tous. Il faut se souvenir que si l'on ne disposait pas du fonds ainsi constitué, la Confédération devrait puiser dans ses ressources générales pour payer sa quote-part. La question de l'intérêt que devraient porter les réserves du fonds AVS, évoquée en particulier par M. Vontobel, est un problème à part sur lequel on pourra revenir plus tard.

Etant donné les caractères spéciaux que je viens d'évoquer, à savoir que nous avons à faire à une marchandise qui est loin d'être indispensable et pour laquelle la concurrence joue un rôle particulier, le problème de la liberté du commerce et d'industrie se pose, lui aussi, dans des termes particuliers. La question de savoir s'il faut limiter cette liberté et jusqu'à quel point est une question d'appréciation. Le Conseil fédéral s'est rallié à l'avis de la commission des cartels, selon lequel il fallait ici laisser jouer la concurrence qui ne sera en fait plus limitée que par des mesures fiscales, au niveau de la fabrication, sur la base du prix indiqué sur l'unité de vente. Faut-il que ce prix indiqué soit obligatoire ou des rabais peuvent-ils être accordés, telle est la question que vous devrez trancher.

Mais si le Conseil fédéral est d'avis tout comme la commission des cartels, que pour respecter la constitution, il convient de libéraliser cette partie du commerce du tabac, il estime tout de même nécessaire – comme l'a relevé hier M. Deonna et comme il l'a fait d'ailleurs pour la réglementation des produits horlogers – d'accorder aux petits détaillants, mi-grossistes et grossistes, un délai suffisant pour qu'ils puissent, comme ils l'ont fait jusqu'à maintenant, assurer un minimum d'ordre permettant de stabiliser la qualité. Ce problème de la qualité est en effet lié à celui des prix indicatifs.

Le Conseil fédéral tient donc à ce que vous fixiez une limite au régime actuel de protection des prix, avec les adaptations proposées par la commission. Ne pas le faire serait contraire aux obligations constitutionnelles d'aujourd'hui. Le Conseil fédéral souhaite que pendant ce temps d'adaptation les petites entreprises améliorent leur production grâce à une meilleure coopération. Les ristournes d'impôt que vous avez approuvées permettront donc, grâce à une caisse de compensation et une coopération professionnelle plus poussée, d'aboutir à ce résultat chez les fabricants.

Quant au secteur de la distribution, le temps d'adaptation que vous donnerez aux détaillants leur permettra de faire face à une nouvelle situation qu'ils connaîtront suffisamment à l'avance pour qu'ils ne subissent aucun des dommages que chacun désire leur éviter.

Präsident: Ich schlage Ihnen folgenden Abstimmungsmodus vor. In einer ersten Eventualabstimmung stellen wir den Antrag Schürmann und den Antrag des Bundesrates (bis 1970 befristete Preisbindung) dem Antrag Heil (Befristung bis 1972) entgegen; in einer zweiten Eventualabstimmung stellen wir das Resultat der ersten Eventualabstimmung dem Antrag der Kommissionsmehrheit (dauernder Preisschutz) gegenüber. – In der definitiven Abstimmung stellen wir das Resultat aus der zweiten Eventualabstimmung dem Antrag Vontobel, Vertreter der Kommissionsminderheit (gar kein Preisschutz) gegenüber.

Abstimmung – Vote

Eventuell – Eventuellement:	
Für den Antrag Schürmann	42 Stimmen
Für den Antrag Heil	103 Stimmen
Eventuell – Eventuellement:	
Für den Antrag Heil	72 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	74 Stimmen
Definitiv – Définitivement:	
Für den Antrag der Mehrheit	85 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	52 Stimmen

Präsident: Damit ist auch über den Artikel 47, Absatz 2, entschieden. Er ist gestrichen.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

9610. Dokumentationsdienst der Bundesversammlung, Bundesbeschluss Service de documentation pour l'Assemblée fédérale. Arrêté

Siehe Seite 226 hiervor — Voir page 226 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 27. Juni 1967
Décision du Conseil des Etats du 27 juin 1967

*Differenzen – Divergences**Art. 12, Abs. 1***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Art. 12, al. 1***Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Schmid Arthur, Berichterstatter: Was ich Ihnen hier letzte Woche prophezeit habe, ist eingetreten. Der Ständerat hat mit eindrucklicher Mehrheit in seiner Kommission mit 11:0 und im Rate selber mit 36:0 Stimmen an seiner Lösung, je fünf Mitglieder der beiden Räte für die Dokumentationskommission zu bestellen, festgehalten. Die Situation präsentiert sich also nach wie vor für uns folgendermassen: Entweder geben wir nach, oder aber das Geschäft kann in dieser Session nicht mehr verabschiedet werden und muss auf die Herbstsession hinausgeschoben werden. Angesichts dieser Situation schlägt Ihnen diesmal die erweiterte Geschäftsprüfungskommission einstimmig, das heisst mit Enthaltungen, Zustimmung zum Ständerat vor, immer in der Meinung, dass nachher diese zehngliedrige Kommission gemeinsam bestellt werden soll, nicht dass in jedem Rat die fünf Mitglieder nach dem Schlüssel ausgehandelt werden müssen, sondern dass man gemeinsam eine Formel findet, in der die kleinen Fraktionen nach Möglichkeit integriert werden können.

Ich schlage Ihnen also namens der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates vor.

M. Wilhelm, rapporteur: Vous savez qu'il existe une divergence entre notre Chambre et le Conseil des Etats à propos de la commission de surveillance du service de documentation parlementaire. Or, ce matin, le Conseil des Etats a maintenu par 36 voix contre 0, d'une part, son dogme de la composition paritaire de cette commission et, d'autre part, la formule 5/5 quant à l'effectif de cette commission.

Votre commission a discuté tout à l'heure de cette situation et, en conclusion, vous recommande par 11 voix contre 0 et quelques abstentions d'adhérer à la décision du Conseil des Etats. Trop de temps, en effet, a déjà été perdu et l'on ne saurait perdre encore 3 mois en cette affaire, c'est-à-dire jusqu'à la session de septembre.

Vontobel: Die Einführung des Dokumentationsdienstes für unser Parlament ist dringlich, und deshalb möchte ich nicht die rasche Einführung durch die Stellung erneuter Anträge verhindern, sondern verzichte für heute auf einen Antrag auf Festhalten am Beschlusse des Nationalrates, bin Ihnen aber dankbar, wenn die kleinen Fraktionen bei der Besetzung dieser doch wichtig werdenden Kommission nicht vergessen werden.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Nachmittagsitzung vom 27. Juni 1967

Séance du 27 juin 1967, après-midi

Vorsitz – Présidence: Herr Schaller

9605. Tabakbesteuerung, Bundesgesetz Imposition du tabac. Loi

Siehe Seite 268 hiervor – Voir page 268 ci-devant

Fortsetzung – Suite

*Art. 16–25***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

*Art. 26, 27, 28***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Antrag Stich*Art. 26–28*

Streichen.

*Eventuell:**Art. 26, Abs. 1*

Zur Erhaltung, Förderung und Rationalisierung des inländischen Tabakanbaues gewährt der Bund aus allgemeinen Bundesmitteln jährliche Beiträge von höchstens 14 Millionen Franken. Die Massnahmen sind ...

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.06.1967
Date	
Data	
Seite	268-292
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 657

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Abstimmung – Vote

Eventuell – Eventuellement:	
Für den Antrag Schürmann	42 Stimmen
Für den Antrag Heil	103 Stimmen
Eventuell – Eventuellement:	
Für den Antrag Heil	72 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	74 Stimmen
Definitiv – Définitivement:	
Für den Antrag der Mehrheit	85 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	52 Stimmen

Präsident: Damit ist auch über den Artikel 47, Absatz 2, entschieden. Er ist gestrichen.

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

9610. Dokumentationsdienst der Bundesversammlung, Bundesbeschluss Service de documentation pour l'Assemblée fédérale. Arrêté

Siehe Seite 226 hiervor — Voir page 226 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 27. Juni 1967
Décision du Conseil des Etats du 27 juin 1967

*Differenzen – Divergences**Art. 12, Abs. 1***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

*Art. 12, al. 1***Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Schmid Arthur, Berichterstatter: Was ich Ihnen hier letzte Woche prophezeit habe, ist eingetreten. Der Ständerat hat mit eindrucklicher Mehrheit in seiner Kommission mit 11:0 und im Rate selber mit 36:0 Stimmen an seiner Lösung, je fünf Mitglieder der beiden Räte für die Dokumentationskommission zu bestellen, festgehalten. Die Situation präsentiert sich also nach wie vor für uns folgendermassen: Entweder geben wir nach, oder aber das Geschäft kann in dieser Session nicht mehr verabschiedet werden und muss auf die Herbstsession hinausgeschoben werden. Angesichts dieser Situation schlägt Ihnen diesmal die erweiterte Geschäftsprüfungskommission einstimmig, das heisst mit Enthaltungen, Zustimmung zum Ständerat vor, immer in der Meinung, dass nachher diese zehngliedrige Kommission gemeinsam bestellt werden soll, nicht dass in jedem Rat die fünf Mitglieder nach dem Schlüssel ausgehandelt werden müssen, sondern dass man gemeinsam eine Formel findet, in der die kleinen Fraktionen nach Möglichkeit integriert werden können.

Ich schlage Ihnen also namens der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Ständerates vor.

M. Wilhelm, rapporteur: Vous savez qu'il existe une divergence entre notre Chambre et le Conseil des Etats à propos de la commission de surveillance du service de documentation parlementaire. Or, ce matin, le Conseil des Etats a maintenu par 36 voix contre 0, d'une part, son dogme de la composition paritaire de cette commission et, d'autre part, la formule 5/5 quant à l'effectif de cette commission.

Votre commission a discuté tout à l'heure de cette situation et, en conclusion, vous recommande par 11 voix contre 0 et quelques abstentions d'adhérer à la décision du Conseil des Etats. Trop de temps, en effet, a déjà été perdu et l'on ne saurait perdre encore 3 mois en cette affaire, c'est-à-dire jusqu'à la session de septembre.

Vontobel: Die Einführung des Dokumentationsdienstes für unser Parlament ist dringlich, und deshalb möchte ich nicht die rasche Einführung durch die Stellung erneuter Anträge verhindern, sondern verzichte für heute auf einen Antrag auf Festhalten am Beschlusse des Nationalrates, bin Ihnen aber dankbar, wenn die kleinen Fraktionen bei der Besetzung dieser doch wichtig werdenden Kommission nicht vergessen werden.

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Nachmittagsitzung vom 27. Juni 1967
Séance du 27 juin 1967, après-midi

Vorsitz – Présidence: Herr Schaller

9605. Tabakbesteuerung, Bundesgesetz Imposition du tabac. Loi

Siehe Seite 268 hiervor – Voir page 268 ci-devant
Fortsetzung – Suite

*Art. 16–25***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

*Angenommen – Adopté**Art. 26, 27, 28***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Antrag Stich*Art. 26–28*

Streichen.

*Eventuell:**Art. 26, Abs. 1*

Zur Erhaltung, Förderung und Rationalisierung des inländischen Tabakanbaues gewährt der Bund aus allgemeinen Bundesmitteln jährliche Beiträge von höchstens 14 Millionen Franken. Die Massnahmen sind ...

Art. 26, 27, 28

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Proposition Stich

Art. 26–28

Biffer.

Eventuellement:

Art. 26, al. 1

Afin de maintenir, encourager et rationaliser la culture du tabac indigène, la Confédération accorde des contributions annuelles prélevées sur ses ressources générales et se montant à 14 millions de francs au maximum. Ces mesures ...

Präsident: Zu den Artikeln 26, 27 und 28 hat Herr Stich Streichungsanträge gestellt. Die Anträge Stich bilden eine Einheit. Wir können darüber später in einer globalen Abstimmung gesamthaft entscheiden. Ich erteile das Wort Herrn Stich zur Begründung seiner Anträge.

Stich: Bei der Begründung meines Antrages auf Streichung des ganzen vierten Abschnittes, mit den Artikeln 26, 27 und 28 kann ich mich kurz fassen, da ich bereits beim Eintreten auf einige wesentliche Momente hingewiesen habe.

Wenn ich diesen Streichungsantrag stelle, so will das nicht heissen, der Anbau von Inlandtabak soll nicht gefördert werden oder, was wohl auf dasselbe herauskäme, er solle nicht subventioniert werden. In dieser Hinsicht hat mich offenbar heute morgen der Kommissionsprecher welscher Zunge missverstanden. Es sind drei Gründe, die mich zu diesen Anträgen veranlasst haben. Erstens gehört dieser Abschnitt über die Erhaltung und Förderung des inländischen Tabakanbaues nicht in ein Besteuerungsgesetz, sondern diese Materie wird besser in einem selbständigen Bundesbeschluss geregelt. Das hat den weiteren Vorteil, dass man nachher unbefangen prüfen kann, ob dieser Teil der Landwirtschaftsförderung nicht zur besseren Koordination ebenfalls dem Volkswirtschaftsdepartement unterstellt werden sollte. Zweitens ist die rechtliche Regelung der Förderung des Tabakanbaues in diesen drei Artikeln nur ungenügend gelöst. Zu viele Lücken und Fragen bleiben offen. Dabei will ich nur auf folgendes hinweisen:

Einmal ist nichts gesagt über die rechtliche Form der zu schaffenden Organisation der Pflanze und die Aufgaben dieser Organisation. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die allerdings noch komplexeren, aber doch ähnlichen Probleme bei der Käseunion hinweisen. Es fehlen auch alle Angaben über allfällige Rechte und Pflichten der Pflanze. Kein Wort ist darüber verloren, wie unter Umständen eine Begrenzung des Anbaues erreicht werden kann, wenn sich dies als notwendig erweist. Bekanntlich besteht in Artikel 27 nur eine beschränkte Übernahmeverpflichtung seitens der Fabrikanten für einen Ernteertrag von 1000 Hektaren. Offen bleibt auch die Frage, wie der landwirtschaftliche Anbau gefördert und der industrielle Anbau beschränkt werden soll. Man kann hier natürlich anführen, dass Details in der Verordnung festgelegt werden können, doch müssen sicher die Grundsätze und die Normen im Gesetz fixiert werden und sollten nicht den Ausführungsbestimmungen der Verwaltung überlassen bleiben.

Drittens, und das scheint mir entscheidend, ist der Artikel 26 verfassungswidrig. Bereits gestern habe ich darauf hingewiesen, dass im Ingress jeder Hinweis auf Artikel 24 quater der Bundesverfassung fehlt. Dennoch besteht dieser Verfassungsartikel und bestimmt eben, dass

der Bund einen Beitrag in der Höhe der gesamten Einnahmen aus der fiskalischen Belastung des Tabaks an die AHV leiste. Ob die gesamten Einnahmen durch die Besteuerung im Inlande um 14 Millionen höher werden oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Hier kann ich dem verehrten Herrn Kommissionspräsidenten nicht beipflichten, wenn er heute morgen ausführte, die Kommission verstehe unter den gesamten Einnahmen eben die Nettoeinnahmen. Diese Argumentation kann um so weniger überzeugen, als bei den gebrannten Wassern der Betrag des Bundes ausdrücklich auf die Reineinnahmen beschränkt ist. So ist der Artikel 26 in der vorliegenden Formulierung einfach nicht mit der Verfassung in Übereinstimmung zu bringen. Dies wiegt um so schwerer, als auch für die Zukunft keine Garantie gegeben ist, dass nur ein Betrag in der Höhe der zusätzlichen Besteuerung für die Förderung des landwirtschaftlichen Tabakanbaues verwendet wird, sondern nach der jetzigen Fassung wäre die Eidgenossenschaft grundsätzlich zu einer unbeschränkt weitergehenden Subventionierung des Tabakanbaues zu Lasten der AHV befugt. Weil dieser Artikel 26 besonders auch in dieser Hinsicht verfassungswidrig ist, habe ich dazu einen Eventualantrag eingereicht. Danach sollen die Beiträge, um der Verfassung zu entsprechen, aus allgemeinen Bundesmitteln geleistet werden und nicht aus dem Ertrag der Tabakbesteuerung. Zudem soll der Beitrag begrenzt sein auf den Betrag des heutigen Zollschatzes und der andern Vergünstigungen für Inlandtabake, das heisst auf einen Betrag von ca. 12 bis 14 Millionen Franken. Das lässt sich rechtfertigen, da nach heutiger Ordnung auch nicht mehr herausgeholt werden kann. Andererseits scheint diese Begrenzung jetzt notwendig zu sein, da in diesen drei Artikeln sonst keine Begrenzung der Unterstützung des Inlandanbaues von Tabak vorgesehen ist.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Streichungsantrag zuzustimmen. Dadurch helfen Sie mit, den Weg freizumachen für eine bessere Lösung, eine bessere Lösung in einem sauberen, klaren und eindeutigen Subventionsbeschluss zugunsten der Landwirtschaft. Damit kann nicht nur die Landwirtschaft gefördert werden, sondern es wird auch ein Beitrag zur weiteren Koordination der schweizerischen Landwirtschaftspolitik geleistet. Erachten Sie das nicht als notwendig, so stimmen Sie mindestens meinem Eventualantrag zu, um der Verfassung Genüge zu tun.

Akeret: Gestatten Sie mir einige Worte zu den Anträgen des Herrn Kollega Stich. Ich glaubte nicht, dass ich mich bei dieser «Vorlage der Spezialisten», wie sie gestern genannt worden ist, an dieses Rednerpult bemühen müsste, aber Herr Kollega Stich, der gestern und auch heute wieder gegen den Finanzierungsmodus des inländischen Tabakanbaues eine Attacke geritten hat, zwingt mich dazu. Er erklärt, dass er den inländischen Tabakanbau nicht gefährden wolle. In der praktischen Wirkung kommen aber seine Anträge auf eine Gefährdung heraus, denn wenn die Beiträge aus allgemeinen Bundesmitteln aufgebracht werden müssen, werden sie wahrscheinlich als Folge der Finanzlage des Bundes sukzessive reduziert werden, und der wertvolle Tabakanbau würde verschwinden. Ich bitte Sie daher, diesen Anträgen nicht Folge zu leisten.

In bezug auf die rechtliche Situation kann man immerhin einwenden, dass sich das bisherige System sehr gut eingespielt und dem inländischen Tabakanbau angemessene Bedingungen ermöglicht hat. Nach Landwirtschaftsgesetz sind Aufwendungen des Bundes zur Stützung landwirtschaftlicher Produkte vorab aus dem Ertrag der Zuschläge und Abgaben zu decken, die auf Grund dieses Gesetzes er-

hoben werden. Der vorgeschlagene Finanzierungsmodus befindet sich also mit der geltenden Landwirtschaftsgesetzgebung in vollständiger Übereinstimmung. Bei der Finanzierung aus allgemeinen Bundesmitteln besteht die Gefahr, dass diese Ausgaben des Bundes den künftigen Sparmassnahmen zum Opfer fallen. Der Tabakanbau wird auch infolge der verhältnismässig kostspieligen Aufwendungen, wie Trockenscheunen usw., nur bestehen bleiben, wenn der Absatz des inländischen Tabaks auf die Dauer gesichert ist.

Zum ändern handelt es sich, wie die Botschaft ausführt, um ein Stück Landesversorgung, Kriegsvorsorge, an die der inländische Tabakanbau einen bescheidenen Beitrag zu leisten imstande ist. Der Anbau könnte bei mangelnden Zufuhren ohne Schwierigkeiten ausgedehnt werden. Die ungehemmte Ausdehnung ist ja ohnehin nicht beabsichtigt, wie man das aus der Botschaft entnehmen kann, so dass nach meiner Auffassung die Einwände von Herrn Kollega Stich nicht stichhaltig sind. Eine Ausdehnung könnte aber nicht leicht bewerkstelligt werden, wenn der Tabakanbau verschwinden würde, denn er verlangt grosse Spezialkenntnisse.

Dann weise ich darauf hin, dass die Zigarette im Kriegsfall, im Aktivdienst, einen wichtigen Artikel darstellt. Sie wissen, was die Rauchpause für die psychische Verfassung des Wehrmannes bedeutet.

Ich weise ferner darauf hin, dass der Tabakanbau in den Gebieten, wo er betrieben wird (Broyetal, Tessin, Zürcher Weinland und unterer Thurgau) eine wertvolle Spezialkultur für kleine und mittlere Betriebe darstellt, die auch auf einem Areal von geringer Ausdehnung einen relativ guten Ertrag abwirft. Er liegt auch im Interesse des Fruchtwechsels und der Erhaltung einer minimalen Ackerfläche und eignet sich besonders gut auf Moorböden. Er ist also im Sinne der Erhaltung einer gesunden Struktur, der Erhaltung von Familien- und Kleinbetrieben wichtig, bringt Verdienst in manche ländliche Gegend, die eher im Schatten der Konjunktur liegt.

Ich möchte auch an die Erklärungen von Herrn Kollega Borella von heute morgen betreffend die Bedeutung des Tabakanbaus für die südlichen Gebiete des Tessins erinnern (Magadinoebene und Mendrisiotto).

Ich habe grosse Freude an der Tabakkultur. Es ist eine der schönsten Kulturen, die unsere Landschaft bereichert und veredelt und von der reichen Varietät unseres Anbaus Zeugnis ablegt.

Ich weiss, in diesem Saale zählen nur nüchterne Tatsachen. Ich bitte Sie, die wirtschaftlichen und politischen Überlegungen zu Ihren eigenen zu machen und der vernünftigen Regelung, die heute vom Bundesrat und von der Kommission vorgeschlagen wird – wofür ich übrigens dem Bundesrat Dank weiss –, zuzustimmen. Die Aufwendungen, die aus dem Steuerertrag gedeckt werden, sind tragbar. Die Entnahme der Beiträge für den inländischen Tabakanbau wird die Einnahmen der AHV, im Vergleich zu heute, nicht schmälern. Der Tabakraucher wird diese Konzession zugunsten unseres Tabakanbaues sicher in Kauf nehmen. Er hat es auch bisher getan, und der Bundeshaushalt wird durch diese kleine Sicherheits- und Versorgungsprämien nicht zusätzlich belastet.

Ich möchte Sie also bitten, die Streichungsanträge von Herrn Kollega Stich abzulehnen.

Haller-Windisch, Berichterstatter: Ich möchte Sie namens der Kommission ersuchen, die Anträge Stich abzulehnen und auch den Eventualantrag nicht zu unterstützen. Nach der Eintretensdebatte von heute morgen

habe ich dazu einige Ausführungen gemacht. Ich möchte sie nicht wiederholen. Ob man unter Gesamteinnahmen Brutto- oder Nettoeinnahmen versteht, ist auch eine Ermessensfrage. Aber bis dahin wurde es so gelöst: Die Entschädigung an die Verwaltung, die anfangs der Session etwas attackiert wurde, ist auch zum voraus abgezogen worden, ebenso die Beiträge an die kleinen und mittleren Betriebe, ferner der Anteil der Fiskaleinnahmen Liechtensteins, und erst der Rest wurde den AHV-Rückstellungen beigefügt. Deswegen ist keine Revolution ausgebrochen. Immerhin möchte ich noch auf vier Punkte hinweisen:

Erstens: Die Einnahmen für die AHV sind gesichert, solange die gegenwärtige Lage einigermaßen anhält. Die zusätzliche Belastung des Inlandtabaks ist keine freiwillige Aktion. Die Pflanzler wurden bis dahin quasi gesteuert. Statt dessen erhalten sie Beiträge, damit ihre Existenz gesichert ist. Damit gehört auch dieser Sektor in die grosse Einheit von Pflanzern, Import, Produktion, Handel und Export von Tabak und Tabakwaren.

Zweitens: Wenn finanzielle Massnahmen des Bundes für den Tabakanbau geleistet werden sollen, so sollen sie auch vom Tabaksektor aufgebracht werden. Das gehört nicht in die Sparte allgemeiner Bundesmittel. Natürlich könnten auch Nichtraucher dazu beitragen, ohne Nikotinvergiftungen zu erleiden. Aber meiner Ansicht nach sollen all die «Süggeler», die ganze Zigaretten-, Pfeifentabak-, Stumpfen- oder Brissago-Festgemeinde in erster Linie zum Zuge kommen. Übrigens hat die Verwaltung abzuklären versucht, wie eine Lösung ausserhalb des Tabaksektors spielen könnte. Wie wir hörten, ist man auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen.

Drittens: Wenn wir die Leistungen an die Tabakpflanzler anerkennen – jedermann hat zustimmend genickt –, soll der Pflanzler auch auf längere Sicht planen und investieren können. Das geschieht aber nicht, wenn er den Tücken der alljährlichen Subventionsmarktereie ausgesetzt ist.

Viertens: Die Annahme der Anträge Stich würde eine so unsichere Lage im Tabakanbau schaffen, dass jahrzehntelange Bemühungen und Kapitalinvestitionen in Maschinen, Einrichtungen, Trocknungsanlagen gefährdet wären und über 2000 Pflanzlerfamilien sicher bitter enttäuscht würden. Wir wollen doch keine Experimente machen, wenn der Schuss hinten hinaus gehen könnte. Stimmen Sie den Anträgen von Bundesrat und Kommission zu.

M. Thévoz, rapporteur: En intervenant à mon tour pour défendre la solution qui vous est proposée en faveur de tabac indigène par le Conseil fédéral et la commission, je tiens à déclarer comme d'autres l'ont fait au cours de la discussion pour préciser leur position personnelle, que je ne suis pas personnellement planteur de tabac mais que, vivant dans une région où cette culture joue un certain rôle économique, j'en connais quand même l'importance, Je tiens à le souligner ici.

Ce matin, je n'ai pas pensé un instant qu'en faisant sa proposition, M. Stich était opposé au maintien du tabac indigène. Il n'en demeure pas moins que, si on le suivait et l'on faisait appel aux ressources générales de la Confédération pour financer le déficit que les surtaxes ne manqueraient pas de provoquer dans la production indigène – opération qui coûterait 12 à 14 millions par an –, nous porterions à la longue une sérieuse atteinte à la production indigène. En effet, ce ne serait plus le département des finances mais le département de l'économie publique, division de l'agriculture, qui aurait à intervenir pour trouver cette somme de 12 à 14 millions par an. La somme rétrocedée par la caisse centrale devrait figurer dans les

budgets annuels de la Confédération au titre de soutien de l'agriculture. Elle serait automatiquement transformée en subventions qui, dans la situation actuelle des finances publiques et à la suite de rapport Stocker, deviendraient forcément antipathiques à la division de l'agriculture elle-même. La dite subvention – j'en suis persuadé – ne tarderait pas à être amenuisée sinon supprimée. J'ajoute également que le tabac ne figure pas dans la loi sur l'agriculture parmi les cultures subventionnables. La suggestion en question se heurterait donc à une impossibilité juridique.

Je précise encore une fois que le tabac indigène ne peut demeurer compétitif qu'avec la restitution intégrale de cette imposition supplémentaire de 14 000 francs par hectare, environ. Il faut que cette restitution soit intégrale sans quoi le tabac serait définitivement condamné à disparaître. La disparition du tabac indigène entraînerait nécessairement le remaniement complet de la nouvelle loi dont il est l'un des éléments importants, tant dans la taxation des cigarettes que dans celle du tabac à pipe. Il n'est pas exagéré d'affirmer que les dispositions concernant le tabac indigène sont imbriquées dans la loi, avec laquelle elles forment un tout. On l'a déjà dit et je le répète, le tabac indigène représente un des éléments de notre indépendance économique; il en a donné la preuve durant la dernière guerre mondiale en évitant à la Suisse la carte du tabac alors qu'elle était imposée à tous les autres pays d'Europe. Je pense qu'il est donc nécessaire de maintenir la culture du tabac indigène, de conserver ces 800 à 1000 hectares qui lui sont consacrés et qui permettent à 2500 familles de paysans de consolider leur revenu. Je vous demande donc de suivre la commission et le Conseil fédéral en acceptant la proposition qui vous est faite en faveur du tabac indigène.

M. Bonvin, président de la Confédération: Il s'agit du troisième élément principal du projet de loi qui vous est présenté. D'une part, il y a protection de la production indigène du tabac et, d'autre part, simultanément, la prise en charge obligatoire. La prise en charge obligatoire possible de cette production indigène est limitée à la récolte d'une surface de 1000 hectares. Il est rare que l'on doive citer des chiffres dans la loi elle-même; ce sont plutôt les règlements d'exécution qui devraient les contenir mais, ici, il y a une limite d'équilibre qui est exprimée dans la loi. Actuellement ces 1000 hectares ne sont pas atteints; nous en sommes à environ 800 hectares cultivés en Suisse.

Il est des arguments qu'il faut rappeler et que l'on oublie parfois vu le caractère particulier de la loi. Le tabac actuellement importé est frappé de droits d'entrée de 915 francs par quintal pour la fabrication de cigarettes et de 350 francs pour le tabac à pipe. En application de la convention de Stockholm instituant l'AELE, nous devons imposer de la même façon et dans les mêmes proportions la production indigène du tabac. C'est donc là un cas particulier. On ne peut pas considérer le tabac comme un produit agricole ordinaire même s'il est produit par notre terre, étant donné qu'aucun autre produit n'est chargé d'une fiscalité aussi lourde que le tabac. En vertu de la nouvelle loi, la charge nouvelle que vous avez approuvée dans ses éléments principaux, ce matin, provoque une charge supplémentaire nouvelle de 14 millions par an perçue sur la récolte indigène du tabac. Il ne s'agit pas de créer des recettes supplémentaires pour l'AVS, mais bien de réaliser un transfert conduisant à un nouveau système d'imposition sur le plan de la fiscalité intérieure. Ainsi, c'est ce produit du sol qui va fournir à l'AVS 14 millions de francs par année. Cette imposition doit donc permettre

de respecter la convention de Stockholm. Il en résulte que la protection de la culture du tabac doit être assurée par l'octroi d'une aide qui n'a pas le caractère d'une subvention, mais constitue une déduction d'impôt. On a souvent, dans le domaine de la fiscalité, une imposition normale et, suivant la nature de la personne physique ou morale, certaines déductions. Dans ce cas, il y a une déduction du produit brut de la charge fiscale de 14 millions d'un montant qui permette de maintenir la capacité concurrentielle de la production indigène et sauvegarde son existence. Il faut donc s'abstenir de comparer le tabac à un produit agricole ordinaire et abandonner aussi l'idée de la subvention. Comme on l'a vu, il ne s'agit pas d'une subvention; c'est pratiquement une rétrocession à la source. Il ne faut pas penser non plus que, si l'on réalise cette proposition, le financement envisagé du soutien de la culture indigène du tabac par la Confédération réduirait les recettes de l'AVS comparativement à ce qui a eu lieu jusqu'ici. Ce ne sera pas le cas. Dans le nouveau système, les taux ont été calculés de façon que le rendement soit le même, donc l'AVS ne perdra pas le montant que l'on déduit de l'imposition de la production indigène du tabac.

Au cours des travaux de votre commission, on a objecté que le fait de couvrir les montants destinés aux planteurs de tabac en mettant à contribution l'imposition fiscale du tabac indigène constituerait une infraction à l'article 34 quater, alinéa 6, de la Constitution fédérale. De telles objections ne sauraient être retenues. En effet, si l'on reprend les procès-verbaux de l'époque, on constate que la disposition selon laquelle la contribution de la Confédération à l'AVS doit s'effectuer jusqu'à concurrence du produit total net de l'imposition fiscale du tabac, s'explique exactement par l'évolution historique.

Au cours des délibérations relatives à la loi sur l'AVS, certains parlementaires avaient proposé que le revenu de l'imposition du tabac rentre intégralement dans la caisse fédérale tandis que d'autres avaient exprimé l'avis qu'il fallait fixer une limite, le solde devant aller à la caisse fédérale. C'est pourquoi le système en vigueur a été choisi à l'époque. C'est le rendement net – après déduction des frais de prélèvement et des ristournes indispensables – qui va depuis lors au fonds de l'AVS.

M. le professeur Burckhardt avait déjà, dans son commentaire de la Constitution fédérale, défini cette notion de produit total et de produit net. Depuis 1925, nous avons déduit, conformément à ce principe, les remboursements des redevances fiscales, les provisions pour la mise à contribution de l'appareil administratif fédéral, ainsi que la part revenant à la Principauté de Liechtenstein. Nous avons toujours déduit la part des frais administratifs concernant aussi le Liechtenstein et seul le produit net a été versé au fonds. On peut donc admettre qu'il ne s'agit pas d'une rétrocession ni d'une subvention, mais d'une déduction, éventuellement d'une rétrocession lors du prélèvement à la source.

La rédaction actuelle de l'article 34 quater, alinéa 6, de la constitution fédérale dont le principe avait été approuvé en 1925, avait surtout pour but de procurer à la Confédération les ressources nécessaires jusqu'au moment de l'entrée en vigueur de la loi sur l'AVS. On ne pouvait pas à l'époque prévoir le montant effectif des prestations financières que la Confédération serait appelée à verser. On peut donc admettre que la disposition constitutionnelle susmentionnée ne tendait pas à réserver à l'AVS la totalité des recettes brutes de l'imposition fiscale du tabac, même dans l'éventualité où elles dépasseraient la contribution d'assurance incombant à la Confédération. Dans son

commentaire sur la constitution fédérale, le professeur Burckhardt le précise encore de façon tout à fait univoque. Il n'est donc pas contraire à la constitution et, partant, illicite d'affecter à la culture du tabac indigène le revenu supplémentaire provenant de l'imposition de ce tabac lorsque, comme c'est le cas en l'occurrence, ce revenu fiscal additionnel extraordinaire n'est pas nécessaire pour couvrir les contributions légales de la Confédération à l'AVS. Il est donc logique que la Confédération soutienne la culture indigène du tabac à l'aide de ressources provenant du secteur du tabac lui-même. Si les recettes générales de la Confédération devaient être utilisées pour soutenir la production du tabac, qui est soumis à une fiscalité extraordinaire, – laquelle sera aggravée de 14 millions par année lorsque la loi entrera en vigueur – les non fumeurs seraient alors contraints de contribuer à cette subvention de la production du tabac indigène par un prélèvement sur la caisse fédérale. Or, on ne peut pas imposer une telle charge aux non fumeurs! Il faut montrer un peu de retenue, je dirai même de pudeur, dans ce domaine étant donné le caractère du produit.

Aux termes de la loi sur l'agriculture, sur laquelle s'appuient les adversaires de la solution proposée, les prestations versées par la Confédération en vue de la protection des produits agricoles indigènes doivent provenir avant tout des suppléments de prix et de redevances perçues en vertu de ladite loi. Or, cette loi ne prévoit pas de suppléments de prix ni de redevances pour le tabac. En revanche, la nouvelle loi prévoit une aggravation de la fiscalité grevant le tabac produit dans le pays. D'ailleurs, l'office fédéral des assurances sociales estime que les redevances fiscales prélevées sur le tabac indigène devraient en premier lieu être affectées à cette fin. En d'autres termes, on en resterait pratiquement au mode de financement proposé.

La commission fédérale pour l'assurance-vieillesse et l'assurance-invalidité a été consultée à propos de ce projet et elle s'est déclarée, dans sa grande majorité sinon dans son unanimité, en principe favorable au mode de financement préconisé par le Conseil fédéral et votre commission. Nous avons remis aux membres de votre commission le procès-verbal de la séance qu'elle a consacrée à l'examen de ce projet.

En versant aux planteurs de tabac des subventions provenant des recettes fiscales prélevées sur leurs propres récoltes, on assure la pérennité de la culture du tabac indigène. Le président et le rapporteur de langue française de la commission vous ont signalé le danger que courrait à longue échéance dans le cas contraire, la culture du tabac indigène. On peut dire que la capacité de concurrence et l'existence même de cette production seraient mises en péril.

Il faut cependant aussi observer – et cet élément est important – que les cigarettes des catégories de prix les plus basses, qui intéressent la majorité des classes laborieuses et des petits employés, c'est-à-dire celles dont le prix de vente au détail ne dépasse pas un franc par vingt pièces, sont assujetties à un taux d'impôt inférieur de 2 fr. 10 par 1000 pièces, ou de 4,2 centimes par 20 pièces, à celui qui grève les cigarettes de la catégorie de prix de la classe supérieure la plus proche, soit celle dont le prix de vente est inférieur à 1 franc 20 les 20 pièces. L'exception fiscale pour la cigarette de qualité mais de prix bas est consentie à la condition que ces cigarettes contiennent au moins 50% de tabac indigène. En imposant la prise en charge aux fabricants, on empêche la détérioration de la qualité de la cigarette de bas prix. Cet avantage fiscal existe déjà main-

tenant. Il vise non seulement à encourager l'écoulement du tabac indigène mais aussi à obtenir des cigarettes de bonne qualité et moins chères que celles qui sont fabriquées selon les normes habituelles. Si les difficultés provenant du financement par la voie de subventions devaient entraîner un fort recul ou même l'abandon de la culture du tabac indigène, il ne serait plus possible d'offrir sur le marché des cigarettes à 1 franc les 20 pièces, ce qui serait regrettable vu qu'elles sont consommées en majeure partie dans les milieux modestes. La prise en charge ne serait en effet plus possible si l'on supprime l'aide en faveur du maintien du statut actuel de la production indigène du tabac.

Voilà les raisons pour lesquelles le Conseil fédéral vous demande d'accepter son projet, qui a été approuvé par votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Streichungsantrag Stich	15 Stimmen
Dagegen	85 Stimmen

Präsident: Für den Fall der Ablehnung des Antrages Stich hat Herr Stich einen Antrag zur Änderung von Artikel 26, Absatz 1, gestellt. Will Herr Stich seinen Antrag noch begründen? – Das ist nicht der Fall.

Abstimmung – Vote

Für den Eventualantrag Stich	15 Stimmen
Dagegen	74 Stimmen

Art. 29–37

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Art. 38

Antrag der Kommission

Abs. 1

Wer den Handelsvorschriften oder den Vorschriften über die Verbindlichkeit der Kleinhandelspreise zuwiderhandelt,

wer als registrierter Hersteller, Importeur oder Rohmaterialhändler die Änderung der Firma, des Wohnsitzes, der Geschäftsniederlassung oder geschäftlichen Betätigung zu melden unterlässt,

wer sonst einer Vorschrift dieses Gesetzes über die Steuer auf Tabakfabrikaten und Zigarettenpapier, einer Ausführungsverordnung, einer auf Grund solcher Vorschriften erlassenen allgemeinen Weisung oder einer unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Einzelverfügung zuwiderhandelt,

wird mit Busse bis zu 5000 Franken bestraft.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Art. 38

Proposition de la commission

Al. 1

Celui qui contrevient aux dispositions réglant le commerce ou aux prescriptions stipulant le caractère obligatoire des prix de détail,

celui qui, en qualité de fabricant, importateur ou marchand de matière brute, inscrit au registre, omet d'annoncer un changement de la raison de commerce, du domicile personnel, du siège social ou de l'activité commerciale,

celui qui contrevient d'une autre manière à une prescription de la présente loi et ayant trait à l'imposition des tabacs manufacturés et du papier à cigarettes, à une ordonnance d'exécution, à une instruction d'ordre général édictée en application d'une de ces dispositions, ou à une décision qui lui est signifiée avec mention de la peine prévue au présent article,

sera puni de l'amende jusqu'à 5000 francs.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Haller-Windisch, Berichterstatter: Artikel 38, Absatz 1: Wäre der Preisschutz nur noch als Übergangsbestimmung beibehalten worden, so würden für Widerhandlungen weiterhin die Strafbestimmungen des AHV-Gesetzes gelten. Die entsprechenden Artikel 146, 148 und 150 sind deshalb in Artikel 47, der jetzt abgeschrieben ist, Absatz 2 des Entwurfes des Bundesrates, angeführt. Nun ist der Preisschutz gemäss Antrag der Kommission beibehalten worden. So müssen strafrechtliche Sanktionen im neuen Gesetz enthalten sein. Diesem Zweck dient ausschliesslich die von der Kommission vorgeschlagene Ergänzung.

M. Thévoz, rapporteur: Il faut modifier la rédaction de l'article 38 à la suite de l'adoption de l'article 15 bis relatif au caractère obligatoire des prix de détail. Nous vous proposons donc un nouveau texte pour l'alinéa 1 de l'article 38.

Angenommen – Adopté

Art. 39–46

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Art. 47, Abs. 1

Antrag der Kommission

Streichen.

Art. 47, al. 1

Proposition de la commission

Biffer.

Präsident: Artikel 47, Absatz 1, fällt nach Antrag der Kommission weg. Sie sind einverstanden.

Angenommen – Adopté

(Art. 47, Abs. 2, siehe Seite 276 hiervor – Art. 47, al. 2, voir page 276 ci-devant.)

Art. 48

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates.

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral.

Angenommen – Adopté

Titel und Ingress – Titre et préambule

Haller-Windisch, Berichterstatter: Nachdem Sie die Anträge der Kommissionsmehrheit zu Artikel 11 bis und Artikel 15 bis angenommen haben, wird der Beschluss über die Formulierung des Ingresses definitiv.

M. Thévoz, rapporteur: Ainsi que je l'avais déjà relevé au début de nos débats, l'adoption des articles 11 bis (réduction d'impôt pour les petites et moyennes entreprises) et 15 bis (protection relative des prix de détail) oblige à modifier le préambule de la loi en supprimant la référence à l'alinéa 3, lettre b, de l'article 31. C'est ce que la majorité de la commission a proposé.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzesentwurfes	75 Stimmen
Dagegen	20 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

**9704. Interpellation Weber Max.
Auswirkungen der Kennedy-Runde
Effets du Kennedy-Round**

Text der Interpellation

Die Kennedy-Runde des GATT ist am Pfingstmontag mit einem sehr bemerkenswerten Erfolg beendet worden, ist doch für industrielle Produkte eine Zollsenkung vereinbart worden, die im Mittel 30 bis 40% erreichen dürfte.

Der Bundesrat wird ersucht, Auskunft zu geben darüber, wie er die Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft beurteilt hinsichtlich der Folgen

- a) auf die Inlandproduktion;
- b) auf die Konsumentenpreise;
- c) auf die Exportwirtschaft;
- d) auf die Bundesfinanzen infolge des Zollaussfalles.

Texte de l'interpellation

Les négociations Kennedy menées dans le cadre du GATT ont pris fin le lundi de Pentecôte sur un succès marqué. Il a en effet été convenu d'une réduction des droits de douane sur les produits industriels qui atteindrait en moyenne 30 à 40%.

Le Conseil fédéral est prié de dire quels effets aura cette réduction sur l'économie suisse en ce qui concerne

- a) la production indigène;
- b) les prix de détail;
- c) les exportations;
- d) les finances fédérales en raison de la diminution des recettes douanières.

Mitunterzeichner – *Cosignataires:* Berger-Olten, Bratschi, Brawand-Bern, Bringolf, Diethelm, Düby, Eggenberger, Geissbühler-Köniz, Gloor, Graber, Haller-

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.06.1967
Date	
Data	
Seite	292-297
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 659

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz Imposition du tabac. Loi

Siehe Seite 201 hiervor – Voir page 201 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 3. Oktober 1967
Décision du Conseil des Etats du 3 octobre 1967

Differenzen – Divergences

Art. 15, 15 bis, 38, 47, Anhang IV

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates.

Art. 15, 15 bis, 38, 47, annexe IV

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats.

Haller-Windisch, Berichterstatter: Der Ständerat hat in seiner Sitzung vom Dienstag morgen, nachdem er am Montag abend diskussionslos Eintreten beschlossen hatte, die Detailberatung des Tabakgesetzes in Angriff genommen. Mit Ausnahme des Preisschutzes hat er allen Abänderungsanträgen des Nationalrates zugestimmt. Damit sind vor allem die Ermässigungen, die bei kleineren und mittleren Betrieben eine Rolle spielen, für die nächsten Jahre gesichert.

Nun zu den Differenzen: Im Artikel 15 – Sie haben die Fahne erhalten – hat der Ständerat eine bessere Formulierung gefunden, und im Anhang IV wurde ein neuer Absatz geboren. Das ist zurückzuführen auf eine neue Kreation in der Zigarettenproduktion, die den beiden Kommissionen bisher nicht bekannt war. Aus Amerika kommt die Mode der längeren Zigaretten. Da die Besteuerung auf der Stückzahl basiert, soll dem eventuell gestörten Verhältnis von Stückzahl zur Länge Rechnung getragen werden.

Beim umstrittenen Preisschutz, zu dem wir uns in echter Sorge bekannten, sind schon in der Sommersession den Anhängern des dauernden Preisschutzes ermunternde Brücken mit einer fünfjährigen Befristung gebaut worden, so dass das Abstimmungsverhältnis 74:72 Stimmen bekanntlich knapp ausgefallen ist. Nachdem nun der Ständerat mit seiner Formulierung im Artikel 47 die Brücken noch vergoldet hat, und zwar ohne Gegenstimme, fand unsere Kommission keinen Anlass, unrealistisch noch weiter zu insistieren. Die Tabakindustrie ist einverstanden mit dieser Lösung, und auch der Aargauer Heimatschutz, wie Kollege Schürmann uns maliziös apostrophierte, kann mit dem Ausgang zufrieden sein.

Mit der Streichung des Artikels 15 bis muss wieder der Artikel 38 in der ursprünglichen Form auferstehen.

Der Artikel 47, Absatz 2, wird wieder aufgenommen und erhält als Absatz 1 die vorliegende Form: «5 Jahre nach Inkraftsetzen», wie sie der Ständerat uns beliebt zu machen vorschlägt.

Unsere Kommission beantragt nun, dem befristeten Preisschutz zuzustimmen. Sie haben die Anträge vor sich, sie decken sich voll und ganz mit den Beschlüssen des Ständerates, so dass keine Differenzen mehr bestehen. Wir möchten Sie ersuchen, diesen Artikeln die Zustimmung zu geben. Damit könnte der Grosskampf um das sicher gute und wertvolle Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung in Minne beigelegt werden.

M. Thévoz, rapporteur: Vous vous souvenez qu'en juin dernier notre Conseil avait, au terme d'un long débat,

adopté par 74 voix contre 72 le maintien de la protection relative des prix de vente au détail, et ceci sans limitation de durée. Nous ne voulons pas revenir ici sur le fond du problème, dont les données sont amplement connues. Le Conseil des Etats a estimé, quant à lui, que la protection des prix de détail pouvait être supprimée au terme d'une période transitoire de cinq ans à partir de la date d'entrée en vigueur de la loi.

Nous sommes ici appelés à prendre une décision dictée par le réalisme politique. Considérant d'une part la faible majorité à laquelle le Conseil national avait décidé le maintien de la protection des prix et, d'autre part, la décision unanime du Conseil des Etats tendant à supprimer cette garantie des prix au bout de cinq ans, la commission vous propose de vous rallier à cette deuxième décision. Cette période transitoire devrait permettre à la branche du tabac de s'adapter à la libéralisation totale des prix de détail. Quant aux autorités responsables, elles pourront et devront suivre attentivement l'évolution de la situation.

En conclusion, nous vous proposons d'adhérer aux décisions du Conseil des Etats soit: modification rédactionnelle de l'article 15, suppression de l'article 15 bis, nouvelle teneur des articles 38 et 47. Il faut enfin adopter une nouvelle disposition à l'annexe 4, chiffre 3, disposition permettant de frapper d'un supplément d'impôt les cigarettes long format apparues récemment sur le marché suisse.

M. Bonvin, président de la Confédération: Cette loi réalise en toute modestie une opération moderne qui permet de transformer une imposition fiscale périphérique, donc douanière, en un droit intérieur. Le but visé est précisément d'opérer cette transformation et non d'obtenir des recettes supplémentaires. Les recettes doivent rester à peu près les mêmes. Cette opération est nécessaire pour respecter les clauses de la convention de Stockholm, que nous avons signée en entrant dans l'AELE, et les promesses subséquentes que nous avons faites. Le projet de loi contient cependant un second élément auquel je vous rends attentifs, car il est très important malgré la modicité de sa taille. L'impôt intérieur est basé non seulement sur l'unité ou sur le poids, mais aussi sur la valeur. C'est la première fois que nous introduisons le facteur valeur dans le calcul de la fiscalité du tabac.

Quant aux divergences que nous essayons d'éliminer entre les deux Conseils, le Conseil fédéral se rallie à la proposition de votre commission. Dans son projet, il avait proposé de respecter le principe de la liberté du commerce et de l'industrie dans ce secteur particulier, en rétablissant cette liberté, mais en maintenant l'impression des prix au départ de la fabrique, le soin étant toutefois laissé dans une certaine mesure au marché de fixer le prix payé par le consommateur. Pour tenir compte du caractère particulier qu'a ce secteur en Suisse et de la situation particulière de la Suisse dans le monde en tant que détentrice du record des postes de vente du tabac, il vous avait proposé un délai d'adaptation de 3 ans pour l'instauration de cette liberté. Le Conseil des Etats a proposé cinq ans et votre commission vous demande de suivre le Conseil des Etats. Le Conseil fédéral se rallie volontiers à cette proposition.

Angenommen – Adopté

Präsident: Damit sind die Differenzen zum Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung bereinigt. Wir werden morgen die Schlussabstimmung vornehmen können.

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	11
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1967
Date	
Data	
Seite	494-494
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 710

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

**9474. Anschlussamnestie für die Wehrsteuer
Amnistie fiscale concernant l'impôt pour
la défense nationale**

Siehe Seite 485 hiervor – Voir page 485 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 5. Oktober 1967
Décision du Conseil des Etats du 5 octobre 1967

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlussentwurfes	132 Stimmen
Dagegen	22 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz
Imposition du tabac. Loi**

Siehe Seite 494 hiervor – Voir page 494 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 3. Oktober 1967
Décision du Conseil des Etats du 3 octobre 1967

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes	141 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

**9658. Ausgabe von Pfandbriefen.
Änderung des Bundesgesetzes
Emission de lettres de gage. Modification
de la loi**

Siehe Seite 488 hiervor – Voir page 488 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 5. Oktober 1967
Décision du Conseil des Etats du 5 octobre 1967

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes	149 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	---------------------------------

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

**9726. Münzgesetz. Revision
Monnaie. Revision de la loi**

Siehe Seite 453 hiervor – Voir page 453 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 3. Oktober 1967
Décision du Conseil des Etats du 3 octobre 1967

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes	159 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	---------------------------------

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

**9601. Bundesbeiträge. Abbau
Subventions fédérales. Réduction**

Siehe Seite 481 hiervor – Voir page 481 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 5. Oktober 1967
Décision du Conseil des Etats du 5 octobre 1967

Schlussabstimmungen – Votes finales

**Bundesbeschluss über die Aufhebung des Bundes-
beschlusses betreffend den Ersatz für Waldrodungen und
Uebernutzungen**

**Arrêté fédéral abrogeant celui qui concerne la compen-
sation de défrichements et de surexploitations forestières**

Für Annahme des Beschlussentwurfes	150 Stimmen (Einstimmigkeit)
------------------------------------	---------------------------------

**Bundesbeschluss über Kostenanteile in der Grund-
buchvermessung**

**Arrêté fédéral concernant la participation aux frais des
mensurations cadastrales**

Für Annahme des Beschlussentwurfes	157 Stimmen (Einstimmigkeit)
------------------------------------	---------------------------------

**Bundesgesetz über die Aenderung
des Eisenbahngesetzes**

Loi fédérale modifiant la loi sur les chemins de fer

Für Annahme des Gesetzentwurfes	138 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	---------------------------------

**Bundesgesetz über die Aenderung des Bundesgesetzes
über die Brotgetreideversorgung des Landes
(Getreidegesetz)**

**Loi fédérale modifiant la loi sur l'approvisionnement
du pays en blé (loi sur le blé)**

Für Annahme des Gesetzentwurfes	152 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	---------------------------------

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.10.1967
Date	
Data	
Seite	500-500
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 717

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

ständerätlichen Kommission wurde mitgeteilt, dass der Bundesrat dafür eintrete, dass der Absatz 6 von Artikel 90 des Wehrsteuerbeschlusses gestrichen werde, wenn in Artikel 90 der Absatz 6bis nicht aufgenommen werde. Ein Antrag, den Absatz 6bis in die Vorlage aufzunehmen, wurde nicht gestellt. Damit war es für die Kommission gegeben, die Abänderung und Ergänzung des Wehrsteuerbeschlusses ganz zu streichen, was einstimmig beschlossen wurde. Ich ersuche Sie, diesem Streichungsantrag der Kommission zuzustimmen.

Damit soll es in bezug auf die Bescheinigungspflicht wenigstens vorläufig sein Bewenden haben. Wir werden also den Status quo beibehalten. Es wird dann aber möglich sein, im Wehrsteuergesetz neue Bestimmungen über die Bescheinigungspflicht aufzunehmen. Dann kann auch geprüft werden, ob der Steuerdefraudation durch stärkere Strafsanktionen zusätzlich begegnet werden könne.

Ich beantrage Ihnen, dem Antrag der Kommission zuzustimmen, die Ihnen empfiehlt, den Abschnitt II zu streichen.

Angenommen — Adopté

III. Uebergangs- und Schlussbestimmungen
Art. 7, 8

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

III. Dispositions transitoires et finales
Art. 7, 8

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Odermatt, Berichterstatter: Die Uebergangs- und Schlussbestimmungen werden dann in der Vorlage unter II figurieren, weil der bisherige Abschnitt II gestrichen worden ist. Ich beantrage Ihnen, den Artikeln 7 und 8 zuzustimmen.

Angenommen — Adopté

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Titel

Bundesgesetz über die Durchführung der allgemeinen Steueramnestie auf 1. Januar 1969

Ingress

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Titre et préambule

Proposition de la commission

Titre

Loi fédérale concernant l'exécution de l'amnistie fiscale générale au 1er janvier 1969

Préambule

Adhérer à la décision du Conseil national.

Präsident: Zufolge Wegfalls von Abschnitt II, betreffend Abänderung und Ergänzung des Wehrsteuerbeschlusses, kann der Titel des Bundesgesetzes gekürzt werden. Er muss nun lauten:

«Bundesgesetz über die Durchführung der allgemeinen Steueramnestie auf 1. Januar 1969.»

Angenommen — Adopté

Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	18 Stimmen
Dagegen	11 Stimmen

An den Nationalrat — Au Conseil national

Vormittagssitzung vom 28. September 1967

Séance du 28 septembre 1967, matin

Vorsitz — Présidence: Herr Rohner

**9659. Massnahmen zugunsten des Rebbaues.
Verlängerung des Bundesbeschlusses**

**Mesures temporaires
en faveur de la viticulture.
Prorogation de l'arrêté fédéral**

Siehe Seite 153 hiervor — Voir page 153 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 19. September 1967
Décision du Conseil national du 19 septembre 1967

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Beschlussentwurfes	37 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat — Au Conseil national

Nachmittagssitzung vom 2. Oktober 1967

Séance du 2 octobre 1967, après-midi

Vorsitz — Présidence: Herr Rohner

**9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz
Imposition du tabac. Loi**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 10. Januar 1967
(BBl I, 117)

Message et projet de loi du 10 janvier 1967 (FF I, 113)

Beschluss des Nationalrates vom 27. Juni 1967
Décision du Conseil national du 27 juin 1967

Antrag der Kommission
Eintreten.

Proposition de la commission
Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung — Rapport général

M. Torche, rapporteur: La commission du Conseil des Etats chargée d'examiner le projet de loi sur l'imposition du tabac, et au nom de laquelle j'ai mission de vous présenter ce rapport, s'est réunie une première fois à Montreux les 16 et 17 août 1967, en présence de M. Roger Bonvin, président de la Confédération, chef du Département fédéral des finances et des douanes, et de M. Lenz, directeur général des douanes. La commission a visité des cultures de tabac de la Broye et du Bas-Valais et une fabrique de cigares et cigarettes, des hangars à tabac individuels, y compris un séchoir industriel, prenant ainsi une vue d'ensemble de la situation dans la culture et l'industrie du tabac. Les discussions, les vues échangées, les renseignements obtenus au cours de cette première séance amenèrent la commission à voter l'entrée en matière et à requérir du département compétent quelques informations complémentaires. Au cours d'une deuxième séance, qui s'est déroulée à Berne, le 16 septembre 1967, soit à la veille de la session, elle a pris définitivement position sur le projet, confirmant notamment à l'unanimité sa première décision de maintenir la protection des prix pendant une période transitoire de cinq ans seulement.

La loi à l'examen est destinée à remplacer le chapitre IV de la deuxième partie de la loi fédérale sur l'AVS. Aux termes de l'article 34^{quater} de la Constitution, la Confédération affecte à l'AVS le produit total de l'imposition du tabac. Selon l'article 41^{bis}, lettre c, de la Constitution, elle peut percevoir des impôts sur le tabac brut et manufacturé.

L'imposition du tabac consiste en la perception de trois redevances:

a) le droit d'entrée sur les tabacs bruts et les déchets de tabacs, importés, ainsi que sur les tabacs fabriqués, importés;

b) la taxe de fabrication sur tous les tabacs manufacturés en Suisse;

c) la taxe sur les cigarettes fabriquées non industriellement en Suisse, sur la base du papier à cigarettes importé ou produit dans le pays, qui a servi à leur fabrication.

Les recettes tirées de l'imposition du tabac, qui n'ont cessé d'augmenter et se sont élevées, en 1965, à environ 304 millions de francs, ont permis jusqu'ici de constituer des réserves supérieures aux contributions AVS annuelles. Mais les récentes augmentations des prestations de l'AVS ont obligé le Conseil fédéral à majorer de 40 pour cent, comme l'y autorise le chiffre IV, lettre b, de la loi fédérale du 19 décembre 1963 modifiant celle sur l'AVS, la taxe de fabrication sur les cigarettes, le taux du droit de douane grevant le tabac brut destiné à la fabrication des cigarettes et le tabac à cigarettes, ainsi que le taux du droit de douane frappant les cigarettes.

Le système actuel se caractérise par la garantie des prix, fondée sur l'article 127, alinéa 1, lettre d, de la loi sur l'AVS.

On ne s'étonnera pas que le projet de loi ait suscité d'assez vifs débats si l'on considère l'importance du tabac sur le plan économique suisse. La Suisse compte 2500 planteurs et la culture du tabac comprend une surface de quelque 1000 ha rapportant approximativement 2 millions de kilos de tabac non fermenté, soit près de 8 millions de francs. Ce sont surtout de petites et moyennes entreprises familiales qui s'adonnent à cette

culture; elle contribue à l'exploitation rationnelle du sol et à un rendement accru des entreprises agricoles.

L'industrie du tabac emploie environ 8000 personnes. 41 entreprises fabriquent des cigares de tous genres, 27 entreprises fabriquent le tabac pour la pipe et 23 entreprises s'adonnent à la fabrication de cigarettes de tous genres. Parmi elles, de grandes, de moyennes et de petites entreprises. Les petites et moyennes entreprises, installées pour la plupart dans des régions campagnardes, ont occupé en 1964 près de 3000 personnes, dont un grand nombre de ménagères, qui trouvent dans cette activité un complément au revenu familial.

Le commerce de tabacs manufacturés est, en principe, libre en Suisse. La vente occupe dans notre pays 130 grossistes, 1500 magasins spécialisés et — record mondial, je crois — plus de 100 000 détaillants de toutes sortes, présentant une gamme de variétés impressionnante.

La Confédération, membre de l'Association européenne de libre-échange, a promis, comme les autres pays associés, de supprimer les droits de douane qui protègent jusqu'à maintenant les produits nationaux. Elle s'y est engagée en vertu de l'article 6 de la convention AELE, dite de Stockholm, en se proposant notamment de supprimer — en deux étapes — l'élément protecteur compris dans les droits de douane fiscaux grevant les tabacs.

D'autres considérations militent aussi en faveur d'une révision des dispositions actuelles. Il faut s'attendre à ce que les droits de douane perdent peu à peu de leur importance en tant que moyens de financement des tâches de l'Etat, car leur rôle sera toujours plus restreint par suite de la suppression progressive des barrières commerciales, et il importe que la Confédération veille maintenant déjà à s'assurer une compensation pour ce manque à gagner. Dans le cas particulier, la Confédération doit maintenir si possible intactes les recettes tirées de l'imposition du tabac, pour pouvoir continuer sa contribution à l'AVS. Ces supputations ont incité les auteurs du projet de loi à rédiger les nouvelles dispositions de telle manière que les changements à apporter ultérieurement au système d'imposition soient aussi minimes que possible. C'est pourquoi nous avons à examiner une révision fondamentale des dispositions légales concernant l'imposition du tabac.

Il a paru au Conseil fédéral judicieux de séparer l'imposition du tabac de la loi sur l'assurance-vieillesse et survivants et d'en faire une loi distincte. C'est logique. Il nous présente un projet qui a été élaboré dans l'unique dessein de créer un système d'imposition du tabac qui corresponde aux obligations internationales présentes ou à venir, système qui maintienne cependant intactes les recettes actuelles de l'imposition du tabac que la Confédération affecte à l'AVS. La révision de la loi actuelle n'a pas pour but d'alourdir l'imposition, mais d'opérer un transfert entre les différents droits auxquels sont soumis les tabacs manufacturés, transfert rendu nécessaire par le démantèlement douanier intervenu au sein de l'AELE.

Des solutions envisagées pour ce nouveau système, plusieurs ont dû être écartées parce que ne convenant pas à notre pays, ou ne répondant pas aux buts fixés par la révision. La solution qui se prête le mieux aux conditions helvétiques et qui a été retenue est un impôt interne sur les tabacs manufacturés. Cet impôt existe déjà sous forme de taxe de fabrication. La base de cal-

cul ainsi que les taux sont les mêmes pour les tabacs manufacturés fabriqués en Suisse et pour ceux qui sont importés; ainsi, les tabacs manufacturés importés des pays de l'AELE et ceux qui sont fabriqués en Suisse seront traités sur un pied d'égalité.

La nouvelle réglementation doit empiéter le moins possible sur la structure de l'industrie et ne pas avoir de répercussions économiques; elle ne doit pas compromettre les revenus en faveur de l'AVS, ni contribuer à enfler l'appareil administratif.

Le système envisagé prévoit la perception de l'impôt à l'échelon «fabricant», comme cela se passe maintenant déjà en ce qui concerne la taxe de fabrication. Ainsi, la marchandise est imposée avant de pénétrer dans le réseau commercial; le nombre d'assujettis est restreint et un revenu élevé peut être encaissé à peu de frais administratifs et sans appareil de contrôle compliqué.

Il y avait diverses possibilités de pratiquer l'imposition à cet échelon «fabricant». Le maintien d'une imposition spécifique du tabac (base de détermination: poids des matières brutes mises en œuvre, nombre de pièces et poids des cigarettes finies), selon le système actuellement en vigueur pour la taxe de fabrication, paraît être la solution la plus judicieuse: cette imposition spécifique est simple dans son application; elle n'occasionne pas aux fabricants assujettis une imposition supplémentaire lors de la mise en œuvre du tabac de grande valeur, ce qui leur permet de se concentrer sur la qualité. Cette imposition spécifique a été complétée dans une faible mesure par une imposition sur la valeur de vente au détail, afin de sauvegarder l'équité fiscale. Cette imposition supplémentaire sous forme d'une progression fiscale en fonction de la valeur est toutefois limitée de manière à éviter d'intervenir dans la structure de l'industrie du tabac, tout en garantissant le chiffre actuel des recettes en faveur de l'AVS.

La redevance grevant le papier à cigarettes, bien que n'apportant que de faibles recettes, est maintenue dans la nouvelle réglementation, avec une augmentation de 50 pour cent de la taxe par feuille ou tube.

Les importateurs de tabacs manufacturés avaient présenté une requête tendant à une réduction des droits d'entrée. Cette requête a été écartée: le moment semble peu propice à une réduction qui, en outre, aurait pour désavantage d'atténuer le régime préférentiel de l'AELE.

Un tarif spécial a été élaboré pour chacun des trois groupes de tabacs manufacturés: cigares, tabac pour la pipe, cigarettes. Dans la fabrication des cigares, l'intervention de la main-d'œuvre est beaucoup plus importante que dans celle des cigarettes. On s'efforce toutefois de plus en plus de mécaniser, ce qui permet à l'industrie du cigare de réduire le coût des matières brutes et de la fabrication et d'augmenter la capacité de production. Une charge fiscale accrue devient ainsi supportable sans entraver les progrès de la technique. C'est pour tenir compte de cette évolution que le Conseil fédéral doit être autorisé à majorer les taux du tarif d'impôt et fixer la date qui lui paraît propice pour décréter cette majoration (article 11, alinéa 2, lettre c, du projet de loi). La base de calcul est le poids moyen par 1000 pièces; le taux est échelonné par catégories de prix, suivant le prix de vente au détail par pièce. Le tarif d'impôt pour les cigarettes repose sur les mêmes bases de détermination. Ces tarifs ont été élaborés sous forme de tableaux énumérant tous les taux applicables dans les cas d'espèce. Ils ont fait l'objet d'entretiens avec les associations de fabricants qui ont donné leur assentiment de

principe. Les droits de douane sur le tabac brut et les déchets de tabac, servant à la fabrication de tabacs manufacturés, sont supprimés. Il est prévu cependant un droit de douane de 100 francs par 100 kg sur la matière brute utilisée à d'autres fins que la fabrication de tabacs manufacturés (par exemple production de substances chimiques destinées à la fabrication de produits pharmaceutiques).

Protection du tabac indigène.

La suppression des droits de douane sur le tabac brut prive le tabac indigène de la protection douanière. Sous le régime fiscal actuel déjà, le tabac indigène, à cause de l'augmentation du coût de la production, se trouve en difficulté comparativement au tabac brut étranger. Pour assurer l'écoulement du tabac indigène de la récolte de 1964, le Conseil fédéral avait accordé, par arrêté du 6 mars 1964, une subvention de 1,1 million de francs; cet arrêté a été prorogé pour assurer le soutien des prix jusqu'à l'entrée en vigueur de la nouvelle loi sur l'imposition du tabac. On peut se demander ce qu'il adviendra par la suite et si la nouvelle réglementation découlant des obligations internationales doit vraiment faire disparaître la culture indigène du tabac. Il fallait trouver une solution qui garantisse l'existence de cette branche de l'agriculture.

C'est pourquoi le projet propose que la Confédération accorde des contributions au tabac indigène, contributions qui peuvent être prélevées sur le revenu fiscal des produits fabriqués avec du tabac indigène. L'affectation à cette fin des revenus sensiblement plus élevés, par suite de la nouvelle réglementation, tirés de l'imposition du tabac indigène se justifie. Il n'a jamais été question d'augmenter le revenu fiscal par l'imposition du tabac indigène. Le prélèvement des contributions en faveur de la culture indigène du tabac sur les revenus de l'imposition du tabac n'amenuisera pas les recettes en faveur de l'AVS et les planteurs trouveront dans cette solution compensation du désavantage financier résultant pour eux de la nouvelle réglementation. La commission fédérale pour l'AVS et l'AI a été informée de cette intention; la majorité de ses membres s'est ralliée à cette idée, tandis qu'une minorité aurait préféré que cette compensation fût faite par le compte ordinaire de la Confédération.

La part de tabac indigène à l'ensemble de la consommation suisse de tabac brut est actuellement de 8 à 9 pour cent et correspond à une récolte normale de 800 à 1000 ha. Une prise en charge obligatoire de tabac indigène est tout à fait supportable et il est possible d'exiger que l'industrie du tabac prenne en charge la récolte d'une surface d'environ 1000 ha. L'industrie du tabac a admis cette disposition, moyennant que les contributions fédérales prévues dans le projet de loi soient effectivement octroyées.

Les réductions de la taxe de fabrication constituent une particularité de la réglementation actuelle. Elles ont été instituées pour sauvegarder l'existence des petites et moyennes entreprises et empêcher la concentration de l'industrie dans quelques grandes entreprises. Mais ces réductions ne suffisent pas à permettre aux petites et moyennes entreprises d'introduire leurs produits sur le marché à des conditions plus favorables que les produits fabriqués par les grandes entreprises ou importés. Les réductions tendent donc uniquement à créer, sur le marché, une situation de base semblable pour tous les producteurs.

Au cours des travaux préparatoires en vue de la nouvelle réglementation, la question des réductions d'impôt a été longuement débattue. Il a été constaté que ces réductions sont anticonstitutionnelles, qu'elles sont contraires aux obligations découlant de la convention AELE; la commission des cartels a proposé au Conseil fédéral de les écarter pour des raisons de politique en matière de concurrence. Aussi la conclusion logique est-elle de les supprimer.

Mais pour tenir compte des conséquences à attendre de cette suppression (fermeture probable de 15 à 20 entreprises de l'industrie du cigare, occupant quelque 600 employés, et de 10 à 12 entreprises fabriquant du tabac pour la pipe, occupant environ 30 personnes), il a paru équitable de prévoir une période d'adaptation et de maintenir les réductions actuelles jusqu'à fin 1972 pour les cigares et le tabac à pipe, et jusqu'à fin 1968 pour les cigarettes. Cette période donnera aux propriétaires la possibilité de s'adapter aux nouvelles circonstances soit par des regroupements d'entreprises, soit par des liquidations dans des conditions encore favorables.

La garantie relative des prix a été introduite par arrêté du 23 décembre 1938 sur l'imposition du tabac, à la suite d'un postulat du conseiller national Joss et d'une enquête de la Fédération suisse du tabac, mais à l'époque, contre l'avis des organismes faitiers de l'économie et de l'OFIAMT, afin d'éviter le gâchage des prix. Il s'agissait donc d'une mesure de politique économique.

Après avoir entendu l'avis de la commission des cartels, le Conseil fédéral a jugé devoir faire abstraction, dans la nouvelle loi, de dispositions relatives à la garantie des prix, des raisons d'ordre juridique étant opposables au maintien de cette garantie. Mais ne voulant pas supprimer brusquement cette protection officielle, le Conseil fédéral propose de la maintenir encore durant une période transitoire s'étendant jusqu'à la fin de 1970. Les bénéficiaires de cette mesure de protection auront ainsi le temps de s'adapter et de s'organiser en conséquence.

Au cours des débats, certains membres de la commission se sont demandé s'il était indispensable que la Suisse prenne en quelque sorte les devants pour adapter ses dispositions en matière de droits de douane à la convention de l'AELE. Le chef du Département fédéral des finances leur rappela les engagements contenus dans l'article 6 de la convention de Stockholm, qui sont péremptoires. Lorsqu'une loi peut être adaptée, nous devons le faire à temps. Nous avons signé la convention de Stockholm, nous devons la respecter. En outre, la tendance universelle est aujourd'hui de supprimer les droits de douane et de les remplacer par des impôts internes. Même si nous n'étions pas engagés par la convention de Stockholm, le Conseil fédéral serait obligé de présenter cette loi, qui correspond à une nécessité gouvernementale.

Au sein de la commission, personne n'a combattu l'entrée en matière, mais des renseignements complémentaires ont été demandés, spécialement par M. Bachmann. Ils sont parvenus à la commission sous la forme d'un rapport du 8 septembre 1967 du Département fédéral des finances et des douanes. C'est la réponse à diverses questions soulevées par l'un ou l'autre des membres de la commission.

On en conclut d'abord que le renvoi de la révision, de l'imposition sur le tabac placerait la Suisse dans une position fâcheuse à l'endroit de ses partenaires de

l'AELE, car maintenir le statu quo serait bénéficier indûment d'une situation de faveur dérogeant à la convention signée. Les membres de l'AELE ont tous rempli leurs engagements relatifs aux droits fiscaux, sauf la Suisse et le Portugal, qui s'est fait rappeler ses engagements.

L'imposition du tabac n'étant plus exclusivement spécifique, mais se basant aussi sur les prix de vente de détail, certains craignent que ce système ne soit pas capable d'assurer les recettes prévues et nécessaires pour financer l'AVS. L'Union suisse des coopératives de consommation avait proposé de percevoir l'impôt sur le prix au départ de la fabrique. Cette possibilité aurait eu l'avantage de permettre la perception sur la même base que l'impôt sur le chiffre d'affaires. Mais elle présentait des désavantages et des inconvénients tels qu'il fallut y renoncer. L'écueil réside dans le fait que l'imposition devrait se traduire par des taux très élevés. La quantité de marchandises vendues et l'échelon «acquéreur» sont, entre autres, des facteurs qui influent sur les prix. Le fabricant, comme on le sait, ravitaille les grossistes, les distributeurs en gros, les organismes d'achat et même les magasins spécialisés. Ces acheteurs bénéficient, selon l'ampleur de la commande et du chiffre d'affaires, de rabais ou d'escomptes. Dans l'intérêt d'une perception unifiée de l'impôt et du recouvrement des recettes tirées de l'imposition du tabac, il faudrait donc définir avec précision la valeur, et recourir à un appareil de contrôle chargé d'examiner les valeurs déclarées et d'élucider les différences de valeur. On aboutirait ainsi à un surcroît de travail administratif. L'accouplement de l'impôt sur le tabac avec l'impôt sur le chiffre d'affaires se heurte aussi à des considérations d'ordre constitutionnel: l'ICHA est limité par la législation actuelle jusqu'à fin 1974 (article 41^{ter}, alinéa 1, de la Constitution), tandis que la durée de l'imposition du tabac, en tant que recette de la Confédération, est en principe illimitée.

Quant au supplément de travail administratif qu'apporterait la nouvelle réglementation, il semble bien qu'une telle crainte ne soit pas fondée. Dans l'administration, il ne faut pas escompter une augmentation du nombre des fonctionnaires; la suppression des droits sur le tabac brut déchargera dans une certaine mesure le personnel de la direction générale des douanes. Dans l'industrie des cigarettes, le travail n'augmentera pas, le procédé d'imposition restant le même. Dans celle des cigares et du tabac pour la pipe, il sera nécessaire de tenir un contrôle des tabacs manufacturés; ce contrôle existe déjà dans certaines maisons; les autres (10 à 15 entreprises) devront probablement engager un employé supplémentaire. Le contrôle des produits fabriqués apportera en revanche des avantages sensibles aux fabricants, en leur permettant de se rendre compte des stocks et des ventes de chaque marque, sorte ou type d'emballage.

Le problème de la suppression de la garantie des prix est pratiquement le seul qui suscite ou qui a suscité de véritables controverses. La commission s'était demandé quelles répercussions aurait la suppression de la garantie des prix sur les recettes pour l'AVS, sur la qualité des produits de tabac, ainsi que sur la structure du commerce de tabac. Le rapport complémentaire du Département fédéral des finances et des douanes, que nous avons déjà cité, donne là-dessus tous les éclaircissements et apaisements désirables. On sait que le Conseil fédéral avait proposé d'abandonner cette protection par l'Etat du prix de détail après une période transitoire

de trois ans qui se terminerait à fin 1970. Le Conseil national s'est prononcé, par 74 voix contre 72, en faveur d'une protection permanente de ces prix. Une proposition visant à abandonner immédiatement cette protection a été repoussée par 85 voix contre 52.

Après mûre réflexion et au vu des renseignements complémentaires qu'elle a reçus de la part du département intéressé, la commission du Conseil des Etats a estimé que la garantie des prix ne peut être définitivement maintenue. Elle n'a pas de base constitutionnelle; elle est en contradiction avec le principe de la liberté du commerce et de l'industrie; cette mesure de protection, instituée en temps de crise, n'a plus sa place dans le contexte économique d'aujourd'hui. Votre commission a décidé de suivre la proposition du Conseil fédéral et de supprimer cette garantie des prix, créant ainsi une divergence avec le Conseil national, mais en portant à cinq ans (au lieu de trois) la période transitoire qui permettra au commerce de détail spécialisé de s'adapter à la situation nouvelle. Nous reviendrons sur ce point dans la seconde partie du rapport, qui relate la discussion détaillée du projet.

Le projet de loi qui nous est soumis représente l'exécution d'un engagement pris par notre pays lors de la création de l'AELE. Il répond à une nécessité, non seulement sous le rapport des engagements à respecter, mais parce que les droits de douane sont menacés dans l'évolution actuelle, et qu'il faut les remplacer par un impôt intérieur. Le projet tient compte de la structure de l'industrie et vise à maintenir l'équilibre actuel et la répartition des forces à l'intérieur de la branche. Il a été soigneusement préparé au cours de pourparlers auxquels les milieux intéressés (producteurs, industriels, commerçants de la branche) ont participé.

Au nom de la commission unanime, je vous propose d'entrer en matière et de passer à l'examen détaillé du projet de loi.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le Conseil passe sans opposition à la discussion
des articles*

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

Vormittagssitzung vom 3. Oktober 1967

Séance du 3 octobre 1967, matin

Vorsitz — Présidence: Herr Rohner

**9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz
Imposition du tabac. Loi**

Siehe Seite 293 hiervor — Voir page 293 ci-devant

Fortsetzung — Suite

Artikelweise Beratung — Discussion des articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Torche, rapporteur: Vous avez admis hier soir l'entrée en matière. Nous passons ce matin à l'examen de détail du projet, article par article. Je rappellerai que votre commission a procédé à une première lecture du projet, en ses séances des 16 et 17 août, puis à une seconde lecture, le 16 septembre 1967, donc la veille de la session.

Au sujet du titre lui-même, votre commission n'a pas de remarques à faire. En ce qui concerne le préambule, elle vous fait en revanche une proposition: c'est de supprimer dans ce préambule la référence à l'alinéa 3, lettre b, de l'article 31bis de la Constitution. Elle le fait du reste dans le même sens que la décision du Conseil national. En effet, cette suppression de référence s'impose si le Conseil suit la proposition de la commission relative à l'article 11bis. C'est un nouvel article introduit par le Conseil national, qui se rapporte à la réduction d'impôt accordée en faveur des petites et moyennes entreprises. Si l'on accepte ce nouvel article 11bis, cela s'impose. Le préambule aurait dès lors la teneur que lui a donné le Conseil national. Telle est la proposition de votre commission.

Angenommen — Adopté

Art. 1—10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen — Adopté

Art. 11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Torche, rapporteur: A l'article 11, modification de l'alinéa 2, lettre 2. Votre commission vous propose

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.10.1967
Date	
Data	
Seite	293-297
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 737

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

de trois ans qui se terminerait à fin 1970. Le Conseil national s'est prononcé, par 74 voix contre 72, en faveur d'une protection permanente de ces prix. Une proposition visant à abandonner immédiatement cette protection a été repoussée par 85 voix contre 52.

Après mûre réflexion et au vu des renseignements complémentaires qu'elle a reçus de la part du département intéressé, la commission du Conseil des Etats a estimé que la garantie des prix ne peut être définitivement maintenue. Elle n'a pas de base constitutionnelle; elle est en contradiction avec le principe de la liberté du commerce et de l'industrie; cette mesure de protection, instituée en temps de crise, n'a plus sa place dans le contexte économique d'aujourd'hui. Votre commission a décidé de suivre la proposition du Conseil fédéral et de supprimer cette garantie des prix, créant ainsi une divergence avec le Conseil national, mais en portant à cinq ans (au lieu de trois) la période transitoire qui permettra au commerce de détail spécialisé de s'adapter à la situation nouvelle. Nous reviendrons sur ce point dans la seconde partie du rapport, qui relate la discussion détaillée du projet.

Le projet de loi qui nous est soumis représente l'exécution d'un engagement pris par notre pays lors de la création de l'AELE. Il répond à une nécessité, non seulement sous le rapport des engagements à respecter, mais parce que les droits de douane sont menacés dans l'évolution actuelle, et qu'il faut les remplacer par un impôt intérieur. Le projet tient compte de la structure de l'industrie et vise à maintenir l'équilibre actuel et la répartition des forces à l'intérieur de la branche. Il a été soigneusement préparé au cours de pourparlers auxquels les milieux intéressés (producteurs, industriels, commerçants de la branche) ont participé.

Au nom de la commission unanime, je vous propose d'entrer en matière et de passer à l'examen détaillé du projet de loi.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le Conseil passe sans opposition à la discussion
des articles*

*Hier wird die Beratung abgebrochen
Ici, le débat est interrompu*

Vormittagssitzung vom 3. Oktober 1967

Séance du 3 octobre 1967, matin

Vorsitz — Présidence: Herr Rohner

**9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz
Imposition du tabac. Loi**

Siehe Seite 293 hiervor — Voir page 293 ci-devant

Fortsetzung — Suite

Artikelweise Beratung — Discussion des articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Torche, rapporteur: Vous avez admis hier soir l'entrée en matière. Nous passons ce matin à l'examen de détail du projet, article par article. Je rappellerai que votre commission a procédé à une première lecture du projet, en ses séances des 16 et 17 août, puis à une seconde lecture, le 16 septembre 1967, donc la veille de la session.

Au sujet du titre lui-même, votre commission n'a pas de remarques à faire. En ce qui concerne le préambule, elle vous fait en revanche une proposition: c'est de supprimer dans ce préambule la référence à l'alinéa 3, lettre b, de l'article 31bis de la Constitution. Elle le fait du reste dans le même sens que la décision du Conseil national. En effet, cette suppression de référence s'impose si le Conseil suit la proposition de la commission relative à l'article 11bis. C'est un nouvel article introduit par le Conseil national, qui se rapporte à la réduction d'impôt accordée en faveur des petites et moyennes entreprises. Si l'on accepte ce nouvel article 11bis, cela s'impose. Le préambule aurait dès lors la teneur que lui a donné le Conseil national. Telle est la proposition de votre commission.

Angenommen — Adopté

Art. 1—10

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen — Adopté

Art. 11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Torche, rapporteur: A l'article 11, modification de l'alinéa 2, lettre 2. Votre commission vous propose

d'adhérer au projet, avec une modification de forme adoptée par le Conseil national. Pour justifier cette décision, je voudrais dire que le texte proposé par le Conseil fédéral est peut-être un peu trop technique et précis. Il pourrait donner lieu à des difficultés dans l'application, ce qu'il faut éviter lorsqu'on peut le prévoir. Comme l'a fait le Conseil national, il importe dans la mesure du possible — c'est du reste une règle qui vaut pour tous les parlements, que ce soit sur le plan communal, cantonal ou fédéral — de se borner à énoncer dans une loi les principes, les détails pouvant être précisés dans le cadre de l'ordonnance d'exécution. Il est en effet beaucoup plus facile de modifier une ordonnance d'exécution, puisque c'est une affaire de la compétence de l'exécutif, que de modifier une loi. C'est dans cet esprit-là, qu'on a tendance parfois à négliger, que votre commission vous propose, à la suite du Conseil national, d'adopter la modification qui figure sur le dépliant.

M. **Bonvin**, président de la Confédération: Le Conseil fédéral se rallie à la proposition du Conseil national, à sa décision, ainsi qu'à la proposition de votre commission. Il s'y rallie parce qu'en modifiant cet article, on assure une amélioration non pas de la production seule, mais de la productivité de l'entreprise. C'est donc pour faciliter cette amélioration, cette rationalisation des entreprises que le Conseil fédéral accepte la proposition de la commission.

Angenommen — Adopté

Art. 11bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. **Torche**, rapporteur: L'article 11bis est donc un article nouveau qui est ressorti des délibérations du Conseil national. Votre commission unanime vous propose de vous rallier à la décision du Conseil national et d'inclure dans la loi cet article 11bis, lequel autorise le Conseil fédéral à accorder des réductions d'impôts aux petites et moyennes entreprises en vue d'améliorer leur productivité. C'est là le but de l'opération. Ce genre d'entreprises occupe avant tout la main-d'œuvre féminine, difficilement reclassable ailleurs, qui a besoin de ce complément au revenu familial. C'est ce qu'il y a de sympathique en l'occurrence. Il faut souhaiter que cette activité en quelque sorte accessoire puisse durer. Or c'est cette activité que vise ce nouvel article 11bis.

Quelles sont donc les conséquences de cette réduction d'impôt? Les régressions se sont élevées en 1966 à 2,2 millions de francs. Elles vont en diminuant; autrement dit, ce ne sont pas des sommes si importantes. Le Conseil fédéral est autorisé à supprimer après le 31 décembre 1968 les réductions aux fabricants de cigarettes et après le 31 décembre 1972 les réductions aux fabricants de cigares et de tabac coupé. Au cours des discussions relatives à cet article, votre commission a obtenu l'assurance que le Conseil fédéral étudierait avec beaucoup de soin cette question après l'année 1972. Il est donc bien dans les intentions du Conseil fédéral — son président l'a confirmé dans notre commission — d'assurer le maintien des moyennes et petites entreprises.

Tels sont les commentaires que votre président tenait à faire avant de vous proposer d'approuver cet article nouveau 11bis.

Angenommen — Adopté

Art. 12—14

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen — Adopté

Art. 15, Abs. 1—3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Art. 15, al. 1 à 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. **Torche**, rapporteur: A l'article 15, il y a une modification qui a été décidée par le Conseil national à l'alinéa 1, lettre *b*. Le Conseil national a décidé une adjonction que votre commission vous propose également d'adopter. Le projet du Conseil fédéral prévoit que le numéro du revers ou disons la raison sociale des fabricants ou de l'importateur ne doit être indiquée que sur l'emballage. Comme toutes les cigarettes fabriquées en Suisse portent cette impression — c'est déjà pratiquement le cas — il paraît indiqué de le préciser et d'insérer cette prescription dans la loi. C'est la raison de la modification intervenue au cours des débats du Conseil national. Ce n'est peut-être pas là un problème capital, mais il n'y a pas de raison de ne pas suivre le Conseil national.

Angenommen — Adopté

Art. 15, Abs. 4

Antrag der Kommission

Um die Durchführung dieses Gesetzes zu sichern, können in der Tabaksteuerverordnung den Herstellern und Wiederverkäufern von Tabakfabrikaten und Zigarettenpapier weitere Verhaltenspflichten auferlegt werden.

Art. 15, al. 4

Proposition de la commission

Aux fins de l'application de la présente loi, l'ordonnance réglant l'imposition du tabac prévoit que les fabricants et les marchands de tabacs manufacturés et papier à cigarettes peuvent être astreints à des obligations supplémentaires.

M. **Torche**, rapporteur: Votre commission propose une nouvelle rédaction de cet alinéa, rédaction qui paraît plus satisfaisante. Nous n'en faisons évidemment pas une question de prestige. Le texte que nous proposons aurait la teneur suivante: «Aux fins d'application de la présente loi, l'ordonnance réglant l'imposition du tabac prévoit que les fabricants et les marchands de tabacs manufacturés et papier à cigarettes peuvent être astreints à des obligations supplémentaires.»

Angenommen — Adopté

*Art. 15bis***Antrag der Kommission**

Streichen.

Proposition de la commission

Biffer.

M. Torche, rapporteur: Cet article est au fond le principal, celui qui a été le centre du débat, celui qui a donné lieu au plus grand nombre de discussions sur la place publique et dans les milieux intéressés, celui qui a fait l'objet de nombreux articles dans la presse et qui doit être traité en relation avec l'article final de notre projet de loi, soit avec l'article 47.

Le Conseil national a décidé l'adjonction de cet article 15bis qui consacre le caractère obligatoire des prix de détail. Vous avez tous eu l'occasion d'être informés de ce problème.

Votre commission — je vous le dis à titre d'information — est unanime à vous proposer de biffer cet article 15bis voté par le Conseil national à une majorité de deux voix seulement. Ce problème de la suppression des prix imposés a été, je crois pouvoir le dire, minutieusement examiné par votre commission. Comme on le sait, le Conseil national a fait fi de l'opinion et des recommandations de la commission fédérale des cartels et du Conseil fédéral. Le Conseil fédéral avait en effet consulté la commission fédérale des cartels, laquelle a pris une position non équivoque. Une expertise très poussée l'avait conduite à conclure catégoriquement que la garantie des prix ne pouvait pas et ne devait pas être maintenue. Cette garantie n'a en effet aucune base constitutionnelle, c'est là sa première faiblesse. Elle a été introduite pendant la crise économique des années 1930 à 1939 pour éviter un gâchage des prix qui aurait pu conduire à une faillite générale de la branche.

Faut-il prévoir, si l'on supprime aujourd'hui cette garantie, un nouveau risque de gâchage des prix? C'est la question que nous devons nous poser: la qualité des produits et les intérêts des consommateurs sont-ils menacés, autrement dit l'industrie du tabac est-elle mise en danger?

De tels risques ont été prédits lors de la suppression des prix obligatoires pour les articles de marque, question qui a été largement débattue au cours de ces années dernières. Or, ces risques ne se sont pas réalisés.

La garantie des prix est revendiquée au nom des petits commerces de détail qui, dit-on, seraient sans elle rapidement ruinés par la concurrence des grands magasins. Je vous ai dit hier que nous avons en Suisse beaucoup de petits magasins. Notre pays bat probablement le record quant au nombre des marques de cigarettes mises sur le marché. On peut donc prétendre que le commerce spécialisé dans la vente au détail des tabacs manufacturés peut parfaitement subsister grâce à un assortiment que l'on ne trouvera pas dans les autres entreprises de distribution. Les détaillants spécialisés ont réussi jusqu'à présent à se maintenir, bien qu'ils n'accordent pas de rabais ou de ristournes sous forme de timbres-escompte, contrairement aux nombreux autres détaillants qui, entre autres articles, vendent aussi des tabacs manufacturés. Cela démontre qu'ils sont parfaitement capables de supporter une certaine différence de prix. D'ailleurs, une régression éventuelle du nombre des points de vente — actuellement il y en a plus de 100 000

dans notre petit pays -- ne nuirait pas, semble-t-il, à l'intérêt général.

Le financement de la contribution que la Confédération verse à l'AVS, qui repose essentiellement sur le produit des droits de douane sur le tabac et l'alcool, n'est pas non plus mis en péril par la suppression de la garantie des prix. C'est un des points qui a fait l'objet de pas mal de controverses.

Dans son message, le Conseil fédéral déclare qu'une interdiction de vendre en dessous des prix fixés n'est pas indispensable à l'application de l'impôt. Il estime par là que, du fait de l'abrogation de la garantie des prix, une diminution du produit de l'impôt n'est pas à envisager et, partant, n'est pas à même de mettre en danger la contribution de la Confédération à l'AVS.

En résumé, les arguments invoqués en faveur du maintien des prix imposés ne résistent pas, semble-t-il, à un examen unifié et complètement objectif. Cette mesure qui n'est même pas constitutionnelle va à l'encontre de la libéralisation des prix et du fonctionnement normal des lois du marché. L'évolution qui s'est produite dans le commerce de détail du secteur alimentaire est tout aussi supportable dans celui du tabac. Précisément, les expériences faites dans le secteur alimentaire devraient permettre d'éliminer certaines inquiétudes.

Aussi votre commission a estimé devoir vous proposer la suppression de la garantie demandée par le Conseil national, je le répète, à deux voix de majorité — vous savez ce que signifient deux voix de majorité.

Votre commission vous propose toutefois une période transitoire de cinq ans pendant laquelle la garantie sera maintenue. Le Conseil fédéral avait proposé trois ans. Votre commission tient cependant à laisser un délai un peu plus long aux entreprises qui auront plus de mal à s'adapter à la nouvelle situation.

Ces propositions nous paraissent logiques et raisonnables. L'intérêt bien compris des marchands de tabac semble résider bien plus dans une réorganisation de certaines structures sur la base des lois du marché plutôt que dans le maintien d'un protectionnisme conservateur — dans le mauvais sens du terme. La période transitoire de cinq ans nous paraît être l'extrême concession à faire. Le commerce de détail spécialisé aura tout le temps de s'adapter aux circonstances et presque sûrement d'oublier des craintes peut-être quelque peu exagérées.

M. Bonvin, président de la Confédération: Le Conseil fédéral remercie votre commission d'avoir compris la nécessité d'adapter la loi aux réalités, y compris les réalités constitutionnelles. Il se rallie à la proposition de la commission de prévoir un délai d'adaptation un peu plus long. Un délai d'adaptation est nécessaire car on ne peut pas changer le cours des choses d'un jour à l'autre. C'est précisément pour tenir compte des besoins des petites gens et des petites entreprises que le Conseil fédéral accepte volontiers la proposition de votre commission.

Angenommen — Adopté

M. Torche, rapporteur: Vous venez d'approuver pratiquement la proposition de votre commission. C'est très heureux et nous passons donc à l'article 16.

*Art. 16—25***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

*Angenommen — Adopté**Art. 26***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Torche, rapporteur: Votre commission n'a aucune modification à vous proposer. Par conséquent elle vous demande d'approuver purement et simplement le texte du Conseil fédéral et du Conseil national. Permettez-moi cependant de vous dire qu'au sein de votre commission une discussion s'est engagée au sujet de l'interprétation de cet article. Il s'agit donc de la manière de fixer les prix de production. Ces frais de production doivent comprendre la rémunération du travail fourni par le producteur ou sa famille, bien entendu, et l'amortissement du capital engagé, lesquels doivent être calculés en concordance avec les principes contenus dans la loi sur l'agriculture. Telles sont les remarques que votre président tenait à faire au sujet de cet article.

*Angenommen — Adopté**Art. 27—37***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

*Angenommen — Adopté**Art. 38***Antrag der Kommission***Abs. 1*

Wer den Handelsvorschriften zuwiderhandelt, wer als registrierter Hersteller, Importeur oder Rohmaterialhändler die Aenderung der Firma, des Wohnsitzes, der Geschäftsniederlassung oder geschäftlichen Betätigung zu melden unterlässt, wer sonst einer Vorschrift dieses Gesetzes über die Steuer auf Tabakfabrikaten und Zigarettenpapier, einer Ausführungsverordnung, einer auf Grund solcher Vorschriften erlassenen allgemeinen Weisung oder einer unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn gerichteten Einzelverfügung zuwiderhandelt, wird mit Busse bis zu 5000 Franken bestraft.

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

*Art. 38***Proposition de la commission***Al. 1*

Celui qui contrevient aux dispositions réglant le commerce, celui qui, en qualité de fabricant, importateur

ou marchand de matière brute, inscrit au registre, omet d'annoncer un changement de la raison de commerce, du domicile personnel du siège social ou de l'activité commerciale, celui qui contrevient d'une autre manière à une prescription de la présente loi et ayant trait à l'imposition des tabacs manufacturés et du papier à cigarettes, à une ordonnance d'exécution, à une instruction d'ordre général édictée en application d'une de ces dispositions, ou à une décision qui lui est signifiée avec mention de la peine prévue au présent article, sera puni de l'amende jusqu'à 5000 francs.

*Al. 2***Proposition de la commission**

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Torche, rapporteur: Permettez-moi une brève remarque au sujet de l'article 38. Notre proposition de supprimer les prix imposés ayant été suivie lors de votre vote de tout à l'heure, le texte de la disposition à l'article 38 doit être modifié; le nouveau texte serait: «Celui qui contrevient aux dispositions réglant le commerce.» Il s'agit donc là d'une conséquence logique, du reste d'ordre formel avant tout, qu'il faut tirer à la suite de la décision prise en ce qui concerne la question des prix imposés.

*Angenommen — Adopté**Art. 39—46***Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

*Angenommen — Adopté**Art. 47***Antrag der Kommission***Marginalie*

IV. Fortführung des Preisschutzes

Text

Artikel 127, Absatz 1, Buchstabe d, 146 und 148 bis 150 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung bleiben als Grundlage für eine Beibehaltung des Preisschutzes noch während fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in Geltung.

*Art. 47***Proposition de la commission***Titre marginal*

IV. Maintien de la garantie des prix

Texte

Les articles 127, alinéa 1, lettre d, 146 et 148 à 150 de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants demeurent valables comme base pour le maintien de la garantie des prix durant cinq ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente loi.

M. Torche, rapporteur: Nous arrivons là à l'autre article-clef, qui est en quelque sorte le corollaire de l'article 15bis de tout à l'heure. Etant donné sa proposition de maintenir la garantie des prix durant cinq ans, la commission suggère de modifier l'ancien article 47 et

de lui donner la teneur suivante: «Maintien de la garantie des prix. Les articles 127, etc., 146 et 148 à 150 de la loi fédérale sur l'AVS demeurent valables comme base pour le maintien de la garantie des prix durant cinq ans...» Telle est en quelque sorte la proposition logique qui devait être faite au sujet de cet article du moment que vous avez pris la position que vous savez quant à l'article 15bis. Votre commission est donc unanime pour vous proposer ce délai de cinq ans valable comme période transitoire. Nous pensons que c'est une solution de sagesse. Je crois savoir que le Conseil fédéral se rallie à cette solution. L'autre Chambre ayant voté une formule différente, mais à une majorité de deux voix seulement, on peut penser que cette divergence pourra être aplanie au cours d'une session ultérieure.

Odermatt: Es ist sehr verwunderlich, dass nach der sehr eingehenden Diskussion in der Öffentlichkeit über das Tabaksteuergesetz in unserem Rat eigentlich alles so friedlich zu und her geht. Im Nationalrat war ja die grosse Diskussion in bezug auf den Preisschutz. Ich bin absolut einverstanden gewesen, dass man diesen Preisschutz fallen gelassen hat. Hingegen geht es mir eigentlich wider den Strich, dass man nun in einer Uebergangsbestimmung den Preisschutz für eine bestimmte Zeit, nach Vorschlag der Kommission während 5 Jahren, aufrecht erhalten will. Die Meinungen sind etwas geteilt in bezug auf die Verfassungsmässigkeit des Preisschutzes. Aber ich glaube, alle bedeutenden Staatsrechtler halten mit dem Bundesrat dafür, dass der Preisschutz verfassungsrechtlich keine Verankerung in diesem Gesetz finden soll, und dass eben verfassungsrechtlich die hiefür notwendige Grundlage nicht vorhanden ist. Nun wurde letzte Woche in einem sehr interessanten Artikel des Herrn Professor Herold in den «Basler Nachrichten» der staatsrechtliche Standpunkt dargelegt. Er kommt zum Schluss, dass der Preisschutz an und für sich totaliter fallen sollte. Nun hat die Kommission auch diese Auffassung, aber sie will eine Uebergangsfrist einführen, und zwar aus dem Grunde, damit die kleinen Betriebe sich während diesen 5 Jahren an die neue Situation nach dem Dahinfallen des Preisschutzes anpassen können. Es ist aber vorerst festzustellen, dass ja dieser Preisschutz seit 1½ Jahren nicht mehr vorhanden ist, dass also die betreffenden Betriebe sich bereits damit abfinden mussten. Mit der Uebergangsfrist wird bezweckt, dass nun wieder der Preisschutz für die bestimmte Zeit eingeführt werden soll. Es ist nicht ganz logisch, wenn man das, was jetzt nicht mehr besteht, wieder neu für 5 Jahre einführen will. Ich verstehe, dass für einzelne Kleinbetriebe gewisse Schwierigkeiten bestehen. Ich möchte das nicht bestreiten. Aber andererseits ist auch zu sagen, dass eine gewisse Rationalisierung auf dem Gebiet des Tabakhandels vor sich gehen muss. Ich glaube, das wird von niemandem bestritten. Aber es geht ganz wider meine Ansicht, dass man die Logik verlässt, indem man, trotzdem keine Verfassungsgrundlage vorhanden ist, während dieser bestimmten Frist von 5 Jahren den Preisschutz einführen will. Ich habe ursprünglich beabsichtigt, einen Antrag zu stellen auf Streichung dieser Bestimmung. Einem solchen Antrag wäre meines Erachtens in Anbetracht der Situation bei den Beratungen im Nationalrat und in der ständerätlichen einstimmigen Kommission kein Erfolg beschieden gewesen. Deswegen habe ich darauf verzichtet. Aber ich habe doch dafür gehalten, dass es angezeigt ist, auf diese nicht ganz gerade Linie des Denkens hinzuweisen. Ich

werde mich bei diesem Artikel der Stimme enthalten, eventuell auch bei der Schlussabstimmung.

Angenommen — Adopté

Art. 48

Proposition de la commission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

M. Torche, rapporteur: Pas de remarque spéciale. Votre commission vous propose de vous rallier à ce qui a été proposé par le Conseil fédéral et voté par le Conseil national.

Angenommen — Adopté

Anhang I—V

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Annexes I à V

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

**Antrag des Vorstehers
des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements**

Im Steuertarif für Zigaretten (Anhang IV) wird nach Anmerkung 2 folgende Bestimmung beigefügt:

«3. Für Zigaretten bis und mit 1350 g je 1000 Stück mit einer Länge (einschliesslich Filter und Mundstück) von über 90 mm wird ein Zuschlag zum Steuersatz erhoben, der 5 Prozent je ganze oder angebrochene 5 mm zusätzliche Länge, höchstens aber 20 Prozent beträgt.»

Die bisherigen Anmerkungen 3 und 4 erhalten die Nummern 4 und 5.

**Proposition du chef du Département fédéral des finances
et des douanes**

Dans le tarif d'impôt pour les cigarettes (Annexe IV de la loi), le texte suivant est à intercaler après la remarque 2:

«3. Les cigarettes pesant jusqu'à 1350 g y compris par 1000 pièces, d'une longueur (y compris le filtre et le bec fixe) supérieure à 90 mm, sont grevées d'un supplément d'impôt de 5 pour cent par 5 mm supplémentaires ou fraction de 5 mm supplémentaires, mais au maximum de 20 pour cent.»

Les remarques 3 et 4 actuelles porteront les numéros 4 et 5.

M. Torche, rapporteur: C'est au premier chef une information que le Conseil fédéral vient de nous faire parvenir. Cette proposition du chef du Département fédéral des finances et des douanes relève en effet de la compétence du Conseil fédéral. Mais elle est en relation avec une annexe qui fait partie intégrante des documents qui nous ont été soumis pour la discussion de cette loi. Il faut, bien entendu, en prendre acte. Elle fait partie de l'ensemble sur lequel nous allons nous prononcer tout à l'heure, lors du vote.

M. Bonvin, président de la Confédération: Ce complément provient d'un fait nouveau, fait qui n'était pas connu lors des travaux des commissions et du Conseil national. L'industrie a lancé sur le marché des cigarettes plus longues que les cigarettes actuelles, mode qui vient des Etats-Unis. Or, comme une certaine imposition est basée sur la pièce et le poids, nous courons le risque que les avantages que nous entendons maintenir en faveur du financement de la part de la Confédération à l'AVS soient mis en péril. Ce complément n'a donc pas un caractère économique. Nous ne voulons pas obtenir davantage d'argent, nous voulons simplement maintenir les ressources actuelles.

Angenommen — Adopté

Gesamtabstimmung — Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat — Au Conseil national

9726. Münzgesetz. Revision Monnaie. Revision de la loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 25. August 1967
(BBl II, 165)

Message et projet de loi du 25 août 1967 (FF II, 169)

Beschluss des Nationalrates vom 3. Oktober 1967
Décision du Conseil national du 3 octobre 1967

Antrag der Kommission

Eintreten.

Proposition de la commission

Passer à la discussion des articles.

Berichterstattung — Rapport général

Meier, Berichterstatter: Der Gesetzrevision, über die ich Ihnen zu referieren habe, hat der Bundesrat eine Botschaft von nur 5 Seiten mitgegeben. Damit ist deutlich angezeigt, dass es hier nur um ein kleines Geschäft geht, trotzdem das vielbegehrte und leuchtende Silbermetall im Mittelpunkt steht, und die Rückgabe einer Kompetenz in die Verfügungsgewalt des Bundesrates gefordert wird, die bisher den eidgenössischen Räten zugesprochen wurde.

Die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Massnahmen wird zwar nur mit den voraussetzenden Zeichen einer Gefährdung unseres Münzsystems begründet. Trotzdem ist es richtig, mit sehr hypothetischen Möglichkeiten eines Mangels am Rohprodukt für die Prägung unserer Scheidemünzen zu rechnen. Die Weltproduktion dieses edlen Metalles geht zurück, so wird in der Botschaft berichtet. Dabei aber steige der Bedarf und die marktgemässe Folge, die Verteuerung, sei heute schon offensichtlich. Um dieser uns vorgelegten These etwas sicherer zu sein, habe ich mich in der ausgezeichneten Zür-

cher Münzgeschichte, die der Seniorchef der Brauerei Hürlimann, Herr Dr. Hans Hürlimann-Huber, letztes Jahr herausgegeben hatte, etwas umgesehen. Tatsächlich finden wir hier die eindruckliche Schilderung eines solchen Malheurs, das sich im 17. Jahrhundert abspielte und folgende Konsequenzen nach sich zog: «So sahen sich Bürgermeister und Kleiner Rat von Zürich genötigt, von den Bürgern und Zünften die teilweise Abgabe des Silbergeschirres zu fordern. Die Vermünzung von Silbergeschirr wurde auch von andern Orten der Eidgenossenschaft angeordnet. Die Obrigkeit versprach dafür Rückzahlung zum vollen Wert nach Kriegsende.» Wenn wir nun an die Silberschätze unserer verehrten Gattinnen denken, die sie als Gabe unserer guten Stimmungen zusammenhalten und mit Liebe pflegen, dann muss schon allein dieser Zusammenhänge wegen der Imperativ erwachen, der uns zu einer einstimmigen Bejahung dieser Gesetzesrevision nötigt.

Der Bundesrat geht von der Annahme aus, dass ein Silberwert unserer Scheidemünzen, der den Nennwert übersteigt, spekulative Elemente zur wesens- und bestimmungsfremden Verwertung führen könnte. Er nimmt an, dass eine solche bereits angedeutete markt-begründete Stimulanz plötzlich entstehen könnte. Ihr zu begegnen wäre nur durch die Herabsetzung des Silbergehaltes dieser Geldstücke möglich. Im Rahmen der heutigen Rechtsordnung aber wäre das nur im umständlichen Verfahren der bundesrätlichen Antragstellung, der Kommissionsernennung und der Beratung im Zweikammersystem möglich. Die obrigkeitliche Bekanntmachung dieses Marktzustandes und die Einladung zum Tanze könnten nicht eindrucklicher und langfristiger erfolgen. Dies zu verhindern und die Möglichkeit des raschen Handelns zu schaffen, soll durch die beantragte Kompetenzdelegation an den Bundesrat gesichert werden. So schwer die Abgabe von Prärogativen uns bisweilen fallen muss, kann sie in diesem Falle verantwortet werden. Sie ist deutlich und unmissverständlich umschrieben und abgegrenzt. Sie bezieht sich auf die Prägung der Scheidemünzen in den Werten 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Rappen sowie denjenigen von 1-, 2-, 5- und 10-Franken-Stücken. Die Kurantmünzen unterstehen der ihrem Wesen eigenen Ordnung und haben keine Variabilität der Prägung in sich. Die Finanzkommission hat diese Vorlage nach einer Orientierung durch den Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung beraten. Sie beantragt Ihnen einstimmig, bei einer Enthaltung, Eintreten und Zustimmung.

Ergänzend kann ich Ihnen mitteilen, dass der Nationalrat heute vormittag ohne Gegenstimme dieser Gesetzesrevision ebenfalls zugestimmt hat.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée tacitement*

Artikelweise Beratung — Discussion des articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates.

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national.

Angenommen — Adopté

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.10.1967
Date	
Data	
Seite	297-302
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 738

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Vormittagssitzung vom 5. Oktober 1967

Séance du 5 octobre 1967, matin

Vorsitz — Présidence: Herr Röhner

**9657. Invalidenversicherung.
Änderung des Bundesgesetzes.**

**Assurance-invalidité.
Modification de la loi**

Siehe Seite 303 hiervor — Voir page 303 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 27. September 1967
Décision du Conseil national du 27 septembre 1967

Schlussabstimmung — Vote final

Für die Annahme des Gesetzentwurfes 38 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat — Au Conseil national

**9540. Militärdepartement. Reorganisation
Département militaire. Réorganisation**

Siehe Seite 303 hiervor — Voir page 303 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 5. Oktober 1967
Décision du Conseil national du 5 octobre 1967

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 38 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat — Au Conseil fédéral

**9655. Militärstrafgesetz. Revision
Code pénal militaire. Revision**

Siehe Seite 316 hiervor — Voir page 316 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 5. Oktober 1967
Décision du Conseil national du 5 octobre 1967

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 38 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat — Au Conseil fédéral

**9474. Anschlussamnestie für die Wehrsteuer.
Amnistie fiscale
concernant l'impôt pour la défense nationale**

Siehe Seite 283 hiervor — Voir page 283 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 4. Oktober 1967
Décision du Conseil national du 4 octobre 1967

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Beschlusentwurfes 31 Stimmen
Dagegen 8 Stimmen

An den Nationalrat — Au Conseil national

**9605. Tabakbesteuerung. Bundesgesetz
Imposition du tabac. Loi**

Siehe Seite 297 hiervor — Voir page 297 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 5. Oktober 1967
Décision du Conseil national du 5 octobre 1967

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 36 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat — Au Conseil fédéral

**9658. Ausgabe von Pfandbriefen.
Änderung des Bundesgesetzes
Emission de lettres de gage.
Modification de la loi**

Siehe Seite 217 hiervor — Voir page 217 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 4. Oktober 1967
Décision du Conseil national du 4 octobre 1967

Schlussabstimmung — Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 38 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat — Au Conseil national

Tabakbesteuerung. Bundesgesetz

Imposition du tabac. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1967
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	9605
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.10.1967
Date	
Data	
Seite	317-317
Page	
Pagina	
Ref. No	20 038 750